

Die Integration von Flüchtlingen und Übersiedlern in die Bundesrepublik Deutschland

1. Einleitung: Über viereinhalb Millionen
2. Die Integration von Flüchtlingen und Übersiedlern in die Bundesrepublik Deutschland
 - 2.1. Zu den Begriffen
 - 2.2. Motive zum Weggehen
 - 2.3. Die Haltung der Westdeutschen
 - 2.4. Die Eingliederung – ihre Bedeutung für den westdeutschen Staat: Eine Erfolgsstory
 - 2.5. Menschen mit besonderen Schwierigkeiten bei der Eingliederung
 - 2.5.1. Absetzen in die Fremdenlegion
 - 2.5.2. Auswanderung
 - 2.5.3. Zur See fahren
 - 2.5.4. Obdachlosigkeit
 - 2.6. Über Arbeit sich wirtschaftlich integrieren
 - 2.7. Schwierigkeiten, sich sozial einzugliedern
 - 2.7.1. Exkurs: Die gefährlichen „Rückverbindungen“
 - 2.8. Wie sich Häftlinge eingliederten
 - 2.9. Das unbekannte Kapitel: Die Übersiedlung von Pfarrern
3. Schluß
 - 3.1. Offene Fragen und Probleme
 - 3.2. Aderlaß gegenüber Bereicherung: Die Bedeutung der Flüchtlinge für beide Staaten und die Nation

Literaturverzeichnis

Zusammenfassung

Anhang

- I. Brief des Vorsitzenden des Bischofskonventes des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland 1974
- II. Liste von Personen, die sich nach dem 1. Juli 1945 dem sowjetischen Machtbereich entzogen haben, in der SBZ/DDR bedeutende Funktionen innehatten und/oder in den Westzonen oder der späteren Bundesrepublik bedeutende Positionen erhielten

1. Einleitung: Über viereinhalb Millionen

Was hat der langjährige Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Hans-Dietrich Genscher mit Michael Wortha, Brandstifter des Frankfurter Opernhauses, gemein? Oder beide mit Klaus Staeck, dem Grafiker aus Heidelberg oder mit Rudi Dutschke, dem Berliner Studentenführer des 68-er Jahrs, mit Liedermacher Wolf Biermann oder mit dem Spion im Vorzimmer des Bundeskanzlers Willy Brandt, Günter Guillaume, den die meisten Deutschen für den „größten Spion aller Zeiten“¹ halten?

Diese Liste mehr oder weniger prominenter Leute läßt sich problemlos verlängern; zu nennen wären der ehemalige Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und langjährige FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Wolfgang Mischnick, der Frankfurter Oberbürgermeister Willi Brundert, Innenminister Manfred Kanther, FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach, oder Schriftsteller wie der Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) Erich Loest, Sarah Kirsch, Monika Maron, Jürgen Fuchs, Uwe Johnson, Jurek Becker, Jürgen Brasch, Schauspieler wie Manfred Krug, Armin Müller-Stahl, Katharina Thalbach, Veronika Fischer, Erich Ponto, Maler wie Günther Uecker oder Georg Baselitz, Germanisten wie Hans Mayer und Alfred Kantorowicz, der Philosoph Ernst Bloch, Fußball-Bundestrainer Helmut Schön, der Intendant des Deutschland-Radios Ernst Elitz oder Kabarettist Didi Hallervorden.

Alle gehören zur Gruppe Deutscher, die größer ist als die Einwohner Berlins: mehr als viereinhalb Millionen. Sie zogen nach dem Ende der NS-Herrschaft in Deutschland zwischen 1945 und 1989 aus der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR in den westlichen Teil des Landes: Unter ihnen zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze, die in das Gebiet der späteren DDR gekommen oder vertrieben waren. Die meisten dieser Menschen verließen die Sowjetzone bereits 1945 und 1946. Viele andere in den Jahren 1949 bis 1961, wieder andere noch später. Sie haben nach dem Schicksal 1945 womöglich leichter als Eingessene die [neue] Heimat verlassen.

Es kamen Männer und Frauen, Junge und Alte, Arbeiter, Angestellte und Unternehmer, Polizisten, Lehrer, Funktionäre oder Oppositionelle, aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen, auch aus juristischen, weil nicht wenige hofften, sich einer Strafverfolgung entziehen zu können, auch NS-Täter², die an der Judenmordung beteiligt waren. Aber der weitaus überwiegende Teil gehörte nicht zu den Tätern; sie kamen, weil sie nicht einverstanden waren mit den politischen und/oder wirtschaftlichen Verhältnissen, die die Sowjetunion unter Stalin nach dem Ende der NS-Herrschaft im östlichen Teil Deutschlands errichtete.

1 Guillaume „größter Spion“ in: Frankfurter Rundschau vom 3.12.97.

2 Unter den Angeklagten gegen Wachmannschaften des NS-Konzentrationslagers Auschwitz (Auschwitz-Prozeß) befand sich Oswald Kaduk, der ebenfalls aus der DDR gekommen war.

Besonders in den Nachkriegsjahren kamen viele, manche gar nicht, andere doppelt registriert.³ Die – geschätzten – Zuwandererzahlen 1945-48 wurden später nie wieder erreicht. Erst nach der Gründung der DDR 1949 lenkte die Besatzungsmacht, die im Zweiten Weltkrieg den stärksten Blutzoll gezahlt hatte, ihre Willkür in leidlich geordnete Bahnen.

Abgerissen ist der Flüchtlingsstrom nie. Selbst nach dem Mauerbau ist bis Mitte der siebziger Jahre jedes Jahr über tausend Menschen die lebensgefährliche Flucht geglückt. Daß seit 1975 die Zahlen sogenannter „Sperrbrecher“ auf 300 bis 600 je Jahr zurückgingen, hängt offenbar mit der Erleichterung des Zugangs von und nach Berlin (Transitabkommen) und damit möglichem Verstecken in Autos sowie mit der Lockerung der Ausreisebedingungen etwa nach der Helsinki Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1976 zusammen.

So mancher, der in den Westen kam, hatte den Marschallstab im Tornister; auch wenn er bei seinem Übertritt nichts davon ahnen konnte. Genscher als wohl Prominentester drehte seiner Heimatstadt Halle an der Saale und damit der DDR als 25-jähriger den Rücken, studierte Jura, eröffnete eine Anwaltskanzlei in Bremen, trat der FDP bei, kam in den Bundestag, wurde schließlich Minister, erst des Innern, dann für 16 Jahre des Äußeren und war wesentlich am Überwinden der Teilung beteiligt. Wolfgang Mischnick gehörte schon als Jugendlicher den Liberalen in Dresden an, mußte aber 1948 die Stadt Richtung Westen verlassen. Seine Partei ermöglichte ihm den Aufstieg in höchste Ämter.

Auch in der SPD und in der CDU gab es solche Karrieren, erinnert sei an Ernst Lemmer, Jakob Kaiser, Willi Brundert oder Leo Bauer. Die Schauspieler Krug, Thalbach, Müller-Stahl und die Schriftsteller Rainer Kunze und Jürgen Fuchs, Bettina Wegener oder Wolf Biermann, die Liedermacher, setzten ihre Karrieren im Westen mehr oder weniger ungebrochen fort. Von den Künstlern kehrten nicht wenige nach der Affäre um Biermann⁴ der DDR den Rücken. Loest wurde zum VS-Vorsitzenden gewählt, ein Ehrenamt zwar, aber gewiß nicht für jeden zu haben. Manfred Krug blieb der Volksschauspieler mit Herz, Müller-Stahl spielte in Filmen mit, die international Aufsehen erregten.

Klaus Staeck ging 1956 als 18jähriger von Bitterfeld nach Heidelberg: „Beschreiten des „Bitterfelder Weges in umgekehrter Richtung“⁵ nannte er diesen

3 Doppelzählungen gleich nach 1945 wollte das Statistische Bundesamt 1964 bei Wanderungszahlen nicht ausschließen.

4 Dem aufmüpfigen Liedermacher Wolf Biermann entzogen im November 1976 die DDR-Machthaber während einer genehmigten Tournee durch die Bundesrepublik die Staatsbürgerschaft: Er habe die DDR verunglimpft. Biermann war als 16jähriger in die DDR gegangen, um den Sozialismus mit aufbauen zu helfen.

5 Der Begriff „Bitterfelder Weg“ steht für eine Kulturkonferenz der SED in der Industriestadt Bitterfeld (Sachsen-Anhalt), auf der der Erste Sekretär der SED Walter Ulbricht 1956 das Ideal der schreibenden, malenden, musizierenden Arbeiter propagierte, die ihr Leben im Sozialismus zufrieden und glücklich darstellen. Staeck ging aus politischen Gründen; seine Aufmüpfigkeit hatte schon in der Schule Aufsehen erregt. Er sah keine Chance zu studieren und Architekt zu werden. Sein

Abschnitt seines Lebensweges bei einer Ausstellung in Rostock zu DDR-Zeiten. Seine grafischen Politsatiren hätte er wohl kaum in der DDR verwirklichen können, auch wenn Wieland Herzfelde Staeck auf einer DDR-Ausstellung 1976 zum „erfreulichen Nachfolger“ seines Bruders John Heartfield machte⁶. Heartfield gilt als Erfinder der politischen Foto-Montage. Mit dem Linken aus der Bundesrepublik tat sich die DDR besonders schwer: einerseits lobte sie ihn über den grünen Klee als „scharfsinnigen Enthüller und Ankläger“, als einen, der Denkanstöße gebe, „um das Denken von der verlogenen Weltsicht und -interpretation, die ein außerordentlich raffinierter Apparat der Meinungsmanipulation verbreitet, zu befreien“, der die „manipulierte Freiheit als heimtückische Unmenschlichkeit entlarvt“. Natürlich mußte für die SED die Freiheit im Westen manipuliert sein: Stasi-Minister Erich Mielke bezeichnete 1979 die DDR als Staat wahrer Freiheit⁷; da schien der SED Staeck der rechte Kritiker zu sein.

Andererseits sah die DDR in Staeck den Klassenfeind, dem nachzuweisen galt, er organisiere „politische Untergrundtätigkeit in Kulturbereichen der DDR“. So versuchten SED und Stasi 1980 auch massiv, Berichte westdeutscher Korrespondenten über seine Ausstellung in Rostock zu verhindern⁸. Staeck gehörte, wenn er einreisen durfte, zu besonders Überwachten.

Auch Rudi Dutschke kam als Schüler in den Westen, in die aufgeheizte (West-) Berliner Hochschullandschaft. Hier lehnten sich die Studenten gerade gegen überkommene, demokratisch schlecht verbrämte NS-Verhaltensweisen auf. Dutschke, der schon in der DDR unter dem Widerspruch zwischen Worten und tatsächlichem Tun gelitten hatte, wurde ein, wenn nicht der wichtigste Anführer der 68-er Bewegung⁹.

Ernst Bloch und Alfred Kantorowicz waren bedeutende Wissenschaftler, die nach SED-Meinung vom Pfad der Ideologie abwichen. Zunächst hatte man sie hofiert, ihnen eigene Lehrstühle gegeben. Als sie nicht mehr spurten, wie es sich die SED gedacht hatte, fielen sie in Ungnade, wurden regelrecht zu Unpersonen. Bloch 1956; Kantorowicz 1959. Kantorowicz ging gleich in den Westen; Bloch war auf einer Vortragsreise durch die Bundesrepublik, als 1961 die Mauer gebaut wurde und er sich zum Bleiben entschloß.

Auch Blochs Assistenten Jürgen Teller und Gerhard Zwerenz fielen in Ungnade, weil sie der Lehre des Meisters nicht abschworen. Teller gehörte schon als Schüler einer Gruppe „Ethischer Sozialisten“ an, gründete aber auch eine „Gruppe Geschwister Scholl“: „Wir pinselten heimlich Flugblätter gegen die

Bruder Rolf, der wegen dessen „Republikflucht“ die Schule verlassen mußte, geriet Mitte der achtziger Jahre in Konflikt mit der Stasi. Um dessen Ausreise bemühte sich erfolgreich SPD-Unterhändler Egon Bahr.

6 Brigitte Klump, Kloster, 356.

7 „DDR. Hort der Freiheit“, Frankfurter Rundschau vom 2. 9. 1979.

8 Karl-Heinz Baum: Das Ärgernis Fernsehkamera und Kugelschreiber in: Frankfurter Rundschau vom 19.5.1980 und ders: Damals als der linke Klassenfeind am Werk war. Frankfurter Rundschau vom 19.10.1994.

9 Ulrich Chaussy: Dutschke.

SED-Schergen und klebten sie nachts an öffentliche Gebäude. Die Großfahndung erwischte uns nicht, aber wir bliesen unsere verantwortungslos romantische, lebensbedrohliche Aktion schnell wieder ab¹⁰, Zwerenz entzog sich durch Flucht; Teller mußte „in die Produktion“, bei der er einen Arm durch eine Kreissäge verlor. Bloch und Kantorowicz konnten ihre Karrieren im Westen fortsetzen.

Bloch erhielt einen Lehrstuhl an der Universität Tübingen und beeinflusste mit dem „Prinzip Hoffnung“ die 68-er Studenten. Teller, der in der DDR blieb, bleiben mußte, kam erst 1991 zu Professorenhonoren.

Der Philosoph Rudolf Bahro, die Schriftsteller Jürgen Fuchs und Erich Loest stehen stellvertretend für jene, die in der DDR in Haft kamen. Loest wurde in die DDR entlassen, begann zu schreiben, kam im Zuge der Biermann-Affäre in den Westen; Bahro und Fuchs dagegen wurden freigekauft wie 35.000 andere Menschen. Besonders Fuchs wurde in der westdeutschen Gesellschaft zum – manchmal vergeblichen – Mahner, der SED nicht auf den Leim zu gehen.

Seine Karriere erst aufgebaut hat wie so viele andere Zuwanderer aus der DDR Kanzleramtsspion Günter Guillaume. Als angeblicher Fotograf des Verlags „Volk und Wissen“ kam er in den Westen, trat der SPD bei und feilte systematisch an seiner Karriere als Zuarbeiter von SPD-Größen: er wurde rechte Hand des Gewerkschaftsführers, SPD-Politikers, Verkehrs- und Verteidigungsministers Georg Leber, der ihn ins Kanzlerbüro von Willy Brandt empfahl. Als „Kundschafter des Friedens“ stand Guillaume dort sozusagen an „vorderster Front“. Nach seiner Enttarnung feierte ihn die DDR und ermöglichte ihm nach seiner Entlassung aus der Strafhaft ein angenehmes Leben in einem Häuschen am Beetzsee in der Mark Brandenburg.

Der Brandstifter der Frankfurter Oper soll hier für den im Westen gescheiterten Übersiedler stehen. Auch er kam in jungen Jahren in das gelobte Land¹¹, schaffte den Anschluß nicht und verübte eine Verzweigungstat¹². Staeck, der damals mit der „halben Abiturklasse“ kam, glaubt, daß die Hälfte seiner Mitschüler „regelrecht gestrandet“ oder „zumindest im Nichts verschwunden“ seien.

Zu Beginn sollen auch die Schüler der Einstein-Schule in Potsdam stehen, die sich 1950 der Vereinnahmung widersetzen. Deshalb wurde die ganze Schule aufgelöst; die Schüler setzten sich in den Westteil Berlins ab, kamen in ein Barackenlager. Als Schülervertreter eines Bremer Gymnasiums bei einem Berlin-Besuch von deren Schicksal hörten, sorgten sie für die Übersiedlung in die

10 Freie Akademie der Künste zu Leipzig. Leipzig 1995. S. 104. und Karl-Heinz Baum: „Wer undankbar ist gegen seinen Lehrer, ist ärger als ein Hund“, in: Frankfurter Rundschau vom 23.10.1991.

11 Keßler/Miermeister: Vom „großen Knast“ ins „Paradies“? Karl-Heinz Baum: Als der Ansager nur bis Schnitz kam. Das Bild des Westens in der DDR. Vortrag vor der Enquete-Kommission des Bundestages. in: Frankfurter Rundschau vom 9.5.1997.

12 Frankfurter Rundschau vom 13.11.87, 1.11.88, 2.11.88, 18.3.89. An den angegebenen Tagen finden sich auch zahlreiche andere Berichte in anderen Zeitungen und Zeitschriften.

Hansestadt, an der die ganze Bevölkerung Anteil nahm¹³. Das Bremer Beispiel zeigt, daß Hilfsbereitschaft oft erst geweckt werden mußte, dann aber durchaus brauchbare Ergebnisse brachte. In Bremen genehmigte Senatspräsident Wilhelm Kaisen ohne viel Federlesens kurzfristig und unbürokratisch eine Straßensammlung für die Einsteinschüler, an der sich alle Bremer Schulen beteiligten. Die Sammlung erbrachte den damals, als die Fahrt mit der Straßenbahn noch 10 Pfennig kostete, stolzen Betrag von 3500 DM¹⁴.

Der Verfasser, der als DDR-Korrespondent über 13 Jahre [seit 1977] viele Menschen aus der DDR gehen sah, hat immer positive Erfahrungen gemacht, wenn er seine Bekannten im Westen darauf ansprach, einem vor längerer oder kürzerer Zeit übergesiedelten ehemaligen DDR-Bürger zu helfen, sich im Westen zurechtzufinden. Die Hilfe war meist erheblich größer als zu erwarten war. Der/die eine besorgte einen Job, der/die andere sanierte eine Familie, die mit dem westlichen Angebot nicht zurechtkam und über ihre Verhältnisse gelebt hatte, der/die dritte wurde mit den Übergesiedelten Freunde fürs Leben.

Hier soll ein weiteres Beispiel an Hilfsbereitschaft wegen so selbstverständlich gezeigter Selbstlosigkeit genannt werden: Automechaniker W. aus Mainz¹⁵ hatte in den achtziger Jahren mit deutscher Einheit wenig am Hut. Sie interessierte nicht: Mainz liegt näher zu Paris. Der Oldtimer-Fan reparierte Autos. Er fuhr zu einer Oldtimer-Messe nach Brünn/CSSR und traf zwei Gleichgesinnte aus der DDR. Er freundete sich an. Am dritten Abend erzählten sie, sie hielten es in der DDR nicht länger aus, wollten türmen. Ob er helfen könne? W. versprach, hörte sich rum. Ein Bekannter war Jugoslawe aus einem Grenzort zu Ungarn. W. erfuhr, daß Jugoslawien Flüchtlinge nicht der DDR auslieferte, sondern sie in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen ließ.

Jener Bekannte versicherte W., er wisse von zu Hause, es sei leicht, bei seinem Heimatort ohne Kontrolle die Grenze zu passieren. Das machten da viele Tag für Tag. Beide fuhren nach Jugoslawien und sahen sich die Gegebenheiten im Grenzort an. Es schien ganz leicht zu sein. Also ließ sich W. in die DDR einladen – das dauerte vier Wochen bis zur Genehmigung – und besprach den Plan. Man verabredete sich für einen Tag im Oktober in einem Hotel in Budapest. W. und ein Kumpel kamen übernachtigt dort an. Die beiden jungen Männer aus der DDR warteten schon. Er sei doch gewiß müde, solle sich erst mal auschlafen. Sie könnten sich doch mit dem Auto Budapest ansehen. W. ging schlafen und überließ den Freunden den Wagen.

Am nächsten Tag machten sie sich auf den Weg zur ungarisch-jugoslawischen Grenze. Schon im Vorfeld merkten die DDR-Insassen, ihnen folge ein Auto, eins der ungarischen Grenzpolizei. Da wurden die beiden im Fond nervös, baten anzuhalten und rannten Richtung Grenze davon; sie hatten keine Chance. Alle vier wurden festgenommen; die beiden Flüchtlinge an die DDR ausgelie-

13 Zeitzeugen-Bericht. 1950. Aus den Endtagen der Einstein-Schule.

14 Ebda. 28f.

15 Gespräch mit W. am 8.11.98.

fert. Wöchentlich flogen damals im Sommer Sondermaschinen nach Ost-Berlin, aus Prag, Budapest, Bukarest und Sofia. In ihnen saßen Stasi-Leute, zwischen ihnen angekettet Menschen, die nach Österreich, der Türkei oder Jugoslawien hatten flüchten wollen. Die beiden DDR-Leute bekamen Haftstrafen von anderthalb und zwei Jahren. W. wurde der Prozeß in Ungarn gemacht. Seine ahnungslose Mutter fuhr hin und sprach mit dem Staatsanwalt: sie erwartete eine hohe Haftstrafe wegen Fluchthilfe. Doch der Staatsanwalt beruhigte: Ungarn sei doch nicht die DDR. Tatsächlich erhielt W. eine mehrmonatige Haftstrafe auf Bewährung und mußte (durfte) Ungarn noch vor Weihnachten das Land verlassen.

Als er nach hause kam, lag da ein Brief der Eltern der DDR-Leute. Sie baten, das Auto nicht zu verkaufen. Der Wunsch wunderte ihn, doch dachte er nichts Böses. Nach knapp einem Jahr waren die beiden freigekauft. Er tat alles, um ihnen nach der Haft das neue Leben angenehm zu machen, beteiligte sich an der Wohnungseinrichtung; selbstverständlich durften sie sein Auto nutzen; sie kannten es ja. Bis eines Tages die Kriminalpolizei kam. In Mainz waren wertvolle Uhren aufgetaucht, aus einem bis dahin nicht aufgeklärten Diebstahl in einem DDR-Uhrengeschäft. Es gibt keinen Zweifel: Denen er half, hatten sich offenbar den Start im Westen erleichtern wollten und seinen Wagen zum Transport benutzt. Er hat daraufhin den Kontakt abgebrochen, hat Schluß mit der Helferrolle zur Eingliederung gemacht. Er weiß nicht einmal, ob beide angeklagt und womöglich verurteilt wurden. Seine selbstlose Hilfe ist für ihn heute „größte Dummheit meines Lebens“. Doch alle, die ihn kennen, wissen, daß er genau so handeln würde, wäre Not am Mann. Vielleicht nicht ganz so blauäugig und etwas vorsichtiger als damals.

2. Die Integration von Flüchtlingen und Übersiedlern in die Bundesrepublik Deutschland

2.1. Zu den Begriffen

Kurz gesagt gehen die Begriffe ziemlich durcheinander. Selbst in amtlichen Verlautbarungen werden die Bezeichnungen für Menschen aus der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, die auf welche Weise auch immer in den westdeutschen Teil, die drei Westzonen oder später die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, unterschiedlich verwendet; noch häufiger geschieht das in wissenschaftlichen Publikationen. Vor allem wird nicht immer deutlich getrennt zwischen Menschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und denen aus der Sowjetzone. Zunächst gilt für alle der Begriff „Flüchtlinge“, aber ebenso werden sie „Vertriebene“ genannt, „Zuwanderer“, „Aussiedler“, „Umsiedler“ und „Übersiedler“ sind weitere Bezeichnungen, die nicht selten einfach nebeneinander für verschiedene Tatbestände gebraucht werden.

Da als Thema „Die Integration von Flüchtlingen und Übersiedlern in die Bundesrepublik Deutschland“ gestellt ist, sollen hier die Begriffe wenigstens klar gestellt werden, soweit sie die DDR betreffen. Dabei kann nur angestrebt werden, die Begriffe wenigstens für diese Arbeit einheitlich zu verwenden.

Der Oberbegriff, der alle umfaßt, ist „Zuwanderer“: es meint Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemals deutschen Ostgebieten ebenso wie Flüchtlinge und Übersiedelte aus der Sowjetzone und späteren DDR. Die Spätaussiedler aus Osteuropa fallen ebenso darunter wie aus der DDR freigeverkaufte Häftlinge.

„Flüchtlinge“ wurden zum Ende des Zweiten Weltkrieges jene Gruppen genannt, die im NS-Staat vor den anrückenden Truppen der Alliierten die Heimat verließen; meist flüchteten sie vor der Sowjetarmee; es setzte die große Ost-West-Wanderung ein. Jene, die die Front im Ostteil des Reiches überrollt hatte, wurden interniert und zu Arbeiten in die Sowjetunion abtransportiert oder mußten ihre Koffer packen. Die zweite Gruppe wurde auf Geheiß der Militärbehörden ausgesiedelt, meist binnen Stunden etwa in Schlesien, weil nachrückende ausgesiedelte Polen aus der Lemberger Gegend schon auf dem Bahnhof auf ihre Einquartierung warteten, ebenso vertrieben wie die Deutschen. Amtliche Verlautbarungen hatten für alle, die direkt mit der Kriegsentwicklung ihre Heimat verließen oder verlassen mußten, den Begriff „Vertriebene“. Menschen, die erheblich später aus diesen Gebieten kommen, werden gemeinhin „Spätaussiedler“ genannt. Gelegentlich heißen sie auch „Umsiedler“¹⁶ oder „Übersiedler“.

Die Zuwanderer aus der DDR werden in der Regel in vier Gruppen unterteilt: „Flüchtlinge“, „Übersiedler“, „Sperrbrecher“ und „Sonstige“. Eine „Bestandsaufnahme“ des Bundesinnenministers vom 31. März 1988 beginnt mit der Gruppe der „Übersiedler“ und erklärt die vier Gruppen so¹⁷:

Übersiedler sind Deutsche, die die DDR oder Berlin (Ost) mit Genehmigung der dortigen Behörden verlassen haben und in das Bundesgebiet einschließlich dem Land Berlin zugezogen sind.

Flüchtlinge sind Deutsche, die die DDR oder Berlin (Ost) ohne Genehmigung der dortigen Behörden verlassen und ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet einschließlich dem Land Berlin genommen haben.

Sperrbrecher sind Flüchtlinge, die in das Bundesgebiet einschließlich dem Land Berlin unter Gefahr für Leib und Leben gelangt sind.

Sonstige sind Deutsche aus der DDR oder Berlin (Ost), die nach vorangegangener Haft in der DDR mit Genehmigung der dortigen Behörden in das Bundesgebiet einschließlich dem Land Berlin gekommen sind.

16 Der Begriff „Umsiedler“ wird in der amtlichen Sprache wegen der negativen Belastung in der NS-Zeit in der Regel vermieden, rutscht aber gelegentlich doch mal hinein.

17 Der Bundesminister des Innern: Bestandsaufnahme, S. 2.

Am meisten überrascht dabei, daß in der von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) unterzeichneten „Bestandsaufnahme“ der Begriff „Häftlinge“ oder noch deutlicher „freigekaufte Häftlinge“ nicht vorkommt. Stattdessen wird dafür das Wort „Sonstige“ verwendet, das offenbar durch das Wort „Zuwanderer“ zu ergänzen ist. Den Begriff „Sonstige“ gibt es auch erst seit 1980 in der Statistik. Nur Eingeweihte wußten bei „Sonstige“, daß es dabei um „freigekaufte Häftlinge“ ging; andere denken an Unverfänglicheres. Bis 1980 wurden freigekaufte Häftlinge unter dem Begriff Flüchtlinge mitgezählt und nicht extra verzeichnet. In dieser Arbeit sind die Begriffe aus der „Bestandsaufnahme“ des Bundesinnenministers übernommen, schon um nicht noch zusätzlich den Begriffswirrwarr zu vermehren: Ausnahme „Sonstige“ – entweder steht dafür „Häftlinge“ oder das Wort „Häftlinge“ wird zusätzlich verwendet.

Die „Bestandsaufnahme“ nennt eine „Gesamtzahl“ von 732.100 Personen, die von Kriegsende bis Ende 1948 aus der sowjetischen Besatzungszone in die drei Westzonen oder vom Ostsektor Berlins in die Westsektoren gekommen sind. Von 1949 bis zum Vortag des Mauerbaus (12. August 1961) machten sich nach dieser Statistik 2.686.942 Menschen auf den Weg von Ost nach West, alle als „Flüchtlinge“ oder „SBZ-Flüchtlinge“ gezählt. Bis zum Ende des Jahres 1987 (hier schließt die Bestandsaufnahme ab) kamen abermals mehr als eine halbe Million Menschen (576.219) von Ost nach West: aufgeteilt in 353.448 Übersiedler (61,3 %), 209.993 Flüchtlinge (36,4 %) – [davon 39.911 Sperrbrecher oder „Mauerspringer“] und 12.778 freigekaufte Häftlinge, also „Sonstige“ (2,2 %).

Bis zum Ende der DDR – nach der Maueröffnung wurde die Zählung zum 30.6.1990, dem Tag der Währungsunion, eingestellt – kamen noch einmal 882.010 Menschen in den Westen: 1988 39.852, aufgeteilt in 29.033 Übersiedler (72,9 %) und 9.705 Flüchtlinge (24,4 %) – darunter die letzten 590 Sperrbrecher, also jene, die Mauer und Stacheldraht überwunden haben – sowie 1.094 Häftlinge, also „Sonstige“ (2,7 %) ¹⁸.

Im Jahr darauf, vor und nach der Öffnung der Mauer am 9. November 1989, kommen 343.854 Menschen, davon 101.947 als Übersiedler, 65.425 als Flüchtlinge und überraschend: 176.650 als „Sonstige“ – das sind aber keineswegs alles Häftlinge. 1989 im letzten vollen DDR-Jahr umfaßt die Kategorie „Sonstige“ auch freigekaufte Häftlinge; doch werden jetzt darin alle, die im November und Dezember 1989 gekommen sind, mitgezählt: warum so verfahren wurde, ist kaum nachvollziehbar. Wäre man bei den Kriterien geblieben, hätte man die nach dem 9. November 1989 jedenfalls nicht ausgerechnet bei der Häftlingskategorie mitzählen sollen. Andererseits waren die, die da noch gingen, auch nicht mehr Flüchtlinge, weil ja das Verlassen der DDR mit den 9. November freigegeben war. Für 1990 – bis zum Tag der Währungsunion der DDR mit der Bundesrepublik – verzeichnet die Statistik nochmals 258.384

¹⁸ Die Zahlen für 1988 und 1989 stammen aus der Statistik des Bundesausgleichsamtes Bad Homburg. Die Bestandsaufnahme stützt sich allerdings auch auf diese Zahlen; sie stimmen jedenfalls für 1945 bis 1987 mit denen des Bundesausgleichsamtes überein.

Menschen, die aus der DDR in den Westen kamen, ohne sie näher zu unterteilen.

Damit beläuft sich die Gesamtzahl aller, die von 1945-1990 die SBZ oder DDR verließen, auf 4.619.331. Das sind wenig mehr als das neue Bundesland Sachsen, das größte unter den neuen Ländern, Einwohner hat: 4.604.000. Gemessen an der Zahl der Einwohner der DDR 1989: 16.675.000¹⁹, haben die Gebiete zwischen Elbe/Werra und Oder von 1945 bis 1989 mehr als ein Viertel (28,1 %) ihrer Einwohner verloren. In der viermal größeren Bundesrepublik Deutschland, dem Weststaat, haben Flüchtlinge und Übersiedler einen erheblich geringeren Stellenwert; bei einem Anteil von 7,2 % ist nur jeder Vierzehnte aus der Sowjetzone oder späteren DDR gekommen.

Als Fazit ist zu ziehen, daß es der DDR in keiner Phase ihrer Existenz gelungen ist, den Strom der Abwanderer zu stoppen. Der Bau der Mauer konnte ihn zwar verkleinern; versiegen lassen konnte selbst die Mauer ihn nicht. Als im Mauerstaat die Mauer fiel, waren seine Tage gezählt: 328 Tage waren es noch vom Abend des 9. November 1989 bis zum 2. Oktober 1990 24.00 Uhr.

2.2. *Motive zum Weggehen*

„Private Wege der Wiedervereinigung“ nennen Schumann, Dietz, Gehrmann, Kaspras und Struck-Möbbeck ihre 1997 abgeschlossene Untersuchung zu Flucht und Ausreise aus der Sowjetzone und DDR bis zur Wende 1989. K. F. Schumann, der die Motive untersucht hat, legt dabei Wert darauf, daß die im Jahre 1987 insgesamt 899 Befragten – Kontrolluntersuchung 1990 – keine Antwortvorgaben hatten sondern selbst schriftlich niederlegen mußten, was sie zur Ausreise, Flucht veranlaßte. Danach teilt er die Motive für den Weggang in vier Gruppen ein²⁰:

- a. Zusammenlebenwollen mit Menschen in der BRD [Familienzusammenführung]
- b. Repressionsopfer, Konfliktbiografie
- c. Politische und wirtschaftliche Gründe
- d. Das eigene Leben gestalten.

Für die erste Gruppe, die auch Heirat und Mitreisen mit der Familie (etwa Kinder und Jugendliche ohne eigenen Entschluß) umfaßt, erhält er ein gutes Drittel [36 %]. Ein gutes Fünftel [22 %] berichtet von einer Konfliktbiografie: sie erlebten Benachteiligungen, waren Gegner des Systems, hatten keine Berufsperspektive mehr oder waren ungerechtfertigt inhaftiert. Allgemeine politische und/oder wirtschaftliche Gründe und/oder mangelnde Reisefreiheit gaben

¹⁹ Fischer Welt Almanach, Sonderband DDR, 148. Zahlen geschätzt für 1989.

²⁰ Schumann u. a.: Private Wege, 67-92.

ein Viertel der Befragten an. Darunter sind ebensoviele Haftfälle wie in der zweiten Gruppe.

Es sei keineswegs so, daß darin jene überwiegen, die vom „goldenen Westen“ träumten: Vielmehr könne man bei ihnen eine stille, aber konsequente Ablehnung der DDR-Verhältnisse feststellen. Sie litten darunter, daß die DDR Grundrechte verweigerte, die SED einen Hegimonalanspruch durchsetzen wollte und es eine besondere sozialistische Ungleichheit der Menschen je nach Parteibuch gab. Die vierte Gruppe habe das eigene Leben gestalten wollen [„ich habe ja nur eins!“]; jeder Siebte gehöre dazu; darunter auch jene, die ihre Kreativität und Individualität beeinträchtigt sahen, aber auch jene, die ihren Kindern DDR-Verhältnisse ersparen wollten, die DDR-Fürsorglichkeit ablehnten, die sich „wie unmündige Kinder“ fühlten.

So gesehen, haben alle aus den von Schumann gebildeten vier Gruppen der Ausgereisten politische Gründe. Zur psychologischen Seite der politischen Flucht machte 1957 der Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene Franz Thedieck²¹ deutlich, daß die vom Vertriebenengesetz festgelegten und geforderten politischen Gründe fließend sind.

Schumann weist daraufhin, nicht „überprüfbar“ sei, wieweit die 1987/90 genannten Motive denen gleichen, die entscheidend zum Ausreisenschluß führten, der zeitlich früher lag. Die den Befragern genannten Motive könnten „gefiltert sein durch Kommunikationsprozesse“ im Westen, könnten auf „im Westen akzeptierte Gründe des Zuzugs abgestimmt sein“. 1988 befragte Friedrich 101 Übersiedler in Gießen. Sie gaben zu 81,2 % politische und zu 10,9 % wirtschaftliche Gründe für die Übersiedlung an. Erst an dritter Stelle folgen familiäre Gründe²², obwohl die DDR Übersiedlungen in der Regel nur aus humanitären Gründen genehmigte.²³

In der DDR lebende Westkorrespondenten haben erlebt, wie manch Antrag auf Ausreise entstand, manchmal den ersten Gedanken daran, manchmal zog man sie erst ins Vertrauen, als der Entschluß endgültig feststand. Manchmal gaben sie Formulierungshilfe. Es überrascht nicht, daß Familienzusammenführung mit 36 % den größten Anteil stellt. Der „Buschfunk“²⁴ meldete stets, ein solcher Antrag habe die größten Chancen. Es ist nicht auszuschließen, sogar anzunehmen, daß eine ganze Reihe Menschen Familienzusammenführung vorgezogen haben, um politische Gründe nicht nennen zu müssen, um nicht verdächtigt zu werden, um Gefahren wie besonderer Beobachtung bis hin zu möglicher Verhaftung zu entgehen. Man will also zu den vor zehn Jahren als Rentnern übergesiedelten Eltern ausreisen und sie pflegen, oder Einzelne wollen Menschen im Westen heiraten; in Wahrheit war es manchmal mühevoll,

21 Thedieck: Politischer Flüchtling.

22 Friedrich: Situation, 529.

23 Vgl. auch Fritze: Wende geben, in FR vom 21.5.90.

24 „Buschfunk“ – im DDR-Volksmund Bezeichnung für als wahr unterstellte, aber kaum überprüfbare Entwicklungen, auch Termine.

einen Menschen zu finden, der vor DDR-Behörden glaubhaft die Heiratsabsicht vertreten hat²⁵.

Ein Flugblatt, das in der „Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde“ aufliegt, nennt aufgrund einer Befragung im Lager die „auslösenden Fluchtgründe“ von 2.810 Flüchtlingen im Juli 1961, im Monat vor dem Mauerbau. Die größte Gruppe an Flüchtlingen sind die, die Aufträge jeder Art von Partei, Staat und Staatssicherheit abgelehnt hätten. 29,1 % gaben an, Spitzelaufträge oder Verpflichtungen, aber auch Parteaufträge und selbst gesellschaftspolitische Betätigung abgelehnt zu haben [allein 19 %].

Die zweitgrößte Gruppe bilden Fälle der Familienzusammenführung 343 oder 12,2 %, nicht besonders viel, aber die Grenze war noch offen; die dritte Gruppe und vierte Gruppe folgen dichtauf. einmal Menschen, die sich einem Gewissenskonflikt entziehen wollten oder denen Grundrechte beschnitten wurden: sie lehnten die Ideologie oder die ganze Partei ab, widersetzten sich dem Ansinnen, aus der Kirche auszutreten, verweigerten die Jugendweihe, kamen, weil ihre Kinder nicht zu Oberschule oder Studium durften, ihnen eine Westreise versagt wurde oder weil sie sich zu den „Zeugen Jehovas“ bekannten. 328 oder 11,7 % gehören in Gruppe 3. Ebensoviele in Gruppe 4 mit anderen politischen Gründen. Da nehmen sich die 44 Häftlingsfälle [1,6 %] bescheiden aus. Die Menschen, die in den Notaufnahmelagern Berlin-Marienfelde oder Gießen ankamen, hatten mehr als vierzig Jahre lang immer die gleichen Gründe zur Flucht. Allen Unkenrufen zum Trotz hat sich [Furcht im Westen, Hoffnung im Osten] die Jugend gerade nicht in die bequemen Nischen des DDR-Sozialismus zurückgezogen oder hineinziehen lassen.

Das bestätigt auch Ehrhard Neubert, der für die Zeit vor dem 13. August 1961, dem Tag des Mauerbaus, berichtet, die SED habe die Fluchtbewegung „stets gründlich analysiert“. Das MfS habe die Parteiführung über die Motive „bestens unterrichtet“²⁶:

Ideologische Überfrachtung, bessere wirtschaftliche Aussichten im Westen, Mängel in der Arbeitsorganisation, Angst vor Strafen und schließlich die Angst vor der Schließung der Grenzen werden den Parteistellen als Ursachen der Flucht gemeldet.

1960 hat das Kirchenparlament der Evangelischen Kirche der Union²⁷ an DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl geschrieben und Fluchtgründe aufge-

25 Die DDR-Behörden bestanden seit 1983 auf Heirat in der DDR, bevor der Partner die Ausreise erhielt. Damit wollte man Ausreiseträger auf Familienzusammenführung zurückzudrängen. Offenkundig zerbrachen „Verlobungen“ oft, sobald der Partner erst im Westen war. Die Beteiligten hatten stillschweigend verabredet, sich nach erfolgreichem Ausreisebegehren zu trennen. Die Polizeibehörden im Westen hatten sich dann mit schnurstracks zugegebenen „Scheinehen“ herumzuschlagen. Freilich hat es da auch Entwicklungen in die andere Richtung gegeben: manches Papierpaar entdeckte die große Liebe, nachdem man sie erfolgreich vorgespielt hatte.

26 Ehrhard Neubert: *Opposition*, Berlin 1997, S. 134.

27 Diese Kirchen gehören der EKU an: (Ost:) Anhalt, Görlitz, Pommern (Greifswald) und Kirchenprovinz Sachsen (Magdeburg) sowie (West:) Rheinland und Westfalen und (Ost und West:) Berlin-Brandenburg.

zählt. Damals hatte die Synode die Menschen in der DDR in einer Kanzelabkündigung zum Bleiben aufgefordert; der Ruf zum Bleiben verpflichte, für Menschen einzutreten, „die in Angst und Sorge geflohen sind oder sich mit bitteren Fluchtgedanken tragen.“²⁸ Man meine nicht die, die sich in der Bundesrepublik besseren Lebensstandard erhofften, auch nicht Asoziale und Kriminelle, sondern denke an²⁹ „die vielen redlichen und bis zuletzt in ihren Berufen fleißig und treu mitarbeitenden Männer und Frauen, sowie an die Jugendlichen, die nicht gern, oftmals traurig und verzweifelt, ihre Heimat, ihren Arbeitsplatz, ihre Verwandten und Bekannten, ihre Wohnung und ihr Eigentum verlassen“.

Danach wird aufgezählt³⁰,

„daß Bürger flüchten, weil sie es nicht aushalten, weiter heimliche Zuträger des Staatssicherheitsdienstes zu sein, zu dessen Gehilfen sie sich, sei es leichtsinnig oder angstvoll, gemacht haben oder machen sollen. Gott fordert Sie auf, dieser Zerstörung aller menschlichen Gemeinschaft ein Ende zu machen. Daß viele Bauern flüchten, weil die Methoden bei der Durchführung der Vollsozialisierung auf dem Lande oftmals alle menschliche Würde verletzen; daß viele Lehrer flüchten, weil sie den weltanschaulichen Druck, der besonders kraß in der Schule ausgeübt wird, nicht mit ihrer Verantwortung für die Kinder vereinigen können; daß viele Handwerker, Kaufleute, Unternehmer und sonstige Angehörige der freien Berufe flüchten, weil ihre Eingliederung in die sozialistische Wirtschaft sich so vollzieht, daß sie Vertrauen auf eine sinnvolle Berufstätigkeit nicht gewinnen können; daß Rechtsanwälte flüchten, weil sie ohne eigene Gefährdung ihren Klienten nicht mehr in der Weise beistehen können, wie es ihrer Mitverantwortung für das Recht entspricht; daß viele Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten flüchten, weil sie die geistige Reglementierung und Bevormundung seitens Partei und Staat mit wissenschaftlicher Verantwortung für unvereinbar halten; daß viele Eltern flüchten, weil sie ihre Kinder nicht weiter in eine Schule schicken wollen, die von Jahr zu Jahr mehr den Charakter einer Gesinnungsschule des Dialektischen Materialismus und Atheismus annimmt, daß vielen Menschen aus allen Berufen, selbst wenn sie bevorzugt behandelt werden, wie etwa viele Ärzte, deshalb flüchten, weil sie das Mindestmaß an Freiheit, Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit vermissen, das für sie zu einem sinnvollen menschlichen Leben gehört, oder flüchten, weil die Einschränkung der Interzonenreisen sie von ihren in der Bundesrepublik lebenden nächsten Angehörigen abschneidet; daß Menschen flüchten, weil sie in

28 Der Brief wurde abgedruckt in KJB 1960, 87, 1961, 274-276. Zwei Tage vor der Kanzelabkündigung am 4. Dezember 1960 brachte ein Bote den Brief ins Büro des Ministerpräsidenten. Nach mehreren Wochen kam der Brief ohne Anschreiben zurück. Offizielle Stellen ließen wissen, die DDR betrachte den Brief als nicht existent, um das Verhältnis zur Kirche nicht zu belasten.

29 Ebda. 274.

30 Ebda. 274 f. Vgl. auch: Karl-Heinz Baum: Bleiben und tun, was sie schuldig sind, in: Frankfurter Rundschau vom 19.3.84. Mehr als 20 Jahre nach dem Mauerbau haben sich, das läßt sich diesem Beitrag entnehmen, Gründe zum Weggehen, das jetzt Übersiedlung heißt, nicht wesentlich geändert.

ihrem Berufsleben Nachteile und Zurücksetzungen befürchten, wenn sie sich offen als Christen bekennen.“

Die Synode hat bereits auf viele flüchtende Jugendliche verwiesen. Die in Bonn ansässige Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk gibt den „Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend“ heraus heute unter dem Titel „Jugend, Beruf, Gesellschaft“. Der Brief erörterte vor allem die für junge Leute bereitstehenden Hilfen. 1954 stellte ein „-ee-“ darin Fluchtgründe junger Menschen vor³¹ und sah bereits die SED-Ideologie über diese Jugend hereinbrechen [der von Studenten getragene Ungarnaufstand 1956 stand noch bevor; die Verführung der Jugend durch den Nationalsozialismus war noch zu frisch]³²:

„..... genährt durch scheinbare Erfolge des Regimes, Unwissenheit und Enttäuschung seiner 'Untertanen' beginnt eine acht Jahre lang anhaltende, ebenso systematische wie intensive Einwirkung durch den Kommunismus diese Jugend zu prägen.“

Keine Frage, der Autor vermißt Heldentum der Jugendlichen und faßt ihre Motive zur Flucht aus der DDR so zusammen³³:

„Jugendliche, die aus politischen Gründen fliehen, lassen selbst dann, wenn sie unmittelbar in Konflikt mit dem Kommunismus geraten waren, eine Ablehnung des Kommunismus vermissen. Überwiegend wenden sie sich lediglich gegen seine Maßnahmen und auch erst dann, wenn diese sich gegen den Einzelnen persönlich gerichtet haben; die meisten sind einer drohenden Schwierigkeit ausgewichen. Jugendliche, die aus sozialen und beruflichen Gründen fliehen, versprechen sich von ihrem Entschluß nicht mehr 'den westdeutschen Lebensstandard' und damit eine unmittelbare materielle Besserstellung. Sie fliehen zumeist, weil sie einer Störung oder Unterbrechung ihrer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit entgehen wollen, weil sie eine vielseitigere Arbeit oder Ausbildung anstreben oder weil sie ihre schulische oder Hochschulbildung in Ruhe fortsetzen und abschließen wollen. Sie streben damit die Sicherung ihrer Existenz durch eine abgeschlossene vollgültige [soll heißen: auch im Westen anerkannte, d.V.] und 'normale' Ausbildung an. Jugendliche, die aus persönlichen Gründen fliehen, suchen sich durch ihren Übergang in den Westen vor allem häuslichen Konflikten, behördlichen Erziehungsmaßnahmen oder einer Strafverfolgung zu entziehen.“

Der Autor beklagt, daß sich die Jugendlichen „in der SBZ einrichten“.

In all diesen Motiven für die Flucht werde deutlich, daß sich Jugendliche mit dem Kommunismus und der Diktatur als seiner Staatsform nicht auseinandergesetzt hätten. Die „Stummheit“ auf der ersten Stufe der Eingliederung sei

31 Gedanken zur Eingliederung der jugendlichen Flüchtlinge aus der SBZ, in „Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend“, Nr. 7, 1954, 1-2.

32 Ebda.

33 Ebda.

vielmehr nur ein Zeichen für die gewohnte An- und Einpassung³⁴. Doch die SED schaffte die befürchtete Anpassung selbst bei Jugendlichen immer nur zum (kleinen) Teil.

Die Angst vor einer geschlossenen Grenze war mit dem 13. August 1961 erledigt. Alle anderen Gründe blieben bestehen. 1986 hat der Berliner Propst Friedrich Winter die kirchliche Handhabung der Ausreisen von Pfarrern in einem Selbstinterview untersucht und dabei auch die Motive einer Gruppe von Menschen aufgeschrieben, die nach dem Willen der Kirchenleitungen auf jeden Fall in der DDR bleiben sollten³⁵.

In der nur im Westen erscheinenden Zeitschrift „Kirche im Sozialismus“ gab er im „Selbstinterview“ zum Thema „Ausreise von Pfarrern in die Bundesrepublik?“ die Motive nach Häufigkeit der Fälle bei ausreisewilligen Pfarrern an. Sie unterscheiden sich kaum von denen anderer Ausreisewilliger³⁶:

1. Familiäre Gründe. Furcht um die Kinder, sie der DDR-Erziehung auszusetzen,
2. Unzufriedenheit mit dem System,
3. Die persönliche Krise im Amt, weil es nicht gelinge, sich mit der Gemeinde vor Ort einzulassen,
4. Psychische Belastbarkeit; depressives, resigniertes oder aggressives Verhalten,
Selten: Selbstverwirklichung, Reisewünsche ins Ausland,
5. Neuerdings: Menschenrechte.

Erörterungen, ob gehen oder bleiben, haben meine Zeit beansprucht. Einmal mußte ich einen drei DIN A-4-Seiten langen Fragenkatalog zum Leben im Westen beantworten, nach Berufsaussichten, Arbeitslosigkeit, Verhalten von Verwandten, vieles andere. Ich habe die Fragen nach bestem Wissen beantwortet: das Ehepaar stellte keinen Ausreiseantrag. Es war bei den Demonstrationen 1989 dabei und beim Sturm auf die Stasi-Zentrale.

Ein andermal habe ich ein ganzes Wochenende von Freitagnachmittag bis Sonntagabend – unterbrochen von kurzen Schlafpausen – mit einem Ehepaar mit vier Kindern in Mecklenburg beraten, ob sie genehmigte Westreisen zur Flucht nutzen sollten. Die Behörden hatten beiden unabhängig voneinander Reisen zu unterschiedlichen Verwandten aus unterschiedlichen Anlässen zu unterschiedlichen Orten, aber zu gleicher Zeit, genehmigt. Ich habe dringend vor einem solchen Schritt gewarnt: es gab keine begründete Aussicht, daß die fünf bis zwölf Jahre alten Kinder nachreisen könnten. Am Ende versicherten beide, zurückkehren und gemeinsam einen Ausreiseantrag mit den Kindern

34 Ebda.

35 Siehe unten Kapitel 2.9.

36 Friedrich Winter: Ausreise von Pfarrern?, KiS 1/1986, 34-36.

stellen zu wollen. Doch der Mann blieb im Westen, die Frau kehrte in die DDR zurück.

Der Mann versicherte, beide hätten sich verabredet, sie kehre allein zurück und beantrage mit den Kindern die Ausreise auf Familienzusammenführung. Die zurückgekehrte Frau aber sagte, der Mann habe drei Tage nach ihr zurückkehren wollen – sein Visum galt länger –, dann habe die Familie gemeinsam wie besprochen den Antrag stellen wollen.

Aus Enttäuschung über den angeblichen (!?) Vertrauensbruch ihres Mannes reichte sie die Scheidung ein. Wer sagt die Wahrheit?

Grundsätzlich habe ich nicht versucht, Gesprächspartner, die in der Regel das Thema Ausreise von sich aus anschnitten, zu diesem Schritt zu überreden. Ich bin auch heute überzeugt, daß der eigene Wille zum Gehen, aus welchen Gründen auch immer, beste Voraussetzung für einen erfolgreichen Weg im Westen war. Ich habe eher die Rolle eines „advocatus diaboli“ übernommen, manchmal den Weststaat schlechter gemacht als er war oder verdient hatte, schon wegen des positiven Bildes, das so viele hatten: die Vorstellung vom „goldenen Westen“ war oft allzu rosig; Wasser in den Wein war da heilsame Erfahrung. Einige Monate nach dem selbst gefaßten Entschluß zur Ausreise habe ich mit den Leuten gesprochen, die für deren Ausreise etwas tun konnten.

Zwischen den oppositionellen Gruppen von der Umweltbibliothek bis zur Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und Ausreisewilligen schwelte ein Konflikt, der bei der „LL-Demo“ 1988 (Stasi-Jargon für die offiziell verordneten Demonstrationen jeweils Mitte Januar zum Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) offen ausbrach:

Vertraten jene, die sich für Menschenrechte einsetzten, auch das Recht jener, die ihr Ausreiserecht einklagten. „Für mich war es selbstverständlich“, berichtet eine übergesiedelte Theologin, „zu keiner Veranstaltung kirchlicher Gruppen mehr zu gehen, als ich den Ausreiseantrag gestellt hatte.“ Sie hatte gut reden und gut lachen. Sie stellte ihren Antrag Mitte Februar 1984, kurz bevor die SED die große Ausreisewelle beschloß. Nach sechs Wochen Warten war sie schon im Westen. Ob sie sich bei zwei, drei oder mehr Jahre Warten auf die begehrte Genehmigung daran gehalten hätte, muß offen bleiben.

Mir hat es stets wehgetan, wenn prächtige Menschen gingen. Ich fand, sie worden noch für eine andere, freiere DDR gebraucht. Tatsächlich haben Antragsteller auf Ausreise Veranstaltungen der Gruppen stets mitgeprägt. Als bei einer Veranstaltung in der Kirche in Berlin-Friedrichsfelde nach den Verhaftungen während der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration 1988 Ausreisewillige aufgefordert wurden, nach Hause zu gehen, blieb allenfalls die Hälfte sitzen. Der Pfarrer der Kirche, der später als Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi (IM) enttarnte Michael Gartenschläger, rief den Gehenden – hoffentlich ironisch gemeint – hinterher: „Die Ratten verlassen das Schiff.“

Seit 1980 versammelten sich am 13. und 14. Februar in Dresden mehrere tausend Menschen, meist Jugendliche. In jener Nacht 1945 hatten amerikanische und britische Bombenangriffe die Innenstadt fast vollständig zerstört. Die Menschen kamen zum Gottesdienst in die Kreuzkirche und zogen dann schweigend vor die Ruine der Frauenkirche. 1988 hatte sich in Dresden an diesen Tagen die Ökumenische Versammlung der Kirchen der DDR „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ versammelt. Nach dem Gottesdienst in der Kreuzkirche zogen erstmals öffentlich und in großer Zahl mehrere hundert Antragsteller vor das Verkehrsmuseum (Johanneum); die anderen gingen wie stets zur 200 Meter entfernten Ruine der Frauenkirche. Am Johanneum entfalteten sie ein Spruchband „Vernichtet nicht die Menschenrechte wie einst Dresden“, riefen „Die Mauer muß weg“ oder „Wir wollen doch bloß Meinungsfreiheit“³⁷.

Bernd Eisenfeld hat in „Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Ausreise“ im „MfS-Handbuch“ Teil 17 Zahlen über Antragsteller veröffentlicht, zu DDR-Zeiten ein großes Rätsel³⁸: 20.000 Menschen hatten danach 1980 einen solchen Antrag laufen, 1989 zur Hälfte des Jahres waren es 125.000, und das obwohl die DDR 1984 allein 30.000 Menschen hatte ziehen lassen.

Zudem ist nicht auszuschließen, daß die Stasi-Daten nach unten geschönt sind. Spätestens seit dem Mauerbau 1961 sollten möglichst wenig Menschen dem „ersten Arbeiter- und Bauernstaat“ den Rücken kehren: er versprach an Wänden und auf Spruchbändern „alles Glück dem Volke“.

Das war nicht immer so: In den ersten Nachkriegsjahren sahen die sowjetischen Behörden und die Zonenverwaltung ebenso wie die späteren DDR-Regierenden offenkundig das Abwandern nicht ungerne: Man glaubte, damit die Feinde des Sozialismus, Kriminelle und Arbeitsscheue billig loszuwerden. Erst mit der Änderung des Paßgesetzes 1956 drosselte die DDR den Besucherstrom und so auch die Zahl der Flüchtlinge. Mit dem Gesetz über die Republikflucht [offiziell: Änderung des Paßgesetzes] sollte die Flucht eingedämmt werden. Das „schaffte“ erst der Mauerbau 1961. Doch in den sechziger Jahren hat die DDR unter Honecker kontrollierte Ausreisegenehmigungen benutzt, um aufmüpfige Personen loszuwerden. 1987 stellte die ZKG – die Zentrale Koordinierungsgruppe der DDR-Staatssicherheit – ernüchert fest³⁹:

„Es ist erwiesen, daß die Lage auf diesem Gebiet nicht durch mehr Übersiedlungsgenehmigungen zum positiven (sic!) verändert werden kann. Zwischen Übersiedlungen im größeren Umfang und dem sprunghaften Ansteigen der Erstersuchen um ein Vielfaches besteht ein kausaler Zusammenhang.“

37 Karl-Heinz Baum: Wir wollen doch bloß Meinungsfreiheit“, in: Frankfurter Rundschau vom 15.2.1988.

38 Bernd Eisenfeld: Flucht, 50.

39 Zitiert nach Eisenfeld: Flucht, 46.

Nach den Vereinbarungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit 1976 in Helsinki ließ die DDR von 1977-1980 jeweils fünftausend Menschen im Jahr ziehen [Haftfälle über Freikauf mitgerechnet]. Von 1981 bis 1983 waren es je 8.000 Menschen. Der große Sprung kam 1984. Im Frühjahr genehmigte die Führung großzügiger. Ende des Jahres waren knapp 30.000 Menschen im Westen, hatten das Papier „Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“ in der Tasche. Seitdem wurde das „Loch in der Mauer“ immer größer: Allein im ersten Halbjahr 1989 wurden 34.600 Ausreiseanträge positiv beschieden.

Erstaunlich in Eisenfelds Tabelle sind die „Rücknahmen“⁴⁰. Gemeint sind Antragsteller, die sich in persönlichen Gesprächen mit offiziellen [und inoffiziellen] DDR-Vertretern bewegen ließen, ihren Antrag zurückzuziehen. Die Tabelle beruht auf Jahresanalysen der ZKG. Danach sollen in den Jahren von 1979 bis 1982 rund die Hälfte der Antragsteller, bis 1985 ein Drittel und bis 1988 immerhin noch bei stetig steigender Zahl an Antragstellern ein Viertel dazu bereit gewesen sein. Das ist, wenn die Zahlen stimmen, doch ein ziemlich großer Anteil; denn der Entschluß zur Ausreise wurde oft erst nach wochen-, monate-, wenn nicht jahrelangen Überlegungen gefaßt.

Wolfgang Vogel, der DDR-Unterhändler, spricht davon, daß „ganze Brigaden“ der ZKG dabei waren, die Zahl der Ausreisefälle zurückzudrängen.⁴¹ Eisenfeld zeigt auf, daß sich die Zahl der Mitarbeiter der ZKG und der BKG, der Bezirkskoordinierungsgruppen, stetig erhöhte. Sie verdoppelte sich von 1976 auf 1980 von 104 auf 208, verdreifachte sich mit 346 bis 1985 und stieg bis auf 446 im Oktober 1989⁴².

Hinzu kamen ja die geglückten und versuchten Fluchten, über die die SED auch Buch geführt hat. War es der DDR dank des Schießbefehls, aber auch dank der Unterwanderungen der Fluchthilfeorganisationen, gelungen, die Zahl zu Beginn der achtziger Jahre auf unter 700 zu drücken, so nahm sie von 1986 an doch wieder erheblich zu. Die großzügigere Reiseregulation veranlaßte mehr und mehr Menschen, die Westreise zur Flucht zu nutzen: 1988 allein 6.500⁴³.

Es gab eine Menge Leute, die mit den täglichen Beschwerden im realexistierenden sozialistischen Alltag nicht zurechtkamen und ihren Ärger in Eingaben an den Staatsratsvorsitzenden (ab 1972 Erich Honecker) kundtaten. Die eine Gruppe wählte den schwächeren Protest: jene drohten an, einen Ausreiseantrag stellen zu wollen, sollten bestimmte Probleme nicht bald zufriedenstellend geregelt werden. Andere schrieben gleich den Ausreiseantrag und begründeten ihn mit solch Beschwerden. Dann geschahen im DDR-Alltag Wunderdinge im Heinzelmännchen-Stil. Plötzlich waren Trabiaspuff, Fernschröhre oder nur im Westen erhältliche Tabletten abzuholen; selbst ein versagter Studienplatz wurde zuweilen genehmigt, manchmal ebenso die zuvor versagte Westreise; plötzlich ging alles wie von selbst.

40 Ebda, 50.

41 Gespräch mit Wolfgang Vogel, 30.1.98.

42 Eisenfeld: Flucht, 49.

43 Eisenfeld: Flucht, 50.

Selbst der, dem der Arbeitsplatz vor Antragstellung gekündigt worden war, wegen häufiger Fehlzeiten oder Verspätungen, wurde wieder eingestellt. Die nur gedroht hatten, waren fein raus: drückende Beschwerden im DDR-Alltag waren beseitigt. Die den Ausreiseantrag mit „nicht reisen“ begründet hatten, fühlten sich „im Wort“. Als Ehrenleute ernst genommen, machten sie kaum Probleme. „Die Leute bekamen, was sie wollten, zogen den Antrag zurück. Sie nutzten nicht die Westreise zum Absprung, sondern waren 'zum Termin' wieder da“; wundert sich Vogel⁴⁴ bis heute.

2.3. Die Haltung der Westdeutschen

Regierungsamtlich steht es so im Protokoll der 23. Sitzung des Bundeskabinetts über die Sitzung vom 18. November 1949⁴⁵.

„Sie streuen größtenteils in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise im Bundesgebiet umher.“

Die Runde unter Leitung Konrad Adenauers sprach nicht über Hunde oder Katzen; es ging vielmehr um Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone, die seit dem 7. Oktober jenen Jahres offiziell DDR hieß. Vertriebenenminister Hans Lukaschek (CDU) hatte dem Kabinett einen Entwurf der „Verordnung über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet“ vorgelegt und dabei diesen Satz hineingeschrieben oder hineinschreiben lassen. Keine Frage, das Bundeskabinett wollte damals harte Mittel anwenden, um den Zustrom aus dem Osten zu drosseln.

Schon in der Besatzungszeit, unter alliierter Oberhoheit und der Regierungsgewalt der Länderregierungen, waren es die Deutschen, die den Zustrom drosseln wollten. Volker Ackermann weist nach, wie in Nordrhein-Westfalen Barrieren entstanden⁴⁶. Heute liest man diese Äußerungen mit Erschrecken, erinnern sie doch allzu sehr (freilich logischerweise) an die gerade vergangene NS-Zeit und deren totalitären Sprachgebrauch: Von „Taugenichtsens“, von „wahrer Landplage“, von „zweifelhaften Elementen“ spricht der Leiter des Lagers Warburg im Januar 1947. Bei ihren „Irrfahrten“ zwischen den Behörden seien die Jugendlichen „dreist und frech“, wollten nur ihr „Bummelleben“.

Das Landesflüchtlingsamt Westfalen nennt zuwandernde Jugendliche zwischen 17 und 28 Jahren „asozial“, „kriminell“, ihnen fehle „moralischer Halt“, sie wollten dem „Beruf des Schwarzhändlers“ nachgehen. Der Leiter der Registrierabteilung Siegen sprach von „sittlich verwahrlosten“, „charakterlich sehr minderwertigen Menschen“, die herumlungerten, oft Diebstähle begingen und sich wie der „Abscham der Menschheit“ benähmen, fand Ackermann. Der britische Kreis Residence Officer Siegen berichtet gar, die deutschen Behörden sprächen ihm gegenüber ganz offen von „Konzentrationslagermethoden“, die

44 Gespräch mit Wolfgang Vogel, 30.1.98.

45 Kabinettsprotokolle. Band 1949, 206 f.

46 Ackermann: Flüchtling, 87 ff.

sie aber für notwendig hielten, weil „der gute Ruf des wirklich notleidenden Flüchtlings ruiniert“ werde. Ackermann ist überzeugt⁴⁷:

„Ohne die von der britischen Militärregierung verteidigte liberale Asylpraxis (sic!) wären die Vorschläge, Arbeitslager zu errichten, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit realisiert worden.“

Eghard Mörbitz, später langjähriger Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ in Bonn, gehörte zu jenen „Irrfahrern“. Der 19-jährige Fähnrich der Marine aus Dresden hatte sich 1946 an der Universität Jena für Medizin eingeschrieben. Als seine „Vergangenheit“ („Mitglied der faschistischen Wehrmacht“) auffiel, wurde er exmatrikuliert. Er ging nach Dresden und suchte Arbeit. Außer Tagelöhnerarbeiten gelang ihm das nicht. 1947 flatterte ihm eine weiße Postkarte ins Haus, er möge sich am nächsten Morgen auf dem Rathaus melden. Ein Freund, der in der Dresdner Stadtverwaltung arbeitete, klärte ihn auf⁴⁸:

„Du hast jetzt drei Möglichkeiten: Entweder sie stecken dich als Faschisten in ein Lager oder sie verpflichten dich für die Arbeit im Uranbergbau oder du bist morgen früh im Westen.“

Mörbitz wählte den dritten Weg und gehörte fortan zu den „Streunern“. Im Westen angekommen, stellten ihm alle die gleichen Fragen: „Haben Sie Arbeit?“ Nach dem „Nein“: „Haben Sie eine Wohnung?“ Wer auch das verneinte, erhielt keinen „Zuzug“⁴⁹ und so keine Lebensmittelkarten. Das sei der Grund für die Diebstähle gewesen, ist er überzeugt. Ihm fiel ein entfernter Verwandter im Hohenlohischen ein, zu dem er sich durchschlug. Jener vermittelte ihn an einen Bekannten, der in Stuttgart-Degerloch wohnte, ein gewisser Theodor Heuss, der spätere Bundespräsident.

Heuss forderte ihn auf, einen Artikel zu schreiben. Der Text über Dresdens Ruinen gefiel; Heuss stellte Mörbitz für 50 DM Monatsgehalt als „überzähligen Volontär“ der „Rhein-Neckar-Zeitung“ an. Jetzt bekam er für 40 DM eine Wohnung und Lebensmittelmarken. „Die Fleischmarken verkaufte ich, die Brotmarken reichten zum Überleben.“ Mörbitz hatte es geschafft. Medizin freilich hat er nicht mehr studiert. Sein Dresdner Notabitur von 1943 wurde im Westen nicht anerkannt.

Erst der Selbstmord des 40-jährigen Alfred S. im Juni 1948 erzeugte ein wenig Bewußtseinsveränderung in der Öffentlichkeit. Der Mann war nach drei Jahren russischer Kriegsgefangenschaft an seinen Heimatort Leipzig entlassen worden. 1947 kam er als „illegaler Flüchtling“ nach Nordrhein-Westfalen. Bei einem Bauern im Münsterland fand er Arbeit und Unterkunft. Amtlich forderte man ihn auf, sich registrieren und eine Zuzugsgenehmigung ausstellen zu las-

47 Ackermann, ebda., 89.

48 Gespräch mit Eghard Mörbitz am 30. 1. 98.

49 Vgl. Peter Miskas Satire „Zuzug“ in: „Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitung“ (dtv-dokumente Band 39, 229). Darin läßt Miska deutschsprachige Amerikaner rätseln, was diese deutsche Mangelware „Zuzug“ bloß sei. Radio, Autoersatzteil, eine Art Gardine oder ein Reißverschluss?

sen. Als er dem nicht folgte, verweigerte ihm die Ortsbehörde die Lebensmittelmarken. Als weitere Versuche zur Anerkennung als „echter“ Flüchtling scheiterten, setzte er seinem Leben ein Ende⁵⁰. Das Regierungspräsidium Münster verteidigte sich: eine mündliche Weisung sei Anfang Januar 1948 bei einer Dienstbesprechung im Sozialministerium ausgegeben worden: illegale Flüchtlinge so „ungastlich“ zu behandeln, daß sie freiwillig gehen.

Die britischen Behörden lehnten es ab, den Übertritt aus der SBZ/DDR zu verhindern; ebenso waren sie gegen eine Rückführung⁵¹. Dagegen haben die Amerikaner in ihrer Zone [Hessen und Bayern grenzten an die SBZ/DDR] zumindest zahlreiche Personen zurückgewiesen. Heidemeyer berichtet von 40.302 Zurückweisungen allein im Juli 1947. Diese Praxis habe Bayern, „wenn auch auf freiwilliger Basis“, bis 1949 angewandt⁵². Heidemeyers Resümee bis zur Gründung der Bundesrepublik⁵³,

„... daß man von einer harten Haltung den Flüchtlingen gegenüber, die ihre Abschreckung bezweckte und zunächst besonders Amerikaner und Deutsche einnahmen, abkam.“

Anzufügen ist allerdings, daß die Franzosen in ihrer Zone [Länder Rheinland-Pfalz, Südwürttemberg, Südbaden] ohne Grenze zur sowjetisch besetzten Zone überhaupt keine Flüchtlinge aufnahmen. Frankreich lehnte die Aufnahme von Personen aus allen anderen Zonen grundsätzlich ab⁵⁴, sehr zum Verdruß der anderen Länder. So mahnte das Sozialministerium Nordrhein-Westfalen im Januar 1949 „dringend“ an, die französische Zone zu einem „trizonalen Flüchtlingsausgleich heranzuziehen“⁵⁵. 50 Jahre später ist für dieses repressive Verhalten westdeutscher [ebenso amerikanischer und französischer] Behörden und Menschen gegenüber Zuwanderern aus der DDR kaum noch Verständnis zu finden.

Freilich ist zu bedenken, daß die Leute im Westen in den Jahren zuvor schon 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten aufgenommen hatten, manchmal murrend, aber mit mehr Verständnis, weil jene die Heimat verloren hatten, ihre Not unbestritten war. dabei fehlte den Westdeutschen zwischen Flensburg und Füssen wegen der Kriegseinwirkungem selbst Wohnraum für 12 Millionen Menschen⁵⁶.

Das zweite Argument war die „nationale Karte“. Nicht nur die Politiker aller Parteien fürchteten, der Strom der Flüchtlinge könnte noch mehr anschwellen und zu einer Entvölkerung der SBZ/DDR führen. Man kann wie Ackermann⁵⁷ diese Gründe gleich in eine Traditionslinie bis zurück zum kaiserlichen

50 Nach Ackermann: Flüchtling, 92.

51 Heidemeyer: Flucht, 78 f.

52 Ebda.

53 Ebda. 83.

54 Akten zur Vorgeschichte, Bd. 4, 974 ff.

55 Heidemeyer: Flucht, 81.

56 Chronik, 9.

57 Ackermann: Flüchtling, 98.

Deutschland setzen und an Debatten um „gefährdetes Deutschtum“ im Osten, um „Entleerung des Raumes“ erinnern. Ackermann denkt bei einer Schrift des Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen an „völkische Lebensraum-Konzeptionen“⁵⁸, wird doch das Notaufnahmegesetz als „Wehr in diesem Strom, damit das Land zwischen Elbe und Oder nicht leer werde an deutschen Menschen“, genannt. Auch wenn NS-Sprache nicht zu überlesen ist, muß doch daran erinnert werden: das Konzept „Lebensraum“ beanspruchte das Gebiet anderer(!) Völker für Deutsche.

Damit hatte die Forderung an die Menschen in der SBZ/DDR, auszuharren, nur bedingt etwas zu tun. Am Ende räumt Ackermann selbst ein⁵⁹:

„Die fortdauernde „Entleerung“ der DDR hätte die durch das Grundgesetz gebotene Wiedervereinigung in Frage stellen können, die nicht auf dem Territorium der Bundesrepublik stattfinden sollte.“

Das Konzept, Entvölkerung der DDR bei allen Hilfsangeboten an Einzelne zu vermeiden, hat die Zeitläufte überdauert. Alle Bundesregierungen und die jeweilige Opposition haben es benutzt. Denn alle Beteiligten am deutsch-deutschen Prozeß wußten, das Zentrum Mitteleuropas konnte nicht zum menschenleeren Niemandsland werden. An den privaten Wegen der Wiedervereinigung war ja gefährlich, daß sie die Einheit selbst hätten überflüssig machen können. Laut gesagt hat es zum letzten Mal Kanzleramtsminister Philipp Jenninger (CDU) im März 1984, damals, als die DDR mehr Menschen in den Westen ausreisen ließ⁶⁰:

„Wir freuen uns über jeden, der herüberkommen darf. Aber es kann nicht das Ziel unserer Politik sein, die DDR zu entvölkern.“

Der erste Satz des Zitats belegt, daß sich die abweisende Haltung der Westdeutschen gegenüber Menschen aus der DDR 1984 längst ins Gegenteil gewandelt hatte, übrigens nicht erst seit dem Mauerbau, als erheblich weniger kamen. Dafür gab es vor allem zwei Gründe: der wirtschaftliche Aufschwung hatte in den fünfziger Jahren die Neuankömmlinge geradezu aufgesogen. Der Mentalität „Das Rettungsboot ist voll“⁶¹ stand die Forderung nach Freizügigkeit für alle Deutschen gegenüber.

Man mag es heute kaum glauben, daß der Vorbereitungsausschuß für das Grundgesetz, der Herrenchiemseer Konvent, auf einen Grundgesetzartikel über Freizügigkeit zunächst ganz verzichten wollte, weil er auch Deutsche aus der Sowjetzone betraf. Der Parlamentarische Rat debattierte dann, ob Freizügigkeit im Bundesgebiet für alle Deutschen oder nur für Deutsche im Westen zu

58 Ebda.

59 Ebda, 99.

60 Philipp Jenninger: Es läßt sich eine Menge tun. Interview in „Der Spiegel“ Nr. 12 19.3.84. Vgl. auch Frankfurter Rundschau vom 19.3.84, „Jenninger warnt vor Entvölkerung der DDR“.

61 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 52. Sitzung. 27.3. 1950, 1888. MdB Ernst August Farke (Deutsche Partei) war der Redner.

gelten habe. Carlo Schmid von der SPD machte gesamtdeutsche Interessen geltend; unnötige Barrieren zwischen Ost und West seien zu vermeiden⁶².

Damals galt allgemein, unter den Zuwanderern befinde sich höchstens ein Zehntel politische Flüchtlinge; die anderen kämen aus wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen. Wie weiland die Bremer Stadtmusikanten sagten sich nicht wenige Ostdeutsche: „Etwas Besseres als den Tod werden wir überall finden.“ Das kam damals bei den Westdeutschen kaum an. 1985 untersuchte Volker Runge, Sozialwissenschaftler in Wuppertal, die Integration der DDR-Bürger im Weststaat und druckte dabei den Brief „einer von vielen von den „Alten DDR-Bürgern“ ab⁶³. Der Brief gab gut 35 Jahre nach der Flucht noch einmal die Stimmung wieder, aus Angst und Not sei man gekommen; wörtlich hieß es dann:

„In den Städten in der DDR gab es überall russische Kommandanturen und öfter auch Gefangenenlager. Auf der Straße Russen mit Gewehren und wieder so Kerle mit roten Armbinden dabei, und dann sah man, wie sie Leute aus den Wohnungen holten. Jeder dachte immer, wann sind wir dabei? Da brauchte man gar nichts gemacht zu haben, das wurde halt wahllos getan. Mit welcher Angst liefen wir alle rum, und zu essen gab es auch kaum etwas. Und so kam uns allen der Gedanke hierher, denn schlechter konnte es hier auch nicht sein.“

(Anm. des Verf: Russische Kommandanturen gab es auch noch 1989 in jeder Kreisstadt; freilich gab es nicht mehr solche Vorkommnisse.)

Schon diese Schilderung paßt nicht zum „Mythos vom armen jungen politischen Flüchtling“⁶⁴. Nur, wer wollte sagen, dieser Weggang aus der DDR sei nicht politisch gewesen. Der DDR-Bürgerrechtler Roland Jahn, den 1984 Stasi-Leute in einem verplombten D-Zug-Abteil von Jena nach Lichtenfels (Bayern) schickten, hat die Flüchtlinge und Übersiedler „die größte Widerstandsgruppe der DDR“⁶⁵ genannt. Die Familie der unbekanntenen Autorin gehörte womöglich auch zu jenen, die damals als kriminell und als politische Agenten verunglimpft wurden; angeblich sei das „der größere Teil der Flüchtlinge“ gewesen, „die die Bundesrepublik gefährden“⁶⁶. Aber das hat das junge Mädchen damals kaum bemerkt; allenfalls die Eltern.

Offiziell wurde nur aufgenommen, wer sich einer besonderen Notlage entziehen mußte. Erziehung der Kinder in der Schule zu einem Feindbild galt nicht als Notlage, um nur ein Beispiel zu nennen. Freilich, es gab auch keine Richtlinien zur Rückführung, so daß die Menschen in der Nähe der Lager blieben, in

62 Heidemeyer: Flucht, 85 f.

63 Ronge: Drüben, 47.

64 Thomas Gmelka: Mythos vom „armen jungen politischen Flüchtling“, in: Frankfurter Rundschau vom 13. März 1957.

65 Roland Jahn auf einer Podiumsdiskussion in der Berliner Samariterkirche zum 10. Jahrestag der Verhaftungen während der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration in Berlin: „Das vorletzte Gefecht“.

66 Heidemeyer: Flucht, 98.

denen sie sich angemeldet hatten und abgelehnt worden waren. Dort suchten sie sich auf eigene Faust Arbeit.

Der SPD-Parteivorstand unterließ – Artikel 11 Grundgesetz zur Freizügigkeit galt da schon ein halbes Jahr – die restriktive Politik der Bundesregierung mit einem Beschluß vom 1. November 1949⁶⁷:

„... daß kein Deutscher auf deutschem Boden das Recht hat, Deutsche zwangsweise in einen andern Teil Deutschlands zurückzuführen, es sei denn, es handle sich um Verbrecher.“

Die SPD erntete Empörung. Sie habe zum einen die SBZ aufgegeben und fördere zum andern kommunistische Unterwanderung. Flüchtlinge rückzuführen, lehnten SPD-regierte Länder jetzt strikt ab. Ohnehin geschah das nur Leuten in Lagern, die nach der offiziellen Ablehnung dort geblieben waren. Die Alliierte Hohe Kommission, auch nach der Gründung der Bundesrepublik höchste Regierungsinstanz, übertrug jetzt die Zuständigkeit für die Flüchtlinge den Deutschen, forderte eine Kontrolle jedes Flüchtlings und koppelte die Aufnahme an Überbevölkerung und Wohnungsmangel – Vorgaben für das Notaufnahmegesetz im Jahr darauf.

Die Einschränkung der Freizügigkeit für Bewohner der Sowjetzone/DDR war das Grundprinzip des Notaufnahmegesetzes; aber sie wurde nicht durchgesetzt. Die vorgesehene Rückführung, ohnehin nur als „Abschreckung“ gedacht, von der SPD bekämpft, kam gar nicht mehr ins Gesetz. 400.000 Flüchtlinge aus der SBZ/DDR lebten zur Zeit des Inkrafttretens „illegal“ im deutschen Westen⁶⁸, doch der wirtschaftliche Aufschwung des Weststaates ließ die Arbeitslosenzahlen trotz hoher Flüchtlingszahlen sinken. Wie sehr sich das öffentliche Klima zugunsten der Flüchtlinge gewandelt hatte, zeigt acht Jahre später die Debatte im Deutschen Bundestag über Dieter Meichsners Fernsehfilm „Besuch aus der Zone“.

Der Film, erheblich oberflächlicher als das Theaterstück, hat laut Fernsehkritik im „Tagesspiegel“⁶⁹, Westen gleich gierig und schwierig, Osten gleich ehrlich, wenn auch ein wenig gefährlich“, gewertet. Was die politische Klasse an Meichsners Stück jedoch am meisten störte, ja empörte, war die Entscheidung der Verwandten aus der „Zone“, eines Leipziger Ingenieurs samt Familie, wieder nach Hause zurückzufahren. Dabei hatte der vor Jahren selbst geflüchtete Bruder Arbeitsstelle und Wohnung bereits besorgt: die Familie hätte sich also „ins gemachte Netz setzen“ können und wäre niemandem „zur Last gefallen“. Doch der Film hat die Schlußbeinstellung: rote Lichter des D-Zugs Frankfurt/Main-Leipzig im Frankfurter Hauptbahnhof. Empörte sich Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU) vor dem Bundestag⁷⁰:

67 Zitiert nach Heidemeyer, Flucht. 100.

68 Ebda, 105.

69 Der Tagesspiegel, 28. Januar 1958.

70 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenografische Berichte, Band 39, 714-726.

„Das rote Zugschlußlicht geht dann ab in die Sowjetzone, um die Zuschauer ja nicht im Zweifel zu lassen, in welchem der beiden Teile Deutschlands das Leben nach Ansicht des Autors gegenwärtig lebenswert ist.“

Wäre es nach dem Wortlaut des Notaufnahmegesetzes gegangen, hätten die politisch Verantwortlichen in Bonn, vor allem der Bundesinnenminister, froh sein müssen, daß sich Deutsche aus der DDR nicht vom „Goldenen Westen“ blenden ließen. Aber die Gesetzeswirklichkeit war längst anders und blieb es, gerade nach dem Mauerbau, bis zum Ende der DDR. Die Menschen aus der DDR halfen, die große Nachfrage nach Arbeitskräften in den fünfziger Jahren zu stopfen. Detlev Kühn, der 1952 als 16-jähriger in den Westen kam und später das Gesamtdeutsche Institut der Bundesregierung leitete, sagt⁷¹:

„Erst als der Zustrom mit dem Mauerbau ausblieb, hat sich die deutsche Wirtschaft nach anderen Arbeitskräften umgesehen, in Italien, Jugoslawien, Spanien, Portugal und der Türkei.“

Als DDR-Korrespondent von 1977 bis 1990 – der im Westen mit einem besonderen [blauen] DDR-Nummernschild herumgefahren ist – hat d.V. anders als andere aus dem Osten im Westen nie erlebt, daß Leute, die ihn wegen des Nummernschilds für einen Ostbürger hielten, ihm feindlich gesonnen gegenübertraten, ihn als „Bonzen“ ansahen⁷². Manchmal gab es einfühlsame, die Realität der DDR völlig verkennende abwertende Worte zum „armen“ DDR-Bürger. 16 Millionen schienen sich von Hirsebrei zu ernähren. Nicht selten hörte ich dann: „Sie bleiben doch hier!“

1963 sprach Martin Niemöller, der Hessen-Nassauische Kirchenpräsident, öffentlich aus, was schon in den sechziger Jahren, spätestens aber in den siebziger Jahren im deutschen Westen Mehrheitsmeinung war:

„Mir ist sehr früh der Gedanke gekommen, uns geht es gut in der Bundesrepublik, wir machen einen steilen Aufstieg im wirtschaftlichen Wohlstand, und die Leute, die bezahlen müssen, was wir mit unserem ganzen Volk hier angerichtet haben, das sind die armen siebzehn Millionen hinter dem Eisernen Vorhang. Wir haben doch eine Verpflichtung, an deren Bestrafung oder wenigstens an den Nachteilen, die sie jetzt bezahlen müssen, irgendwie teilzunehmen.“

Niemöller war nach der NS-Machtergreifung 1933 Prediger der Bekennenden Kirche zu Berlin-Dahlem. Von 1938 bis 1945 war er „persönlicher Gefangener des Führers“. Nach dem Ende der NS-Herrschaft setzte er sich für das „Darmstädter Schuldbekentnis“ ein. Genau seine Erkenntnis aus dem Jahre 1963 wurde 1990 zur ziemlich unumstrittenen Grundlage aller wesentlichen politischen Entscheidungen. Genauso wurden die Transferleistungen von West nach

71 Gespräch mit Detlev Kühn am 18.2.98.

72 Vgl. Karl-Heinz Baum: Schwierigkeiten mit Tante Frieda, in: Frankfurter Rundschau, Beilage Zeit im Bild, 14.4.1979.

Ost begründet. Niemöller sagte diese Sätze im Fernsehinterview mit Günter Gaus „Zur Person“.⁷³

2.4. Die Eingliederung – ihre Bedeutung für den westdeutschen Staat: Eine Erfolgsstory

Die Eingliederung der Häftlinge, Flüchtlinge, Übersiedler in die bundesdeutsche Gesellschaft ist bis zur deutschen Einheit fraglos eine Erfolgsstory. Hier sei erneut auf die im Anhang vorgelegte Liste verwiesen, die rund 1.400 mehr oder weniger bekannte Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens umfaßt, die – aus welchen Gründen auch immer – in den Weststaat gekommen sind, die sich dem sowjetischen Machtbereich entzogen haben.

Aufgenommen wurden in die Liste Menschen, die entweder in der DDR eine bedeutende politische oder gesellschaftliche Funktion innehatten oder die erst in der Bundesrepublik Deutschland dazu kamen. Nur wenigen aus dieser Gruppe gelang eine erneute Karriere im Westen wie dem bis 1949 als Hauptabteilungsleiter im Wirtschaftsministerium in Sachsen-Anhalt tätigen Willi Brundert – vier Jahre nach seiner Haftentlassung war er Oberbürgermeister in Frankfurt/Main. Vor allem Künstlern gelang die erneute Anerkennung: Schauspielern wie Armin Müller-Stahl oder Manfred Krug, Schriftstellern wie Roeger Loewig oder Jurek Becker, Malern wie Penck oder Gottfried Graupner. Hier soll nicht verschwiegen werden, daß es auch eine Wanderung in die DDR gegeben hat, vor allem in den vierziger und fünfziger Jahren: gerade die Festlegung der DDR als antifaschistischer Staat zog viele Künstler an, ließ die DDR im Licht des „besseren deutschen Staates“ scheinen. Hinzu kam in den vierziger Jahren die hohe Arbeitslosigkeit, aber auch die erneute Ausgrenzung der Kommunisten nicht nur in der Bundesrepublik sondern auch in Österreich und im Exilland USA.

Ein Blick auf die Liste⁷⁴ belegt: die Menschen aus der Sowjetzone/DDR haben die Bundesrepublik Deutschland wesentlich mitgeprägt. Dieser Staat sähe ohne sie womöglich ganz anders aus, wäre womöglich anders in die Einheit gegangen. Ohne große Nachprüfung wird man die These aufstellen können: Den antitotalitären Konsens, den sich die Menschen in der westdeutschen Demokratie mühsam erarbeiteten, haben Zuwanderer nicht nur mitgetragen; sie bezogen den Stalinismus gleich mit ein.

So sagt Tilman Fichter, Referent an der Parteischule der SPD in Bonn, die vier aus der DDR stammenden Funktionäre des Sozialistischen Studentenbundes im Westteil Berlins, Rudi Dutschke, Klaus Hartung, Bernd Rabehl und Peter Rambauck, seien zusammen mit anderen Ex-DDRlern wesentlich dafür verantwortlich, daß der Berliner SDS antiautoritär und antistalinistisch ausgeprägt war. Diese Gruppe habe auch verhindert, daß jene im SDS Berlin den Ton an-

⁷³ Günter Gaus: Zur Person. München.

⁷⁴ Siehe unten

geben konnten, die allzuviel Sympathie für die DDR-Machthaber hatten⁷⁵ oder sich gar bei der Stasi verdingt hatten wie IM „Erich“, der über Dutschke schrieb⁷⁶:

„Dutschke ist ein verschworener DDR-Gegner. Auf Dutschke ist es zurückzuführen, daß bei der damaligen Vietnam-Demonstration fast ein Bild Walter Ulbrichts verbrannt wurde. Dutschke spricht ausschließlich vom Scheiß-Sozialismus in der DDR.“

Die Liste im Anhang kann nicht vollständig sein, dann müßte sie viereinhalb Millionen Menschen umfassen. Letztlich gehört jedes Schicksal, jeder Lebensweg der Eingliederung in die neue, zum Teil fremde Gesellschaft in eine Liste bedeutender Persönlichkeiten. Den westdeutschen Staat bezeichnete die DDR seit den sechziger Jahren als Ausland. Doch welche Eingliederung könnte besser gelungen sein als die, sich „im Ausland“ so zurechtzufinden, daß er/sie ins Parlament gewählt, zum/zur Minister/in berufen wird. Dem Kabinett des Kanzlers Helmut Kohl gehörten zuletzt drei Minister an, die in der DDR aufwuchsen: Innenminister Manfred Kanther (CDU), Landwirtschaftsminister Jürgen Borchert (CDU) und Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP).

Manfred Kanther, geboren 1943 in Schlesien, machte in Thüringen Abitur und ging dann in den Westen, als Bundesinnenminister war er für die verfassungsmäßige Ordnung zuständig. Einen ähnlichen Lebenslauf hatte der 1941 in Berlin geborene Günther Rexrodt, der nach Thüringen evakuiert wurde, dort hängenblieb, in Arnstadt sein Abitur machte, in Göttingen studierte und für die Wirtschaftsgeschicke des Staates verantwortlich war. Jürgen Borchert ist gebürtiger Stendaler; er kam – im Altersvergleich zu Kanther und Rexrodt zwei Jahre früher – mit 16 in den Westen.

Die Bundesrepublik hatte mit Hans-Dietrich Genscher (FDP) für fünf Jahre einen Innenminister und anschließend auch noch für 18 Jahre einen Außenminister mit DDR-Erfahrung, der dem Kabinett auch noch angehörte, als es nach 45 Jahren Teilung darum ging, beide Staaten zu vereinigen. Daß die Menschen seine Arbeit anerkannten, demonstrierten sie eindrucksvoll mit dem Votum bei der Bundestagswahl 1990. Im Wahlkreis 292 Halle/Saale, in dem Genscher in Reideburg geboren wurde, errang erstmals in der demokratischen Geschichte Deutschlands seit 1945 ein FDP-Kandidat ein Direktmandat, der Hallenser Uwe Bernd Lüers.

Zu nennen wären der Gesamtdeutsche Minister Ernst Lemmer, der Sozialminister und Gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser oder der erste Vertriebenenminister Hans Lukaschek. Neben zwei Innenministern wurde mit Günter Nollau ein Ostdeutscher Verfassungsschutzpräsident: er hatte Angriffe des DDR-Staatssicherheitsdienstes auf den westdeutschen Staat abzuwehren.

75 Gespräch mit Tilman Fichter am 30.12.97.

76 Bericht 1967 von IM „Erich“ d.i. Dietrich Staritz, zit. nach Jochen Staadt: Im Umkreis der Antiautoritären hatte die Stasi keinen Agenten, in: Frankfurter Rundschau vom, 30.3.1995.

Warum hat es eine solche Liste, diesen „Gotha“ der Ostdeutschen im Westen, nicht schon früher gegeben? Wer da alles in den Westen gekommen ist, blieb den zuständigen Stellen in der Bundesregierung, etwa im Innerdeutschen Ministerium, nicht verborgen. Die Antwort ist einfach: Kurt Plück⁷⁷, über vier Jahrzehnte an wichtigen Schaltpositionen der Deutschlandpolitik der Bundesregierung, im Gesamtdeutschen Ministerium (1952-64), im Bundespresseamt (1964-82) und erneut in Innerdeutschen Ministerium (1982-89) sagt dazu:

„Das Risiko schien uns zu hoch. Wir hatten einfach Sorge, eine solche Liste könnte sich negativ auf die DDR-Praxis der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft auswirken. Es blieb der DDR ja nicht verborgen, um welche Potenzen es sich handelte, die da unbedingt aus ihrem Staat herauswollten und in die Bundesrepublik kamen.“

1976 hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“⁷⁸ nach der Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann eine Liste mit 103 in den Westen gekommenen Künstlern und Intellektuellen veröffentlicht: „Die Abwanderung des Geistes aus der DDR“. Die Überschrift ist die Antwort für die westdeutsche Zurückhaltung in dieser Frage und bestätigt Kurt Plück: Gerade die öffentliche Erörterung als „Abwanderung des Geistes“ hätte bewirken können, was Plück und andere damals befürchteten.

„Ratlos in der Ellenbogengesellschaft“ hieß nicht selten das Motto der Berichterstatter über Probleme beim Eingewöhnen jener Menschen, die der DDR den Rücken kehrten. Der Ende 1997 verstorbene Herbert Grings⁷⁹ vom Sozialministerium Rheinland-Pfalz in Mainz sagte: „Probleme hatten wir mit den Übersiedlern kaum.“ Er war lange Zeit für Übersiedler zuständig, auch 1989, als die Mauer aufging und die Menschen wie vor dem Mauerbau 1961 in Massen kamen, im Spätsommer zuerst über Ungarn und Österreich nach Passau. Grings erzählte:

„Damals hatte ich eine Standleitung zum Durchgangslager Osthofen. Da kam abends um halb acht der Anruf aus Osthofen: Morgen früh sind 400 uns zugeleitete Leute in Passau abzuholen. Da hatte ich auch noch über Nacht fünf Busse zu besorgen, die am nächsten Morgen in Passau sein mußten. Auch das klappte.“

Aber das war die Ausnahme im heißen Herbst 1989. Üblicherweise kamen die Busse wohlorganisiert vom Durchgangslager Gießen. Dort mußten sich Flüchtlinge und Übersiedler zuerst melden; dort kamen auch die Häftlinge an. Manche landeten auf dem Flughafen Frankfurt: jene, die zunächst nach Berlin ausgereist waren und dann auf die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz oder Saarland verteilt wurden.

⁷⁷ Gespräch mit Kurt Plück am 24. Januar 1998. Siehe auch Plück: Faden, Bonn 1996.

⁷⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung, ... 12.1976.

⁷⁹ Gespräch mit Herbert Grings +, Sozialministerium Rheinland-Pfalz; zuständig für die Betreuung der Übersiedler, am 8. 11.97 in Mainz. Grings verunglückte wenige Tage darauf tödlich.

„Probleme? Nein, außer dem Üblichen. Die Übersiedler versickerten einfach.“ Mit dem Wort „versickern“ wollte Grings beschreiben, daß die meisten Menschen aus der DDR der Landesregierung und/oder den Stadt- oder Kreisbehörden allmählich aus dem Blickfeld schwanden.

„Manch Zugewiesene sind gar nicht angekommen; sie haben sich gleich in Gießen die Fahrkarte zu Freunden oder Verwandten geben lassen; da haben nicht selten schon Arbeitsstelle und Wohnung gewartet, für den Malermeister, der erst mal als Gehilfe zum West-Kollegen ging. Wenn die Busse in Osthofen ankamen, haben die Unternehmer meist schon am Tor Schlange gestanden und mit attraktiven Arbeitsangeboten und auch mit Wohnungen gelockt: Ostdeutsche Arbeiter galten als besonders zuverlässig: ohne Fehlzeiten, ohne Bummeleien, da bestätigten Ausnahmen nur die Regel. Schwupp war der zweite Schwung weg und brauchte erst gar nicht ins Lager.“

Der Mainzer Beamte Grings sang ein hohes Lied auf Übersiedler:

„Die nächsten haben die Angebote am Schwarzen Brett studiert und sich auf die Socken gemacht. Zum Arbeitsamt sind in den nächsten Tagen nur noch gut zwei Drittel der Neuankömmlinge gegangen. Da hat dann auch noch so mancher die Stelle fürs Leben gefunden. Die anderen bezogen erst mal Arbeitslosengeld, aber wenn das zu lange dauerte, besorgten sich wieder einige selbst Arbeit. Osthofen liegt im rheinhessischen Weinbaugebiet, im Herbst gingen die Leute hier zur Weinlese, das hatten die Winzer der Region fest eingeplant. So mancher verdiente sich so seine erste Westmark, vor allem im Herbst 1989.“

Auch dem Wuppertaler Soziologen Volker Ronge⁸⁰ fiel die besondere Eigeninitiative der Übersiedler auf. Er überschrieb eine Untersuchung mit: „So einer wartet nicht auf das Arbeitsamt.“

Betreuer von damals wie Forscher von heute loben zudem die generelle Bereitschaft der Zuwanderer, auf einem erheblich niedrigeren Niveau ihrer Qualifikation, also „weiter unten“, anzufangen, als sie es in der DDR gewöhnt waren⁸¹. Das mag damit zusammenhängen, daß es die aktivsten, die agilsten sind, die sich als erste zum Gehen entschließen, wenn die Dinge in ihrer Umgebung unbehaglich oder schlimmer, nicht mehr annehmbar, erscheinen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Brigitte Lange, die 1951 selbst als 12-jährige mit den Eltern in den Westen kam, will bemerkt haben, daß ehemalige Ostler sich auch heute intensiver engagieren als bodenständige Menschen⁸².

„Mir ist das irgendwann einmal aufgefallen: Für viele Ehrenämter, die im Marburger Land zu vergeben sind, melden sich frühere DDR-Bewohner oder Flüchtlinge und Vertriebene von jenseits der Oder-Neiße. Womöglich legen

80 Ronge: Drüben, 51-76. Gleicher Text in DA 2, 1985, 158-169.

81 Literaturverweise bei Ronge, Schumann, Miermeister.

82 Gespräch mit Brigitte Lange am 28.1.98.

sie, die wissen, wohin ein Staat ohne Demokratie führt, mehr Wert als andere darauf, daß kein Sand ins demokratische Getriebe kommt.“

Das wäre Thema einer eigenen wissenschaftlichen Studie.

Dafür ist ein Arzt aus einer DDR-Kleinstadt ein Beispiel. Fast selbstverständlich hat er inzwischen im Ärzteverband seines Landes ein Ehrenamt inne. Der Arzt am Kreiskrankenhaus entschloß sich, 1987 während einer genehmigten Westreise nicht nach Hause zurückzukehren. Im DDR-Krankenhaus war er so etwas wie die rechte Hand des Chefs der Inneren Abteilung⁸³:

„Ich war damals knapp 40. Ich wollte noch einmal etwas aus meinem Leben machen, ausprobieren, ob ich es schaffe. In der DDR, das wußte ich, würde ich noch in zwanzig Jahren am gleichen Krankenhaus tätig sein, Chef hätte ich nicht werden können, ich hatte ja kein Parteibuch.“

Warum war er bereit, wieder von unten, von vorn anzufangen⁸⁴?

„Wenn man sich erst einmal entschlossen hat, in den Westen zu gehen oder dazubleiben, weiß man, daß man sich in der neuen Umgebung hinten anstellen muß. Die Herrschenden in der DDR hatten uns ja beigebracht, auch damit wir nicht weggehen sollten, daß in der Gesellschaft des Westens „das Wolfsgesetz des Kapitalismus herrscht“. Das hast du natürlich nicht richtig geglaubt. Aber so ganz sicher warst du ja doch nicht, ob nicht Tausende damit umgehen können, nur du nicht.“

Er schlug sich zunächst mit kurzfristigen Aushilfen bei wohlbestallten Ärzten oder in Krankenhäusern durch⁸⁵.

„Das hatte sein Gutes: Ich kam herum, mußte mich auf Bayern oder Hessen ebenso wie auf Norddeutsche einstellen. Der zweite Schritt waren Urlaubsvertretungen. Dann bot mir ein Kreiskrankenhaus die Gelegenheit, für den erkrankten Stellvertreter des Chefarzts einzuspringen. Diese Stelle, das war für mich sowas wie der Ritterschlag. Da hatte ich praktisch die gleiche Funktion inne wie vorher in der DDR. Als das gut lief, als der Chefarzt mit mir zufrieden war und auch die Patienten, da wußte ich: du schaffst es. Das war in meinem dritten Jahr im Westen.“

Heute hat er eine Internisten-Praxis in Norddeutschland.

Die Bereitschaft der meisten Ostdeutschen, sich unter allen Umständen zu integrieren, ging soweit, daß dabei gelegentlich die eigene persönliche Geschichte auf der Strecke blieb. Rosemarie H. kam aus einer Kleinstadt in Sachsen kurz vor Weihnachten 1980 in den Westen. Schon in den ersten Tagen schrieb sie einen Brief an einen früheren Klassenkameraden aus alten DDR-Tagen, der ein Jahr vor ihr gegangen war. Sie hatte es gerade noch erfahren, denn über Ausreiseanträge sprach man damals besser nicht laut: viele waren

83 Gespräch mit dem Arzt am 30.11.97.

84 Ebda.

85 Ebda.

überzeugt, daß ihnen, wenn sie dem Staat nicht allzu großen öffentlichen Ärger machen, der Antrag schneller genehmigt werde. Das Schweigen hatte noch einen andern Vorteil: Das Zurückziehen der Freunde, die Antragsteller nicht selten als „Aussätzig“ ansahen, unterblieb.

Rosemarie H. also wollte den alten Kontakt wieder aufleben lassen. Freudig schrieb sie einen Brief ins Schwäbische, man sollte sich doch mal wieder sehen. Die Antwort kam prompt. Nach kurzem Dank teilte der Angesprochene unverblümt mit, daran habe er keinerlei Interesse. Sie würde ihn nur an die vergangene Zeit in der DDR erinnern, und daran wolle er nun einmal nicht mehr erinnert werden.

„Ich habe alle Kontakte zur DDR abgebrochen“, schrieb er in vermeintlichem Stolz. Zum Beweis fügte er an, er habe gerade einen Kaufvertrag für ein Haus unterschrieben. Das mußte eine just angekommene Ostfrau doch beeindruckend und ihr klarmachen, daß es im Westen ganz anders zugeht und die alten Ostfreundschaften wirklich zu Ende waren. Während Rosemarie H. sich weiter auf den alle paar Jahre stattfindenden Klassentreffen ihres Abiturjahrgangs in der DDR sehen ließ, tauchte jener nicht ein einziges Mal auf: eingeladen war er genau wie sie und für ihn galt wohl auch kein Einreiseverbot.

Erst seit die Mauer gefallen ist, ist er wieder ständiger Gast bei Klassentreffen. Freilich, er schwäbelt so sehr, daß er für Sachsen oder Preußen von echten Schwaben nicht zu unterscheiden ist. Kaum ein Mensch würde darauf kommen, daß er waschechter Sachse ist. Darauf angesprochen, versicherte er den Dagebliebenen, die zehn Jahre nach ihm 1990 geschlossen Westler wurden, das habe er so machen müssen⁸⁶:

„Sonst hätte ich es nicht geschafft. Ich arbeite im Marketing. Im Großraum Stuttgart hätte mir kaum einer was abgekauft, wenn ich die Angebote auf sächsisch präsentiert hätte.“

Hans Kock, in Hamburg Betreuer jugendlicher Übersiedler im Auftrag des Christlichen Vereins Junger Männer, berichtet, er habe „meinen Jugendlichen“ immer als erstes beigebracht: „Laßt nie jemanden merken, daß ihr aus der DDR seid“⁸⁷. Damit seien sie immer gut gefahren, ist er überzeugt. Der Hinweis, wie man sich in der Westgesellschaft am besten verhalte, kam den Übersiedlern aus der DDR offenkundig entgegen und entsprach ganz ihren Erwartungen.

Im Herbst 1990 heißt es in einem im November 1989, zum Zeitpunkt des Falls der Mauer, verfaßten Bericht, gedruckt in einer Zusammenstellung von Auszügen aus Monatsberichten der Betreuer für die Jahre 1988/89 der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk Bonn⁸⁸:

86 Gespräch mit Rosemarie H. am 2.12.97.

87 Gespräch mit Hans Kock, Hamburg, am 27.12.97.

88 Michael Fähndrich, Christoph Lindenfelser, Walter Weissgärber: Die Arbeit mit jungen Aus- und Übersiedlern vor Ort – Auszüge aus Monatsberichten, in: JBG 3, 1990, S. 125.

„Die meisten Übersiedler scheinen zunächst an Kontakten zum Jugendgemeinschaftswerk nicht interessiert zu sein. Auch unsere Einladungen und Info-Briefe bleiben meistens ohne Resonanz. Die meisten von denjenigen, mit denen wir trotzdem sprechen konnten, gaben als Hauptgrund für ihr Desinteresse an, so schnell wie möglich das Etikett des Übersiedlers abstreifen zu wollen. Sie möchten nicht von Organisationen als DDR-ler identifiziert werden.“

Keßler und Miermeister veröffentlichen ein Interview mit Anita, 22, „Punkfrau in der DDR, seit 6 Monaten Punklady in West-Berlin“. Hier der vollständige Wortlaut⁸⁹:

„Warum Sind Sie weggegangen aus der DDR?

DDR? Nie gehört.“

Diese gar nicht selten anzutreffende Haltung gegenüber der DDR, die an die Vogel Strauß-Methode „Kopf in den Sand stecken“ erinnert, hat vielen Westdeutschen Alltagserfahrungen mit übergesiedelten, geflüchteten, oder freigekauften Mitbürgern erspart – dieses offenbar selbstgewählte Schweigen könnte ein Grund für vielfach beklagte relativ große Unwissenheit Westdeutscher über Lebensbedingungen in der DDR gewesen sein; eine Unkenntnis, die manchmal bis heute fatal fortwirkt.

Dabei haben die Westdeutschen wohl selbst am ehesten gespürt, daß ein historischer Zufall und mitnichten auch nur das kleinste eigene Verdienst sie vor dem Schicksal der Ostdeutschen bewahrt hat. „Warum bin ich nur auf dieser Seite der Elbe geboren?“ war ein häufig anzutreffender Satz heranwachsender DDR-Jugendlicher. Daß sich Westdeutsche in einer sowjetisch kontrollierten DDR kaum anders verhalten hätten, hat ihnen der 1977 in den Westen gekommene Schauspieler Manfred Krug [„Spur der Steine“; „Liebling Kreuzberg“] ins Stammbuch geschrieben. Ein Jahr nach seiner Übersiedlung sagte er im ARD-Interview auf die Bemerkung, er habe doch gewiß festgestellt, wie sehr sich Deutsche in Ost und West auseinandergelebt haben, das sei der einzige Punkt, in dem er sich getäuscht habe. Nach einem Jahr Westen schlug Krug vor, je 16 Millionen Deutsche in Ost [die gesamte Bevölkerung der DDR] und West in zwei Säcke zu packen, die Säcke kräftig zu schütteln, dann die Säcke auf der jeweils anderen Seite auszuschütten. Er sei überzeugt, es dauere gerade einmal vier Wochen; dann funktionierten Menschen wie Apparate in Ost und West wie zuvor. Als Westdeutsche die These während einer Veranstaltung der Frankfurter Buchmesse 1990 angriffen, sagte Diskussionsredner Friedrich Schorlemmer, sie sollten sich glücklich schätzen, daß ihnen diese Prüfung erspart geblieben sei.

Das Schweigen der Menschen aus der DDR hat wohl langfristig bei manchen Westdeutschen Tendenzen begünstigt, die der frühere Regierende Bürgermeister Berlins Klaus Schütz im Februar 1998 so geißelte: Es sei grundfalsch, die DDR zu einer „Art liberalen Nachtwächterstaat hochzustilisieren“, sie anzuse-

⁸⁹ Keßler, Miermeister: Knast, 208.

hen als „Staat mit guten Absichten und falscher Politik“. Schütz sagte dazu unter Berufung auf Willy Brandt, Berlins Regierenden Bürgermeister, SPD-Vorsitzenden, Bundeskanzler⁹⁰: „Nein, die DDR war ein Unrechtsstaat, wie er im Buche steht.“ Schütz sprach sich dabei unter Berufung auf Brandt für Strafverfahren gegen Mauerschützen aus. Brandt hatte sie schon 1962 gefordert.

Gehrmann, Schumann und Struck-Möbbeck verweisen darauf, daß DDR-Zuwanderer abgesehen von einigen Ehemaligen-Verbänden nicht die bei „internationalen Wanderungen“ üblichen Netzwerke gebildet hätten und kaum eigene Gemeinden und Institutionen⁹¹. Das liegt wohl vor allem daran, daß es eben keine internationale Wanderung war, vor dem Mauerbau noch weniger als danach. So schildert der Intendant des Deutschland-Radios Ernst Elitz seinen Wechsel 1958⁹²:

„Ich bin einfach umgezogen von einem Teil der Stadt in den anderen. Natürlich war das kein normaler Umzug, sondern ging konspirativ vor sich. Ich hatte eben bei jeder S-Bahn-Fahrt fünf Unterhosen und zwei Oberhemden an und die Tasche voller Bücher. Nach dem Abitur habe ich an der Freien Universität studiert. Da hat mich keiner gefragt, ob ich aus dem Westen oder Osten der Stadt komme.“

Das war nach dem Mauerbau natürlich schwieriger. Praktiker Hans-Peter Arp beschreibt 1986 – da steht die Mauer 25 Jahre – zusammenfassend das Reaktionsschema in den Westen Gekommener⁹³:

„Dem Übersiedlungsschock der ersten Wochen folgt ein überaus starker Anpassungswille, teils aktiv, teils passiv erlebt, und schließlich eine realistischere Einschätzung der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, die zwischen Hoffnung, Ernüchterung und manchmal Zynismus schwankt.“

Der Schockzustand sieht für Übersiedler so aus: In den ersten Tagen fühlten sich die Menschen wie leer: „Man ist wie betäubt“; „... weiß nicht, wo oben und unten ist“; „alles dreht sich ...“ Diese mehrere Wochen bis Monate anhaltende Phase stellt Arp bei allen Übersiedlern fest, auch bei jenen, die zu Verwandten kommen. Er führt sie auf Unterschiede im Erleben zwischen früher und jetzt zurück, auch auf das Erlebnis der Ausbürgerung. Ehemalige Häftlinge empfänden diese Phase wegen der angegriffenen physischen und psychischen Konstitution stärker. Arp meint auch, die vielen nötigen Behördengänge überforderten die Neubürger.

In der Anpassungsphase haben laut Arp die Neubürger den Wunsch, sich in jedem Fall den herrschenden Verhältnissen anzugleichen, sich einzufügen, in der neuen Gesellschaft zu behaupten. Er beobachtete⁹⁴:

90 Klaus Schütz, Festrede bei der Namensgebung des „Willy Brandt-Saals“ am 6. Februar 1998 im Schöneberger Rathaus, dem Amtssitz des Berliner Regierenden Bürgermeisters Brandt. Frankfurter Rundschau Nr. 33 vom 9.2.1998, S. 4: Zur Person. Klaus Schütz.

91 Schumann u. a.: Private Wege, 364.

92 Gespräch mit Ernst Elitz am 5.2.98.

93 Arp: Integrationsprobleme, 373.

„Dem Neubürger erscheint die totale Anpassung an die bestehenden Verhältnisse und das unkritische Akzeptieren erkennbarer Verhaltensnormen als bester Weg, sich einen Platz unter den neuen Mitbürgern zu sichern.“

Wenn das richtig ist – die Verallgemeinerung erscheint übertrieben –, wäre zu sagen, daß in dieser Phase noch altes DDR-Verhalten aus der „Nischengesellschaft“ (Günter Gaus) weiterwirkt: Nur nicht auffallen oder – im Gegensatz dazu – so aufzufallen, daß Einheimische es „als störende Belästigung“ (Arp) wahrnehmen. Beides führe nicht zum gewünschten Erfolg.

In der dritten Phase, der Phase der Integration, in der die Neubürger schon eine ganze Weile im Westen sind, stellt Arp eine mehr und mehr „realistischere Einschätzung der Verhältnisse und Möglichkeiten“ in der Bundesrepublik Deutschland fest⁹⁵.

„Ihr Konsumverhalten, begrenzt durch die engen materiellen Möglichkeiten, paßt sich ebenso dem Durchschnitt an wie ihre Erwartungen gegenüber den Begriffen Freiheit und Demokratie. Übertrieben idealistische Vorstellungen, die manche im Hinblick auf demokratische Verhältnisse oder auf die materiellen Möglichkeiten in der Bundesrepublik mitbringen, werden auf ein realistisches Maß abgeschmolzen. Nun ist eine wirkliche Integration in unsere Gesellschaft möglich.“

Den Übersiedlungsschock erklärt Arp damit, daß Behörden, Mitbürger, auch Konsumangebote die Neubürger „von Anfang an“ zu verantwortlichen Entscheidungen zwingen. Diese völlig neue Verhaltensweise müßten sie erst einüben. Der Verfasser hat aus Gesprächen mit Studenten den gleichen Eindruck. Das Schwierigste an der Universität sei für sie gewesen, wie selbstverständlich Widerspruch zu Thesen des Professors/Dozenten erwartet wurde, sie aber erst nur in blumigen Worten Zustimmung ausdrücken konnten. Arps Ratschläge von 1986, wie Westdeutsche Neubürgern am besten helfen könnten, gelten auch nach der Einheit für Westdeutsche im Umgang mit den Menschen aus den fünf neuen Ländern und aus Ost-Berlin⁹⁶:

„Auf Neugier verzichten. Unaufdringlich Verständnis zeigen. Besserwisserei und onkelhaftes Schulterklopfen unterlassen. Toleranz und Geduld zeigen. Erklären und nicht belehren; zuhören statt dozieren. Nicht aufdrängen.“

Christian Friedrich hat 1988 noch im Notaufnahmелager Gießen die psychische Situation von 101 DDR-Zuwanderern untersucht. Er kommt zu diesen Ergebnissen⁹⁷:

„Je höher die DDR-Schulbildung, desto länger war die Wartezeit. Längere Wartezeiten führten eher zu psychosomatischen Störungen. Mit zunehmender Dauer des Daseins in der Bundesrepublik schwächt sich eine anfänglich beste-

94 Ebda.

95 Ebda. 373.

96 Ebda. 374.

97 Friedrich: Situation, 531 ff.

hende Offenheit ab. Erfahrungen im Umgang mit Behörden werden um so schlechter, je länger Übersiedler im Westen sind. Bei längerem Dasein wachsen die Probleme mit Verwandten. Insgesamt sind Menschen, die länger da sind, depressiver gestimmt als die, die gerade ankamen, Zeichen für mögliche Vereinsamung.“

Friedrich stellt fest, einige Übersiedler hätten psychosomatische Störungen: Magenschleimhautentzündungen, Magengeschwüre, Hauterkrankungen, starke Kopfschmerzen. Vor dem Antrag auf Ausreise hätten sie die Krankheiten nicht gehabt, sagten die Befragten. Friedrich deutet die Krankheiten als Ergebnis von Schikanen, Bespitzelung und Stasi-Unterdrückung. Auch er nennt als Ursache für Verstimmungen der Neubürger, daß in der Bundesrepublik vielmehr Eigeninitiative gefragt sei; diese müßten die Übersiedler erst noch erlernen.

Friedrich bedauert, daß psychosoziale Probleme der Übersiedler bewußt übersehen werden. Er will einen psychosozialen Dienst in Gießen und Berlin-Marienfelde. Zudem müsse sich endlich die Bevölkerung mehr und intensiver um die Belange der Zuwanderer kümmern. Für Friedrich funktioniert jedenfalls die Intergration im Kleinen nicht.

2.5. Menschen mit besonderen Schwierigkeiten bei der Eingliederung

„Doch die im Dunkeln sieht man nicht“, schreibt Bertolt Brecht. „Bei Bauern im Stall oder manche in alten Baubuden, so haben wir angefangen, denn die Ämter waren nicht so großzügig wie heute, daß man gleich mit Geld und Wohnungen winkt.“

Das schrieb 1985 „eine für sehr viele von den Alten DDR-Bürgern“, die Ronge abdruckt⁹⁸. „Es war sehr armselig, die erste Zeit“, erinnert sich CDU-MdB Marlies Pretzlaff, die als Fünfjährige 1950 mit der Mutter in den Westen kam. Die gebürtige Bernburgerin (Saale) vertritt seit 1994 den niedersächsischen Wahlkreis Northeim-Osterode über die Landesliste⁹⁹.

Nebenbei bemerkt ist es ein – peinliches – Beispiel für gelungene geistige Integration oder besser: Vereinnahmung, wenn diese „Alte DDR-Bürgerin“, die nach eigenen Angaben 1948/49 kam¹⁰⁰, Übersiedler des Jahres 1985 mit fast den gleichen Worten begrüßt, mit denen sie damals selbst empfangen wurde. Das junge Mädchen in der Baubude oder beim Bauern im Stall hat das damals wohl kaum bemerkt¹⁰¹: Wir „Alten“ von 1948,1949, die diesen Staat mitaufgebaut haben, schimpfen mit Recht, daß man denen fast die Füße küßt, wenn sie nur kommen.

98 Ronge: Drüben, 48.

99 Gespräch mit Marlies Pretzlaff am 3.2.98.

100 Am Rande sei darauf verwiesen, daß es 1948/49 die DDR noch gar nicht gab. Sie wurde erst am 7.10.1949 ins Leben gerufen.

101 Ronge: Drüben, 48.

Es folgen im Jahr 1984 fast haargenau die gleichen schon bekannten Argumente und Vorurteile wie 1948¹⁰²:

„Natürlich gibt es richtige Flüchtlinge oder Zusammenführungen, aber das sind die wenigsten. Was schickt uns denn Herr Honecker, meistens nur Ausschuß. Es beschleicht uns die Angst, wieviel Spione und Rumtreiber kommen und die Bundesrepublik durchwandert wird. Nun haben sie eben Geld bekommen, gehn gleich in die Kneipe und nun muß schon wieder das nächste Amt kommen, damit sie neu eingekleidet werden, und kriegen sie nicht gleich was, dann reißen sie den Hals auf. Es ist kein Neid von uns, keinesfalls, aber eine Ungerechtigkeit gegen früher.“

1957 sahen zwei Berichte über jugendliche Flüchtlinge in den Lagern Kroldorf und Gießen nicht gerade die Bundesrepublik untergehen, ließen aber im Grunde kein gutes Haar an den Flüchtlingen. Über die Zustände in Kroldorf schreibt der Lagerleiter laut Zeitungsreportage¹⁰³: „Bei einem Teil der Jugendlichen[...] waren bereits erhebliche Verwahrlosungserscheinungen festzustellen. Sie scheinen wurzellos und aus dem Gleis eines ordentlichen Lebens geworfen.“ Eine „Resozialisierung“ sei bei ihnen nur dann zu erreichen, wenn man sie für längere Zeit an einem Platz festhalten könne.

Da ist doch wieder wenig nur wenig getarnt die Konzentrationslager-Idee, die die Briten schon 1947 ärgerte. Weiter ist zu lesen:

„Selbst bei geflüchteten Studenten scheiterten Versuche, durch Lehrgänge und Tagungen ein Interesse an den Verhältnissen in der Bundesrepublik zu wecken, oft sehr kläglich. Man konnte in den Unterhaltungen feststellen, daß ein erheblicher Teil mehr von den Mädchen als von den Vorträgen erzählte. Wir hatten auch den Eindruck, daß das Verhalten in der Freizeit bei den Jugendlichen nicht gerade besonders ordentlich war.“

Der Bericht aus dem Lager Gießen, untergebracht waren dort junge Frauen zwischen 18 und 24 Jahren, deckt wie der aus Kroldorf überkommene Denkstrukturen aus der NS-Zeit auf, denen erst die 68-er Studentengeneration den Garaus machte¹⁰⁴:

„Es muß von einer ständig absinkenden Gesamthaltung der Mädchen gesprochen werden. Der überwiegende Teil zeigt eine harte, burschikose, fahrig und labile Haltung. [Auslassung im Original, d.V.] Der Arbeitswille ist nur sehr mäßig und der Hang nach Vergnügen so groß, daß sehr viele Arbeitgeber schon nach Tagen dem Jugendlager ihre Klagen vorbringen. Wie wenig die Mädchen gemüts- und gefühlsmäßig zu beeinflussen sind, mag beweisen, daß einige sich am Weihnachtsabend kurz vor der Bescherung bestohlen und verprügelt haben.“

102 Ebda, 48 f.

103 Aus einem Bericht von Thomas Gmelka: Mythos vom „armen jungen politischen Flüchtling“, in: Frankfurter Rundschau vom 13.3.57.

104 Ebda.

Die Gießener Lagerleiterin will „mit Sicherheit absehen“, daß die Hälfte der Mädchen, sobald sie das Haus verlassen, „endgültig abgleiten“. Die „Frankfurter Rundschau“ gibt „böse Zungen in Gießen“ weiter, die behaupten sollen, „das Lager produziere den Nachwuchs für die Vergnügungszentren Kaiserslautern und Frankfurt“¹⁰⁵.

So überrascht nicht, daß beide Berichte für aus der DDR geflüchtete junge Männer und junge Frauen, jedenfalls für die, die in die Lager kamen, keine politischen Gründe gelten lassen. So heißt es über das Männerlager¹⁰⁶:

„... überprüfte er insgesamt 613 Flüchtlinge. Nur bei vieren waren politische Gründe für eine Flucht festzustellen. Das sind 0,5 Prozent. Der größte Teil der gelandeten Jugendlichen sind sogenannte „Schlachtenbummler“. Durch die zur Zeit gelockerten Paßbestimmungen der Sowjetzone kommen viele zu einer Stippvisite ins Bundesgebiet.“

Bei den jungen Damen ist das Verhältnis politisch zu unpolitisch nicht wesentlich besser¹⁰⁷:

Bei den Fluchtgründen traten politische Erwägungen nur in wenigen Einzelfällen auf. Bei 50 Prozent der Mädchen waren die wirklichen Fluchtgründe: Abenteuerlust, Drang nach einem freien Leben, das nach ihrer Ansicht in „viel Geld verdienen“, sich alles kaufen können und Vergnügungen besteht.“

So „unpolitisch“ sind die aufgeführten Gründe nicht. Ein anderes Bild zeichnet ein Beitrag im „Informations-Rundbrief zur Sozialen Lage der Jugend“. Er untersucht „die Lage der weiblichen Jugendlichen aus der SBZ“ und stellt erst einmal fest, Praktiker der Jugendarbeit wiesen darauf hin, diese Jugend „sei nicht besser und nicht schlechter als unsere Jugend in Westdeutschland“¹⁰⁸. Dafür, daß diese Mädchen aber anders seien, macht der Bericht die „unnatürliche Berufssituation“, den Mangel an Freiheit, ein eigenes Ich zu finden, und das Fehlen selbstgestalteter Gemeinschaften Gleichaltriger verantwortlich. Hier werden die Wirkungen ideologischer Indoktrinierungsversuche der SED – das ist rückblickend leicht zu sagen – offenbar völlig überbewertet.

Denn junge Menschen haben in der DDR durchaus unter vorgegebenen Zwängen ihr Eigenleben auch mit Gleichaltrigen zu führen versucht. Das ist ihnen 1953 ebenso wie 1983 gelungen. Da das die Analyse übersieht, zieht sie gleiche Schlüsse wie die hessischen Studien, nur drei Jahre früher¹⁰⁹:

„Diese Lebenssituationen, die der weiblichen Eigenart so gar nicht entsprechen, haben zu einer langsamen und ständigen Verarmung des Gemüts, zur Abstumpfung der seelischen Widerstandskräfte, zur Verflachung der Bindun-

105 Ebda.

106 Ebda.

107 Ebda.

108 Zur Lage der weiblichen Jugend aus der SBZ, in: Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend, 6, 1953, 1-2.

109 Ebda. S. 2.

gen geführt. Diese Störungen fallen dem Erzieher in Westdeutschland beispielsweise als Mangel an Häuslichkeit, an Ordnung und Sauberkeit, auch als Desinteresse an schöpferischem Tun, etwa an Handarbeiten, an der Ausgestaltung des eigenen Zimmers, an den oft verzerrten Auffassungen vom Wesen einer Gemeinschaft, den extensiv gerichteten Lebensansprüchen auf.“

Bei solchen Analysen wundert es kaum, daß viele Berichte über die Rotlicht-Szene zwischen St. Pauli und Stachus in vierzig Jahren Bundesrepublik – auch zu Mauerzeiten – andeuteten, der Nachschub in Bordellen stamme aus der DDR. Zahlen gibt es dabei höchstens aus nicht repräsentativen Einzelbefragungen; denn weder Statistik-Ämter noch Polizei unterschieden auf Dauer zwischen „richtigen“ und zugewanderten Deutschen. Dabei soll hier nicht bestritten werden, daß Menschen, die aus einem „für“-sorglichen Staat [Friedrich Schorlemmer] kommen, womöglich leichter für Prostitution, Fremdenlegion, Alkoholismus, Drogen, Totalitarismus zu gewinnen sind als Menschen, die von klein auf selbst Entscheidungen haben treffen müssen.

Doch gibt es Untersuchungen über junge Männer, die zur Fremdenlegion wollten, über Deutsche, die auswandern wollten, und über Obdachlose. Monatsberichte des Jugendaufbauwerks sprechen auch gelegentlich das Thema Alkoholismus unter Zuwanderern an.

2.5.1. Absetzen in die Fremdenlegion

Die französische Militärregierung warb in ihren Zonen lange Zeit Freiwillige zur Fremdenlegion an, unter anderem über Stellen in Koblenz und Landau. Sie hat wohl kaum Statistiken über die Herkunft der Söldner geführt, schon gar nicht über Ostdeutsche. Ihr kam es nur auf Wehrfähigkeit an. Name und Geburtstag (auch falsche) reichten. Aber die Militärregierung hat darauf spekuliert, ostdeutsche junge Männer könnten für die Legion anfälliger sein. Der Historiker und Politologe Gero Neugebauer erinnert sich. Er kam 1957 als 16-jähriger in den Westen und ins Lager Westertimke/Niedersachsen. In einer Gaststätte des Ortes sei stets ein Mann ansprechbar gewesen, der den direkten Kontakt zur Fremdenlegion herstellen konnte¹¹⁰.

1954 war der Indochina-Krieg (Vietnam) auf seinem Höhepunkt; dabei wurde bekannt, daß Monat für Monat drei kriegsstarke Kompanien junger Deutscher die drei Westzonen Deutschlands verließen, allein 12.000 junge Leute in zwei Jahren. Der „Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend“ hat sich mit der Fremdenlegion beschäftigt und dabei versucht, den Anteil ostdeutscher Jungdlicher herauszufinden¹¹¹.

Als Gesamtzahl deutscher Legionäre von 1945-47 ermittelt der „Brief“ 232.000 Deutsche fürs Söldnerheer. Davon sind allerdings 1947 allein 150.000

¹¹⁰ Gespräch mit Gero Neugebauer am 10. 12. 1997.

¹¹¹ Nachschub für die Fremdenlegion. in: „Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend“, Heft 9, 1954, 6-9.

deutsche Kriegsgefangene in Frankreich, die so ihrer Ungewißheit ein Ende machen wollten. Eine weitere große Gruppe bildeten Angehörige von NS-Organisationen, die der Nürnberger Gerichtshof für verbrecherisch erklärt hatte und die sich offenbar einer zu erwartenden Strafe entziehen wollten. Im Zentrum der Werbeaktionen für die Légion, in Koblenz, wurden Monat für Monat 40 bis 50 jugendliche Legionswillige aufgegriffen. Die Verpflichteten werden, „um Verluste bei der Reise mit der Bundesbahn zu vermeiden“, in französischen Uniformen auf Militärlastern nach Frankreich gebracht. Die Werbung für die Legion („Du bist gekommen, um zu sterben“) war zwar verboten, konnte aber nur in einem Fall zweifelsfrei nachgewiesen und geahndet worden¹¹².

Die Evangelische Landeskirche der Pfalz hat von Juli 1950 bis März 1954 Anwärter für die schlecht bezahlende Légion Étrangère (30 DM für Rekruten, 360 im Kriegseinsatz je Monat) betreut. Nach ihrer Statistik waren die meisten Hilfsarbeiter (41 %). Jugendliche aus der DDR durften grundsätzlich nicht zur Legion. Aber es gibt ja welche, die schon im Westen sind, die zur Legion wollen ... Zu „offensichtlich nicht in das Wirtschaftsleben eingegliederten Jugendlichen aus der SBZ“ heißt es im „Informations-Rundbrief“¹¹³:

„Ihre Zahl wird mit rund 25 % von der Gesamtzahl angegeben, womit erneut der angenommene disponierende oder auslösende Faktor des Fehlens von festem Arbeitsplatz oder geordneter Ausbildung bestätigt wird.“

Der Bericht verlangt besonderes Augenmerk für jugendliche Flüchtlinge. Sie müßten mit allergrößter Sorgfalt in den Arbeitsprozeß integriert werden. Geordnete Berufsausbildung, fester Arbeitsplatz, notfalls auch Umschulungen, sei mit jeder beruflichen Eingliederung zu suchen. Die Anwerbung Jugendlicher zur Legion sei ein ebensogroßer Notstand wie die Zuwanderung der Flüchtlinge.

Im Januar 1956 geht wieder ein Info-Brief auf die Fremdenlegion ein. Die Lage hatte sich entspannt, weil die Franzosen im Jahr zuvor in den Pariser Verträgen zusicherten, keine Anwerbung mehr über ihre Kasernen in Deutschland vorzunehmen. Daß hieß natürlich nur, daß die Werbung auf französischer Seite fortgesetzt wurde¹¹⁴. In den kirchlichen Lagern in Landau, Annweiler und Oberotterbach habe man 2.000 Jugendliche, die zur Legion wollten, aufgenommen und „zum größten Teil“ erfolgreich eingegliedert, unter anderem als Hilfskräfte von Weinbauern, weiß H. Reitzenstein zu berichten¹¹⁵.

Danach sollen rund „700 Jugendliche aus der SBZ“ in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 dorthin gekommen sein, das wäre dann nicht mehr nur ein Viertel,

112 Ebda. 8.

113 Ebda. 8 f.

114 Danach wurden die Werber hinter die deutsche Grenze zurückgezogen. Noch in den achtziger Jahren hingen auf Polizeidienststellen im Elsaß Werbeplakate für die „Légion Étrangère“.

115 H. Reitzenstein: Betreuung legionärswilliger Jugendlicher und entlassener Fremdenlegionäre durch das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland, in: Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend. Nr. 1, 1956, 21.

sondern gar mehr als ein Drittel aller Angeworbenen. Eine Tabelle für das Landauer Heim im Monat Oktober 1955 nennt nur noch 87 Legionärsbewerber und vier entlassene Legionäre, enthält aber keine Angaben über den Herkunftsort. 12 alleinstehende Jugendliche aus der SBZ, weiter unten als neue Heiminsassen für Oktober genannt, sollen direkt aus dem Durchgangsheim des Landes Rheinland-Pfalz in Osthofen kommen; ob sie auf dem Weg zur Fremdenlegion waren, muß offen bleiben; eher nicht¹¹⁶.

2.5.2. Auswanderung

Auswanderung ist ein anderes Merkmal, das auf Schwierigkeiten bei der Eingliederung von Zuwanderern hinweist. Freilich mußten Auswanderer nicht wie Angeworbene der Fremdenlegion [„gekommen, um zu sterben“] fürchten, jeder Dritte werde am Ende nicht überleben, sei vermißt oder verwundet. Bei den Auswanderern wurden DDR-Flüchtlinge nicht getrennt erhoben, sondern mit Vertriebenen zusammengefaßt. 1953 waren von 44 107 deutschen Auswanderern 16.007 Vertriebene und Flüchtlinge, also mehr als ein Drittel: 36,3 %¹¹⁷.

Der Anteil Vertriebener in der Bundesrepublik liegt zu dieser Zeit bei 18,9 %: eingeschlossen sind dabei offenbar auch SBZ/DDR-Flüchtlinge; ihr Anteil lag am 1.1.54 bei 4,4 %¹¹⁸. Vertriebene und Flüchtlinge wanderten also weit häufiger als Einheimische aus. Nach einer EMNID-Umfrage wollte über ein Fünftel [22 %] der Vertriebenen und Flüchtlinge auswandern, aber nur jeder sechste Einheimische [16 %]¹¹⁹. Die Eingliederung Vertriebener und Flüchtlinge war zumindest nach deren eigenem Urteil nicht ausreichend gelungen.

Ein Jahr darauf sind die Zahlen im wesentlichen gleich¹²⁰. 1954 ist gar über ein Viertel (19.000) der 58.000 deutschen Auswanderern „Vertriebene“. Es fehlt offenkundig der Hinweis wie im vergangenen Jahr, daß auch Flüchtlinge aus der DDR erfaßt sind. Die neue Tabelle weist allerdings diesmal für 1953 und für 1954 Angaben darüber aus, wieviel Menschen aus „Berlin-Ost“ und aus der „SBZ“ in jeweils einem Jahr direkt auswanderten. Das sind danach 1953 gerade zehn Menschen aus Ost-Berlin und 122 aus der SBZ gewesen. Für 1954 nennt die Tabelle noch weniger, nämlich keinen (!) Ost-Berliner und 29 Menschen aus der SBZ/DDR.

Der Text geht mit keinem Wort auf diese geringen SBZ-Berlin-Ost-Zahlen ein. Vermutlich waren das Leute, die von zu Hause aus direkt ihre Auswanderung betrieben. Flüchtlinge und Vertriebene, die ihre Auswanderung von der Bun-

116 Ebda.

117 „Die Auswanderung aus der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1953“, in: Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend, Nr. 7, 1954, 2-6.

118 Angabe in „Arbeit und Beruf“, Info-Brief, Nr. 10, 1954, 14.

119 Auswanderung 1953, Info-Brief Nr. 7, 1954, 5.

120 „Die Auswanderung aus der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1954“, in: Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend, Nr. 9, 1955, 4-6.

desrepublik aus organisierten – Personen, an denen Eingliederungserfolge oder -mißerfolge abzulesen wären – sind offenkundig unterm Stichwort „Vertriebene“ miterfaßt, schon weil es 1954 mehr als 29 waren. Der (unbekannte) Verfasser kommt zum Schluß¹²¹:

„Die Beteiligung der Vertriebenen [und Flüchtlinge aus der DDR, d.V.] an der Auswanderung liegt wesentlich höher, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zukommen würde. Die Auswanderungsziffer für diesen Personenkreis liegt bei 223 je 100 000 Vertriebene, also nahezu doppelt so hoch als [sie!] für die Gesamtbevölkerung. Diese Zahl sagt uns, daß die wirtschaftliche und menschliche Eingliederung der Vertriebenen [und Flüchtlinge aus der DDR, d.V.] noch keineswegs voll gelungen ist.“

2.5.3. Zur See fahren

Ein weiteres Merkmal für mißlungene oder zumindest wenig erfolgreiche Eingliederung könnte auch die Zahl männlicher Jugendlicher sein, die sich, einmal im Westen, entschließen, zur See zu fahren. Das ist für die Frühzeit der Teilung wahrscheinlich nicht entscheidend, kam womöglich nur für jene in Frage, die in Lagern abgewiesen wurden oder die zur Fremdenlegion gingen, weil sie glaubten, nur so im Westen bleiben zu können. Auf einem Westschiff zur See zu fahren, war kein Wert an sich für die ostdeutsche Jugend: ziemlich alle konnten bis zum Mauerbau auf DDR-Schiffen anheuern.

Politisch besonders zuverlässig mußten sie erst nach dem Mauerbau sein: da war die „rote Zunge“ die alles entscheidende Voraussetzung. Es wäre ein Hinweis auf ein Problem, wenn mehr Jugendliche aus dem Osten als aus dem Westen, gemessen am jeweiligen Bevölkerungsanteil von Einheimischen und Flüchtlingen, sich aufgemacht hätten, zur See zu fahren. Aber dafür fehlen bisher Belege.

Hans Kock vom CVJM Hamburg will ein solches Verhalten bei seinen Schützlingen nicht wahrgenommen haben. Es habe zwar mal den einen oder andern gegeben, der unbedingt zur See wollte, sagt er¹²²; doch einen Trend, der auf mangelnde Eingliederung Jugendlicher schließen lasse, kann er nicht erkennen. „Beim Zur-See-Fahren waren die jungen Leute aus der DDR eher zurückhaltend“, ihn wundert das keineswegs, denn Seeleute kommen meist aus küstennahen Gegenden; doch der DDR-Küstenstrich von Boltenhagen bis Usedom war ziemlich dünn besiedelt.

121 Auswanderung 1954, Info-Brief 9, 1955, 5.

122 Hans Kock, Gespräch am 27. 12. 1997.

2.5.4. Obdachlosigkeit

Überraschend ist Wohnungslosigkeit in Untersuchungen zur Integration ehemaliger DDR-Bürger nur Thema am Rande. Doch Studien zur Lage der Wohnungslosen beschäftigen sich auch mit dem Anteil ehemaliger DDR-Bürger: zwei Studien erschienen in der Zeitschrift „Gefährdetenhilfe“, von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe e.V.¹²³, Bielefeld, 1980¹²⁴ und 1982¹²⁵ erarbeitet, die dritte von 1991 stammt vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit Rheinland-Pfalz¹²⁶. In der „unbekannten Minderheit alleinstehender Wohnungsloser“ (Untertitel der Mainzer Studie) waren stets erheblich mehr Menschen anzutreffen, die früher in der DDR wohnten, als ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprach. Thomas Specht zeigt in der Studie 1980 zunächst, daß 1974 der Anteil der DDR-Flüchtlinge unter der männlichen Bevölkerung über 15 Jahren 1,7 Millionen oder 7,5 % betrug.

Er führt dann aus¹²⁷:

Bei den DDR-Flüchtlingen zeigen sich deutlichere Differenzen, sie liegen mit 8,5 Prozent (1980) bzw. 6 Prozent (1980) bzw. 6 Prozent (1975) über den entsprechenden Anteilen der Wohnbevölkerung. Die Entwicklung der DDR-Flüchtlinge belegt, daß vor allem sie ab 1956 den relativ höchsten Anteil an den Ost-West-Wanderern unter den Nichtseßhaften haben. Mit 17 % erreicht dieser Anteil bei den zwischen 1961 und 1965 nichtseßhaft gewordenen den relativ höchsten Anteil. Danach nimmt dieser Anteil fortlaufend ab.

Specht gibt sich aber mit dem hohen Anteil von DDR-Flüchtlingen unter den Wohnungslosen nicht zufrieden. Nach seiner These sei wohl weniger die Ost-West-Wanderung Vorbedingung für Nichtseßhaftigkeit sondern vielmehr die gleichen Gründe, die bei Bundesdeutschen Risikofaktoren sind und zu Nichtseßhaftigkeit führen können¹²⁸:

Hinsichtlich der Merkmale „uneheliche Geburt“, „Heimaufenthalt“, „Soziale Schicht“, „Schulbildung“ und „Status im Arbeitsverhältnis“ zeigt sich zwischen beiden Gruppen eine hochgradige Übereinstimmung. Die Übereinstimmung in dem besonders bedeutsamen Merkmal der sozialen Schicht (Basis: eigener Beruf bzw. Tätigkeit) hat im Durchschnitt sogar nur eine Schwankungsbreite von einem Prozent. Wir schließen daraus, daß bei den Ost-West-Wanderern überwiegend dieselben Faktoren als Vorbedingung für die Nichtseßhaftigkeit bedeutsam sind wie bei den anderen Nichtseßhaften: beeinträchtigte frühkindliche Erziehung, Armut, geringe schulische und berufliche Qualifikation.

123 Der Verein hat sich in „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.“ umbenannt. Sitz ist weiterhin Bielefeld.

124 Specht: Nichtseßhaftigkeit, in: Gefährdetenhilfe Nr. 2, 1980, 3-6.

125 Bundesarbeitsgemeinschaft: Struktur, 4-8.

126 Kubillus, Mink: Ohne Dach, Mainz 1991.

127 Specht: Ost-West, Nr. 2, 1980, 4.

128 Ebda. 5.

Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.“ kommt bei einer weiteren Untersuchung 1982 zu ähnlichen Ergebnissen und stellt fest, daß¹²⁹ nach einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren von 1972 bis 1974 die Anteile dieses Personenkreises von 33 Prozent über 30 Prozent auf 22 Prozent in den Jahren 1978 bis 1980 absinken. Diese Gruppe ist also überwiegend vor 1970 in die Nichtseßhaftigkeit geraten und geblieben. Bei allen Daten ist zu beachten, daß der Anteil dieses Personenkreises zwar immer noch überproportional im Vergleich zur männlichen Wohnbevölkerung der BRD vertreten ist, die soziale Struktur dieser Gruppe sich jedoch von Personen aus der BRD nicht unterscheidet.

Der Verein der Nichtseßhaftenhilfe fordert in einem Resümee, geflüchtete oder übergesiedelte DDR-Bürger ganz besonders mit den Tücken der Marktwirtschaft vertraut zu machen, damit sie nicht unter die Obdachlosen geraten. Specht lehnt zwar „allgemeine Starthilfen und Hilfen zur Orientierung in einem andern Gesellschaftssystem“ nicht ab, fordert aber zusätzlich¹³⁰ vor allem gezielte Hilfen für Volksschüler ohne Abschluß und Erwerbstätige ohne Berufsausbildung. Es scheint heute und in Zukunft weniger die Ost-West-Wanderung als solche zu sein, die der Sozialpolitik besondere Aufgaben stellt als vielmehr die Im Hintergrund liegenden Schwierigkeiten von Problemgruppen des Arbeitsmarktes und Randgruppen der Gesellschaft.

Wenn nicht die Ost-West-Wanderung sondern Problemgruppen des Arbeitsmarktes und die Randgruppen der Gesellschaft für den Nachschub bei Nichtseßhaften sorgen, stellt sich die Frage. Haben die DDR-Behörden konkret nachgeholfen, ihre in ihrem System gescheiterten Menschen – öffentlich als „Bummelanten“ oder „nicht zur sozialistischen Gesellschaftsordnung gehörend“ beschimpft – dem Weststaat zu übergeben?

Die These, die genauerer Untersuchung bedarf, läßt sich durch drei Hinweise stützen. Specht schreibt 1980, die meisten Nichtseßhaften aus der DDR seien „vor 1970“ erstmals als solche aufgetreten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft veröffentlicht 1982 zwei Tabellen anhand der Meldungen über Obdachlose. Danach waren 1973 ein Viertel der neu gemeldeten Obdachlosen ehemalige DDR-Bürger oder Vertriebene. Die zweite Tabelle zeigt: die Anzahl ehemaliger DDR-Bürger unter den Wohnungslosen nimmt ab: In den Jahren 1968-1971 waren es „nur“ 7 %, also jeder Vierzehnte der Nichtseßhaften. 1965-68 waren es 10,2 %; vor 1964 25,9 %. Doch 1972-74 sind es plötzlich wieder 18,3 % [zweieinhalb mal mehr als im Zeitraum zuvor] und 1975-77 17,5 %.

Wolfgang Vogel, der DDR-Unterhändler, hat dem Verfasser auf die Frage, ob irgendwer über ausgehandelte Listen bevorzugt wurde, angedeutet, just jene Problemfälle seien gezielt und systematisch „zur Freude der DDR-Behörden“ in den Westen expediert worden. Vogel beschreibt das Verfahren so¹³¹.

129 Bundesarbeitsgemeinschaft: Struktur, 5.

130 Specht: Ost-West, 5.

131 Gespräch mit Wolfgang Vogel am 30.1.98.

In der Regel wurde über die Listen insgesamt verhandelt. Es konnten aber Leute, die Anträge gestellt hatten und die die DDR loswerden wollte, ausreisen. Sie wurden einfach an den Bahnhof Friedrichstraße gebracht: Kriminelle, Obdachlose, Alkoholiker. Sie standen nicht auf den Listen, liefen nicht über Freikaufaktionen. Besonders viele waren es nach der Amnestie des Jahres 1972. Zur Freude der DDR-Behörden konnte sich der Westen mit ihnen herummärgern. Staatssekretär Rehlinger [Unterhändler der Bundesregierung] hat mehrfach dagegen protestiert.

Dazu vergleiche unten auch den Fall eines Obdachlosen.

1991 erschien in Mainz die Studie über die „unbekannte Minderheit“ alleinstehender Wohnungsloser in den Übergangsheimen Mainz und Ludwigshafen. Brigitte Kubillus und Eckhard Mink hatten in je einem Heim gearbeitet und 2.873 „Berber“, wie sich die Betroffenen selbst nennen, befragt und dabei auch die Herkunft notiert¹³². Allerdings haben die Verfasser einen Mangel erst bei der Datenauswertung bemerkt und nicht mehr korrigieren können. Bei Menschen aus der DDR oder den Ostgebieten haben sie nicht den Zeitpunkt der Flucht/Übersiedlung notiert¹³³. Der Geburtsort gibt zudem nicht an, ob Obdachlose aus den Ostgebieten eine mehrjährige Zwischenstation in der DDR hatten.

Gar nicht bemerkt haben die Verfasser einen anderen Mangel: für die Tiefenuntersuchung wäre aufschlußreich, ob Wohnungslose aus der Gruppe freigekaufter Häftlinge oder der Übersiedler kommen. Im Westen ist es gerade Häftlingen nicht immer gut gegangen. Die Schergen haben manchem die Zivilcourage nehmen können. So hatten einige dieser Menschen mehr Anlauf- und auch Durchsetzungsschwierigkeiten als andere.

26 % der Befragten in Mainz und Ludwigshafen stammen aus ehemaligen Ostgebieten und der DDR, die zum Zeitpunkt der Befragung (1989) noch bestand. 17 % aus der DDR selbst und 9 % von jenseits Oder und Neiße. Das ist im Vergleich zur Studie der Bundesarbeitsgemeinschaft wenig. Sie stellte 1982 für beide Gruppen 34 % fest und 22 % allein für die DDR. Doch ist zu erinnern, daß Rheinland-Pfalz Teil der französischen Zone war und bis 1950 überhaupt keine Ost-Flüchtlinge aufgenommen hat. So kamen später auch weniger Menschen aus der DDR dorthin, weil wenig Bezugspersonen da waren.

Umso erstaunlicher ist dann mit 14 % der Anteil ehemaliger DDR-Bürger an den Wohnungslosen gerade in diesem Bundesland: er liegt höher als der aus Rheinland-Pfalz (12,5 %) selbst und fast so hoch wie der aus dem nahen und viel größeren NRW (16 %). Die Autoren fassen die Daten zu DDR-Bürgern und Menschen aus den ehemaligen Ostgebieten in der Regel zusammen. Da sich die Grundgesamtheit dieser Gruppe zu zwei Dritteln aus DDR-Menschen und

132 Kubillus/Mink: Ohne Dach.

133 Ebda. 92. „... hat sich die Fragestellung im nachhinein als unvollständig erwiesen, da für die obige Gruppe nicht das Alter, in dem sie in die BRD kamen, erfaßt wurde.“

zu einem Drittel aus Menschen aus den Ostgebieten zusammensetzt, kann – cum grano salis – entsprechend interpoliert werden.

Erkenntnisse der Befragung Wohnungsloser in Mainz und Ludwigshafen:

Der hohe Anteil an Menschen aus der DDR und den Ostgebieten [künftig DDR/OG abgekürzt] unter Wohnungslosen weist auf das mit radikalen soziographischen Veränderungen verbundene Risiko hin.

Die Altersstruktur zwischen Wohnungslosen-BRD und -DDR/OG ist verschieden. Die meisten aus der BRD wurden im Alter unter 30 Jahren wohnungslos. Bei der DDR/OG-Gruppe erlitten die meisten das Schicksal zwischen 41 und 50 Jahren, also wesentlich später und so mit erheblich weniger Chancen, wieder herauszufinden („größeres Verbleiber-Risiko“). In der BRD-Gruppe waren 2/3 der Wohnungslosen unter 40 Jahren; in der DDR/OG-Gruppe zwei Drittel zwischen 31 und 50 Jahren.

Der Altersdurchschnitt alleinstehender Wohnungsloser aus DDR/OG liegt höher als der aus der BRD. Von der DDR/OG-Gruppe sind drei Viertel über 40 Jahre; von der BRD-Gruppe 54 % unter 40 Jahre¹³⁴.

Da die DDR/OG-Gruppe im Schnitt erheblich älter als die andere Gruppe Wohnungsloser ist, sind sie auch länger wohnungslos, wenn die Wohnung verlorenging. Fast zwei Drittel [64 %] sind länger als vier Jahre wohnungslos; in der BRD-Gruppe 55 %¹³⁵.

Neben dem Alter spielt auch die grundverschiedene Gesellschaftsform der DDR eine Rolle: andere Rahmenbedingungen, Sozial- und Wirtschaftsstrukturen sowie fehlendes „know how“, um auftretende Probleme lösen zu können. Oft fehle ein engerer sozialer Hintergrund im Westen¹³⁶.

Auch in dieser Befragung nimmt der Anteil der DDR/OG-geborenen Personen an der Zahl aller Wohnungslosen seit ständig 1972 ab¹³⁷.

Vier Fünftel aller DDR/OG-Personen verließen die Heimat vor dem 25. Lebensjahr. Gut die Hälfte [57 %] bis zum 15. Lebensjahr, „gemeinsam mit der Familie“. 84 % aller DDR-Bürger unter den Wohnungslosen verließen die DDR zwischen dem 1. und 30. Lebensjahr; zwei von fünf [42 %] waren bereits über 20 Jahre alt. 87 % der OG-Personen verließen die Heimat unter 20. Gut die Hälfte der DDR/OG-Personen [54 %] hatte „keine besonderen Probleme“ mit dem Verlassen der Heimat. Jeder achte beklagt diesen Verlust und den Verlust vertrauter Beziehungen, Einsamkeit und soziale Isolation. Jeder siebte Wohnungslose aus DDR/OG-Gebiet gibt „Probleme mit der Eingliederung in

134 Ebda. 95.

135 Ebda. 96, 98, 202.

136 Ebda. 29.

137 Ebda. 91.

die neue Gesellschaftsform“ an, jeder zehnte Probleme mit Arbeitslosigkeit und materieller Not¹³⁸.

Je älter, desto tiefer das Erlebnis, die Heimat verloren zu haben, desto „schicksalhafter“ die Zäsur: Folgen wie Arbeitslosigkeit oder soziale Isolation werden intensiver erlebt. Besonders schwierig sei es, DDR/OG-Personen beruflich und gesellschaftlich wiedereinzugliedern. Die Betroffenen erlebten die soziographische Veränderung übereinstimmend als einschneidend, als „Kulturschock“; das soziale Umfeld, um Probleme zu verarbeiten, sei nicht vorhanden: Die DDR/OG-Gruppe habe „von vornherein“ ein größeres Risiko, wohnungslos zu bleiben¹³⁹.

Je älter die Befragten beim Verlassen der Heimat waren, umso eher geben sie Probleme mit der Eingliederung an. Knapp drei Viertel [72 %] derer, die im Alter von 1 bis 10 Jahren in den Westen kamen, sagen, sie hätten keine Probleme gehabt. Über 19-Jährige nennen zu 54 % die drei Problemfelder Heimatverlust, Arbeitslosigkeit, soziale Isolation zu fast gleichen Teilen. Erwachsene empfinden offenkundig den Heimatverlust und damit verbundene Folgen eher als Krise. Die Verfasser vermuten, daß nicht wenige der damals erwachsenen Männer ohne Familien oder andere nahestehende Menschen in den Westen kamen und die Krise im wesentlichen allein zu bewältigen hatten¹⁴⁰.

Die meisten Befragten, nicht nur aus DDR/OG, entstammen laut Beruf des Vaters aus der Arbeiterschicht. Jeder 2. Vater war Facharbeiter, jeder zehnte Hilfsarbeiter. Knapp die Hälfte der Befragten wuchs in einer „vollständigen Familie“ und unter „normalen gesellschaftlichen Bedingungen“ auf. 11 % wurden nichtehelich geboren; 43 % verloren einen oder beide Elternteile oder erlebten eine Scheidung der Eltern mit. Bei einem Viertel war ein Elternteil alleinerziehend. Ein Drittel will während Kindheit und Jugend besondere familiäre Spannungen (auch Alkoholgenuß der Väter) erlebt haben. Jeder fünfte wuchs bei anderen Personen als den Eltern – meist Verwandten – auf. Jeder vierte war zeitweise in Kinder- und Jugendheimen untergebracht¹⁴¹.

Die meisten, auch hier mit DDR/OG, hatten den Hauptschulabschluß; jeder zehnte hatte Mittlere Reife; jeder zwölfte keinen Schulabschluß. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung besteht ein deutlich niedrigeres Bildungsniveau. Zwei von drei haben abgeschlossene Berufsausbildung. Allerdings stellen die Forscher eine „Abwärtsmobilität“ fest: schon v o r Eintritt der Wohnungslosigkeit liegen Ausbildungsniveau und gesellschaftlicher Status unter dem des Vaters. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Dauer wohnungslos und der Dauer arbeitslos zu sein¹⁴².

138 Ebda. 91 f.

139 Ebda. 93, 97, 202.

140 Ebda. 94, 97.

141 Ebda. 200 f, 203.

142 Ebda. 200-204.

Keßler und Miermeister interviewten einen ehemaligen DDR-Bürger, der lange obdach- und arbeitslos war. Damals war er bei einem „Modellversuch“ dabei, er und seine Lebensgefährtin wohnten im „Abrißhaus am Rande der Stadt“. Die Lebensdaten seien wie „aus dem Lehrbuch der Soziologie“¹⁴³:

„Unehelich – unerwünscht – ungeliebt. Bei den Großeltern und in Heimen aufgewachsen. Lehre abgebrochen, verschiedene Gelegenheitsarbeiten, Bummelei, Alkoholexzesse, Gewalttätigkeiten, mehrere Haftstrafen.“

Er nimmt aus einem Paket aus Amerika eine Visitenkarte mit in die DDR-Schule, da¹⁴⁴

„ging das erste Theater los. Im Heim hatten sie mich schon als zukünftigen Verbrecher tituliert. Verbrachte eineinhalb Jahre meines ganzen Lebens bei meiner Mutter, ansonsten bei den Großeltern, in Kinderheimen, im Jugendwerkhof. Es hat halt die eine Stufe die andere abgelöst; je älter man wurde, desto härter wurde es.“

Als 14-jähriger Maurerlehrling will er mit einem andern Lehrling westwärts fliehen. Sie werden nahe der Grenze gestellt: Anderthalb Jahre ohne Bewährung. Sein Vorleben macht ihn „für die sozialistische Gesellschaft nicht mehr tragbar“. Man habe ihm einen Ausbruchversuch angehängt: „Die wollten ein Exempel statuieren und ihre Macht beweisen“: 21 Tage Arrest. Mit 17 draußen will er wieder fliehen; sechs Mann hoch; erneut 18 Monate. Er wird lungenkrank, kommt fünf Monate in eine Lungenheilanstalt. Wegen einer Schlägerei erhält er zwei Jahre Bautzen. Als er 1971 rauskommt, ist er wieder bei einer Schlägerei dabei: vier Jahre. Am letzten Tag in der Haft sei DDR-Unterhändler Wolfgang Vogel vorgefahren, habe nach seinem Namen gefragt, ihn einsteigen lassen und ihn direkt nach West-Berlin gebracht¹⁴⁵:

„ab durch den Kontrollpunkt ohne anzuhalten. Die haben Männchen gemacht, die Grenzer mich abgesetzt und so 'ne Urkunde in die Hand gedrückt. Da stand drauf, daß ich entlassen bin aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Und nun stand ich da. Nach neun Jahren Knast noch nie in Berlin gewesen, nur alles vom Fernsehen, vom Hörensagen gekannt.“

Er wohnt sechs Wochen in Marienfelde. Der Westen haut ihn um: Buntes, Reklame, volle Regale. Er klappert Hilfsorganisationen um Spenden ab: Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Rotes Kreuz. 1.000 DM in der Tasche, nimmt er am Zoo den nächsten Zug, den nach Nürnberg, „macht ziemlich alle Großstädte durch“, schlägt sich durch Spanien, Frankreich; in Frankreich wird er wegen Autodiebstahl und Hehlerei bestraft, wird ausgewiesen, arbeitet als Bauhelfer, ein Kredithai schwatzt ihm 7.500 DM für 25 % Zinsen auf, er will zum Arbeitskollegen in Italien, nimmt das falsche Flugzeug nach Teheran, kommt endlich in Kalabrien an, wohnt dort sechs Wochen, dann ist der Kredit alle. Er

143 „Eigentlich wollte ich nach Italien...“ in Keßler, Miermeister: Knast, 195-207; 198.

144 Ebda.

145 Ebda.

fährt wieder nach Stuttgart, arbeitet am Bau, bekommt Ärger mit dem Bauführer, fliegt raus. Sachbeschädigungen und Ladendiebstähle bringen ihm nach Geldstrafen sieben Monate Haft ein. Der Kreislauf „saufen, Geld beschaffen, Streitereien, Ärger mit der Polizei“ beginnt. Er ist „Penner“. Er trifft Carla, auch DDR, abgeschlossene Berufsausbildung, geordnete Familienverhältnisse, aber Langeweile. Sie schätzt Leben mit dem Schlafsack, schließt sich ihm an. Beide ziehen ins Abrißhaus, suchen Arbeit, machen Gelegenheitsarbeiten. Hoffnung bleibt¹⁴⁶.

Der Brandstifter der Frankfurter Oper war zum ersten Mal in Frankfurt, war obdachlos. Das Gebäude im Westend will er als Bürohaus gesehen haben. Sein Lebenslauf ist dem des Italienfahrers nicht unähnlich¹⁴⁷:

Geboren in Apolda, hatte der Angeklagte in der DDR zunächst die Oberschule besucht. Später arbeitete er als Betonmischer, aber auch als Koch. 1982 fiel er auf, als er am Brandenburger Tor demonstrierte: Er wollte die DDR verlassen. Nach 18-monatigem Gefängnisaufenthalt in Cottbus wurde er von bundesdeutschen Behörden „freigekauft“ und kam 1983 zu seinem Onkel nach Passau. Ohne festen Boden zwischen Ost und West ging Michael W. 1985 zurück in die DDR. Er wollte einem Freund helfen, in die Bundesrepublik zu flüchten. Dabei wurde er festgenommen und kam erneut in Haft. Am 3. Februar 1987 schließlich war er wieder auf westlichem Boden, nachdem ihn die DDR-Behörden abgeschoben hatten.

Am Morgen nach dem Großfeuer hatte sich W. über Notruf bei der Polizei gemeldet. „Ich bin mit der Welt fertig. Deshalb habe ich die Oper angesteckt.“ Bereits in der Nacht zum 10. November hatte er versucht, ein Feuer zu legen. [Vor dem Büro der Fluggesellschaft Sri Lankas, d.V.] zündete er Papier an. Zu Sri Lanka habe er eine besondere Beziehung. In der Strafhaft in der DDR habe er einen Tamilen kennengelernt, den er im Oktober 1987 in Sri Lanka auch besucht habe. Dieser Besuch sei „ein Schock gewesen“. Überall im Land hätten furchtbar entstellte Leichen herumgelegen. Auch den Freund habe er „kaum wiedererkannt. Der hatte eine Maschinenpistole um und war überall voller Blut.

Enttäuscht, ziemlich durcheinander sei er nach Hause geflogen, wußte nicht, was werden solle. Er war arbeits- und mittellos. Er blieb in Frankfurt, irrte durch die Straßen, schlief bei der Bahnhofsmision.

2.6. *Über Arbeit sich wirtschaftlich integrieren*

Wenn wohnungslos werden kann, wer arbeitslos ist, dann müßte auch unter Arbeitslosen der Anteil der Menschen aus der DDR erheblich sein. Doch die Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit – Institut für Arbeitsmarkt- und

¹⁴⁶ Ebda. 203 ff.

¹⁴⁷ Frankfurter Rundschau vom 2.11 und 1.12.88 sowie 2.3. 89.

Berufsforschung – sagen eher das Gegenteil. Zweimal versuchte das Institut nach dem Mauerbau den Zusammenhang zwischen Übersiedlung und Arbeitsaufnahme zu klären: 1985 und 1989, als der Ansturm besonders groß war. 1984 ließen die DDR-Behörden statt der üblichen 12.000 plötzlich gut 40.000 Menschen ziehen. 1989 waren vor der Maueröffnung Zehntausende als Botschaftsflüchtlinge, über Ungarn oder als „offiziell genehmigte“ Übersiedler in den Westen gekommen.

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen erteilte 1989 den Auftrag, als die Mauer schon gefallen war. Befragt werden sollten Übersiedler der vergangenen sechs Monate. Beide Befragungen sollten klären, wie weit eine Eingliederung in das Erwerbsleben – 1989 auch das soziale Leben – der Bundesrepublik Deutschland gelungen war. Die zweite Studie geht von 582.000 Menschen aus, die zwischen dem 1. Januar 1989 und dem 30. Juni 1990 [am Tag vor der Währungsunion] in den Westen kamen. Mit der Währungsunion verfiel der Sonderstatus für DDR-Übersiedler. Sie wurden behandelt wie alle Umzügler im Westen, die dabei ihren Arbeitsplatz aufgeben: acht Wochen gibt es kein Arbeitslosengeld. 1984 befragte das Nürnberger Institut 4.100 Übersiedler acht Monate nach ihrem Kommen¹⁴⁸. 1989 wurden 944 befragt, neun Monate später noch einmal die gleichen; übriggeblieben waren 606 Personen¹⁴⁹.

Überraschendes Ergebnis: trotz der großen Zahl Übersiedler hatten die meisten bereits nach acht Monaten Arbeit. 1985 waren acht Monate nach Übersiedlung 44 % in Arbeit; 42 % arbeitslos, hatten also noch keine oder wieder keine Arbeit. 12 % bildeten sich weiter. Männer waren bei der Stellensuche erfolgreicher als Frauen: 61 % in Arbeit zu 28 ohne; Frauen 30 % in Arbeit zu 53 % ohne Arbeit. Noch günstiger war das Verhältnis 1989: Da hatten acht Monate nach dem Kommen fast alle Befragten und nicht nur wie 1984 die knappe Hälfte Arbeit, obwohl erheblich mehr gekommen waren: 87 % in Arbeit – 12 % nicht. 1989 hatten bereits nach einem Monat im Westen 43 % aller DDR-Zuwanderer – mehr als doppelt soviel Männer als Frauen [56 zu 24 %] – Arbeit. Weitere 29 % [Männer 31 Frauen 27 %] kamen in den nächsten beiden Monaten zum Job. Nach einem Jahr Westen war der Anteil Arbeitsloser auf 1/10 gesunken (Männer 3 %, Frauen doch 20 %). In der Studie heißt es aber warnend¹⁵⁰:

„Wenn arbeitslose Übersiedler seit ihrer Ankunft im Westen noch keinen Arbeitsplatz haben und bereits seit dieser Zeit [ein Jahr d.V.] auf Stellensuche waren, kann man davon ausgehen, daß sie eine zusätzliche Hilfestellung brauchen, um in Arbeit zu kommen.“

148 Hans Hofbauer, Maria Billmeier, Ingeborg Warnhagen: Die berufliche Eingliederung von Übersiedlern aus der DDR und Berlin (Ost), in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MAB), 18. Jg. 1985, 340-355. Vgl. auch Richard Meng: Nur jeder Zweite fühlte sich nach seinen Fähigkeiten eingesetzt, in: Frankfurter Rundschau vom 29. Oktober 1985.

149 Barbara Koller: Integration in die Arbeitswelt im Westen. Zur beruflichen Eingliederung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR, in: MAB, 25. Jg. 1992, 168-191.

150 Ebda. 190.

Im Klartext heißt das: der größere Teil dieser nach einem Jahr noch immer nicht in Arbeit gekommenen Übersiedler ist ohne Hilfestellung auf dem Weg in die Dauerarbeitslosigkeit. Aus der kleinen männlichen Gruppe, jenen drei Prozent, könnte sich der Nachschub für Obdachlosen-Quartiere ergeben. Die Frauen waren wohl über die Familien versorgt.

Das erstaunlich gute Ergebnis der Arbeitssuche 1989 führt Koller auf die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu 1984 zurück. Hinzu kam, daß die Übersiedler jung waren, ein Pluspunkt, der ihnen bei der Arbeitssuche erheblich zugute kam. Der d. V. bekannte damals 25-jährige Augenoptiker Stefan K. kam samt Familie als einer der ersten über die ungarische Grenze, fuhr zu Freunden in eine norddeutsche Großstadt und hatte nach drei Tagen eine Anstellung; heute betreibt er ein eigenes Geschäft. Die da kamen, waren jünger als die Übersiedler von 1984; es waren auch weniger Frauen darunter, die sich ebenso wie 1984 wieder schwieriger vermitteln ließen – doch in der günstigen Arbeitsmarktlage doch besser als fünf Jahre zuvor. 1989 kamen auch weniger ungelernete Arbeiter als 1984. Außerdem wirkte sich erneut günstig aus, daß die Übersiedler bereit waren¹⁵¹, „auch weniger attraktive Stellen oder solche, die nicht ihrer Qualifikation entsprachen, anzunehmen“.

1989 war zudem der Anteil jener höher, die von einem Berufswechsel sprachen: 44 zu 39 % von 1984. Berufswechsel müsse nicht „schlechte“ Eingliederung bedeuten. Drei von fünf Berufswechslern sagten in der Befragung, ihre berufliche Lage habe sich deutlich oder etwas verbessert. Beide Male hatten es Angehörige kaufmännischer Berufe oder Dienstleistungsberufe bei der Vermittlung besonders schwer. Schnell waren dagegen Ärzte, Facharbeiter und Apotheker zu vermitteln. Auch wenn manche Übersiedler (18 %) „nur“ einen befristeten Arbeitsvertrag bekommen haben, stellt die Studie für 1989 fest¹⁵²: „[Es] stellte sich heraus, daß Übersiedlern nicht häufiger ein befristeter Arbeitsvertrag zugemutet wurde als einheimischen Arbeitskräften.“

Die Übersiedler wechselten 1989 die Erststelle nicht wegen mangelnder Leistungsbereitschaft sondern wegen besserer Verdienst- oder Arbeitsmöglichkeiten. Zwei von fünf hatten „eine bessere Stelle“ gefunden. Jeder zweite [Mehrfachnennungen waren möglich] wollte nicht am alten Arbeitsplatz bleiben: „entsprach nicht meinen Vorstellungen“; man fühlte sich nicht nach den Fähigkeiten eingesetzt. Drei von zehn wollten sich „beruflich verändern“. Nur jeder zehnte hatte „Ärger mit dem Vorgesetzten“ und wechselte deshalb die Stelle; jeder fünfte gab Gründe an wie „fühle mich ausgebeutet bei 827 DM Monatslohn“, „die Arbeit ist zu hart“, „war nervlich überlastet“, „Akkordarbeit war zu schwer“ oder „Alkoholproblemen“, etwa Führerscheinverlust¹⁵³.

151 Ebda. 192.

152 Ebda.

153 Ebda.

Zum „Knick“ in der Berufsbiografie, zum Berufswechsel, der mit beruflichem Abstieg verbunden war, gibt Koller diese Daten an¹⁵⁴:

7 % der Befragten [waren, d.V.] in der ehemaligen DDR als an- oder ungelehrte Arbeiter tätig, während nach der Übersiedlung 22 % von ihnen solche Arbeitsplätze hatten. In gehobenen bzw. leitenden Angestelltenpositionen waren in der ehemaligen DDR 10 % der Übersiedler, im Westen hatten solche Positionen nur 4 % der berufstätigen Befragten. Von einem deutlichen beruflichen Abstieg kann man auf jeden Fall bei einem Fünftel der Befragten sprechen, die im Westen als Hilfsarbeiter oder als Angestellte mit einfachen Tätigkeiten eingesetzt waren.

Koller hält es bei der kleinen Stichprobe zwar für gewagt, daraus abzuleiten, gehobene und leitende Angestellte seien nur sehr schwierig in angemessene Stellen zu vermitteln, fügt aber hinzu, auch die Erfahrungen der Arbeitsämter wiesen in diese Richtung¹⁵⁵. Bei den Angestellten hatten zwei Drittel, bei den Facharbeitern 62 % die gleiche berufliche Position wie in der DDR. Doch¹⁵⁶: „Einen Hilfsarbeiterstatus hatten im Befragungszeitraum 19 % der Angestellten und 22 % der Facharbeiter.“

Koller verweist auf eine Studie über westdeutsche Facharbeiter fünf Jahre nach der Ausbildung: da seien 16 % als Hilfsarbeiter tätig gewesen, zwar weniger als jene aus der DDR; es sei aber zu berücksichtigen, daß jene ein Jahr nach der Übersiedlung befragt wurden und da noch auf der Suche nach der besten Arbeit gewesen seien¹⁵⁷.

„Man kann zumindest für Facharbeiter sagen, daß die Übersiedlung keinen Einschnitt bedeutete, der notwendigerweise mit beruflichem Abstieg verbunden gewesen wäre. [Es waren] gehobene und leitende Angestellte aus der ehemaligen DDR, die zu einem besonders hohen Anteil aussagten, sie könnten ihre mitgebrachten beruflichen Kenntnisse auf dem neuen Arbeitsplatz „voll“ bzw. „weitgehend“ verwenden (fast zwei Drittel).“

Koller fand auch heraus¹⁵⁸:

„Nach ihrer subjektiven Erkenntnis hat sich für die meisten Übersiedler, die im Befragungszeitpunkt einen Arbeitsplatz hatten [sic, d.V.], in beruflicher Hinsicht die Übersiedlung gelohnt, sagte fast die Hälfte [45 %] aus, daß sich ihre berufliche Situation deutlich verbessert habe, weitere 21 % sahen eine leichte Besserung. Diesen 66 % ... stehen auf der anderen Seite 14 % gegenüber, für die die Übersiedlung mit einer deutlichen [3 %] bzw. leichten Verschlechterung [11 %] ihrer beruflichen Situation verbunden war [Rest 20 %: „Ist gleichgeblieben“]. Immerhin waren es von den Berufswechslern noch 60 %, die ihre

154 Ebda. 182f

155 Ebda. 183.

156 Ebda.

157 Ebda.

158 Ebda.

neue berufliche Situation als leichte [20 %] bzw. deutliche [40 %] Verbesserung gegenüber der Berufssituation in der ehemaligen DDR ansahen.“

Zu ihrer wirtschaftlichen Integration haben die Übersiedler selbst erheblich beigetragen. Beide Studien ergaben, daß die Arbeitsämter nur einem gutem Viertel überhaupt Stellen vermittelten. Die Zuwanderer besorgten sich drei Viertel aller Stellen selbst; zum einen halfen Verwandte oder Freunde, die schon vor dem Eintreffen eine Stelle in Aussicht hatten und manchmal auch eine Wohnung, wie Dieter Meichsner schon 1958 im Film „Besuch aus der Zone“ zeigte. Zum andern haben sich die Übersiedler auf dem Arbeitsmarkt geschickt oder nach der Methode „Friß Vogel oder stirb“ verhalten. Schon 1953 und 1954 verwies der „Informations-Rundbrief zur Sozialen Lage der Jugend“ auf ein Phänomen, das bis Ende der DDR gültig blieb und den Grund für viele Berufswechsel der Übersiedler angibt: Die Zahl der Lehrstellen, die Jugendliche aus Zuwandererfamilien antraten, lag in Berufen mit geringerer Nachfrage höher¹⁵⁹: „Die heimatvertriebenen Jugendlichen müssen mit den weniger begehrten Lehrstellen vorlieb nehmen. Die Nachfrageziffer, die als Ausdruck der Begehrtheit dieses oder jenes Berufes angesprochen werden kann, sinkt dort ab, wo der Flüchtlingsanteil ansteigt. Die Berufsanwärter aus den Kreisen der Heimatvertriebenen erhalten also selten eine Stelle in den begehrten Lehrberufen.“ Und¹⁶⁰: „Berufsbegehrtheit und Flüchtlingsanteil verhalten sich also zueinander gegenläufig.“

Der Anteil Heimatvertriebener aus dem Osten und Flüchtlingen aus der SBZ/DDR lag Mitte der 50er Jahre bei 30 %. Doch bei den damals beliebtesten Berufen Uhrmacher(in) und Damenschneider(in) lag der Flüchtlingsanteil bei 18 und 23 %, bei unbeliebten Berufen wie Müller, Fleischer, Bäcker und Schmied jedoch bei 41,4, 42,7, 46,1 und gar 52,4 %.

Die Arbeitsvermittlung hat DDR-Leute bevorzugt, selbst wenn das heute nicht mehr bewußt ist. Die „Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“¹⁶¹ hat im Dezember 1953 eine Richtlinie „Über die bevorzugte Vermittlung von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen“ erlassen. Schon das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz sagte, der Anteil beschäftigter Vertriebener und Sowjetzonenflüchtlinge solle dem Anteil an allen Arbeitnehmern in einem Arbeitsamtsbezirk entsprechen. Offenbar war das Ziel nicht erreicht, so daß die Richtlinie festlegen mußte¹⁶²:

„Die Dienststellen der Bundesanstalt sollen der Eingliederung der arbeitslosen Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge in das Arbeitsleben besondere Beachtung schenken. Dabei sind Arbeitslose dieses Personenkreises bevorzugt in Arbeit zu vermitteln. Darüber hinaus sind vertriebene Sowjetzonenflüchtlinge aus bedarfsfremder Beschäftigung in ihren erlernten oder überwiegend ausgeübten Beruf zu vermitteln.“

159 Info-Brief, Nr. 7, 1953, 11.

160 Info-Brief, Nr. 5, 1954, 9.

161 heute: Bundesanstalt für Arbeit (BA).

162 Abgedruckt in: Info-Brief, Nr. 6, 1954, 5-8; hier: 6.

Diese Richtlinie mag in den siebziger und achtziger Jahren überholt gewesen sein. Heute sagt Karin von Lüpke von der Bundesanstalt für Arbeit, rasche Vermittlung der Übersiedler sei für alle Arbeitsämter im Westen ohnehin stets selbstverständlich gewesen¹⁶³. Sie erinnert, daß Branchen wie das Hotel- und Gaststättengewerbe, Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft besonders gern Leute aus der DDR nahmen. „Auf DDR-Übersiedler waren sie geradezu wild, denn sie galten als besonders qualifiziert“, sagt nicht nur von Lüpke. Zudem seien die Menschen im Westen mit den Übersiedlern solidarisch gewesen. Habe einer nicht gleich eine Stelle gefunden, hätten auch Verwandte und Bekannte mitgesucht. 1984, als die DDR besonders viele Antragsteller ziehen läßt, schreibt der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, in einem Runderlaß, der bürokratische Hemmnisse für eine schnelle Vermittlung der Übersiedler aus der DDR beseitigen soll¹⁶⁴: „Nach meinen bisherigen Erfahrungen hat sich eine relativ große Anzahl von Arbeitgebern spontan bereiterklärt, Übersiedler in ihrem Betrieb zu beschäftigen.“

Der Verfasser erlebte selbst, wie Arbeitsämter Übersiedelnden mit ziemlichem Nachdruck Stellen anboten. Schnell drohten die Vermittler, Arbeitslosengeld zu entziehen. Einmal wurde es für drei paar Tage gestrichen: ein Übersiedler wollte die neue Stelle erst nach dem länger geplanten verlängerten Wochenendurlaub antreten und tat es auch. Nach meiner Erinnerung haben Arbeitsämter Übersiedler bevorzugt auf geförderte Stellen vermittelt. Die Aktivitäten der Vermittlung nahmen ab, wenn einer Familie eine – in der Regel gut dotierte – Stelle angeboten und angenommen war. Hoffnungen des andern Familienmitglieds, meist der Frau, auf ebenso schnelle Vermittlung erfüllten sich oft nicht. Sie erhielt ein Jahr (oder länger) Arbeitslosengeld, ohne irgendwelche Aktivitäten des Arbeitsamtes zu bemerken. Die gute finanzielle Lage der Familie ließ Arbeitslosenhilfe nicht anfallen.

Besonders schwierig war die Vermittlung der Übersiedler, wenn spektakuläre Spionagefälle öffentlich diskutiert wurden¹⁶⁵. Betreuer Übersiedelnder erinnern sich vor allem an die Fälle Guillaume¹⁶⁶ und Tiedge¹⁶⁷. Dann hielten sich Arbeitgeber, ob kleiner Handwerker oder Großkonzern, zurück, nahmen keine mehr „aus der DDR“. Manche Mitarbeiter auf Arbeitsämtern – genauso wie Arbeitgeber fester Bestandteil der Westgesellschaft – hatten für solch Handeln durchaus Verständnis.

Besonders krasse, vermeintliche „Spionageabwehr“ eines Arbeitsamtes erlebte Übersiedlerin Edda Hanisch. Die einstige Mitarbeiterin der Akademie für Ge-

163 Gespräch mit Karin von Lüpke, Bundesanstalt für Arbeit, 15.11.97.

164 Dienstblatt-Runderlaß 75/84 der Bundesanstalt für Arbeit, 1.

165 Gespräch mit Rita Schmidt, Arbeiterwohlfahrt Bonn, 3. 12.97. und Rainer Schmandt, Jugendaufbauwerk Bonn, 5.12.57.

166 Günter Guillaume war 1956 als von der Stasi geschickter Spion in die Bundesrepublik gekommen. Er trat der SPD bei, machte Parteikarriere bis ins Vorzimmer des Bundeskanzlers Willy Brandt. Nach Guillaumes Enttarnung 1974 trat Brandt zurück. Guillaume erhielt 13 Jahre Freiheitsstrafe, wurde 1982 nach Ost-Berlin entlassen. Der „Kundschafter des Friedens“ starb 1995.

167 Hans-Joachim Tiedge war Abteilungsleiter im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz. Er wechselte 1985 in die DDR.

sellschaftswissenschaften, einer DDR-Kaderschmiede, hatte sich vom Sozialismus losgesagt und kam nach längerer Haft 1977 in den Westen. Das Arbeitsamt wollte ihr unbedingt einen „Sprachkurs“ verpassen. Als sie sich weigerte, weil sie meinte, des Deutschen genug mächtig zu sein, strich das Amt ihr gar das Arbeitslosengeld. Sie mußte klagen. Das Arbeitsamt begründete sein Vorgehen mit Spionagegefahr und erinnerte an Guillaume. Der Arbeitsrichter mußte der Behörde erst sagen, für Spionageabwehr seien andere zuständig¹⁶⁸.

Olaf Struck-Möbbeck hat die berufliche Integration der DDR-Zuwanderer untersucht. Die Ergebnisse unterscheiden sich nur unwesentlich von den BA-Studien. Befragt wurden insgesamt 937 Übersiedler¹⁶⁹. Hier werden Erkenntnisse der Cluster-Analyse in Stichworten dargestellt. Struck Möbbeck zeigt verschiedene Faktoren, die berufliche Integration in gemischten Gruppen nachhaltig beeinflussen. Er bildet 19 statistische Clusters, Gruppen zu ca. 50 Leuten; drei Gruppen mit 16 % der Befragten sind Aufsteiger, sieben mit der Hälfte zählen zu den „Konstanten“ und ein gutes Drittel in neun Gruppen gehört zu den Absteigern.

Gruppe 1 der Aufsteiger sind Leute, denen Reisen viel bedeutet, Wünsche und Vorstellungen wurden erfüllt; mehr Frauen als Männer; 30-40 Jahre; DDR-Beruf hatte geringes Ansehen, Westberuf höheres. Einkommen bei 2.700 DM. Tätigkeit nicht nach Fähigkeit, als Aufstieg empfunden. Gruppe 2 sind „junge, dynamische“ Leute, 20-30 Jahre, mit geringem Einkommen [1.000 DM]; neuer Beruf mit hohem Ansehen; neue Fertigkeiten gelernt. Freunde, Reisen, Politik, Freizeit sehr wichtig, Familie nicht so sehr. Die 3. Gruppe umfaßt Männer, kaum Frauen, 25-35 Jahre mit Einkommen von 2.600 DM; DDR-Beruf und Westberuf mit geringem Ansehen. Neue Fertigkeiten erlernt, Neues angefangen, Wünsche erfüllt.

„Konstante“ ist die Gruppe der DDR-Häftlinge, meist Männer um 30, Einkommen bei 2.700 DM, im Beruf bevorzugt und als Aufstieg erlebt. Gruppe 5 sind Menschen aus DDR-Berufen mit hohem Ansehen, mehr Frauen, 35-45 Jahre, Einkommen 3.300 DM; hohes Ansehen des Westberufs, aber Tätigkeit nicht nach Qualifikation. Die 6. Gruppe sind Leute mit DDR-Abitur, hohes Ansehen im DDR-Beruf, meist Männer, Einkommen bei 4.200 DM; auch Westberuf hat hohes Ansehen. Gruppe 7 sind meist Männer 35-45, „konstant auf niedrigem Niveau“, niedrigem DDR-Schulabschluß: 8. Klasse; Westberuf mit geringem Ansehen; mit Beruf eher unzufrieden, Neues nicht gelernt.

Gruppe 8 ist „gefestigt auf mittlerem Niveau“, mehr Männer, 30-40 Jahre, 2.400 DM Einkommen, benachteiligt als DDR-ler, mit Arbeit zufrieden, nach Fähigkeit eingesetzt. „Konstant unten“ ist Gruppe 9, Männer wie Frauen um 50, 8. DDR-Klasse, Einkommen 1.200 DM, mit Arbeit zufrieden, als Aufstieg

168 Gespräch mit Edda Hanisch am 31. Januar 1978.

169 Olaf Struck-Möbbeck: Die berufliche Integration der Zuwanderer, in: Schumann u. a. Private Wege, 105-172. 157 ff.

empfunden; qualifiziert eingesetzt; lange arbeitslos, Ansehen des Westberufs gering. Gruppe 10 besteht meist aus Frauen, „vom niedrigen Niveau leicht abgestiegen“, 30-50. Neues begonnen, keine neuen Fertigkeiten, Arbeit nach Qualifikation, als Abstieg empfunden. Arbeit, um welche zu haben.

Mit Gruppe 11 beginnen die „Verlierer“: vor allem Frauen, 30-50 Jahre. Einkommen 1.000 DM. Neues angefangen, neue Fertigkeiten gelernt, doch unzufrieden im Beruf mit niedrigem Ansehen. Arbeit angenommen, um sie zu haben. Auch in Gruppe 12 sind viele Frauen um 40, Einkommen bei 2.700 DM. DDR-Beruf hatte hohes Ansehen; Ansehen des Westberufs zwar hoch, aber niedriger als DDR-Beruf, als Abstieg gesehen; längere Zeit arbeitslos. Gruppe 13 sind junge, suchende Frauen, 20-30, DDR-Abitur, Einkommen 1.000 DM, arbeitslos oder Teilzeit; Fertigkeiten neu erlernt, aber unzufrieden mit Job; Wünsche nicht erfüllt, Reisen sehr wichtig.

Gruppe 14: „Absteiger vom hohen Niveau“, Einkommen um 2.300 DM, meist Männer um 50 mit DDR-Hochschulabschluß; DDR-Beruf hohes Ansehen, nur gering Westberuf; Neues begonnen, Tätigkeit nach Qualifikation, wird aber als Abstieg empfunden, unzufrieden, Arbeit nur angenommen, um sie zu haben. Wünsche nicht erfüllt; zu spät eingelebt. Gruppe 15 sind die Arbeitslosenhaushalte; zum größten Teil Frauen, Einkommen bei 1.700 DM, fühlen sich wegen Herkunft im Beruf benachteiligt, DDR-Beruf geringes Ansehen. Gruppe 16: „Kleinstadtfrauen“ um 30, Einkommen höchstens 1.000 DM, Teilzeit oder keine Arbeit; unzufrieden, Arbeit gilt als Abstieg; Beruf, Reise, Freizeit unwichtig, Wünsche nicht erfüllt.

Gruppe 17 sind „enttäuschte“ Frauen und Männer, 30-40, Einkommen um 1.300 DM. Fühlen sich wegen DDR-Herkunft diskriminiert, lange arbeitslos. Arbeit nach Qualifikation, aber als Abstieg empfunden; angenommen, um Arbeit zu haben, Wünsche nicht erfüllt. Gruppe 18: Menschen mit „unstetigen Verlierer-Karrieren“, meist Männer zwischen 30 und 40, Einkommen um 2.300 DM. DDR-Beruf niedriges Ansehen, häufig und länger arbeitslos; Neues begonnen, als Abstieg angesehen. Ansehen Westberuf niedrig, oft befristete ABM-Stelle, Suche nach neuer Stelle, oft Partner ohne Arbeit. 19. Gruppe: „niveauvolle Arbeitslose“, meist Frauen zwischen 40 und 50. Einkommen um 1.700 DM. DDR-Beruf hatte hohes Ansehen, jetzt arbeitslos oder nicht erwerbstätig. Auch Partner arbeitslos.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich zu den Aufsteigern im Westen weibliche Spätstarter um 35 ebenso zählen wie jugendliche, dynamische Aufsteiger um 25 und vor allem männliche Erwachsene, die mangelnde Qualifikation wettmachen konnten. Weitgehend gelungen ist berufliche Integration bei vielen DDR-Häftlingen, Männern angesehener DDR-Berufe und Ausbildung, Männern und Frauen aus mittlerem oder niedrigem DDR-Berufsniveau, die Neues begannen, trotz niedrigem beruflichen Ansehen. Absteiger oder Verlierer waren im wesentlichen Frauen jeden Alters und Männer höheren Alters, selbst bei bester Ausbildung. Sie sind arbeitslos, in befristeten ABM-Stellen oder teilzeitbeschäftigt.

2.7. Schwierigkeiten, sich sozial einzugliedern

Neben wirtschaftlicher Eingliederung über den Arbeitsplatz ist soziale und kulturelle Eingliederung entscheidend. Ist ein Zuwanderer erst einmal sozial eingegliedert, kann er gleichberechtigt am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen, an Systemen fürs tägliche Dasein, am Geistesleben und -schaffen. Ein solcher Prozeß aber erfordert mehr Zeit und Geduld als der, eine Stelle zu suchen.

Schon die Wahl der Wohnung gehört zur sozialen Kategorie. Entscheidet diese Wahl doch bereits, wieweit ein Einzelner oder die ganze Familie an die Vorsorgesysteme des Alltags angebunden sind, welche kulturellen Angebote in der Nähe und welche in der Ferne sind. Die Wahl der Wohnung ist oft auch ursächlich verantwortlich, wenn es zu sozialer Isolation kommt¹⁷⁰. Wer aber sozial isoliert ist, ist versucht, ein solches Handicap womöglich durch Alkohol oder Drogen zu überspielen oder auszugleichen. So angenehm für Menschen aus der DDR die freie Wohnungssuche war; erhebliche Probleme hatten sie doch mit der „Allmacht der Vermieter“. Sie waren es einfach nicht gewohnt, daß ihnen Hausbesitzer den Umgang mit Haustieren ebenso versagen konnten wie beispielsweise die Überlassung der Wohnung für einen Monat an Freunde.

Der ganze Komplex sozialer Integration von Übersiedlern ist nur in einer eigenen Untersuchung zu erörtern. Hier sei vor allem auf Ronges und Schumanns Arbeiten verwiesen. Sie behandeln die Frage, inwieweit das Gefühl so mancher Übersiedler, im Westen total isoliert zu sein, mit unterschiedlichen Wertesystemen Ost und West, mit bürgerlicher und einst real-existierender sozialistischer Gesellschaftsordnung zusammenhängen kann.

Die Forscher kommen dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen. Ronge¹⁷¹ spricht vom „sozialistischen Sozialisationsgepäck“: der einzelne könne das Gepäck „nicht einfach durch Umlernen abschütteln und auswechseln“. Schumann¹⁷² meint, Übersiedelte verhielten sich nach geraumer Zeit ähnlich wie Einheimische. Der Verfasser erlebte 13 Jahre lang als Außenstehender das Verhalten von DDR-Bürgern im Innern mit. Er neigt eher Schumann zu. Das „Sozialisationsgepäck“ hat er nicht als Ausdruck unterschiedlicher Haltungen einer bürgerlichen und einer sozialistischen Gesellschaft wahrgenommen. Es war vielmehr immer Zeichen für die Trennlinie menschlichen Verhaltens in Diktatur und Demokratie.

In einer Diktatur sind besondere Vertrautheit untereinander oder Aufeinander-Verlassen-Können existenzsichernd, wenn nicht überlebensnotwendig. Nicht zufällig war wesentliches Ziel der Stasi, Gedanken lesen zu können. Um in diesen natürlich geschützten Bereich eindringen zu können, benötigte die Stasi die „Waffe Mensch“ mehr als alle technischen Geräte, mehr als den „Großen Lauschangriff“. Die Arbeit der Spitzel, der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der

170 Nahm: *Leben*, 162.

171 Ronge: *Integration*, 45.

172 Schuman u. a.: *Private Wege*, 306 f.

„Waffe Mensch“ wurde deshalb immer wichtiger. Die Stasi hat sie immer weiter verfeinert.

In einer Diktatur haben Menschen zudem meist den gleichen Gegner. Das alles sind Dinge, die in einer Demokratie zwar Grundlage vieler persönlicher Freundschaften sein können; nur zum Überleben sind sie nicht nötig. Aus der DDR, nicht aus dem Westen, stammt das Motto: „Privat geht vor Katastrophe“. Zudem erkaufte sich nicht wenige in der DDR das „Sozialisationsgepäck“ auf Kosten „Andersdenkender“; dieses auf den ersten Blick so tolle Gepäck hat keineswegs politische Häftlinge oder Antragsteller auf Ausreise vor Ausgrenzung im öffentlichen Leben oder im persönlichen Bereich, nicht einmal im engsten Freundeskreis, bewahrt. Es hat da versagt, wo sich seine Güte hätte erweisen können.

Heute beklagen ehemalige DDR-Bürger häufig, ihnen fehle das heimelige Gefühl der Geborgenheit, wie sie es im DDR-Sozialismus empfunden haben wollen. DDR-Forscher Falco Werkentin verwies jüngst auf einen Arzt, einen Medizinalrat, der Beschwerden eines Häftlings als Gutachter nicht auf dessen Haft, sondern „auf den Verlust der Geborgenheit in der DDR“ zurückgeführt habe¹⁷³. Im übrigen litten auch Deutsche-West schon einmal unter Mangel an Geborgenheit und womöglich leiden einige wenige noch immer darunter. 1978, 33 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur, fragte das Institut für Demoskopie Allensbach einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung¹⁷⁴:

„Eine Frage zu Hitler und dem Nationalsozialismus. Die einen sagen: Wenn man mal vom Krieg und der Judenverfolgung absieht, war das Dritte Reich gar nicht so schlecht. Andere sagen: Das Dritte Reich war in jedem Fall eine schlechte Sache. Welcher Meinung sind Sie?“

37 % der Westdeutschen fanden da, das Dritte Reich sei gar keine so schlechte Sache gewesen; die über 60-jährigen entschieden sich mit mehr als der Hälfte für diese Antwort (52 %). 31 Prozent waren laut Umfrage bereit, ohne Krieg in Hitler „einen der größten deutschen Staatsmänner“ zu sehen.

Mit anderen Worten: Fehlen oder Vorhandensein des heimeligen Gefühls von Zusammengehörigkeit zeigt offenbar den Freiheitsgrad einer Gesellschaft an. Dieser Lackmustest sagt: Je weniger sich Menschen zusammengehörig fühlen (müssen), desto besser funktioniert womöglich ihre Demokratie. Umgekehrt: Je dringender der einzelne dieses Gefühl in der Gesellschaft braucht, desto unfreier ist sie wahrscheinlich. Das Zusammenrücken mancher Kirchengemeinden in Deutschland mit ausländischen Mitbürgern, denen Abschiebung droht, ist durchaus Zeichen für mangelnde Freiheiten in der Gesellschaft.

In der Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung fühlte sich ein ziemlich großer Teil übergesiedelter Ostdeutscher im Westen

173 DDR-Forscher Falco Werkentin auf einer Pressekonferenz in Berlin. vgl. Karl-Heinz Baum: Experten stützen DDR-Opfer, in: Frankfurter Rundschau vom 26.1.98.

174 Piel: Spuren der NS-Ideologie, 148.

sozial isoliert¹⁷⁵: 57 % sagten das sofort; noch 55 % sagten es nach anderthalb Jahren im Westen. Sie vermissen „meine Verwandten“, „unseren alten Bekanntenkreis“, „meine Freunde, Kollegen“, oder „mein Kind, das mit meinem Mann noch in der DDR lebt“. Häufig fallen dann Bewertungen wie „menschliche Wärme fehlt“, „kein kollegiales Verhältnis“ oder „Ellenbogengesellschaft“, in der „arrogante Westdeutsche“ Übersiedler als „drittklassig“ einstufen.

Koller hält fest, daß über die Hälfte der befragten Übersiedler¹⁷⁶

„sich auch nach eineinhalb Jahren im Westen noch sozial isoliert fühlte und darunter litt und es Hinweise darauf gibt, daß aufgrund der unterschiedlichen Sozialisationsgeschichte der Ost- und Westbevölkerung Übersiedler größere Integrationsprobleme haben als Binnenmigranten innerhalb der alten Bundesländer.“

1987 berichtet Birgit Loff in der „Stuttgarter Zeitung“ über einen Informationskurs für ehemalige DDR-Bürger an einer Volkshochschule in Berlin (West)¹⁷⁷. „Keine Freunde, keine Freundin, kein Nichts“ zitiert sie eine Näherin. Ein Tischler sagte, „unsere Naivität wird ausgenutzt. Wir haben ja keine Ahnung, wie teuer wir uns verkaufen können.“ Erst später habe er gemerkt, daß „hier auch nur mit Wasser gekocht“ werde und bemerkte sein „Kapital“: „Wir im Osten haben eigentlich aus weniger mehr gemacht“. Er beobachtete, der Arbeitseifer der Zugezogenen sei häufig größer. „Wer aus der DDR kommt, der klotzt ran, um seinen Standard wieder aufzubauen.“ Hauptprobleme bei der Eingliederung der Neuankömmlinge sind da¹⁷⁸: „Soziale Isolation, Anonymität des Lebens, Schwierigkeiten bei der Bewältigung ungewohnter Alltagsprobleme, Ablehnung durch viele Mitmenschen, familiäre Spannungen, sozialer Abstieg durch nicht anerkannte Qualifikationen, Wohnungsprobleme und Ärger mit den Behörden.“

Loff lernte beim Volkshochschulkurs für ehemalige DDR-Bürger zugleich, solche Schwierigkeiten entmutigten viele Zugewanderte überhaupt nicht.

2.7.1. Exkurs: Die gefährlichen „Rückverbindungen“

Übersiedler Ost hatten wohl, wie Koller sagt, größere Integrationsprobleme als Binnenwanderer. Es überrascht aber, daß ein wesentliches ihrer Probleme in der Literatur so gut wie gar nicht erörtert wird. Dabei litten Übersiedler nach Erfahrungen des Verfassers darunter stets besonders stark: unter der von der DDR verfügten totalen Kappung wesentlicher Kontakte der Abgewanderten.

175 Koller: Integration, 172 f.

176 Ebda. 174.

177 Birgit Loff: Ratlos in der Ellenbogengesellschaft, in: Stuttgarter Zeitung, 21. 12. 1987.

178 Ebda.

„Als ich nicht mehr zu meinen Eltern und Verwandten in Potsdam, gleich hinter der Grenze konnte, fühlte ich mich wie behindert, wie amputiert“, sagt der Pädagoge Hermann Flader aus Berlin-Reinickendorf, der 1963 von Potsdam über die Havel schwamm, weil man ihn nicht Journalist werden lassen wollte. Er machte dann eine Jugendband auf, bis er sich zur Flucht über die Mauer entschloß. Sein „Verbrechen“ wurde mit dem Abschluß der Ostverträge 1972 amnestiert; doch Eltern und Freunde konnte er genau fünf Jahre nicht besuchen¹⁷⁹.

Ganz natürliche persönliche Beziehungen zu Verwandten und Freunden, ja zu Kindern, waren ein Fall für die Staatsicherheit und hießen auf Stasi-Deutsch „Rückverbindungen“. Weder die BA-Studie noch Ronge oder Schumann gehen auf die stasigelenkte Unterbindung dieser Kontakte ein. Die „Rückverbindungen“, also Beziehungen derer, die aus dem Osten in den Westen gekommen waren, zu Zurückgebliebenen im Osten waren wesentlicher Faktor für den weiterwirkenden Zusammenhalt der Deutschen, für den Zusammenhalt der Nation; zudem einer, der durch ständig neue Ausreisen zunahm und aussterbende Verbindungen der Älteren erneuerte.

Wie stark sich der „brutale Bruch“¹⁸⁰ gelegentlich auswirkte, hat Schüler Dirk Martini aus Kiel 1988/89 der Welt unbeabsichtigt gezeigt. Am 18. Geburtstag, anderthalb Jahre im Westen, kam er nicht nach Hause. Am Vortag hatte ihm der gleichaltrige Onkel aus Gera, schon als Kinder hatten beide an diesem Tag miteinander getollt, einen Glückwunsch geschickt und vier Worte angefügt: „Denke auch an uns.“

Nach der Schule fuhr der Junge von Kiel an die Grenze nach Lübeck, überkletterte dort unbemerkt den Stacheldraht: er wollte zum Onkel nach Gera. Doch dahin kam er nicht; in Herrsburg bei Lübeck wurde er festgenommen. Das Gericht Rostock-Land verurteilte den 18-jährigen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr – zwei Jahre lautete im DDR-Strafgesetzbuch die Höchststrafe für einen Verstoß gegen § 213 „ungesetzlicher Grenzübertritt“. Bundespolitiker setzten sich für den Schüler ein; so kam er wenigstens nach über einem halben Jahr DDR-Haft frei. Nicht einmal hier erlaubte die DDR den übergesiedelten Eltern die Einreise, damit sie ihren Sohn im Gefängnis besuchen konnten¹⁸¹.

Übersiedler haben zu DDR-Zeiten immer wieder geklagt, wie sehr sie unter den von Staats wegen so erschwerten oder unmöglich gemachten Kontakten litten. Dabei gab es zwei Formen Leid. Die einen konnten sich gar nicht sehen, weil die DDR das Verlassen des Landes an Mauer und Stacheldraht nicht nur

179 Gespräch mit Hermann Flader, Berlin, am 15.1.98.

180 Bernd Eisenfeld, Vorsitzender des „Verbandes ehemaliger DDR-Bürger“, der sich besonders gegen Einreisesperren der DDR wandte: Gespräch am 2.2.98.

181 Karl-Heinz Baum: „Das deutsche Trauerspiel begann mit einem Geburtstagsgruß“, in: Frankfurter Rundschau vom 13.5.89, „Kieler Schüler winkt Freiheit“, in: FR vom 30.5.89; „DDR entläßt Schüler in die Bundesrepublik“ in: FR vom 14.6.1989. Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber mußte den Fall bei seinem DDR-Besuch ansprechen, nachdem sich die DDR gegenüber stillen diplomatischen Bemühungen taub gestellt hatte.

militärisch zu verhindern trachtete, sondern auch gelungenes „illegales“ Verlassen mit Gefängnis bestrafte, sobald sie der „Grenzverletzer“ oder „Verbleiber“ habhaft wurde. Für eine Festnahme reichte da schon ein Besuch in einem andern Land des Ostblocks aus. Treffen konnten sich jene nur dann, wenn DDR-Behörden Freunden oder Verwandten Reisen in dringenden Familienangelegenheiten genehmigten. „Gesetzesbrecher“ durften nicht besucht werden.

Die „mildere“ Form des Leids war das Einreiseverbot, das die DDR seit 1977 über die meisten verhängte, die das Land mit Genehmigung und nach langer Wartezeit hatten verlassen können. Matthias Storck, als Theologie-Student verhaftet, fand in seinen Akten¹⁸² den Vermerk, ihm sei die Einreise bis „12/1999“ zu verweigern; aus der Haft entlassen wurde er 1980. Zurückgebliebene Verwandte erhielten trotz vereinbarter humanitärer Reiseregulungen häufig keine Visa zum Besuch ausgereister Kinder, Eltern oder Geschwister. Es gehörte zum Drohpotential des Staates, vor einer Ausreise Übersiedlungswilligen zu „verdeutlichen“, nun würden sie die Anverwandten „nie!“ wiedersehen.

Die mit Einreiseverbot „milder“ Bestraften konnten sich dennoch treffen, wenn auch nicht in den einst vertrauten vier Wänden: CSSR und Ungarn (im Sommer auch Bulgarien) waren froh über zusätzliche Einnahmequellen in Deutscher Mark, es war ihre Teilhabe am Devisen-Kuchen, den sonst auch noch die DDR kassiert hätte. Denn die aus der DDR in den Westen Gegangenen brachten dringend benötigte Devisen mit. Das hinderte diese Ostblock-Länder nicht, mit Argusaugen diese Ost-West-Kontakte in Ferienwohnungen, Hotels oder Campingplätzen beobachten zu lassen. Ungarn-Reisende aus der DDR benötigten trotz „visafreiem“ Reiseverkehr zudem eine spätestens vier Wochen vor der Reise extra beantragte und intern von der Stasi abgenickte Ausreise-Erlaubnis.

Für viele so Bestrafte war es ein großes Geschenk, daß die DDR Bundeskanzler Helmut Schmidt beim DDR-Besuch 1981 – zunächst vertraulich – zusagte, „Republikflüchtlinge“ nicht länger mit dem Strafrecht zu verfolgen, sie zu amnestieren. Bedingung: vor dem 31. Dezember 1980 mußten sie das Land „illegal“ verlassen haben¹⁸³. Bekanntgegeben hat die DDR den Schritt erst im Juni folgenden Jahres.

Übrigens war der Leidenspunkt für Ost-Alt- wie West-Neudeutsche gar nicht im Katalog der Probleme, die Schmidt mit SED-Generalsekretär Erich Honecker besprechen wollte. Erst dringende Bitten der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin brachten das Thema überhaupt noch als einen – zudem erfolgreich verhandelten – Punkt auf die Liste. In der DDR arbeitende westdeutsche Diplomaten und Journalisten hatten mit Vertrauten Punkte des Katalogs besprochen: „Ist alles wichtige drin? Was haben wir vergessen?“ Stets kam die gleiche Fra-

182 Storck: Niemands Land, 109.

183 Karl-Heinz Baum: Eine Flasche Sekt für den verlorenen Conny, in: Frankfurter Rundschau vom 21. 6. 1982.

ge: Setzt sich Schmidt auch für Wiedereinreisen der Weggegangenen ein? – eine Frage, die sich die für die Deutschlandpolitik im „fernen“ Bonn Verantwortlichen bis dahin offenbar nicht ernsthaft gestellt hatten.

Der Vorsitzende des Verbands ehemaliger DDR-Bürger Bernd Eisenfeld hat häufig versucht, Bundesregierung und Bundestagsparteien für das humanitäre Thema Wiedereinreise zu interessieren. Sein Eindruck war, die Bedeutung des Themas für den Zusammenhalt der Nation werde nicht so recht erkannt¹⁸⁴. Auch sein Hinweis, Wiedereinreise könne Wunden der Teilung heilen, half nicht. Er bat 1988 beispielsweise Bürgermeister jener Städte mit DDR-Partnerschaften, bei DDR-Besuchsreisen von Bürgern der Stadt Übergesiedelte einfach mit anzumelden. Die meisten angesprochenen Politiker antworteten gar nicht, andere – aus allen politischen Richtungen – wiesen das Ansinnen zurück; es könne die Entspannung mit der DDR stören.

Sind die politisch Verantwortlichen der DDR-Argumentation auf den Leim gegangen, solche Leute wüßten nicht, was sie wollten? Erst wollten sie raus und dann gleich wieder rein. Die DDR-Oberen wüßten genau, daß die „Wanderer zwischen den Welten“ die eigene Propaganda konterkarierten. Tatsächlich haben jene, die da „Rücksicht“ auf die DDR nahmen, die soziale Eingliederung der Ostbürger im Westen erschwert. Wer mit Freunden, Verwandten zusammenhocken kann, wem solche „Rückverbindungen“ nicht untersagt sind, lebt sich leichter in neuer Umgebung ein.

Eine Möglichkeit, verwehrte „Rückverbindungen“ aufzunehmen, bot in den 80er Jahren der Sonderzug von Berlin (West) zur Leipziger Messe: zweimal im Jahr eine Woche lang. Der Buschfunk hatte gemeldet und Übersiedler wüßten es gleich, erst die Zimmervermittlung im Leipziger Hauptbahnhof nahm die Personaldaten auf [und gab sie an die Stasi weiter]. Hunderte kamen aus ganz Deutschland nach Berlin, um mit im Westen gekauftem Messeausweis just in diesem Zug zu fahren, der Wirtschaftsmanagern aus dem Westteil Berlins eine bequeme und direkte An- und Abreise ermöglichen sollte. Wer mit diesem Zug fuhr, brauchte nicht durch die sonst üblichen scharfen Kontrollen auf dem anderen Grenzbahnhöfen, etwa Bahnhof Friedrichstraße, Gerstungen, Marienborn oder Schwanheide.

In Leipzig meldeten sich die Reisenden vorschriftsmäßig bei der Zimmervermittlung. Übersiedler, wieder in heimatlichen Gefilden, machten sich danach sofort auf den Weg zu Freunden und Verwandten in Leipzig oder anderswo in der DDR, gingen nicht zur Schlummermutter. Wer nach Orten außerhalb des Bezirks fuhr, ging ein weiteres Risiko ein: Wer bemerkt wurde, hatte Strafe zu zahlen: 200 DDR-Mark. Der Messe-Ausweis berechtigte nur zum Aufenthalt im Bezirk Leipzig. Wer aber zur Schlummermutter ging, erhielt am gleichen Tag „Besuch“. Die Polizei kam, setzte die „Delinquenten“ fest und verfrachtete sie in den Gegendzug am Abend. Die DDR stellte den Zug ein, als viele den Trick kannten.

184 Gespräch mit Bernd Eisenfeld am 2.2.1998.

Warum trieb die DDR so viel Aufwand: Ausreisen aus der DDR sollte „Gehen auf Nimmerwiedersehen“ sein. Übersiedler verließen schließlich den „Hort wahrer Freiheit“ und gingen ins eiskalte Land mit einer noch kälteren Gesellschaft, mit Einsamkeit, Arbeitslosigkeit, Neonazismus, Drogensucht und Ausländerhaß – natürlich auch auf „Ausländer“ aus der DDR, wollten die Behörden weismachen. Der greise SED-Chef Erich Honecker wollte noch im Oktober 1989 jungen Deutschen, die über bundesdeutsche Botschaften ihre Ausreise in den Westen erzwungen hatten, „keine Träne nachweinen“, ein Satz, der die große Mehrheit der Leute erst richtig auf – und manche erst hin zu den Demonstrationen brachte.

Übersiedler konnten gerade beim Wiedersehen in der DDR Verbliebenen den Mund wäßrig machen. Dabei bot die Konsumgesellschaft manchen Trick, die eigene Lage rosig darzustellen. Natürlich fuhr so mancher nach einem halben Jahr Westen mit dem großen Wagen vor; daß das Auto auf „allen vier Rädern auf Wechsell“ lief oder ein Leihwagen war, mußte man den Verwandten oder Freunden in der DDR ja nicht sagen¹⁸⁵.

Die einzigen, für die Einreisesperren nicht galten, waren einige „Kulturschaffende“. Sie waren auch nicht ausgebürgert sondern hatten ein mehrjähriges Visum, „Künstlervisum“ genannt. Sie konnten jederzeit zurückkommen. Rolf Schneider und Dieter Schubert, zunächst auch Bettina Wegener, behielten ihren DDR-Sitz bei. 1980 vergab die DDR das Visum nur zur „einmaligen“ Rückkehr; die Inhaber waren also aus dem Land gedrängt. Schriftsteller oder Schauspieler wie Jurek Becker, Erich Loest, Klaus Poche, Klaus Schlesinger, Armin Müller-Stahl gingen für immer. Als Müller-Stahl 1980 nach Berlin-West zog, dachte er gegenüber Freunden laut nach: „Komme ich je zurück? Wenn ich scheitere, kann ich da zurückkommen? Nein, diesen Triumph gönne ich ihnen nicht, auch noch an meinem Scheitern teilzuhaben. Wenn ich aber Erfolg habe, warum sollte ich zurückkehren?“ Müller-Stahl hat Erfolg.

Nach Lochen und Meyer-Seitz erkannte die Stasi das Problem „Rückverbindungen recht früh, schon wenige Monate nach der KSZE-Konferenz von Helsinki. Im März 1977 erließ Stasichef Erich Mielke den „Befehl Nr. 6/77“, in dem es unter anderem heißt¹⁸⁶: „Über die gegnerischen Massenmedien, feindliche Organisationen und eine Vielzahl persönlicher Kontakte, unter anderem durch Mißbrauch des grenzüberschreitenden Reiseverkehrs und durch Rückverbindungen von Personen, die die DDR verlassen haben, wird versucht, übersiedlungswillige Personen in der DDR zu veranlassen, sich zur Durchsetzung ihrer feindlichen Absichten zusammenzuschließen. „So legte der Befehl gleich fest¹⁸⁷, „ausgehend von den politisch-operativen Erfahrungen, daß nach der Übersiedlung von Personen mit feindlich-negativer Grundhaltung diese in der Regel im Auftrage feindlicher Organisationen oder aus eigener Initiative

185 Karl-Heinz Baum: Schwierigkeiten mit Tante Frieda. in: Frankfurter Rundschau, Beilage Zeit im Bild, vom 14.4.1979.

186 Lochen/Meyer-Seitz: Anweisungen, 23.

187 Ebda. 25. „ZKG“ ist die „Zentrale Kontrollgruppe“ bei Stasi-Chef Mielke.

weiterhin gegen die DDR wirksam werden, sind bereits vor der Übersiedlung in Abstimmung mit der ZKG Möglichkeiten und Bedingungen für die weitere zielgerichtete operative Bearbeitung zu schaffen“.

Dieser Befehl geht noch davon aus, daß „entstehende Rückverbindungen“ unter „operative Kontrolle“ gebracht werden: dafür sind „Personen für eine inoffizielle Zusammenarbeit zu gewinnen, die das Vertrauen dieser feindlich-negativen Personen besitzen“. Entscheidend: die Kontrolle soll in der DDR erfolgen. Doch das hat sich sechs Jahre später offenkundig als unzulänglich erwiesen. Die MfS-Dienstanweisung Nr. 2/83 vom 13. Oktober 1983 will jedenfalls „übersiedelte operativ bedeutsame Personen“, also Personen, die bereits im Westen [in der Stasisprache „im Operationsgebiet“] sind, „operativ“ bearbeiten. So heißt es unter Punkt 7 der Anweisung¹⁸⁸:

„Die Leiter aller operativen Dienststellen haben unter Nutzung der Möglichkeiten operativer Kräfte, Mittel und Methoden zu gewährleisten, daß aus ihrem Verantwortungsbereich übersiedelte Personen weitgehend daran gehindert [Hervorhebung d.V.] werden, vom Operationsgebiet aus Bürger der DDR im Zusammenhang mit Übersiedlungsversuchen zu Straftaten und anderen feindlich negativen Handlungen zu inspirieren. Bei ausgewählten operativ bedeutsamen Personen, von denen mit Sicherheit zu erwarten ist, daß sie nach erfolgter Übersiedlung gegen die DDR feindlich tätig werden, sind bereits vor der Übersiedlung die erforderlichen Maßnahmen zur Diskreditierung dieser Personen sowie zur Desinformation und Verunsicherung des Gegners einzuleiten.“

An die „feindlich-negativen Personen“ sollen noch im Osten IMs „herangeschleust“ [Stasi-Sprache für „Kontakt aufnehmen“] werden und sie noch in der DDR verunsichern. Diese „feindlich-negativen Personen“ seien „in das Blickfeld gegnerischer Abwehrorgane zu rücken“, sollen also als „Stasimitarbeiter“ verunglimpft werden. Damit nichts schiefgeht, legt die Dienstanweisung 2/83 weiter fest¹⁸⁹: „Durch gezielte Argumentation sind übersiedelte Personen in ihren ehemaligen Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereichen zu diskreditieren, um deren Einfluß zurückzudrängen.“

Der „Verband ehemaliger DDR-Bürger e.V.“, dem Eisenfeld vorstand war als „Operativer Vorgang Polyp“ [!] im Stasi-Visier, weil er sich das feindliche Ziel stellt, durch internationale Diskreditierung und erpresserische Druckausübung die DDR zur bedingungslosen Aufhebung von Einreisesperren zu zwingen.“¹⁹⁰ Leiden sollten aus der DDR Weggegangene schon, wenigstens durch das Verbot der Wiedereinreise. Wer aber wie der Verband solche Schmerzen

188 Ebda. 121 f.

189 Ebda. 123.

190 Opferakte Jürgen S., OV „Polyp“, Band 8, Bl. 30. privat zur Verfügung gestellt. S'. Kinder aus erster Ehe lebten in der DDR.

abstellen oder wenigstens lindern wollte, wurde gleich zum erklärten Staatsfeind¹⁹¹:

„Durch den Verband wurde eine „Dokumentation Einreisesperren“ erstellt, die eine pseudorechtliche Begründung auf unbedingte Einreise in die DDR sowie eine Auflistung von 581 Personen, denen die Einreise in die DDR nicht gestattet wird, enthält. Es war geplant, diese Dokumentation im Februar 1987 auf dem Wiener KSZE-Nachfolgetreffen öffentlichkeitswirksam vorzustellen und zu verbreiten. Durch politisch-operative Maßnahmen wurde diese Provokation verhindert. Die Dokumentation wurde jedoch auf dem Postweg Teilnehmerstaaten der Wiener Konferenz zugesandt.“

Die ZKG hat neben diesem Verband noch weitere Organisationen¹⁹² wie „amnesty international“, den „Verein Hilferufe von drüben e.V.“, die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ und als Einzelne die „Feindperson Klump“¹⁹³ im Westen überwacht. Die Überwachung der Vorstandsmitglieder des 1985 gegründeten Verbandes im Westen weist die Opferakte Jürgen S. aus: „Fotos von Haus und Klingelleiste – siehe Anlage“¹⁹⁴.

Die Gefahr, daß Weggegangene bei der Wiedereinreise Gelüste bekommen könnten, in die DDR zurückkehren zu wollen, schätzte die Stasi nicht zu Unrecht gering ein. Dafür sorgte schon das mörderische Grenzregime, das selbst gelernte Wessis abschreckte. Wieviel schlimmer mußte es auf ehemalige DDR-Bürger wirken, die gerade lockere Westkontrollen kennenlernen. Im übrigen wollte die DDR-Staatssicherheit im Zeitraum von 16 Monaten – Januar 1984 bis April 1985 – bei 36.000 Ausgereisten 543 Wünsche nach Rückkehr ausgemacht haben¹⁹⁵. Das sind anderthalb Prozent, weit entfernt von jenen 20.000, die nach einer Schlagzeile des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ angeblich zurückwollten¹⁹⁶.

Das „Neue Deutschland“ präsentierte damals rückkehrwillige Ausgereiste namentlich. Geht man davon aus, daß sie aus der Gruppe der 543 stammen, ist selbst diese Zahl zu hoch. Nicht alle Genannten standen zur Rückkehrabsicht; einige wiesen sie empört zurück. Nicht jeder, der in seelischer Tiefphase bei der DDR-Vertretung in Bonn die Rückkehr beantragt hat, wollte Monate später dazu noch stehen. Nachdem einige der 113 Genannten öffentlich ihre Rückkehr-Absicht dementierten, hatte auch diese DDR-Aktion eher gegenteilige

191 Ebda. Bd. 1. Blatt 134.

192 Vgl. Eisenfeld, Flucht, 36 f.

193 Die Journalistin Brigitte Klump trat als Beschwerdeführerin gegen die DDR vor der UNO auf. Sie benannte dort seit 1980 entsprechend dem Verfahren 1503 Namen von DDR-Leuten, die jahrelang vergeblich ihre Ausreise betrieben hatten. Nach der Resolution 1503 des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO kann sich die Menschenrechtsorganisation der UNO in Genf mit Menschenrechtsverletzungen in einem Land beschäftigen, wenn mehr als 20 Einzelfälle gleichzeitig und personengebunden bezeugt werden. Die DDR scheute eine solche Untersuchung und ließ die Benannten ziehen. Über 4000 Antragsteller kamen so in den Westen. s.a.: Heiner Emde: Das Gift der Natter, in: Focus 46, 1996, 110 ff.

194 Akte Jürgen S. Blatt 115 f.

195 Eisenfeld: Flucht, 42.

196 Über 20 000 Ehemalige wollen in die DDR zurück, in: Neues Deutschland, 8.3.1985.

Auswirkungen. Nach ein paar Tagen waren 57 angebliche Übersiedler mit Namen bekannt. Von ihnen wollten 28, also gerade die Hälfte, nicht zurück: 10 wollten nichts von ihrer Rückkehrabsicht, 18 hatten den Antrag bei der DDR-Vertretung gestellt¹⁹⁷.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß es eine Personengruppe bei der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung erheblich leichter als andere hatte: jene aus der DDR, die schon vor der Ausreise oder Flucht Kontakte mit Westdeutschen geknüpft hatten: bei genehmigten Besuchsreisen in den Westen, bei DDR-Besuchen von Verwandten oder Freunden; bei Urlaubs-[oder Dienst-] Fahrten nach Tschechoslowakei, nach Ungarn oder Bulgarien.

Am schwersten hatten es bei der sozialen Integration jene, die ohne alle Kontakte in den Westen kamen, auf sich allein gestellt und abgeschnitten von vertrauten Kontakten in der DDR. Für sie war der Einsatz der Helfer der Wohlfahrts- und kirchlichen Hilfsorganisationen um so wichtiger: vom Roten Kreuz, der Caritas, der Diakonie, der Arbeiterwohlfahrt oder vom Jugendaufbauwerk. Persönliche Helfer in der Art der Bewährungshelfer, an die sich Übersiedler oder Ex-Häftlinge hätten wenden können, hat es nie gegeben. Man kann aber generell sagen, daß die Mitarbeiter der Wohlfahrtsorganisationen großen Einsatz zeigten.

Um ihre Arbeit hat sich bisher niemand gekümmert. Sie waren regelrecht dankbar, daß es daran überhaupt Interesse gibt. Ihre Hinweise, wie die Eingliederung insgesamt hätte verbessert werden können, wurden offenbar nie sonderlich ernst genommen. Eine sagte: „Damals habe ich mir die Finger wund geschrieben; aber auf mich hat niemand gehört.“ Eine andere wies auf Verbände hin, die sich gezielt um Übersiedler kümmerten, sie „aber wie eine heiße Kartoffel fallenließen“, wenn sie nicht ihre politische Meinung übernahmen. Dies alles zu erforschen, ist noch ein weites Feld.

2.8. *Wie sich Häftlinge eingliederten*

33.755 Häftlinge hat die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1963 und 1989 von der DDR freigekauft; sie kamen direkt aus DDR-Gefängnissen, bestiegen den Häftlingsbus in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und wurden direkt in das Notaufnahmelager Gießen gefahren. „Besondere Bemühungen“ hieß das Stichwort. Das sind nicht alle politischen Häftlinge, die in den Westen kamen: die DDR hat viele in den eigenen Staat entlassen, vor allem jene, für die sich niemand im Westen einsetzte¹⁹⁸. Viele von diesen, beileibe nicht alle, betrie-

197 Rücksiedler: Nichts wie weg, Spiegel 11.3.85.

198 Bei der zuständigen Dienststelle Berlin gingen nach der Einheit 41 000 Anträge aus den neuen Ländern ein 20 000 Antragsteller wurden als politische Häftlinge anerkannt; Angaben aus Gespräch mit Hans Ludwig, Bonn, Vorsitzender der Stiftung, 12. 2. 1998. Übrigens ist es eine Mär, die Bundesregierung habe eine bestimmte Strafhöhe gehabt, von der an sie freigekauft habe. Bonns Unterhändler Ludwig Rehlinger hat das vorm Landgericht Magdeburg ausdrücklich verneint: „Wo hätten wir diese Grenze ziehen sollen?“ Im Prozeß fand sich auch kein Beweis, die DDR habe Regimegegnern

ben dann ihre Ausreise in die Bundesrepublik über „humanitäre Bemühungen“, Familienzusammenführung, waren also unter den rund 250.000 Übersiedlern.

Die einen kamen nur mit „Hemd und Hose“ im Westen an, wie sie gerade verhaftet worden waren. Allenfalls konnten nachreisende Familienangehörige oder Anverwandte beim West-Besuch ein paar Habseligkeiten mitbringen. Die in die DDR entlassenen Häftlinge brachten wenigstens ihre Sachen selbst mit, mußten aber länger auf die Reise in den Westen warten. Mit den freigekauften Häftlingen kamen auch die, die sich absichtlich hatten verhaften lassen, um über diesen für sie gefährlichen Weg des Freikaufs schneller in den Westen zu kommen und die langwierige Antragstellung zu vermeiden; auch die Antragstellung konnte aber in die Haft führen: Ahrends führte das Interview¹⁹⁹: Ich hatte 1981 totalverweigert und bin, bevor der Einberufungsbefehl ins Haus flatterte, nach Berlin gefahren, hab' am Grenzübergang meinen Ausweis hingelegt und hab' gesagt, ich will da rüber. So begann meine Odyssee durch die Knäste.“

Häftlinge hatten zwar ein schweres Schicksal, doch sie kamen im Westen nicht nur nach Struck-Möbbecks Cluster-Analyse²⁰⁰ nicht so schlecht zurecht. Zum einen waren es vor allem junge Männer – über die Hälfte bei Struck-Möbbeck –, meist unter 30, ledig, oft Akademiker. Zum andern halfen ihnen Vergünstigungen nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) von 1957: Sie bekamen den begehrten C-Ausweis, so ein Anrecht auf Beihilfe zur Hausratsbeschaffung, zu Steuervorteilen für drei Jahre und unter bestimmten Bedingungen auf Lastenausgleich. Für jeden Monat DDR-Haft zahlte die Bundesrepublik 30 DM Eingliederungshilfe; das Doppelte bei mehr als zwei Jahren Haft [höhere Sätze seit 1986]. Einmalig gab es 1.000 DM, für jugendliche Häftlinge bis 35 Zuschüsse zur Ausbildung.

Die „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge“²⁰¹ zahlte zwischen 1980-1991 Soforthilfen von über dreizehn Millionen DM aus. Zwischen dem 1.7.1970 und Ende des Jahres 1997 erhielten 14.593 Antragsteller [seit 1991 sind Antragsteller aus den neuen Ländern dabei] 29.165.354 DM. „Antragsteller“ waren Häftlinge oder deren Hinterbliebene. War die persönliche Lage besonders beeinträchtigt, bekamen Übersiedler wie verbliebene Antragsteller (es waren 4.230) in den Jahren 1992-97 nochmals 14.247.990 DM. Das Versorgungsamt anerkannte vielen Häftlingen einen Haftschaden und bewilligte

hohe Freiheitsstrafen verpaßt, um sie im Freikauf anzubieten. Das Gericht sah es nicht als erwiesen an. Vgl. Karl-Heinz Baum: Verurteilt für den Freikauf?, in: Frankfurter Rundschau vom 26.10.93. Eberhard Löblich: DDR-Richter wegen Freiheitsberaubung verurteilt, taz 26.2.94. Anders dagegen Schumann, Private Wege, 335. Er stützt sich auf eine nicht bestätigte Zeugenaussage. Der Bundesgerichtshof hat im Urteil 4 StR 777/94 den Komplex „Verurteilt für den Freikauf?“ gar nicht mehr erwähnt.

199 Ahrends: Mein Leben, 101.

200 Siehe oben.

201 Gespräch mit Hans Ludwig, Stiftung, 10.2.1998.

Kuren. Häftlinge erhielten in der Regel zunächst auch das höhere Krankengeld statt Arbeitslosengeld.

Über Haftbedingungen ist viel geschrieben worden, der Bundestag hat darüber eine Anhörung veranstaltet. Für Klaus Dieter Müller vom Dresdener Hannah Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung sind ²⁰² „die Haftbedingungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR-Frühzeit denen des Nationalsozialismus durchaus vergleichbar. In der gesamten DDR-Zeit sind für Häftlinge Belegung der Zellen, Unterbringung, Transport, Ernährung, Haftdauer, Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten, sich zu verteidigen, auch nicht annähernd an Weststandards herangekommen.“

Matthias Storck, als Theologiestudent 1978 inhaftiert, schreibt über einen Aufseher in der Haftanstalt Cottbus - „Roter Terror“ genannt²⁰³:

„Wir waren Abschaum. Nicht einmal seiner Feindschaft wert, denn Feinden bringt man Achtung entgegen. Das stellte er ausführlich klar. Subjekte wie wir waren der Kehricht im Arbeiter- und Bauernstaat, der uns wie Schlangen an der Brust genährt hatte. Der Ausweg in den Sumpf des Kapitalismus bliebe für uns versperrt. Gern schloß er die Drohung an, daß der Sozialismus siegen werde, auch über Gesindel wie uns. 'Fünf Mörder sind mir lieber als ein Politischer.' Er trieb uns mit gellenden Kommandos vor sich her, ließ uns an- und abtreten, links und rechts herum drehen. Einen ordentlichen Gang sollten wir lernen. Immer wieder müssen wir an ihm vorbeifilieren. Eine aufgescheuchte armselige Truppe in Uniformlumpen mit gelben Streifen und zu großen Schuhen. Wir sehen aus wie eine Horde brauner Käfer, die so verbissen wie vergeblich versucht, Arme und Beine in synchrone Bewegungen zu zwingen. Ich muß plötzlich lachen. Da höre ich seine schweren Schritte hinter mir und spüre im selben Augenblick den gefürchteten Knüppel niedersausen. Ich stürze unter der Wucht der Schläge zu Boden.“

Es ist Tausenden schlimmer als Storck ergangen. Der Theologiestudent war in eine raffinierte Falle der Stasi geraten. Ein Pfarrer hatte dem Aufmüpfigen und seiner Freundin den „Tip“ gegeben, von Polen fahre ein Schiff Leute in den Westen. Storck wollte nicht. Das Schiff fuhr ohne ihn, brachte Hoffende in Stasi-Fänge. Storck und Freundin wurden auch verhaftet: sie hätten Kenntnis von einem geplanten Verbrechen gehabt, der „Republikflucht“ anderer, und das nicht angezeigt. 430 Tage mußten sie in Haft verbringen, bis für sie die Stunde des Freikaufs schlug.

Nach Schumann²⁰⁴ lebten sich freigekaufte Häftlinge trotz psychischer und physischer Schäden in der Haftzeit gut in der Bundesrepublik ein. Bei seiner

202 Müller auf einer Pressekonferenz in Berlin, vgl. Karl-Heinz Baum: Frankfurter Rundschau vom 26.1.98.

203 Storck: Verschlußsache, 15. Vgl. auch: „Die Vergangenheit läßt uns nicht los“ – Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen. o.O. o.J. [1998] mit Literaturliste. Hans-Eberhard Zahn: Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungshaftanstalten des MfS, Berlin 1997.

204 Schumann: Private Wege, 348.

Befragung haben Häftlinge im Vergleich zu anderen Übersiedlern höhere Einkommen, haben aber häufiger Kenntnisse neu gelernt, sahen die Stelle im Westen eher als Aufstieg, waren aber mit ihr unzufriedener²⁰⁵. Schumann führt das auf die „völlig geänderte politische Bewertung ihres Verhaltens“ zurück. Abweichung in der DDR habe nun als Mut und Opferbereitschaft gegolten. Sie hätten die Haftzeit ohne Bruch der eigenen Biografie verarbeiten können.

Bei ehemaligen Häftlingen verweist Schumann auf die Rolle der Integrationshelfer, die für ihn „wesentliche Bedeutung“ für das Gelingen der Eingliederung hatten. Der Verfasser kann das nur bestätigen; gerade die oft selbstlose Hilfe Westdeutscher, wenn sie denn erbeten wurde, hat vielen den Start erleichtert. Nicht zu übersehen sind die vielen Sozialhelfer etwa im Jugendaufbauwerk, getragen vom Roten Kreuz, von Wohlfahrtsverbänden, evangelischer und katholischer Kirche. Schumann stellte fest, fehlten solche Helfer, konnten ehemalige Häftlinge²⁰⁶

„in eine soziale Randlage geraten. Es kam das Gefühl auf, im Westen nicht gewollt zu sein. Mangelnde Akzeptanz wurde auf unterschiedliche Weise verarbeitet: durch Rückzug in Alkoholszenen, Fortsetzung der Migration ins Ausland, Rückkehrversuche in die DDR, Begehen von Eigentumsdelikten zur Abwendung des Scheiterns usw. Die eigene Problemlösungskompetenz war zweifellos vom Bildungsstand abhängig, von den früheren Lebensverhältnissen in der DDR, von der Interaktionsgeschichte im Kontakt mit Behörden und vielen anderen Faktoren. Unser Material erlaubt auch die Hypothese, daß einige das Außenseitertum in der DDR als Außenseitertum im Westen fortsetzten. Hatten sie drüben nicht über das soziale Gut „Überzeugte Anhängerschaft“ verfügt, so fehlte ihnen hier dasjenige des Geldes. Daß es sich bei den Lebenswegen, die in Marginalität oder zurück ins Gefängnis führten, in erster Linie um Folgewirkungen einer Prisonierung in der DDR handelt, ist nicht belegbar.“

Schumann zählt zwar einige Fälle von Ex-Häftlingen der DDR auf, die im Westen scheiterten oder gar erneut ins Gefängnis kamen wie ja auch der Opernhausbrandstifter in Frankfurt²⁰⁷. Er ist sich aber nicht sicher, ob sein Suchprinzip dazu führte, daß so wenige in die Auswahl kamen, die im Westen scheiterten oder erneut inhaftiert wurden. Denn die Einwohnermeldeämter hätten Anschriften von Personen in Haft nur mit deren Zustimmung weitergegeben. Nur drei Gefängnisinsassen hätten da zugestimmt. Ihm fehle das Material, um zu entscheiden, ob solches Scheitern bereits durch ein Außenseitertum oder die Haft in der DDR angelegt war, ob hier Stigmatisierungen fortwirkten, die in der DDR eingeleitet worden waren²⁰⁸.

205 Ebda. 339.

206 Ebda. 348. Rückkehrversuche ehemaliger Häftlinge hat die DDR stets strikt abgelehnt.

207 Vgl. auch Hegewald: *Flammenmusik*, 1994.

208 Schumann: *Private Wege*. 347.

„Ein Deutscher besonderer Art?“ fragt Malte Wiethüchter in einem Beitrag über ehemalige politische Häftlinge aus der DDR²⁰⁹. Nach seinen Angaben hat es in der DDR zwischen 1950 und 1977 „etwa 190.000 politische Prozesse“ gegeben; in der Bundesrepublik dürften 1979 „zwischen 50.000 und 55.000 ehemalige Häftlinge aus der DDR leben“. Wiethüchter spricht von der „vorerst großen Enttäuschung“ im Westen und meint²¹⁰:

„Ihr ganzes Denken, ihre Aktivitäten, ihr Hoffen und Sehnen war nur auf ein Ziel ausgerichtet, endlich weg zu kommen, herauszukommen, dem Druck der Bevormundung, der Unfreiheit und schließlich den vielen Repressalien zu entgehen. Doch hier müssen sie binnen kurzem erkennen, daß nun auf dieser Seite der Mauer noch gar nichts geschafft ist, sondern daß es nur darum geht, aus dem Nichts heraus und unter erschwerten Bedingungen eine neue Existenz zu gründen. Auf ihrem neuen Weg laufen sie nun von 'Pontius zu Pilatus', einem sozialstaatlichen Labyrinth, um das zu erlangen, was ihnen von Rechts wegen zusteht.“

Keine noch so gut gemeinte äußerlich formale Betreuung genüge jungen Menschen, die oft Jahre in Haft waren. 1979 waren unter den Übersiedlern mehr als 60 % Jugendliche, in Familien mitgereist oder gerade aus der Haft entlassen. Wiethüchter moniert, es fehlten zentrale Stellen für Häftlinge und Übersiedler. Hilfsstellen und Möglichkeiten vor Ort informierten „oft lückenhaft“. „Mundpropaganda“ spiele für Ex-Häftlinge auch im Westen eine große Rolle; Arbeits- und Sozialämter informierten nur zu Hilfen, nach denen Betroffene ausdrücklich fragten.

Für viele seien therapeutische Hilfen dringend nötig, damit sie in der sozialen Wirklichkeit-West Fuß fassen könnten. Es fehlten Studien, was Stigmatisierung durch DDR-Haft in Sozialbereichen wie Wohnung, Arbeit, Ausbildung, Familie, Freizeit, Partnerschaft, Behörden bedeute. Aufklärung fehle über die Fülle vorhandener Hilfsmöglichkeiten; viele Sozialarbeiter leisteten „nur Hilfe nach Vorschrift“. Finanziell und personell seien viele Hilfsstellen „unzulänglich“ ausgestattet.

Wiethüchter fordert: Koordinierende und beratende Zentralstellen in Großstädten zu gründen; sie könnten sozialpädagogische und wirtschaftliche Hilfen anbieten und dafür Auflagen machen. Therapeutische Wohngemeinschaften wären in Schwerpunktbereichen denkbar. Sozialarbeiter seien besser auf Alternativmöglichkeiten einzustellen, wie ehemalige Häftlinge zu betreuen seien. Im Sinne der Familienzusammenführung sollten Kuren für Ex-Häftlinge der ganzen Familie samt Kindern zugute kommen. Für medizinische und sozialhygienische Untersuchungen sei eine Verfahrensweise zu suchen, die die psychische Befindlichkeit (Haftschäden) mitberücksichtige. Eine Binsenweisheit ist der Schluß, er scheint aber damals zu wenig beachtet worden zu sein: Häftlin-

209 Malte Wiethüchter: Ein Deutscher besonderer Art? Zur Situation der ehemaligen politischen Häftlinge und Übersiedler aus der DDR, in: JBG, 2, 1979, 53-60.

210 Ebda. 60.

ge bedürfen in der ersten Zeit nach der Entlassung in die Bundesrepublik besonders der Erholung und Entlastung“²¹¹.

Anlaß für Wiethüchters Philippika war das Schicksal der 17-jährigen Gudrun, bei einem Fluchtversuch zur im Westen lebenden Mutter verhaftet²¹². Urteil: 2 Jahre 8 Monate wegen „Republikflucht“ und „Staatsverleumdung“. An die Wand ihres Zimmers hatte sie geschrieben: „Ich habe die Grenzen nicht geschaffen, warum soll ich sie achten?“ In der Haft unternimmt sie mehrfach Selbstmordversuche.

Nach der Haft in den Westen entlassen, zieht sie zur Mutter nach Baden. Mit ihr kommt sie nicht zurecht. Sie fährt nach Berlin-West, will der Schwester nahe sein, die im Ostteil wohnt und die sie besuchen kann. Sie geht zur Beratungsstelle, „wirkt verschlossen, fast apathisch, nimmt ein starkes Beruhigungsmittel“. Sie kann persönliche und Behördenangelegenheiten nicht allein erledigen. Die Berater vermitteln eine Wohnung: Mehrere Tage sitzt sie ohne Licht und Heizung. Sie kann niemanden bescheid sagen oder auch nur zu den Stadtwerken gehen. Wiethüchter sieht in Gudrun ein Beispiel, welche erschreckende Verunsicherung und Verängstigung in jungen Menschen, die solch eine Haft erleben, entsteht und was nach ihrer „Entlassung in den Westen“ daraus werden kann“²¹³.

Wiethüchters Forderungen erschienen im Sommer 1979. Geändert hat sich kaum etwas. Vier Jahre später berichtet Rainer Schmandt über eine Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerke in Berlin²¹⁴

„... berichtete aus der Sicht eines Mediziners über die 'besondere Situation der ehemaligen DDR-Häftlinge'. Die Folgen der psychischen Belastung durch z.T. lange Haftzeit reichen von vorübergehenden Schäden bis hin zu langandauernden Depressionen. Die Notwendigkeit, in ihre Betreuungsarbeit relevante Mediziner einzubeziehen, die sofort nach Eintreffen der Flüchtlinge deren medizinische Betreuung und Behandlung aufnehmen, wurde von allen Anwesenden gesehen.“

Gesehen schon, getan wurde aber wenig. Im April 1997 sagt der Berliner Psychiater Michael Bauer auf der Fachtagung „Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen“²¹⁵:

„Die Frage der Entschädigungspflicht hat nun eine neue Aktualität dadurch gewonnen, daß das wahre Ausmaß der Unterdrückung und Verfolgung durch die STASI [Hervorhebg i.O., d.V.] und anhaltende seelische Belastungen der

211 Ebda. 59.

212 Ebda. 55.

213 Ebda.

214 Rainer Schmandt: Information über die DDR-Arbeitstagung der BAG-JAW in Berlin, in: JBG, 2-3, 1983, 281-282. 281.

215 Michael Bauer: Anhaltspunkte für die ärztliche Begutachterpraxis bei psychischen Störungen nach politischer Haft in der DDR, in: Vergangenheit. 207-216. 208 f.

Betroffenen erst nach der deutschen Wiedervereinigung in vollem Umfang zu Tage traten.“

Bauer erinnert daran, daß nach der NS-Zeit die meisten Psychiater meinten, Lagerhaft wirke sich vor allem in körperlichen Erkrankungen aus. Antragsteller auf Entschädigung und Gutachter hätten damals unterschiedliche Auffassungen vertreten²¹⁶:

„Während die Antragsteller die Belastungen während der Lagerhaft als Ursache ihrer psychischen Beschwerden ansahen, verneinten die begutachtenden Psychiater in – aus heutiger Sicht – kritikwürdiger Weise einen solchen Zusammenhang. Sie betrachteten vielmehr andere Faktoren als entscheidend für die Symptome wie z. B. bereits vor der Haft bestehende neurotische Fehlhaltungen.“

Bauer spricht von „inadäquaten Begutachtungen“ und hält fest, daß die deutsche Begutachtungspraxis hinsichtlich psychischer Störungen bei Holocaust-Überlebenden erst sehr spät begann, dem Stand des medizinischen Wissens zu entsprechen²¹⁷.

Nach dem Häftlingshilfegesetz konnten immerhin in den Westen gekommene Ex-Häftlinge für psychische Folgen der Stasi-Verfolgung entschädigt werden. Doch dazu sei es „nur selten gekommen“²¹⁸, vermerkt Bauer. Sozialpsychiaterin Doris Denis zeigt in Befragungen Inhaftierter, Beschwerden wie depressive Verstimmungen, Schlafstörungen, Angst oder Nervosität verschlimmerten sich stets während der Inhaftierung²¹⁹: „Andere Symptome wie Mißtrauen, Alpträume, Gereiztheit, Kontaktschwierigkeiten, Aggressivität und somatische Beschwerden wie z. B. Magenbeschwerden entwickelten sich erst während der Haft oder in den ersten Monaten danach.“

Diese Symptome, sagt Denis, seien „mehr als fünf Jahre nach der Haftentlassung ebenso häufig wie direkt nach der Haft. Diese Beschwerden waren vor der Verhaftung entweder überhaupt nicht oder nur in geringem Ausmaß vorhanden“²²⁰.

Als „besonders auffällig“ stellt die Autorin heraus²²¹,

„rund ein Viertel der Betroffenen selbst [sahen] keinen oder nur einen geringen Zusammenhang zwischen den Hafterlebnissen und ihren jetzigen Beschwerden, obwohl dieser Zusammenhang für die Untersucher/innen offensichtlich war. Diese Personen berichteten also über die Belastungen während der Haft und räumten auch ein, daß es ihnen derzeit schlecht ginge – z. B. daß sie nachts regelmäßig schweißgebadet und von Alpträumen geplagt aufwachen –,

216 Ebda. 208.

217 Ebda.

218 Ebda.

219 Doris Denis: Posttraumatische Störungen nach politischer Inhaftierung in der DDR, in: Vergangenheit, 206.

220 Ebda.

221 Ebda.

meinten aber, diese beiden Dinge hätten nichts oder kaum etwas miteinander zu tun.“

Denis bedauert, daß bisher keine Untersuchungen vorliegen, wie viele Häftlinge an psychischen Folgeerkrankungen leiden. Bauer sagt, zwischen Haft und psychischer Störung könne auch dann ein Zusammenhang bestehen, wenn der Patient ihn nicht oder nur begrenzt sehe. Fernbleiben oder Abbrechen ärztlicher Behandlung dürfe ihm nicht nachteilig ausgelegt werden. Sozialer Rückzug und die Unfähigkeit, Beziehungen [auch zum Arzt] aufrechtzuerhalten, seien für diese psychische Störung typisch²²².

Wie ist es Matthias Storck im Westen ergangen? Er kam auch zurecht, studierte weiter Theologie, machte seine Prüfungen, ist Pfarrer in Ostwestfalen. Ein wichtiges Erlebnis war sein Zweites Theologisches Examen in Westfalens Kirche: Thema Gefängnisseelsorge. Er sagte²²³,

„wichtigste Hilfe in dieser Situation wäre für mich für eine Bibel, in der man Tag und Nacht Hoffnung und Verzweiflung, Tod und Auferstehung, Bedrückung und Befreiung buchstabieren kann. Vorwärts und rückwärts. So hatte ich es selbst erlebt. So hatte ich überlebt. Meine tiefste Furcht war damals doch, daß sie mir die Bibel nehmen könnten. Der Prüfer, ein studierter Theologe, war aber zu gänzlich anderen Ergebnissen gelangt. Er fand es sogar völlig abwegig, den Gefangenen mit der Heiligen Schrift zu nahe zu kommen.“

Storck bekam in Gefängnisseelsorge eine „Fünf“, einem Fach, von dem er meinte, gründlich vorbereitet zu sein. „An Ort und Stelle“ hatte er ausprobieren können, „wie sich ein Mensch bei altem Brot und kaltem Wasser fühlt“. Er jedenfalls will daraus gelernt haben²²⁴: „Hier darfst du alles sagen, nur nicht die Wahrheit. Und behauptete fortan in Prüfungen das Gegenteil meiner Überzeugung. Das ging glatt. Christen wohnen weit auseinander, auch im Landeskirchenamt.“

Dann erlebte Storck, wie wenig sensibel zuweilen West-Behörden (hier: Kirchenbehörden) im Umgang mit ehemaligen DDR-Häftlingen sein können. Sein Vikarsgehalt wurde gekürzt. Die Kürzung traf alle; ausgenommen jene mit „unverschuldetem Zeitverlust“. Selbstverständlich glaubte er, die Tage im DDR-Gefängnis zählten dazu. Doch mitnichten. Die Oberen im Westen hatten nur an „unverschuldete Zeitverluste“-West gedacht: an Wehrdienst oder Zivildienst. Storck fragte, was gewesen wäre, wenn „ich in der „Nationalen Volksarmee“ den Ehrendienst mit der Waffe abgeleistet hätte. Er [der Kirchenjurist, d.V.] berief sich wiederum auf seine Paragraphen und erklärte: „Da der Dienst in der NVA als Dienst in einer deutschen Armee zu betrachten sei, hätte er mir im Gegensatz zu einer Gefängnisstrafe wohl angerechnet werden müssen“²²⁵.

222 Bauer: Anhaltspunkte, 214.

223 Storck: Niemandes Land, 107.

224 Ebda.

225 Ebda. 111.

Sarkastisch schreibt Storck, wenn er, statt im Knast als Soldat auf irgendeinem Turm an der Mauer gesessen und womöglich den Schießbefehl befolgt hätte, hätte die Kirchenkasse das mit 500.– DM vergütet.

Auch Edda Hanisch hatte seltsame Erlebnisse im Westen. Sie und ihre Schwester Brigitte hatten 1977 mit dem Sowjet-Sozialismus gebrochen. Die DDR ließ beide büßen. Im Westen warf ihnen ein führender SPD-Politiker vor, „Verräter am Sozialismus“ zu sein²²⁶. Die Probleme auf dem Arbeitsamt [Sprachkurs aus Agentenfurcht] wurden schon beschrieben²²⁷.

An Hermann Webers Zentrum für Europäische Sozialforschung in Mannheim wollte Edda Hanisch eine wissenschaftliche Arbeit schreiben: Mit Webers Mitarbeiter Dietrich Staritz kam sie nicht zurecht, verzichtete schließlich ganz auf die Arbeit. 1995 wurde bekannt, daß Staritz seit 1961 für die DDR spitzelte²²⁸. Edda Hanisch führt heute ihr Scheitern in Mannheim auf die Stasi-Verbindung zurück²²⁹. Soviel Pech kann es gar nicht geben, wird der ahnungslose Westdeutsche sagen.

Politische Ex-Häftlinge waren besonders empfindsam, wenn sie im Westen auf Dinge stießen, die sie an Repressionen in der DDR erinnerten. Über einen Fall besonderer Empfindlichkeit berichtete der Wegweiser „Kompass. Für den ehemaligen politischen Häftling“ unterm Stichwort „Zu guter Letzt“²³⁰:

„Die politische Haft ist bei Ihnen 'nicht nur in den Kleidern hängengeblieben', sie sind nervlich äußerst strapaziert und reagieren empfindlich. So haben wir Beschwerden darüber erhalten, daß im Aufnahmelager karierte Bettwäsche verwandt wurde – wie in der Haftanstalt. Gut, wir werden nach und nach auf andere Wäschemuster gehen. Dieses Beispiel zeigt aber auch allen Beteiligten, daß es Empfindlichkeiten gibt, die der andere nicht kennt und die anzurühren oder nicht zu beachten, kein böser Wille ist.“

Ex-Häftlinge wehrten sich eher als andere DDR-Übersiedler mit Rechtsmitteln und Beschwerden, wenn Verfahren oder Entscheidungen von Behörden ihrer Meinung nach nur DDR-Praktiken fortsetzten, denen sie sich gerade entronnen glaubten.

So haben sich gerade Ex-Häftlinge gegen Verhöre westlicher Geheimdienste in Berlin-Marienfelde oder in Gießen gewehrt. Sie reagierten auch verärgert, wenn ihnen unterstellt wurde, sie wollten sich auf Kosten anderer nur ausruhen²³¹. Es war wohl eher umgekehrt: gerade ehemalige Häftlinge verzichteten oft auf ihnen zustehende Leistungen und stürzten sich geradezu in den West-

226 Gespräch mit Edda Hanisch am 2.2.98.

227 Siehe oben.

228 Vgl. Jochen Staadt: Im Umkreis der Antiautoritären hatte die Stasi keine Agenten, in: Frankfurter Rundschau vom, 30.3.1995. Staadt berichtet ausführlich über „IM Erich“, der später die wissenschaftliche Arbeit von Edda Hanisch zu betreuen hatte.

229 Gespräch mit Edda Hanisch am 2.2.98.

230 Kompass, 6. Aufl. Sankt Augustin 1986, 87.

231 Schumann: Private Wege, 340 f.

Alltag, nahmen Arbeit an, um endlich wieder „normal“ zu leben. Sie engagierten sich mehr als andere. Gerade junge politische Ex-Häftlinge „treibt es in die Politik“. Der „Kompass“ rät²³²:

„Bevor Sie politisch aktiv werden, lassen Sie Ihre Erlebnisse in der DDR und in der Haft erst einmal 'reifen'. Bevor Sie sich dann einer Partei, einer Organisation oder anderen Zusammenschlüssen und Kreisen anschließen: hören Sie dort erst einmal zu. Nicht alles läßt sich aus dem Blickwinkel des Knastkenners beurteilen. Die anderen haben ganz andere Probleme und reagieren meist allergisch, wenn Sie denen mal so von oben herunter erzählen, was sie eigentlich alles von der DDR und dem Leben drüben wissen müßten. Seien Sie nicht enttäuscht, brausen Sie nicht auf und „agitieren“ Sie nicht, wie es drüben so schön heißt, sondern diskutieren Sie.“

Ein Problem der Häftlinge hat erst die Einheit lösen können; die „Urteilsannullierung“, wie sie die freigekauften Ex-Häftlinge stets umgangssprachlich nannten. Denn die Urteile wurde zu DDR-Zeiten gar nicht annulliert, die Betroffenen auch nicht rehabilitiert, schon deshalb nicht, weil meist die politischen, manchmal auch andere Häftlinge das Urteil über sie gar nicht in Händen hatten, nur aus der Verhandlung kannten. Die Annullierung geschah erst mit den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen im vereinten Deutschland. Bis die Akten zugänglich waren, konnte allein der Generalstaatsanwalt beim zuständigen Oberlandesgericht „die Vollstreckung der verhängten Strafe für unzulässig erklären“ ganz oder zum Teil, auch wenn die Strafe bereits abgessen war. Der „Kompass“ verwies 1986 die Ex-Häftlinge auf die Schwierigkeiten des Verfahrens, denn die²³³

„Generalstaatsanwälte [lassen] Ihre eigenen Angaben über die Gründe Ihrer Haft in der DDR nicht als Beweis gelten, andere Beweismittel [sind] aber meist nicht beizubringen. Der Antrag auf 'Urteilsannullierung' kann für Sie viel Ärger zur Folge haben. Es liegt an Ihnen, ob Sie den Antrag stellen oder nicht. Reichen die Beweismittel nicht aus, müssen Sie mit einer Ablehnung Ihres Antrages rechnen.“

Einen Trost gab es: Die Entscheidung, ob das DDR-Urteil vollstreckbar war oder nicht, beeinflusste nicht die Entscheidung, ob jemand als politischer Flüchtling anerkannt wurde und welche Eingliederungshilfen er erhielt.

DDR-Polizei, -Justiz und Stasi zogen die ohnehin schwierige Abgrenzung zwischen allgemeiner und politischer Kriminalität willkürlich. Lochen und Meyer-Seitz²³⁴ belegen, daß nach einer Anweisung des Ministeriums des Innern der DDR vom 15. November 1976 Anklagen möglichst über „Tatbestände der allgemeinen Kriminalität“ zu erheben seien. Wer bei der Flucht aus der DDR et-

232 Kompass, 65.

233 Im übrigen widerlegt auch dieses DDR-Verhalten die These, die DDR habe Antragsteller verurteilt, um sich ein „Freikaufpolster“ zuzulegen. Die DDR hätte noch erheblich mehr Häftlinge in den Freikauf einbeziehen und noch mehr geldwerte Leistungen dafür erhalten können. Stattdessen versuchte sie offenkundig, die Zahl politischer Delikte klein zu halten – man wußte, was man tat.

234 Kompass, 13, 79.

was „mitnahm“, Verpflegung etwa oder in einen Schuppen einbrach, um zu übernachten, wurde „ganz normal“ nach DDR-Recht und -Gesetz wegen Diebstahls oder Einbruchs verurteilt und nicht etwa wegen Republikflucht.

Das hatte für die Betroffenen meist fatale Folgen: die Bundesregierung lehnte es ab, sich für die Freilassung dieser Menschen einzusetzen; Hinweise der Verwandten oder Freunde galten meist als wenig glaubhaft und halfen selten, Betroffene wenigstens auf Freikauflisten zu setzen; die Informanten waren nun einmal aus dem Westen und hatten nur Wissen vom „Hörensagen“. Die unbestimmte Furcht war zu groß, die DDR schiebe ohnehin nur Kriminelle ab.

Folglich entließ die DDR diese Leute mangels westlichen Interesses ins eigene Land. Sie mußten ihre Ausreise wie alle anderen betreiben. Im Westen endlich angekommen, galten sie als „gewöhnliche Kriminelle“, hatten sie doch meist das Urteil bei sich, das sie „fraglos“ zu „Kriminellen“ stempelte. „Politische“ kamen ohne Urteil, hatten „Experten“ herausgefunden. Der Westen setzte so die Ausgrenzung der DDR fort: Vergünstigungen für politische Häftlinge wurden ihnen versagt²³⁵.

Hat dieses Verhalten westdeutscher Behörden mit dazu beigetragen, daß sich manche Übersiedler zu rechtsradikalen Kreisen hingezogen fühlen?²³⁶ Manche Erfahrungen in der DDR-Haft, auf die der Westen anders als bei der Bewertung der angeblichen Straftaten keinen Einfluß hatte, hatte sie schon in diese Richtung gelenkt; manche Entscheidung der Behörden hat sie bestärkt.

Eine weitere Opfergruppe wurde im Westen meist erst gar nicht wahrgenommen: Besitzer wertvoller Kunstgegenstände oder Wertsachen. Hatte erst die Stasi ein Auge darauf geworfen, fingen Schikanen an, die in regelrechten Provokationen endeten. Besonders kritisch wurde es für Betroffene nach einem Ausreiseantrag. Da konnten sie sich schnell in Haft wegen irgendeiner Straftat wiederfinden. Berichteten diese Leute dann im Westen: „Also, das fing alles an, als wir unsere wertvolle Münzsammlung anmeldeten“, klang das westdeutschen Ohren wenig glaubhaft – leider, muß man heute hinzufügen. So fielen auch diese Menschen nicht in die Kategorie „politische“ Übersiedler oder Häftlinge. Die geöffneten Stasi-Akten konnten wenigstens eine ganze Reihe dieser Fälle, bei weitem nicht alle, bereinigen.

Zum Abschluß der Bericht eines Bekannten, der 1980 als fluchtwilliger NVA-Soldat in Haft kam (Urteil: 2 1/2 Jahre), nach 25 Monaten 1982 freigekauft wurde und schlechte Erfahrungen im Westen aufgeschrieben hat²³⁷:

„Ich habe von der 'Stiftung' 1.000 Mark bekommen. Das war die erste Hilfe überhaupt. Dann gab es die Eingliederungshilfe für die Haftzeit und 3.000 DM

235 Lochen/Meyer-Seitz: Geheime Anweisungen, 336.

236 Der Referent in der Abteilung Strafrecht/Rechtsextremismus im Bundesministerium der Justiz, Georg Maier, vorher stellvertretender Pressesprecher an der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin unter der Leitung von Günter Gaus, später Verwaltungsdirektor beim Bundesgerichtshof, beklagte diese Tendenz schon zu DDR-Zeiten. Gespräch mit Georg Maier am 9.1.98.

237 Brief an den Verfasser vom 7.2.98.

Einrichtungs-Darlehen, inzwischen zurückgezahlt. Trouble habe ich seit Jahren wegen BAFög. Ich bin während meines Studiums voll in die Umstellung von Teil-Darlehen [150 DM je Monat] auf Voll-Darlehen geraten. Unverständlich ist für mich bis heute, daß die zuständigen Stellen auf mich – trotz Antrag – nicht die Übergangsregelung anwandten: „Auszubildende, die wegen der Ableistung 1. des Grundwehr- oder Zivildienstes die Ausbildung in unmittelbarem Anschluß an diese Dienste nicht vor dem 1. August 1981 aufnehmen konnten“. Das hätte bei mir 10.000 DM ausgemacht. Die ablehnenden Begründungen sprechen dabei eigentlich für meinen Antrag. Seit Jahren werde ich nun wegen der BAFög-Rückzahlung bedrängt bis hin zu Besuchen des Gerichtsvollziehers. Da haben inzwischen Gerichte Urteile gefällt, bei denen ich mir wie in der DDR vorkam, schlimmer noch. Recht bekommt immer die Behörde Wenn nichts mehr geht, tricksen sie dich mit formalen Tricks aus.

„Das SED-Unrechtsbereinigungsgesetz hat bei BAFög-Fragen Leute wie mich einfach vergessen. Danach werden Verfolgten Darlehens-Beträge erlassen, die nach dem 31. Dezember 1990 geleistet worden sind. Das beträfe ja fast nur Leute, die bis zur Wende in der DDR gelebt haben. Verfolgte, die wie ich im Gefängnis gesessen haben, werden vom Gesetz in dieser Beziehung völlig ausgeklammert.“

2.9. Das unbekannt Kapitel: Die Übersiedlung von Pfarrern

Eine weitere Gruppe Flüchtlinge/Übersiedler soll hier besonders behandelt werden: evangelische Pfarrer. Dabei sind wieder zwei Phasen zu unterscheiden: vor dem Mauerbau 1961 und danach. Bis 1961 sind Pfarrer meist dann in den Westen gegangen, wenn sie sich an Leib und Leben bedroht fühlten, sind geflüchtet, weil sie einen Hinweis auf eine anstehende Verhaftung erhalten hatten. Das war meist kaum nachprüfbar. Zugleich waren bis zum Mauerbau zahlreiche junge Theologen bereit, Pfarrer in der DDR zu werden. Die ostdeutschen Bischöfe hatten dazu aufgerufen: Beispiele für viele, die kamen, sind die späteren Bischöfe Gottfried Forck (Berlin-Brandenburg), Heinrich Rathke (Mecklenburg), Werner Krusche (Kirchenprovinz Sachsen) oder Johannes Hempel(Sachsen).

Die Kirchen haben stets alle Gläubigen, nicht nur Pfarrer, zum Bleiben in der DDR aufgerufen. 1959 hat die Synode der Evangelischen Kirche der Union [EKU]²³⁸, das Kirchenparlament, eine Handreichung „Das Evangelium und das christliche Leben in der DDR“²³⁹ beraten. 1960 überarbeitete die Synode das Kapitel „Republikflucht?“ der Handreichung und übergab den Pfarrern den „Hauptteil“ des Textes: „Unser Bleiben in der DDR“ – zur „Prüfung, Klärung

238 Über die Kirchen der EKU in Ost und West siehe oben.

239 Das Evangelium und das christliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik. Handreichung, entgegengenommen durch die Synode der EKU im Februar 1959. Witten 1959. „Nur für innerkirchlichen Dienstgebrauch! (Abdruck und Vervielfältigung nicht gestattet)“

und Stärkung“²⁴⁰. Zugleich beschloß die Synode 1960 zwei Kanzelabkündigungen, eine für den Osten, eine für den Westen²⁴¹.

Hier folgen wörtliche Passagen aus allen angegebenen Texten, zunächst aus der Handreichung, um die kirchliche Position und ihre harten Anforderungen an Pfarrer und Gemeindeglieder zu verdeutlichen²⁴²:

„Wir können es [Gottes Wort, d.V.] hinsichtlich des ganzen christlichen Lebens in der DDR wie auch der besonderen Frage, die mit der Republikflucht gestellt ist, nicht anders hören als so: ihr dürft, ihr könnt und darum sollt ihr auch bleiben; das Evangelium umfängt euch und will euren Dienst; es weist euch an die nicht minder angefochtenen Menschen um euch herum und bindet euch an sie mit den Fesseln der Liebe, aus denen man nicht ausbrechen kann, ohne auch die eigene Freiheit bis in ihre Wurzeln hinab zu gefährden. Wenn dies wirklich klar ist, werden wir mit jedem Bruder, der den Gedanken an eine Republikflucht erwägt, aufs Äußerste und bis ins Innerste darum ringen, daß er bleibe und hier die Straße des glaubenden Gehorsams gehe.“

Neben dieser Aufforderung an alle enthält der Text besondere Appelle an Menschen in der und außerhalb der Kirche. Zuerst an die Pfarrer²⁴³:

„Diese Frage [der Republikflucht, d.V.] richtet sich zuerst an die Hirten der Gemeinden und behaftet sie dabei, ob es denn überhaupt irgendeinen erdenklichen Grund geben könne, der dagegen aufzukommen vermöchte, daß ein Hirte nicht seine Schafe verlassen kann, sondern ganz im Gegenteil nur dann wirklich Hirte ist, wenn er im letzten bereit ist (sollte Gott es schicken), für sie auch sein Leben zu lassen Für den, der im Dienste des Wortes steht, gibt es nur eine oberste Frage: ob er eben dieses Wort dem Volk noch schuldig sei. Verkauft nicht das Erstgeburtsrecht der Proklamation des heiligen Namens unseres Gottes in dieser Welt ...“

Nach dem Hinweis, alle Gemeindeglieder müßten sich um Belange kirchlicher Mitarbeiter sorgen, heißt es zu den Mitarbeitern der Kirche²⁴⁴:

„... auch diese Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen [sind] dabei zu behaften, was eine Republikflucht (die ja noch ganz andere Auswirkungen hat als ein normaler Weggang aus dem betreffenden Gemeindedienst) für die Zurückgebliebenen bedeuten würde – nicht nur an Mehrarbeit für die meist ohnehin schon Überlasteten, sondern auch an tiefer Anfechtung.“

240 Unser Bleiben in der DDR. Kirchenkanzlei EKU, Berlin 1960.

241 Wort der Synode der Evangelischen Kirche der Union vom November 1960 an die Gemeinden ihrer Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik; Wort der Synode der Evangelischen Kirche der Union an die Gemeinden ihrer Gliedkirchen im Rheinland, Westfalen und West-Berlin; Brief der Synode an den Ministerpräsidenten [der DDR] Grotewohl alle in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1960, Gütersloh 1961, 271-276.

242 Evangelium, 60.

243 Ebda. 53.

244 Ebda. 54.

An die übrigen Gemeindeglieder, „der weit größeren Zahl“, richtet die Synode diese Worte²⁴⁵:

„Hier haben das Bleiben am Arbeitsplatz, die vorbildliche Erfüllung des weltlichen Berufs und das darin sich vollziehende Einstehen für eine echte Sachlichkeit zu Gunsten aller heute geradezu zeichenhafte Bedeutung. Wie endlich könnten wir es ihnen ersparen, auch sie dabei zu behaften, daß ihr Weggang für ihre Berufskollegen, ihre Arbeitskameraden, ihre Vorgesetzten, ihre Untergebenen, ihren Betrieb, ihr Kollektiv usw. – mitten in einem Volk, das nach einem verlorenen Krieg seine Existenz wieder aufbaut – Mehrbelastung und tiefe Beirung bedeuten würde. Sie alle sind gefragt, ob sie im Namen des Gekreuzigten nicht lieber bei den Angefochtenen bleiben als anderswo 'frei' sein wollen.“

Auch an Nicht-Christen sollen die Gläubigen dabei denken²⁴⁶:

„Ihnen haben wir ein Beispiel der Treue – zu unserem Staat, zu unserem Volk, zu unserm Land, zu unserm Beruf, zu unseren Mitmenschen, nämlich in dem allen der Treue zu Gott – zu geben, auf daß sie merken: das wirkliche Leben hat andere Gründe und ist 'zonenfrei'.“

Der Text sieht nur „im Extremfall nicht Fliehen, sondern Auswandern an den Ort, den Gott ihm zeigen wird“, dann vor „wenn für einen einzelnen schlechterdings kein Raum mehr zur Wahrnehmung solcher Verantwortung bleibt und dann außerdem auch noch ein Übergang in einen (mit Gewinnung des Lebensunterhalts verbundenen) kirchlichen Dienst verschlossen bleibt“²⁴⁷.

Hier wird von „Freigabe“ gesprochen. Doch selbst eine bevorstehende Inhaftierung reicht nicht als Fluchtgrund hin²⁴⁸.

Die Handreichung wurde hart kritisiert²⁴⁹: In der Frage „Bleiben oder Gehen könne überhaupt kein kirchliches Wort gesagt werden“. Es verstoße gegen evangelische Ethik, vergewaltige Gewissen, nötige Heiligen Geist wie Pfarrer, bevormunde Gläubige. Ein solches Unternehmen dürfe sich nicht in Kirchenordnung oder Disziplinarrecht auswirken. Pfarrer seien schon gemäßregelt worden. Die Synode beschloß im Jahr darauf ein neues Wort, das sich nicht wesentlich vom ersten unterschied, allenfalls eine moderatere Sprache verwandte.

Zudem wird noch deutlicher, daß sich die Synodenworte nicht nur an Pfarrer richten. Der Verkündigungsauftrag gehe an die Gemeinde und damit an jedes ihrer Glieder. Ihm dürfe sich niemand entziehen, das wäre „Ungehorsam, der für Unglauben steht“. Dann erörtert das Papier Fragen des Berufs²⁵⁰:

245 Ebda. 54 f.

246 Ebda. 56.

247 Ebda. 58.

248 Ebda. 59.

249 Bleiben, 4 f.

250 Ebda. 22 f.

„Wir haben uns gegenseitig – einschließlich derer in weltlichen Berufen – bei der Frage festzuhalten, ob Gehen oder Bleiben mit dem Beruf, in dem wir uns befinden, verantwortbar ist oder nicht. Beruf ist kein Selbstzweck, sondern eine Indienstnahme zu bestimmten Sachaufgaben und eine Dienstleistung an diesen Sachaufgaben.“

Dann erörtert das Papier „örtliche Bindung“ und sagt, daß womöglich²⁵¹

„es die Heimat nur noch als etwas Verlorenes und vielleicht [sic!] einmal Wiederkommendes, nicht aber als etwas Gegenwärtiges gibt; wo man jetzt ist, ist man nicht oder nicht mehr zu Hause. Unverloren aber ist das Empfinden für die Einheit Deutschlands. Die Menschen fühlen sich als Deutsche, wollen Deutsche bleiben und nehmen für sich in Anspruch, frei wählen zu können, wo sie in Deutschland wohnen und arbeiten wollen. Nicht die persönliche Habe, nicht das ererbte Gut, ja, nicht einmal Familie, Nachbarschaft, Freundeskreis und Kollegialverhältnis, freilich auch nicht das eine Deutschland sind in sich für den Christen bindender Raum des Handelns. Was ihn wirklich räumlich bindet, ist vielmehr das Nächstenverhältnis. Weil Gott uns eben diese Liebe gebietet, gibt es Orte des Gehorsams, aus denen wir nicht weglaufen können...“

Aus all dem wird der Schluß gezogen²⁵²:

„Hier, wo wir sind, sind auch die Menschen, die auf unsere Liebe warten. Sie warten nicht nur auf die Liebe eines Pastors. Sondern sie warten auf die Liebe Christi, wer auch immer deren Bote und Handlanger sei ...“

Dann geht es besonders um die Pfarrer. Dabei heißt das entscheidende Stichwort aus kirchlicher Sicht „Ordination“. Nach Kirchenrecht wird ein Theologe erst mit der Ordination Pfarrer: Pfarrer werden so in den geistlichen Stand eingegliedert. In der Evangelischen Kirche nimmt der Bischof oder ein leitender Amtsträger die Ordination im Gottesdienst vor. Das Ordinationsgelübde bindet an Bibel und Bekenntnisschriften, verpflichtet zur Treue im Amt, zum Gehorsam gegen die kirchliche Ordnung und zu vorbildlichem Lebenswandel. Mit diesem Akt sind Geistliche beauftragt und bevollmächtigt, Gottes Wort zu verkünden, die Sakramente zu verwalten, Absolution zu erteilen und die Gemeinde zu leiten. Die Ordination findet nur einmal meist mit der Übertragung der ersten Pfarrstelle statt.

Nach dem Gebot an alle Christen, in der DDR zu bleiben, geht es um „Berechtigungsmomente“, daß gerade Pfarrer bleiben müssen²⁵³:

„Das erste und entscheidende hängt an dem Amt. Nach dieser Ordnung jedenfalls hat der Pfarrer als Pfarrer der Gemeinde am Quellort ihres Lebens zu dienen das Weggehen kann auf gar keinen Fall im Alleingang erfolgen. Das zweite ist das Faktum der Ordination. In der Ordination ist dem Ordinanden

251 Ebda. 24.

252 Ebda. 26.

253 Ebda. 27 f.

vorgehalten worden, was dieses seines Amtes sein wird, und er hat dazu Ja gesagt. Es kann nicht einfach vergessen sein, wenn es dann einmal hart auf hart kommt. Zum dritten sind [wir] zur konkreten Ausrichtung dieses Dienstes an einem bestimmten Ort oder Ortsverband auch noch besonders eingeführt worden. Hier hat Gott unter uns jene Nächstenschaft aufgerichtet, aus der es kein Entlassen gibt, es sei denn Gott selber entlasse daraus. Zum vierten [kann] niemand von uns die Vorteile der bestehenden rechtlichen Sonderstellung des Pfarramts in Anspruch nehmen, ohne auch die Sonderpflichten im rechtlichen Sinn und den Rechtsschutz des Amtes gegenüber Pflichtverletzungen seitens seines Inhabers mit allen möglichen Rechtskonsequenzen anzuerkennen und auf sich zu nehmen.“

Nach diesen Maximen hat die Evangelische Kirche bis 1989 gehandelt. In der gleichzeitig beschlossenen Kanzelabkündigung hat die EKV im Osten alle Gläubigen zum Bleiben aufgefordert und mehrere Gruppen direkt angesprochen: Menschen – wie kirchliche Mitarbeiter, Ärzte, Lehrer, Professoren –, die auch 25 Jahre später bei den dann eher genehmigten Reisen häufig die Gelegenheit nutzten und im Westen blieben und auch nicht selten Ausreisearträge stellten. An²⁵⁴

„die Pfarrer, Katecheten und alle anderen kirchlichen Amtsträger: Ihr macht Euch schuldig vor Gott, wenn ihr euren Dienst hier nicht treu versteht oder ihn eigenmächtig verläßt. die Ärzte: Bedenkt, ob ihr nicht wider Gott, den Vater der Elenden, sündigt, wenn ihr angesichts des schreienden Mangels an Ärzten eure Patienten verläßt; die Lehrer, Dozenten, Professoren: Denkt an die euch anbefohlenen jungen Menschen; alle, die in Stadt und Land in der Produktion stehen; an die Eltern und ihre Kinder: Denkt an das Leid so vieler getrennter Familien; alle, die sich mit dem Gedanken tragen, wegzugehen...“

Gläubigen im Westen sagte die EKV, daß²⁵⁵

„wir, die wir nicht in der Deutschen Demokratischen Republik leben, die Gemeinden und Brüder dort in ihrer ganz anderen Lage ernst nehmen, sie nicht mit unseren politischen Maßstäben messen, von ihnen nicht erwarten, daß sie sich so verhalten wie wir, weil sie das nicht können. Wissen wir im Westen eigentlich, wie sehr wir oft genug durch unser leichtfertiges und abfälliges Urteilen den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik ihr Leben und Bleiben erschweren? Wir wollen Christen, die in der Deutschen Demokratischen Republik leben, nicht überreden, zu uns in den Westen zu kommen. Wir wollen ihnen vielmehr helfen, daß sie bleiben und tun können, was sie schuldig sind.“

254 Wort I, 272.

255 Wort II, 273 f. Die Passagen über das gegenseitige Verständnis zwischen Deutschen Ost und West aus dem 1960er-Wort hätten 1990, öffentlich wiederholt, helfen können, geistige Schranken zwischen Ost und West, die Mauer in den Köpfen, abzubauen.

Diese Kirche mit ihren sieben angeschlossenen Landeskirchen in Ost und West tat ein übriges. In ihrem 1960 verabschiedeten Pfarrerdienstgesetz steht § 76 mit seinem Absatz 2, der festlegt:

„der Inhaber einer Pfarrstelle im Währungsgebiet der Deutschen Notenbank [kann] sich nur dann um eine Pfarrstelle im Währungsgebiet der Deutschen Bundesbank bewerben oder die Berufung in eine solche Pfarrstelle annehmen, wenn seine Kirchenleitung zustimmt.“

Eine umgekehrte Regel für den Wechsel von West nach Ost gab es nicht; auch wenn in den fünfziger Jahren selbstverständlich in die DDR wechselnde Pfarrer ihre Kirchenleitung vor dem Schritt informierten.

Schon vor dem Mauerbau versiegt so ziemlich der Quell westdeutscher Theologen, die in die DDR kamen. Mit dem 13. August 1961 war er dann völlig verstopft: die DDR wollte die Theologen nicht mehr; es wären wohl auch kaum welche gekommen. Ostdeutsche Kirchenbehörden haben dann, als Mitte der siebziger Jahre eine Übersiedlung in den Westen allmählich wieder möglich wurde, nicht hinnehmen wollen, daß Pfarrer ohne kirchliche Billigung in den Westen gingen. Die DDR-Kirchen konnten natürlich nicht über die Ausreise entscheiden; das war allein Sache der DDR-Behörden. Jene haben bei Pfarrern in der Regel ziemlich großzügig entschieden, oft nach kurzer Wartezeit. Sie waren wohl froh, mögliche Keimzellen des Widerstands bequem (und bezahlt) loszuwerden.

Die evangelischen Kirchen in der DDR und in der Bundesrepublik mußten sich in der Folge darüber verständigen, ob Pfarrer, die ohne ihre Zustimmung übersiedelt waren, im Westen wieder eine Anstellung als Pfarrer erhalten sollten. Die DDR-Kirchen haben es so gewünscht, haben Sanktionen der Westkirchen verlangt. Grundlage sind dabei die Überlegungen, die in den beiden Synodenbeschlüssen und Kanzelabkündigungen der EKU von 1959 und 1960 niedergelegt sind.

Der Grundlagenvertrag war gerade ein paar Monate in Kraft, die Ständigen Vertretungen beider Staaten hatten ihre Arbeit in Ost-Berlin und in Bonn aufgenommen. Die KSZE-Konferenz in Helsinki mit ihrem Korb 3 – humanitäre Beziehungen – stand noch bevor. Da schrieb am 9. Dezember 1974 Albrecht Schönherr, „der Vorsitzende des Bischofskonvents“ vom „Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik“, an Helmut Claß, den „Vorsitzenden des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland“ [EKD]²⁵⁶.

Schönherrs Brief macht deutlich, daß sich für die Kirchen die Lage seit den Beschlüssen und Worten von 1959/60 – so vor dem Mauerbau – nicht wesentlich verändert hat. Allerdings kam noch ein neuer Aspekt hinzu: Sollte die Kirche das in der DDR Pfarrern leichter als anderen gewährte Menschenrecht, das eigene Land verlassen zu können, begrüßen und billigen, oder sollte sie auf

256 Der Brief Schönherrs an Claß wird im Anhang im Wortlaut wiedergegeben.

dem Schwur „Treue zum Amt“ bestehen? Die Kirche hat sich wie schon 1960 für das Gelübde und gegen ein nur die knapp 5.000 Pfarrer privilegierendes Menschenrecht entschieden.

Schönherr schreibt von „seit langem geübter Praxis“. Zudem heißt es, daß die Bischöfe und Kirchenleitungen „die Bitte wiederholen“ (!). Das Schreiben ist bisher nicht veröffentlicht. Selbst Beteiligte der achtziger Jahre versichern, es nicht zu kennen; sie wüßten nur von „mündlichen Abreden“. Der Leiter des Kirchenamtes der EKD, Valentin Schmidt, hat dem Verfasser eine Kopie des Briefes übersandt²⁵⁷.

Schönherr spricht für die acht DDR-Kirchen und schreibt stets in der „Wir“-Form: die DDR-Regierung gebe „häufiger als früher“ [gemeint: nach dem Mauerbau 1961] Ausreiseanträgen von Pfarrern statt. Das ist auch der Grund, warum die mündlich verabredete Praxis für Einzelfälle jetzt schriftlich fixiert wird.

Schönherr beschreibt zunächst die politische Handhabung der Ausreisen von Pfarrern: Die DDR gestatte deren Ausreise jetzt selbst dann – was bis dahin nicht vorkam – „wenn minderjährige und volljährige Kinder einbezogen sind“. Bischöfe und Kirchenleitungen hätten ja „aufrichtiges Verständnis“ für den Wunsch mancher Amtsbrüder, überzusiedeln, vor allem für den Wunsch jener, die in den fünfziger Jahren aus dem Westen in die DDR „für einige Jahre“ kamen und für jene, die Schwierigkeiten haben, „ihren Kindern die gewünschte Schul- und Hochschulausbildung angedeihen zu lassen“. Schönherr bezeichnet es zwar als „geistlichen Notstand“, wenn „ein Pfarrer unter den hiesigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen nicht mit ganzer, freudiger Zuwendung zu seiner Gemeinde arbeiten kann“²⁵⁸. Dennoch wollten und könnten ostdeutsche Kirchen – da seien sie sicher, daß die Kirchen im Westen sie verstehen – nicht von sich aus jedem Pfarrer, der das wolle, „die Übersiedlung ermöglichen“²⁵⁹. Schon die wenigen Fälle, „in denen das geschehen konnte“, hätten zurückbleibende Amtsbrüder und ihre Familien „stark belastet“ und bei Gemeindegliedern „Befremden und Bitterkeit“ ausgelöst²⁶⁰. Schönherr weiter²⁶¹:

„Die wenigen Bürger der DDR, denen eine Übersiedlung in die BRD gestattet wird, bekommen für ihre Kinder meist keine Erlaubnis. Für sie stellt es sich so dar, daß der Pastor die ihm anvertraute Gemeinde verläßt und daß der, der vor allen Anderen [sic!] Zeuge des Evangeliums sein müßte, ungläubwürdig wird.“

257 Brief Valentin Schmidt vom 16. Dezember 1997 an den Verfasser.

258 Aus dem Schönherr-Brief.

259 Mit „Übersiedlung ermöglichen“ meint Schönherr, die Kirchen sprechen bei den Behörden vor und erbitten eine positive Entscheidung. Selbst können sie keine Ausreise-Entscheidung treffen.

260 Verlassen der DDR ohne kirchliche Genehmigung galt wie dargelegt spätestens seit 1960 zumindest bei Pfarrern als Dienstvergehen, als Verstoß gegen das Gelübde „Treue zum Amt“: in der EKU zugleich als Verstoß gegen das Pfarrerdienstgesetz. Die erbetene Amtshilfe konnte sich nur auf das Zustellen von Urkunden oder Terminen, auf ersatzweise Vernehmungen beziehen. Herr des Verfahrens blieb immer die Heimat-Kirche in der DDR.

261 Aus dem Schönherr-Brief.

Schönherr, der zugleich Bischof des DDR-Teils der Berlin-Brandenburgischen Kirche ist, hat auch „spezielle Gründe“ für die Bitte²⁶²:

„Es ist äußerst befremdend, wenn für Amtsbrüder, die sich hier aus Gesundheitsgründen pensionieren ließen, in der BRD schon eine Pfarrstelle bereit ist. (Manchmal teilen solche Amtsbrüder bald nach Ihrer Übersiedlung den zurückgebliebenen Kollegen dies voller Befriedigung mit und fordern zur Nachahmung auf.)“

Der Vorsitzende des DDR-Bischöfenskonvents schlägt als Abhilfe das abgesprochene und im Stillen in Einzelfällen bereits praktizierte Verfahren vor, das unterschiedliche Gründe der Ausreise von Pfarrern berücksichtigen soll. Zusammengefaßt lauten die Regeln so²⁶³:

1. Geht jemand aus Krankheitsgründen in den vorzeitigen Ruhestand, sollten ihm die Westkirchen erst nach einem Jahr „eine feste Anstellung gewähren“. Ausnahme: Eine Krankheit ist nur unter bestimmten, in der DDR nicht vorhandenen klimatischen Bedingungen zu heilen²⁶⁴.
2. Wer sich aus dem kirchlichen Dienst in der DDR entlassen läßt, soll erst nach zwei Jahren im Westen die Rechte der Ordination zurückerhalten [„wiederbeilegen“, sagen die Kirchenjuristen dazu]. Die Heimatkirche sei „in jedem Fall um Einverständnis“ zu fragen.
3. Betreibe oder vollziehe ein Geistlicher die Übersiedlung in die Bundesrepublik ohne Zustimmung der ostdeutschen Landeskirche, dann sei an disziplinarische Maßnahmen zu denken. Die Ostkirchen bitten die Kirchen im Westen dafür ausdrücklich „um Hilfe“.

Zum Schluß weist Schönherr²⁶⁵ darauf hin, daß es auch andere Gründe als Krankheit [„Fälle darüberhinaus“] geben könne, in denen Kirchen in der DDR die „volle Mitverantwortung“ für eine Übersiedlung in die Bundesrepublik übernehmen wollen. In diesen Fällen wollten sie eine „ausdrückliche Freigabe“ erteilen.

Auch später haben sich Bischöfe und Pfarrer stets für das Bleiben in der DDR ausgesprochen. Gemeinsam forderten Bischof Gottfried Forck, in Berlin-Brandenburg Nachfolger Schönherrs, und der Kirchenpräsident von Hessen und Nassau (also aus dem Westen), Helmut Hild, auf dem Kirchentag in Wittenberg 1983 die Gläubigen zum Bleiben in der DDR auf²⁶⁶.

262 Ebda.

263 Ebda.

264 Da ist offenbar an Asthma und die Nordsee-Kur o.ä. gedacht.

265 Bei den drei Punkten zur Ausreise fällt auf, daß die am Anfang im Brief genannten Gründe einer Übersiedlung, für die die ostdeutschen Kirchenleitungen „Verständnis haben“, gar nicht mehr vorkommen: In den 50er Jahren in die DDR gekommen oder/und Schwierigkeiten bei der Ausbildung der Kinder. Diese Übersiedlungswünsche sind offenkundig in der Generalklausel „Fälle darüber hinaus, für die wir volle Mitverantwortung übernehmen“, eingeschlossen.

266 Karl-Heinz Baum: Bischöfe ermahnen Christen in der DDR, im Land zu bleiben, in: Frankfurter Rundschau vom 26.9.83.

„DDR-Bischof Forck [sagte], er bitte jeden herzlich darum, in der DDR zu bleiben und hier seinen Platz auszufüllen. Der Darmstädter Kirchenpräsident rief den Zuhörern zu: 'Sie werden gebraucht in Ihrem Land, und Sie werden gebraucht in Ihrer Kirche.' Forck ergänzte, natürlich gäbe es manchmal triftige Gründe – auch Repressalien – für solche Anträge. Kein Grund, einen Ausreiseantrag zu stellen, sei aber die Sorge um eine christliche Erziehung der Kinder, denn damit könne man auch in der Bundesrepublik erhebliche Schwierigkeiten haben.“

Ein halbes Jahr später, Ende März 1984, diskutierte die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Mecklenburgs die Ausreiseproblematik. Gerade ließen die DDR-Behörden erheblich mehr Menschen als in den Jahren zuvor in den Westen ziehen. Landesbischof Heinrich Rathke stellte den Bericht vor der Synode unter das Thema „Ortsbestimmung. Warum stehe ich hier und lebe hier, und was bewegt mich dabei?“ Die DDR sei²⁶⁷

„Heimat in einer Zeit, in der es viel Heimatlosigkeit äußerer und innerer Art gibt; Heimat als ein Ort, an dem es um Verantwortung geht; wo ich weiß, das sind Menschen, zu denen gehöre ich, mit denen gehöre ich zusammen; Heimat auch als ein Ort, an dem ich in Verantwortung genommen werde“.

Arnold Zarft, Pfarrer in Neustrelitz, sprach auf dieser Synode davon, was er tue, wenn ihn Jugendliche fragten, ob sie einen Ausreiseantrag stellen sollten. Er verweise sie²⁶⁸

„auf das Zehnte Gebot und die Erklärung im Kleinen Katechismus Martin Luthers, Gott zu lieben und zu fürchten und die Nächsten anzuhalten, daß sie blieben und tun, was sie schuldig seien“.

Erst 1989, als Ungarn die Grenze auch für Deutsche aus der DDR öffnete, wagten die Kirchen nicht mehr, vom Bleiben zu sprechen: Die Sätze im Beschluß der Synode von Eisenach sollten sagen, daß die Menschen gar nicht mehr hinhörten, wenn Kirchenobere vom Bleiben sprachen²⁶⁹.

„Wir stellen fest, daß unser Reden viele nicht mehr erreicht. Immer mehr Menschen fragen, was sie aus ihrem Leben machen können, um sich dadurch selbst zu verwirklichen. Andere, vor allem junge Menschen können keine Hoffnung mehr benennen, die ihrem Leben ein Ziel gibt.“

Weder im so berühmt gewordenen Brief des Bischofs der Kirchenprovinz Sachsen Christoph Demke an alle Pfarrer des Magdeburger Bistums von Anfang September noch in den Beschlüssen der Eisenacher Synode drei Wochen später werden die Gläubigen noch zum Bleiben in der DDR aufgefordert.

267 Karl-Heinz Baum: Bleiben und tun, was sie schuldig sind, in: Frankfurter Rundschau vom 19.3.84.

268 Ebda. Ein Sohn von vier Kindern des Pfarrers war 1980 geflüchtet. Er lebt heute als Journalist und Verleger in Niedersachsen. Die Worte „Bleiben und tun, was sie schuldig sind“ stehen 1960 im Wort an die Gläubigen im Westen. Wort II, 274.

269 „Wir stellen fest, daß unser Reden viele nicht mehr erreicht.“ Auf der Synode in Eisenach nahmen Protestanten der DDR zu den Ursachen der Massenflucht Stellung. Ein Beschluß zur Lage, in: Frankfurter Rundschau vom 2. Oktober 1989.

Demke²⁷⁰ hoffte nur noch, daß „viele von denen, die jetzt überstürzt die DDR verlassen haben, zurückkehren können“ und nannte als Voraussetzung, daß die zu diesem Zeitpunkt noch herrschende SED aus ihren Fehlern lernen könne. Die Eisenacher Synode hielt 1989 den Gläubigen nur noch die Auswirkungen des Weggehens nachdrücklich vor Augen²⁷¹:

„Familien und Freundschaften werden zerrissen, alte Menschen fühlen sich im Stich gelassen, Kranke verlieren ihre Pfleger und Ärzte, Arbeitskollektive werden dezimiert, haben die Grenze ihrer Belastbarkeit erreicht und überschritten, die Folgen für die Volkswirtschaft sind unübersehbar. Auch Kirchengemeinden werden kleiner.“

1989 haben die Evangelischen Kirchen in der DDR zum letzten Mal, dies mal nur noch indirekt, zum Bleiben aufgefordert. Gerade die Gehenden beschleunigten den Erosionsprozeß der DDR, erleichterten oppositionellen Gruppen den Weg zur Macht und zwangen die SED zur Aufgabe der totalitären Herrschaft. So wie diese Gruppe 1961 Hauptursache für den Bau der Mauer war, war sie es 28 Jahre später für deren Fall – unter völlig veränderten politischen Bedingungen vor allem in der zerfallenden Sowjetunion.

Seit 1974 sind die westdeutschen Kirchen dann verstärkt gegen übergesiedelte Pfarrer vorgegangen, die „ohne Freigabe“ ihrer Heimatkirche im Westen ankamen – wie es Schönherr im Brief vorgeschlagen hat und wie es § 76 des Pfarrerdienstgesetzes in der EKD vorschrieb. Der Präsident des Kirchenamtes der EKD Valentin Schmidt bestätigte diese Vermutung in seinem Schreiben an den Verfasser. Schmidt verweist darin auch auf die Bedeutung der Ordination²⁷²:

„Freilich kann und darf man nicht vergessen, daß die Ordination eine lebenslang eingegangene Verpflichtung gegenüber der einzelnen Gemeinde bedeutet, die eine Pfarrerin oder ein Pfarrer nicht einseitig lösen darf. Um sicher zu stellen, daß diese Verpflichtung gegenüber der Gemeinde eingehalten wird und um ein einheitliches Vorgehen zu erreichen, haben etwa ab Mitte der 70er Jahre die Landeskirchen der EKD eine Absprache getroffen, wie sie im Schreiben vom 09. Dezember 1974 enthalten ist.“

Für Schmidt darf „eine kritische Würdigung jener Praxis nicht übersehen, daß auch zwischen Gliedkirchen in der Bundesrepublik ein Wechsel in jenen Jahren nicht in der Weise möglich war (und selbstverständlich auch heute nicht

270 Karl-Heinz Baum: Magerburger Bischof fordert Mut zur unbequemen Wahrheit. in: Frankfurter Rundschau vom 7.9.89. Demkes Brief gilt nach Hans-Rüdiger Karutz: Anreger einer Revolution in: Die Welt vom 28.2.90 als „intellektueller Funke der Herbst-Revolution“.

271 Beschluß der Synode des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR zu Eisenach, in: Frankfurter Rundschau vom 2.10.1989. Vgl. auch: Karl-Heinz Baum: „Blumen müßtet ihr uns überreichen, weil wir zurückkommen“, in: Frankfurter Rundschau vom 8.9.89; Wunden, die ein ganzes Leben nicht verheilen, in: Frankfurter Rundschau vom 23.9.89. Beide Berichte enthalten Beispiele über Folgen, mit denen die Zurückgebliebenen zurechtkommen mußten: in Läden, Krankenhäusern, Betrieben, bei Freunden und Verwandten.

272 Schreiben Valentin Schmidt, Kirchenamt der EKD in Hannover, an den Verfasser vom 16.12.97.

erfolgen kann), daß ein Pfarrer einfach seinen Dienst in einer Gemeinde aufgibt und in einer anderen Gemeinde in einer anderen Landeskirche fortsetzt“²⁷³.

Die Bischöfe Schönherr, Werner Krusche (Kirchenprovinz Sachsen) und Christoph Demke, Nachfolger Krusches im Magdeburger Bischofsitz, verteidigten die Haltung der DDR-Kirchen mit einer weiteren Begründung²⁷⁴: Es sei darum gegangen, Pfarrer nicht besser zu stellen als andere Menschen. Die DDR-Regierung habe Pfarrer oft gern ziehen lassen, um die Kirchen zu schwächen. Anders als andere Menschen, ob Lehrer oder Arbeiter, hätten Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter bis zum letzten Tag vor der Übersiedlung auf ihrer DDR-Arbeitsstelle bleiben können.

Im Westen angekommen, brauchten sie – auch anders als andere Menschen – kaum Angst vor Arbeitslosigkeit zu haben. Sie bezogen damals, also Mitte der siebziger Jahre, oft nur kurz Arbeitslosengeld, bis die neue Landeskirche sie in ihre Arme nahm, „direkt“, was heißen sollte, sie wurden gleich in eine vakante Pfarrstelle eingewiesen. Sie konnten also gleich weiter im Beruf arbeiten. Pfarrstellen waren damals im Westen noch häufig frei. Auch kirchliche Mitarbeiter hatten oft diese Vorteile; bei ihnen war die Anstellung allerdings oft schwieriger. Demke²⁷⁵ sagt heute zur dann veränderten Praxis: „Ich habe immer gebilligt, daß die Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westkirchen diese Art von Privilegierung der Pfarrer beseitigt hat, lange bevor ich Bischof wurde, aber auch, als ich es war.“

Seit Mitte der siebziger Jahre bestanden dann Wartezeiten für übergesiedelte Pfarrer, wenn die Heimatkirche die Freigabe verweigert hatte: bei Krankheit ein Jahr, bei anderen Gründen zwei Jahre. Im Gespräch schätzte Krusche, in der Kirchenprovinz Sachsen habe etwa die Hälfte der Pfarrer, die um eine Freigabe bei der Übersiedlung nachsuchten, sie auch erhalten. Krusche und Schönherr gehen sogar davon aus, diese 50 %-Marke treffe auch auf andere Landeskirchen zu. Der Verfasser hat daraufhin ostdeutsche Kirchen nach Zahlen übergesiedelter Pfarrer mit und ohne Freigabe (Genehmigung) gefragt. Von westdeutschen Kirchen wollte er wissen, wieviele übergesiedelte Pfarrer sie unter welchen Umständen aufgenommen haben.

Doch es läßt sich offenbar kaum noch feststellen, wie viele Pfarrer seit 1945 in den Westen gingen, ob sie nun eine Freigabe hatten oder nicht. Zunächst: Die EKD hat keine Zahlenangaben. Valentin Schmidt schreibt über „Pfarrer, die ohne Zustimmung ihrer Kirchenleitung die DDR verlassen haben“²⁷⁶:

„Verständlicherweise haben [diese] Fälle die größeren Schwierigkeiten verursacht, und sind für die direkt Betroffenen oft genug mit besonderer Not, Ent-

273 Ebda.

274 Gespräch mit Albrecht Schönherr und Werner Krusche am 4.11.97, mit Christoph Demke am 15.2.98.

275 Gespräch mit Demke.

276 Brief Valentin Schmidt(EKD) an den Verfasser vom 16.12.97.

täuschung und auch Bitterkeit verbunden gewesen. Über statistische Angaben darüber, wie viele Pfarrer mit oder ohne landeskirchliche Genehmigung nach hier gekommen sind, verfügt unser Haus nicht, da die Einzelfallregelung ausschließlich in die Kompetenz der jeweiligen Gliedkirche fiel.“

Doch auch bei den Landeskirchen ist die Übersicht über im Westen gebliebene oder mit und ohne Zustimmung der DDR übergesiedelte Pfarrer nicht viel besser. Die meisten ostdeutschen Kirchen haben keinerlei Statistik geführt, wer nicht zurückkam, wer ging, und ob Kirchenleitung oder ein dafür bestimmtes Gremium zugestimmt hatten oder nicht. Die westdeutschen Kirchen haben auf der anderen Seite kaum festgehalten, wer kam. Manche Angaben beruhen auf der Erinnerung. Die Antwortschreiben ergeben folgendes ungenaues Bild:

In der Evangelischen Landeskirche Anhalt²⁷⁷ ist vor 1961 ein Pfarrer in den Westen übergesiedelt; er hatte zuvor um Genehmigung gebeten und sie erhalten. Nach 1961 hat ein Pfarrer um Freigabe nachgesucht und sie nicht erhalten. Er ist in der Landeskirche geblieben. Zwei Pfarrer sind Mitte/Ende der achtziger Jahre in den Westen gegangen, ohne die Kirchenbehörden zu informieren: Einem erteilten die DDR-Behörden drei Wochen nach Antragstellung die Ausreise. Er hatte nicht um Freigabe gebeten. Der zweite Pfarrer blieb nach einer „staatlich genehmigten Besuchsreise in den Westen ohne Genehmigung und Wissen des Landeskirchenrates in der Bundesrepublik“.

Beiden Pfarrern wurden „die Rechte aus der Ordination entzogen, wie dies den Absprachen zwischen den evangelischen Landeskirchen in Deutschland entsprach“. Da beide Pfarrer die Kirchenleitung über ihre Schritte „nicht informierten“, hat die Landeskirche erneuten Anstellungen als Pfarrer im Westen widersprochen. Einer „wurde dann später von der Evangelischen Kirche in Belgien angestellt“. Über einen dieser Pfarrer teilt die Lippesche Landeskirche²⁷⁸ mit:

„Ein Pfarrer der anhaltinischen Landeskirche, der ohne Einwilligung seiner Kirchenleitung in die Bundesrepublik gezogen ist, hatte einen Antrag auf Übernahme in den pfarramtlichen Dienst unserer Landeskirche gestellt und nach zwei Jahren wiederholt. Diesem Antrag konnten wir aus verschiedenen Gründen nicht entsprechen.“

Anhalts Kirche²⁷⁹ schreibt außerdem, ein – nichtordinierter – Vikar solle „geflohen“ sein; über sein Schicksal sei in Anhalt nichts bekannt. Einen Theologiestudenten, mit Einwilligung seiner Kirche in den Westen gekommen, hat die Lippesche Kirche²⁸⁰ in ihren Dienst übernommen.

277 Brief des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Landeskirche Anhalt Helge Klassohn vom 20.3.98.

278 Brief der Lippischen Landeskirche vom 16.12.97.

279 Brief der Landeskirche Anhalts vom 20.3.98.

280 Brief Lippesche Landeskirche vom 16.12.97.

Aus dem östlichen Teil der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg²⁸¹ sind „seit 1980 etwa 40 Pfarrerrinnen und Pfarrer in den Westen übersiedelt. In den meisten Fällen wurden sie wieder in einer Kirche der EKU heimisch (Berlin West, Rheinland, Westfalen).“ Für den Zeitraum von 1975-1985 hat der Berliner Propst Friedrich Winter, später Präsident der Ostregion der EKU, 1985 für die Kirche Berlin-Brandenburgs festgestellt, jährlich seien etwa vier Pfarrer „aus dem aktiven Pfarrdienst fortgegangen“, in den Westen²⁸².

Konkretere Angaben enthält das „Mitteilungsblatt der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg“²⁸³, das jeweils vermeldet, wenn Pfarrer aus dem Dienst ausscheiden. Das Blatt zeigt auch an, ob sie die Ordinationsrechte behalten oder nicht. Behalten haben sie sie, wenn sie in eine andere ostdeutsche Kirche gingen, aber auch, wenn sie über Familienzusammenführung in den Westen gingen. Die Rechte verloren haben sie, wenn sie aus anderen Gründen oder unbegründet in den Westen gingen oder dort blieben oder wenn sie – aus welchen Gründen auch immer – den Dienst ganz quittierten, gleichgültig, ob sie dann in der DDR blieben oder gingen.

Für die Frage der Ausreise in den Westen lassen die Personalnachrichten im „Mitteilungsblatt“ keine absolut zuverlässigen Schlüsse zu. Außerdem ist das Blatt erst seit 1982 erschienen und enthält Personalnachrichten seit 1980. Danach ergibt sich: Von 1980-1989 haben sehr wahrscheinlich 30 Pfarrer und Pfarrerrinnen die DDR verlassen oder sind bei Reisen im Westen geblieben; zwei Pfarrerrinnen behielten die Rechte aus der Ordination: sie sind im Zuge der Familienzusammenführung (Heirat) in den Westen übersiedelt. Für die einzelnen Jahre ergibt sich diese Aufstellung übersiedelter Pfarrer aus der Kirche Berlin-Brandenburgs [in Klammern die Angaben „mit Rechten“]²⁸⁴:

1980:	2	1982:	3	1984:	5[1]	1986:	11	1988:	1
1981:	–	1983:	4	1985:	6	1987:	2	1989:	6 [1]

Damit haben im Zeitraum 1975-1989 rund 50 Pfarrer Berlin-Brandenburg verlassen: rund 20 bis 1979 und rund 30 danach. Angaben, wie viele Pfarrer sich um eine Freigabe bemüht haben, waren zum Zeitpunkt der Arbeit nicht bekannt. Pettelkau meint allerdings, Krusches Schätzung, etwa der Hälfte der Pfarrer, die um Freigabe nachsuchten, sei sie erteilt worden, „kann u.W. nicht zutreffen“. Er schrieb nach Kiel²⁸⁵:

„Die Absprache innerhalb der EKD lautete eindeutig, daß die Belassung der Rechte aus der Ordination bei einer Übersiedlung nur in den Fällen erfolgen

281 Gespräche mit Oberkirchenrätin Rosemarie Cynkiewicz und Kirchenrat Ingemar Pettelkau, Berlin-Brandenburg während der Synode in Berlin 16.11.97, mit Pettelkau erneut am 23.3.98. Pettelkau hat Nordelbien geantwortet, das Kirchenamt hatte nach dem Schreiben d. V.s um Auskunft gebeten. Anhang Brief Nordelbien 16.12.97 (Pettelkau).

282 Friedrich Winter: Ausreise von Pfarrern?, in: KiS 1/86. 34-36. 34.

283 Mitteilungsblatt der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Berlin 1982-1990.

284 Zusammengestellt nach den Angaben im Mitteilungsblatt, aaO.

285 Schreiben Pettelkaus vom 5. Dezember an die Nordelbische Kirche.

sollte, in denen Grund der Übersiedlung eine Familienzusammenführung, eine schwer behandelbare Krankheit oder eine nachweisbare politische Verfolgung waren. Derartige Gründe lagen aber in der überwiegenden Anzahl der Fälle nicht vor.“

Pettelkau nennt eine Pfarrerin, die wegen Heirat verzog und die Freigabe erhielt, in der Tabelle die 1984 registrierte Freigabe. Ein Pfarrer, 1989 übergesiedelt, ist acht Jahre später „erst jetzt wieder als Pastor bei gleichzeitiger Wiederübertragung der Rechte des geistlichen Standes angestellt worden und zwar zum 16.12.1997 in der Nordelbischen Landeskirche“²⁸⁶.

Selbst der brandenburgische Pfarrer, der den 1982 verstorbenen Regimekritiker Robert Havemann betreute, erhielt laut Mitteilungsblatt keine Freigabe. Ihm hatten seine vier Kinder einen Brief geschrieben[!], auch sie hätten „ein Recht auf Leben“. Doch sein Schicksal ist auch Beispiel, daß die Kirchen die harte Regel moderat handhaben konnten. Dieser Pfarrer kam Mitte April 1984 – zwei Jahre nach Havemanns Tod – in den Westen. Die badische Kirche übernahm ihn auch ohne Freigabe nach vier Monaten²⁸⁷, natürlich nach Rücksprache mit der Kirche in Berlin-Brandenburg²⁸⁸.

Auch Pfarrer Dietmar Linke aus Neuenhagen bei Berlin erhielt keine Freigabe; trotz Stasi-Überwachung. Seine Ehefrau berichtet²⁸⁹: „Ich hörte, wie ein Kirchenleitungsmitglied sagte, nachdem ihm mein Mann den Vorfall der [illegalen, d.V.] Hausdurchsuchung schilderte: Aber Bruder Linke, damit müssen Sie leben. Sie sollten das wissen.“ Linke erhielt nach drei Jahren im Westteil der Berlin-Brandenburgischen Kirche wieder eine Festanstellung als Pfarrer, als Pfarrer der Ostergemeinde in Wedding; er veranstaltete ein Konzert nach Ausbürgerung der Bürgerrechtler Stephan Krawczyk, Freya Klier und Ralf Hirsch

Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburg²⁹⁰ teilte mit: „Es gibt dazu keine Zusammenstellung. Jeder einzelne Fall müßte besonders recherchiert werden.“ Dann folgen die Grundsätze der Freigabe und ihrer Verweigerung; erfolgt sei sie bei ganz persönlichen, vor allem gesundheitlichen Gründen. „Wer ohne für den Oberkirchenrat und die Kirchenleitung erkennbaren und annehmbaren Grund ausreisen wollte“, habe erst „nach mehreren Jahren“ die Freigabe erhalten.

Für die Evangelische Kirche Pommern schreibt der Präsident des Konsistoriums Hans-Martin Harder zur Frage der Freigabe für übergesiedelte Pfarrer²⁹¹: „Soweit ich feststellen konnte, ist für unsere Landeskirche Fehlanzeige zu erstatten.“ Harder sind aber „Fälle erinnerlich, bei denen wir tätig wurden, und zwar vermittelnd“. Harder nennt einen Pfarrer, bei dessen einem Kind „eine

286 Schreiben des Nordelbischen Kirchenamts am den Verf. 16.12.1997.

287 Brief des Badischen Landeskirchenamts vom 4.2.98. Zum Schicksal des Pfarrers vgl. auch Karl-Heinz Baum: Druck auf Familie und Gemeinde, in: Frankfurter Rundschau vom 26.4.96.

288 Aus dem Gespräch mit Pettelkau.

289 Widerspruch, in: KiS 2/86. 64–69. 66. Leserbrief Barbe Maria Linke.

290 Brief Landesbischof Hermann Beste vom 13.1.98.

291 Brief des Präsidenten der Pommerschen Ev. Kirche Hans-Martin Harder vom 21.1.98.

Krankheit vorlag, die nur in der damaligen Bundesrepublik behandelt werden konnte. Hier haben wir Krankenhausaufenthalt, Übersiedlung und neue Pfarrstelle vermittelt.“

Die evangelische Kirche in Sachsen hat ebenso wie die mecklenburgische keine eigene Zusammenstellung und verweist auch auf Grundsätze der Übersiedlung²⁹². Allerdings haben in den achtziger Jahren in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover²⁹³ 26 sächsische Pfarrer darum gebeten, übernommen zu werden. Vier wurden übernommen. Zwei weitere Pfarrer hat Hannover vor 1980 übernommen: für diesen Zeitraum ist die Zahl der Anträge unbekannt. Vier Pfarrer wurden nach 1990 übernommen, also nach dem Ende der DDR, da stimmte die sächsische Kirche womöglich leichter zu. Zwei Pfarrer haben inzwischen einen neuen Beruf, sie erhielten später die Rechte aus der Ordination zurück und sind ehrenamtlich tätig. Außerdem berichtet die Lippische Kirche, sie habe einen sächsischen Pfarrer „unmittelbar“ übernommen, er sei „mit Genehmigung“ gekommen²⁹⁴. Danach sind allein aus Sachsen mindestens 27 Pfarrer seit Mitte der siebziger Jahre in den Westen gegangen.

Über die Praxis der Genehmigungen der Übersiedlung von Pfarrern in den Westen gibt es nach Auskunft des Konsistorialpräsidenten Hans-Jürgen Kiderlen der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen „bisher keine zusammenfassende Darstellung“²⁹⁵. Er teilt aber mit:

„Insgesamt gab es offenbar vor 1961 – ebenso wie danach – zahlreiche Antragsverfahren, aber kaum ungenehmigte Übersiedlungen. Vor 1961 bestand bei der Kirchenleitung ein Ausschuß für Ausreisende. Der Ausschuß wurde später neu konstituiert als „Freigabe-Ausschuß“. Für das Verfahren gab es wenig Regeln, jeder Fall wurde nach den konkreten Einzelumständen geprüft.“

Überraschend an dem Brief ist, daß Kiderlen, ohne konkrete Zahlen zu nennen, sogar von einem höheren Anteil von Genehmigungen gestellter Ausreisearträge ausgeht: „kaum ungenehmigt“. Dabei bezweifelt Pettelkau schon Krusches Angabe „rund die Hälfte“. Ist die Meinungsverschiedenheit erklärbar? Nur wenn man davon ausgeht, daß sich dort nur die übersiedlungswilligen Pfarrer an den Ausschuß wandten, die sich Aussicht auf Erfolg versprachen. Andere müßten dann gleich verzichtet haben. Immerhin war es die einzige Kirche mit einem zwar ziemlich vertraulichen, aber geregelten Verfahren. Altbischof Krusche gab ein Beispiel: Ein Pfarrer hatte ihn unterrichtet, er habe eine Frau aus dem Westen kennengelernt, wolle heiraten. Krusche will dem Pfarrer gesagt haben, er müsse diese Liebe dem Dienst in der DDR opfern. Er sei dem Rat gefolgt und geblieben; habe nicht mehr beantragt, ihn freizugeben. Dabei wäre es Familienzusammenführung gewesen²⁹⁶.

292 Brief des Landeskirchenamts Sachsen vom 11.3.98.

293 Brief des hannoverschen Landesbischofs Horst Hirschler an den Verf. vom 16.1.98.

294 Brief der Lippischen Landeskirche vom 16.12.97.

295 Brief Konsistorialpräsident Hans-Jürgen Kiderlen vom 1.12.97.

296 Gespräch mit Werner Krusche am 4.11.98.

Krusche hatte 1975 kirchlichen Mitarbeitern eine klare Richtlinie, Stellungnahme genannt, übergeben²⁹⁷: „... daß manche schmerzhaften Erfahrungen für den Christen die Freude am Dasein in der DDR erheblich mindern können, soll nicht geleugnet werden. Aber daß dies ein Grund sein könnte, die Gemeinde zu verlassen und aus unserer Gemeinschaft auszuwandern, muß klar verneint werden.“

In der Kirchenprovinz erforschen der Stendaler Propst i. R. Eberhard Schmidt – er kam ebenfalls in den fünfziger Jahren in die DDR – und Oberkirchenrat Harald Schulze neben anderen kirchengeschichtlichen Fragen auch die Übersiedlung von Pfarrern. Dabei prüfen sie einzelne Personalakten. Im Sommer wollen sie damit fertig sein. Schmidt schätzt die seit 1974 aus der Kirchenprovinz übergesiedelten Pfarrer auf „gut 20“²⁹⁸. „Etwa zehn erhielten eine Freigabe“, sagt Schmidt vorab: das wäre die von Krusche genannte Hälfte. Genaues bleibt abzuwarten.

Zu den aus der Kirchenprovinz Sachsen übergesiedelten Pfarrern gehört auch Werner Latk aus Zeitz. Er hatte die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR (Leitung: Günter Gaus) in Ost-Berlin über den Freitod des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha auf dem Marktplatz in Zeitz unterrichtet. Auf Weisung von Gaus brachte dessen Mitarbeiter Georg Maier Latk und seinen Begleiter in die DDR-Büros von ARD und dpa²⁹⁹. Gegen Latk ermittelte dann die Stasi. Er stellte einen Ausreiseantrag, über den er die Kirchenleitung nicht unterrichtete. Die DDR beschied diesen Antrag schnell positiv. Doch der Freigabeausschuß stimmte nicht zu. Latk hat bis heute keine Freigabe erhalten und ist seit der Übersiedlung vor über zwanzig Jahren nicht wieder im Pfarrdienst³⁰⁰.

In der Kirche der Schlesischen Oberlausitz haben drei Pfarrer bei den DDR-Behörden die Ausreise beantragt, die die DDR-Behörden genehmigten. Alle drei hatten die Kirchenleitung von ihrem Schritt vorher unterrichtet. Die Kirchenleitung hat in keinem Fall zugestimmt. So konnten die Pfarrer – „zunächst nicht“ – einen westdeutschen Pfarrdienst antreten³⁰¹. Aber später doch.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche Thüringen teilt mit³⁰², es gebe „keine Akten, in der alle übergesiedelten Pfarrer erfaßt wären.“ Das könne nur ein Forschungsauftrag erschließen. Kirchenrat Rainer Stahl sagt, jene Pfarrer, die Thüringen mit einer Freigabe verließen, wurden „in den Dienst einer westdeut-

297 „Stellungnahme“ Werner Krusches vom 7.11.1975; wiedergegeben in: Friedrich Winter: Ausreise, 36.

298 Gespräch mit Eberhard Schmidt, Propst i.R. in Stendal, am 20.2.98.

299 Gespräch mit Georg Maier, Verwaltungsdirektor BGH a.D., am 9.1.98.

300 Ausführliche Darstellungen über das Schicksal von Latk vgl. idea-Pressedienst vom 27.6.77, 18.7.77, 6.7.93, 4.8.93 19.12.95 auch Gerhard Besier: Wie aus dem Verfolgten ein Ganove gemacht wurde, idea-Dienst v.28.9.95, 9-16.

301 Schreiben Evangelische Kirche der Schlesischen Oberlausitz in Görlitz vom 27.11.97. Die Angabe „drei Pfarrer“ enthält den Zusatz „m.W.“ = meines Wissens von Oberkirchenrat Kühne.

302 Schreiben Kirchenrat Rainer Stahl, Persönlicher Referent des Thüringischen Landesbischofs, vom 8.12.97.

schen Kirche übernommen“. Betroffene seien weder der Liste der Pfarrer Thüringens noch der thüringischer Pfarrer im Ruhestand zu entnehmen. Noch weniger seien Pfarrer ohne Freigabe festzustellen. Nach 1989 hat Kurhessen-Waldecks Kirche vier Pfarrern aus Thüringen die Rechte „wiederbeigelegt“³⁰³. Pfarrer Hanns-Ulrich Nagel, den die DDR im Mai 1973 zwang, das Land in 48 Stunden zu verlassen – er hatte sich gegen die Einheit“-Wahl“ gewandt – wurde gleich darauf von der Rheinischen Kirche angestellt³⁰⁴. Das war allerdings auch anderthalb Jahre vor dem Brief Schönherr.

In seiner Antwort auf den Beitrag Friedrich Winters „Ausreise von Pfarrern?“ schreibt der ohne Freigabe aus Berlin-Brandenburg übergesiedelte Pfarrer Martin Brunnemann³⁰⁵, für Thüringen sei „rundweg zu bestreiten“, daß die Kirche nicht generell die Ordinationsrechte bei ausgereisten Pfarrern aberkenne. Die dreifache Verneinung soll wohl heißen: Thüringen stimmt – nach Brunnemanns Erkenntnis- generell keiner Ausreise zu. Indirekt bestätigen das Antworten der thüringischen Partnerkirchen Kurhessen-Waldeck und Württemberg. Kurhessen-Waldeck hat vor 1989 keinen Pfarrer übernommen³⁰⁶. Württemberg³⁰⁷:

„Die Kirchenleitung der Thüringischen Kirche gab Pfarrer, die in den Westen gingen, nur dann frei unter Aufrechterhaltung der Ordinationsrechte, wenn gesundheitliche Probleme vorlagen. Dabei handelt es sich nur um ganz wenige Personen, die auf diese Weise in den württembergischen Pfarrdienst übernommen werden konnten.“

Thüringen, heißt es weiter, habe 1990 allen ohne Freigabe übergesiedelten Pfarrern die Rückkehr in den thüringischen Dienst angeboten.

Danach haben über hundert Pfarrer und Pfarrerrinnen von insgesamt 4.700 Pfarrern der Ost-Kirchen zwischen 1973 und 1989 die Ausreise bei den DDR-Behörden beantragt und erhalten oder sind nach Besuchsreisen im Westen geblieben. Soweit bekannt, ergibt sich dieser Überblick:

	Übergesiedelt im Westen gebl.	Freigabe	späterer Wider- spruch gg „Wie- derbei“
Anhalt	2	0	2
Berlin- Brandenburg	50?	2	?
Mecklenburg	?	?	?
Pommern	1	1	–

303 Schreiben. Landeskirchenamt Kurhessen-Waldeck vom 17.12.97.

304 Vgl. idea 7.3.90 und 5.7.90.

305 Widerspruch, in: KiS 2/86. 65.

306 Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck. Das Landeskirchenamt. Brief vom 17.12.97.

307 Evangelische Landeskirche in Württemberg, Oberkirchenrat, Brief vom 15.12.97.

	Übergesiedelt im Westen gebt.	Freigabe	späterer Wider- spruch gg „Wie- derbei“
Anhalt	2	0	2
Sachsen	mind. 27	1?	17?
Kirchenpr. Sachsen	ca. 20	ca. 10?	?
Schlesische Oberlausitz	3	0	0
Thüringen	mind 5	1	?
	mind. ca. 108	mind. 15	mind. 19

Wie ist es den Pfarrern im Westen ergangen? Die westdeutschen Kirchen haben sich nach dem Schreiben des Vorsitzenden des Bischofskonvents der DDR Albrecht Schönherr gerichtet und dem Votum der Heimatkirche vertraut. Der hannoversche Landesbischof Horst Hirschler hat das Vorgehen im Grundsatz so beschrieben³⁰⁸:

- a) Zuständig für die evtl. Aufnahme von DDR-Pastoren war die jeweilige westdeutsche Partnerkirche;
- b) keine Aufnahme von Pastoren ohne vorherige „Freigabe“ durch die ostdeutsche Heimatkirche;
- c) auch eine spätere Übernahme in den Dienst bei uns geschah nur mit Einverständnis der ostdeutschen Heimatkirche.

Hirschler schreibt zur Frage, wie glaubwürdig Zahlen sein könnten³⁰⁹:

„Auskünfte über Zahlen sind außerordentlich schwierig, weil keine Statistik geführt worden ist. Selbst Archivforschung würde keine verlässlichen Ergebnisse erbringen, weil vieles in diesem sensiblen Bereich wohl nur mündlich erörtert worden ist und keinen Niederschlag in den Akten fand. Zahlen für die gesamte DDR-Zeit können deshalb nicht genannt werden.“

Auch Württembergs Kirche verweist auf dieses Problem „Da diese Fragen vor 1989 nicht öffentlich verhandelt werden konnten, wurde darüber meist mündlich bei Begegnungen der Kirchenleitungen gesprochen“³¹⁰.

Die anderen Kirchen im Westen sind in der Regel ebenso verfahren; d. h. es wurde in der Regel mündlich verhandelt und man hat sich strikt an die Abspra-

308 Schreiben Landesbischof Horst Hirschler vom 16.1.98.

309 Ebda.

310 Schreiben der Württembergischen Landeskirche. 15.12.97.

che mit den DDR-Kirchen gehalten, nur mit deren Zustimmung Leute anzustellen. Statistische Angaben gibt es nur ganz selten.

Badens Kirche hat immerhin einen „verlässlichen Überblick“ für die „vergangenen zwanzig Jahre“³¹¹. Eine „einstellige Zahl“, also acht bis neun, früher in der DDR tätige Pfarrer habe man in den eigenen Dienst übernommen. Darüber, wie schnell der einzelne in den badischen Dienst übernommen wurde, in vier Monaten wie der Pfarrer, der Robert Havemann betreut hatte, oder erheblich langsamer, heißt es³¹²:

„Der Weg in den badischen Pfarrdienst der vor 1989 Übersiedelten war durchaus unterschiedlich. Es gab Fälle, in denen die Übernahme recht schnell auf das Datum der Übersiedlung folgt, in anderen Fällen liegt ein zeitlicher Zwischenraum, der aus der Biographie der Betroffenen zu erklären ist. Manche hatten zunächst eine nichtpastorale Tätigkeit im Westen ausgeübt. Nach 1989 war die Situation aus nachvollziehbaren Gründen etwas anders gelagert. Auch danach haben wir noch vereinzelt früher in der DDR tätige Pfarrer in den badischen Pfarrdienst aufgenommen, soweit es die Personalsituation unserer Landeskirche zuließ. Nach Aktenstudium läßt sich der Eindruck gewinnen, daß jeder „Übersiedlungsfall“ eigene, sehr individuelle Wege ausweist. In einem Fall war etwa ein solcher ehemaliger DDR-Pfarrer nach seiner Übersiedlung zunächst einige Monate bei uns theologischer Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis, ehe er unter die badischen Pfarrer im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis aufgenommen wurde.“

Kirchenoberrechtsrat Jacobs schreibt, für historische Forschungen sei „noch weiter Raum“.

Bayerns Evangelisch-Lutherische Kirche habe „prinzipiell“ auf die jeweiligen Partnerbeziehungen abgehoben. „Das heißt, daß von Bayern aus nur solche Pfarrerinnen und Pfarrer aufgenommen wurden, die aus unserer Partnerkirche in Mecklenburg kamen. Alle anderen wurden an ihre jeweiligen Partner verwiesen.“³¹³

Bayern hat allerdings den Vikar Wolf Quasdorf aus Berlin-Brandenburg, er war nicht ordiniert, übernommen. Nach einem Besuch der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin hatte man ihn festgenommen. Er hatte sich dort nach einer Ausreisemöglichkeit erkundigt. Auch hier ist für historische Forschung noch weiter Raum; es dürfte schwierig gewesen sein, Pfarrer zurückzuweisen, die partout am Rande der Alpen leben wollten und die die Heimatkirche freigegeben hatte.

311 Schreiben der Evangelischen Landeskirche Baden, Evangelischer Oberkirchenrat, an den Verf. vom 5.2.98.

312 Ebda.

313 Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Schreiben Oberkirchenrat Franz Peschke vom 26.1.98.

Braunschweigs Landeskirche teilt einige Hinweise zur damaligen Praxis mit. Braunschweig hat nach eigenen Angaben „nur sehr wenige“ Pfarrer übernommen³¹⁴:

„Pfarrer, die keine Genehmigung von ihren Kirchenleitungen hatten, wurden bei uns nicht übernommen. Sie wurden auch nicht nach zwei Jahren eingestellt. Da dieses im letzten Ende bekannt war, haben wir auch kaum Anfragen in diesem Zusammenhang erhalten. Falls eine Genehmigung vorlag, haben wir darüber an Ort und Stelle im Bereich des früheren Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR mit kirchenleitenden Persönlichkeiten ein Gespräch geführt. Übernahmen erfolgten bei uns trotzdem nur sehr wenige.“

Bremens Evangelische Kirche hat³¹⁵ „verschiedentlich“ vor 1989 Pastorinnen und Pastoren aus der DDR übernommen, aber auch nur solche, „die eine Genehmigung ihrer Heimatkirche hatten“. „Namentlich sind mir zwei Fälle bekannt, in denen die Bremische Evangelische Kirche durch Gemeindewahl eine Pastorin und einen Pastor, die vormalig in der DDR als Pastoren tätig waren, in den Dienst übernommen hat. In beiden Fällen lag eine Genehmigung der entsprechenden Heimatkirchenleitung vor.“

In Hannovers Kirche existiert eine „Liste“, die die zehn Übernahmen ehemaliger DDR-Pfarrer, alle aus Sachsen, von 1977-92 nennt³¹⁶. Im Sommer der Wende 1989 teilte Hannovers Personaldezernent öffentlich mit, in den letzten zwei bis drei Jahren hätten sich fünf DDR-Pfarrer gemeldet, einen habe man übernommen.

Auch die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat keine Statistik erhoben³¹⁷. Sie habe nur Pfarrer übernommen, die mit Genehmigung der Heimatkirche ausgereist waren und „wenn eine entsprechende Stelle frei war und die betreffende Person in diese Stelle paßte“. Ein Fall sei „persönlich bekannt“, daß jemand „auf Dauer nicht eingestellt“ wurde, weil die ehemalige Heimatkirche erhebliche Bedenken gegen eine Einstellung hatte“.

Die Ev. Kirche in Kurhessen-Waldeck schreibt³¹⁸:

„Seit dem Jahr 1989 haben wir vier Pfarrern aus der Evangelischen Landeskirche Thüringens und einem Pfarrer aus der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, die bei uns vorstellig geworden waren, die Rechte des geistlichen Standes wieder beigelegt und sie in unseren Dienst übernommen. In einem Fall haben wir die Rechte des geistlichen Standes aus persönlichen Gründen des betroffenen Pfarrers nicht wieder beigelegt. Vor der politischen Wende in 1989 haben wir keine Pfarrer aus östlichen Gliedkirchen übernommen.“

314 Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Oberlandeskirchenrat Henje Becker an den Verf. am 4.12.97.

315 Der Präsident des Kirchengemeindefachausschusses der Bremischen Evangelischen Kirche Brief vom 20.11.97.

316 Brief des Landesbischofs Horst Hirschler vom 16.1.98.

317 Kirchenverwaltung Referat Personaleinsatz Pfarrerinnen und Pfarrer, Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Brief vom 12.1.98.

318 Landeskirchenamt Ev. Landeskirche Kurhessen-Waldeck, Brief vom 17.12.97.

Die Landeskirche Lippe³¹⁹ hat einen sächsischen Pfarrer direkt übernommen. Er kam mit der Freigabe. Ein Pfarrer aus Anhalt, dem seine Landeskirche dagegen keine Freigabe erteilte, habe keine Anstellung erhalten. Diese Kirche hat auch die Anstellung von Theologiestudenten aus der DDR überprüft. Zwei Studentinnen – eine aus Thüringen und eine aus Anhalt – seien mit Einwilligung ihrer Kirchenleitung gekommen; sie seien Verlobte lippischer Studenten gewesen. Man habe beide in den Vorbereitungsdienst übernommen; beide hätten die Ausbildung abschließen können. Auch ein Theologiestudent der Kirchenprovinz Sachsen sei mit Freigabe gekommen; nach einiger Zeit Tätigkeit als Studieninspektor sei er in die Landeskirche übernommen worden.

Die Kirche in Nordelbien hat „erst jetzt“ einen Pfarrer angestellt, der 1989 aus Brandenburg übergesiedelt war. Im übrigen verweist sie auf Ausführungen Pettelkaus [Berlin-Brandenburg]³²⁰.

Der Kirche in Oldenburg ist nur ein Fall der Übernahme eines Pastors aus der DDR bekannt; die ostdeutsche Kirche hatte ihn freigegeben, „ohne diese Freigabe wurden Pastoren aus der ehemaligen DDR nicht eingestellt“³²¹.

Die Evangelische Landeskirche der Pfalz teilte mit, sie sei wegen der Übernahme von Pfarrern „nur gelegentlich“ angefragt worden. Die Verfahrensvoraussetzungen seien zwischen EKD und DDR-Kirchenbund vereinbart und Grundlage für die Übernahme im Einzelfall gewesen.³²²

Auch die Evangelische Kirche im Rheinland kann konkrete Zahlen „leider nicht liefern, da diese nicht erfaßt wurden“. Die Kirche hat Pfarrer sofort eingestellt, wenn sie im Einvernehmen mit der Heimatkirche kamen. Gründe seien gewesen: Erkrankung durch den Druck des Systems; Erkrankung eines Familienmitgliedes, die medizinisch nur im Westen zu lösen war; Unterdrückung durch Stasi-Terror; also grob die im Schönherr-Brief von 1974 genannten Kriterien. Ohne Genehmigung der Heimatkirche sei kein Pfarrer angestellt worden. Im Rheinland erinnern sich die befragten Dezernenten, daß ab Mitte der 80er Jahre eine „Schonfrist“ eingeräumt worden sei. Erbrachte die Recherche bei der Heimatkirche keine nachteiligen Informationen („Veto“), habe man Pfarrer übernommen. Grundsätzlich galt³²³:

„Die Ev. Kirche im Rheinland hat in den Westen übergesiedelte Pfarrerinnen und Pfarrer nur übernommen, wenn in Absprache mit der Heimatkirche keine Bedenken geäußert wurden. In allen Entscheidungen hat sich die Ev. Kirche im Rheinland an diesen Grundsatz gehalten. Das hat nach 1989 wiederholt zu Situationen geführt, daß rheinische Gemeinden eine Pfarrerin bzw. einen Pfarrer (z. B. aus der Partnergemeinde) übernehmen wollten. Dem wurde vom

319 Landeskirchenamt der Lippeschen Landeskirche, Brief vom 16.12.97.

320 Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, Kirchenamt, Brief vom 16.12.97.

321 Der Bischof von Oldenburg Willi Sievers, Brief vom 20.11.97.

322 Landeskirchenrat der Evangelischen Kirche der Pfalz, Brief vom 20.11.97.

323 Evangelische Kirche im Rheinland, Landeskirchenamt, Brief vom 15.1.98.

Kollegium des Landeskirchenamts stets widersprochen, wenn keine Genehmigung vorlag.“

Die rheinische Kirche³²⁴ weist noch daraufhin, daß die Ostkirchen „Mitte bzw. Ende der 80er Jahre stark unter den Druck ausreisewilliger Pfarrerrinnen und Pfarrer gerieten, obwohl in den Gemeinden dringend Pfarrerrinnen und Pfarrer benötigt wurden. Oft waren die Pröpste / Generalsuperintendenten oder Bischöfe nicht stark genug, dem Druck zu widerstehen. Man ließ die Ausreisewilligen einfach ziehen und verzichtete auf ein (negatives) Votum. Die Einsicht in die Personalakte durch das Personaldezernat im Westen führte dann jedoch meist dazu, eine Übernahme abzulehnen.“

Auch der Evangelischen Kirche von Westfalen liegt keine Statistik vor. Wenn es für Ostpfarrer darum gegangen sei, in Westfalen ein Pfarrdienstverhältnis aufzunehmen, habe man mit der Heimatkirche Kontakt aufgenommen. Auch in Westfalen habe die zuständige Ostkirche zustimmen müssen, Ordinationsrechte wieder zuzuerkennen. Stimmt sie zu, konnten die Betroffenen zum Pfarrer gewählt und ins Dienstverhältnis übernommen werden können.³²⁵

Die Evangelische Landeskirche Württemberg verweist darauf, wie streng in der Partnerkirche Thüringen die Freigabe der Pfarrer mit belassenen Ordinationsrechten gehandhabt wurde: nur bei gesundheitlichen Problemen. So kamen in den württembergischen Pfarrdienst „ganz wenige Personen“³²⁶.

Die Evangelisch-reformierte Kirche teilt lapidar mit, sie habe keine direkte Partnerkirche in der DDR gehabt; deshalb seien ostdeutsche Pfarrer nicht an sie herangetreten, weder mit noch ohne Freigabe. Man habe Beiträge für die Ruhestandsbezüge der Ostpfarrer bezahlt und mitverantwortet³²⁷.

Es ist noch darauf hinzuweisen, daß die Kirchen, anders als andere Organisationen stets über die deutsch-deutsche Grenze in Kontakt geblieben sind und sich gegenseitig Akteneinsicht gewährten. Auf diesen Tatbestand haben gleich mehrere Kirchen hingewiesen. Erinnerung sei an den Hinweis der Rheinischen Kirche auf die Akteneinsicht oder den der Westfälischen Kirche zur Kontaktaufnahme mit den ostdeutschen Kirchen. Auch Bischof Hirschler (Hannover) spricht von den Begegnungen, bei denen man mündlich über die Betroffenen redete.

Zu den Sperrfristen sagt Ingemar Pettelkau von der Kirche Berlin-Brandenburg, seines Wissens hätten sich alle Ostkirchen an die von Bischof Schönherr 1974 vorgeschlagenen Sperrfristen von einem oder zwei Jahren gehalten. Allerdings hätten die Betroffenen im Westen nach den abgelaufenen Fristen Anträge stellen müssen; erst dann sei das Verfahren in Gang gekommen, einst erworbene Ordinationsrechte beizulegen. Nach seiner Erinnerung habe Berlin-

324 Ebda.

325 Landeskirchenamt. Evangelische Kirche von Westfalen, Vizepräsident Hoffmann, Brief vom 2.2.1998.

326 Evangelische Landeskirche in Württemberg, Oberkirchenrat, Brief vom 15.12.97.

327 Evangelisch-reformierte Kirche, Leer, Brief vom 3.12.97.

Brandenburg in Gesundheitsfällen nach einem Jahr und in den anderen Fällen nach zwei Jahren in aller Regel keine Einwände erhoben, daß diese Menschen wieder ins Pfarrverhältnis kamen.³²⁸

Zu den Widerspruchsfällen hat Pettelkau³²⁹ geschrieben, „auch die Fälle, in denen die östlichen Kirchenleitungen nach Ablauf er 2 Jahre der Wiederbeilegung der Rechte aus der Ordination widersprochen haben, waren äußerst selten. Sie bezogen sich auf solche Personen, bei denen die Arbeit im Bereich der ehemaligen DDR dazu geführt hatte, daß man die Eignung zum Pfarrer grundsätzlich in Frage stellen mußte.“

Das ist ein harter Vorwurf. Gemeint ist, daß diese Pfarrer von Westreisen nicht zurückkamen oder die Kirchenleitung nicht über Ausreiseträge unterrichteten. Wenn nach der in Hannover vorhandenen Liste allerdings 16 von 26 Pfarrern auch nach zwei Jahren keine Anstellung erhielten, sie offenbar bis heute nicht erhalten haben, wäre zumindest unter den aus Sachsen – über andere Kirchen liegen so genaue Zahlen nicht vor – stammenden Pfarrern bei über der Hälfte die Eignung in Frage gestellt.

Was aus nichtübernommenen Pfarrern wurde, wie gut oder wie schlecht sie sich also eingegliedert haben, ist so gut wie unbekannt. Die meisten westdeutschen Kirchen räumen unumwunden ein, daß sie sich um diese Gruppe nicht gekümmert hätten, vom weiteren Schicksal nichts wüßten. So schreibt die Bremische Kirche: „Auch wissen wir von daher nicht, was mit den Menschen passiert ist, die nicht von einer Gemeinde der Bremischen Evangelischen Kirche auf eine Pfarrstelle gewählt wurden.“³³⁰

Freilich, bei der Wahl in ein Pfarramt, wie es in Bremen üblich ist, können auch Bewerber durchfallen, die mit der Freigabe in den Westen kamen oder sie später erhalten hatten. Die Pfarrerwahl der Gemeinden erschwert jedenfalls dem Kirchengremium den Überblick. Der hannoversche Bischof Horst Hirschler bemerkt zu diesem Problem³³¹:

„Die abgelehnten Pfarrer wurden auch später in der Regel nicht übernommen. Über ihren Verbleib läßt sich nichts Generelles sagen. Einige haben in anderen Landeskirchen oder im Diakonischen Bereich eine Anstellung gefunden. In vielen Fällen wissen wir gar nichts über ihr weiteres Geschick. In zwei Fällen sind ehemalige DDR-Pfarrer, die inzwischen einen anderen Beruf ausüben, ehrenamtlich in unserer Kirche tätig, nachdem ihnen die Ordinationsrechte wieder beigelegt wurden.“

Die für den Personaleinsatz zuständige Oberkirchenrätin der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau M. Reinel³³² kann „über den weiteren Lebensweg außerhalb der Kirche von Pfarrern/Pfarrerinnen, die nicht übernommen

328 Gespräch mit Pettelkau am 23.3.98.

329 Brief Pettelkaus an die Nordelbische Kirche vom 5.12.97, von dieser dem Verf. übermittelt.

330 Bremische Evangelische Kirche. Der Präsident des Kirchengremiums, Brief vom 20.11.97.

331 Bischof Horst Hirschler, Brief vom 16.1.98.

332 Brief Ev. Kirche in Hessen und Nassau vom 12.1.98.

wurden, nichts Grundlegendes sagen. Ich weiß von einem ehemaligen Pfarrer, der Leiter eines Altenheims geworden ist, und von einem Pfarrer, der als Studienrat in den Schuldienst übernommen wurde.“

Den Weg in den Schuldienst – zum Religionsunterricht – sind nicht wenige von den West-Partnerkirchen nicht übernommene Pfarrer aus der DDR gegangen. Statistiken liegen darüber offenbar auch nicht vor. Die Kirche der Pfalz³³³ wies ausdrücklich daraufhin: „Sofern eine Freigabe seitens einer ostdeutschen Kirchenleitung nicht erfolgte, haben wir mitgeholfen, daß in einem verwandten Arbeitsfeld eine Beschäftigung möglich wurde.“

Pettelkau schreibt lediglich über die Pfarrer, die auf den Ablauf der Zwei-Jahresfrist warteten, „in einigen Fällen“ hätten die westdeutschen Kirchen Zwischenlösungen gesucht, um schon vorher eine „entgeltliche Beschäftigung“ zu ermöglichen.³³⁴

Die Kirche im Rheinland kann nur in Einzelfällen sagen, was aus Pfarrern geworden ist, deren Übernahme abgelehnt wurde. Mit anderen Worten: Bemüht hat man sich wohl kaum um sie³³⁵. Württembergs Kirche³³⁶ schreibt nur: „Was mit den anderen geschehen ist, ist nicht bekannt.“

Wie die Kirche der Pfalz hat sich auch Westfalens Kirche um jene Pfarrer besonders gekümmert, die nicht übernommen wurden. Das lag wohl auch daran, daß die übliche Pfarrerwahl der Gemeinden wie in Bremen Pfarrer der DDR treffen konnte, die mit einer Freigabe gekommen waren³³⁷:

„Stimmte die Heimatkirche der Wiederbeilegung der Ordinationsrechte nicht zu oder wurde die Pfarrerin oder der Pfarrer zunächst nicht zur Pfarrstelleninhaberin oder zum Pfarrstelleninhaber gewählt, womit die Voraussetzungen für ein öffentlich-rechtliches Pfarrdienstverhältnis nicht vorlagen, wurde ihnen die privatrechtliche Anstellung im katechetischen Dienst ermöglicht. Eine Übernahme in unseren Dienst erfolgte je nach Lage des Einzelfalles. Die Pfarrerrinnen und Pfarrer wurden auf diesem Weg vom Landeskirchenamt intensiv begleitet.“

1986 hat der Berliner Propst Friedrich Winter die kirchliche Handhabung der Ausreisen von Pfarrern in einem Selbstinterview mehr oder weniger offengelegt. In der nur im Westen erscheinenden Zeitschrift „Kirche im Sozialismus“ führte er ein „Selbstinterview“ zum Thema

„Ausreise von Pfarrern in die Bundesrepublik?“³³⁸

Winter bedauert, daß nicht jeder Pfarrer der Meinung sei, er habe aufgrund seines Dienstes eine besondere Verantwortung. Der Propst zählt die Gegen-

333 Brief Ev. Kirche der Pfalz vom 20.11.97.

334 Brief Pettelkaus an Nordelbien vom 5.12.97.

335 Brief Ev. Kirche im Rheinland vom 15.1.98.

336 Brief Oberkirchenrat der Ev. Kirche in Württemberg vom 15.12.97.

337 Brief Ev. Kirche von Westfalen vom 2.2.98, „katechetischer Dienst“ steht für „Religionsunterricht“.

338 Friedrich Winter: Ausreise, in: KiS 1/1986, 34-36.

gründe auf: Pfarrerwechsel finde überall statt, warum nicht im deutschsprachigen Raum? Pfarrer könnten wie jeder andere Mensch den Wohnsitz frei wählen. Doch Winter übernimmt erneut die Position der EKU von 1959: Winter läßt nur familiäre Gründe [Behinderte Eltern im Westen; Gesundheitsgefährdung] gelten, keine anderen. „Eine Gefährdung für Leib und Leben aus politischen Gründen schien uns in den letzten zehn Jahren nicht gegeben.“

Warum erkennt Winter³³⁹ bei Pfarrern andere Gründe zur Ausreise an?

„Der größte Teil der Gemeindeglieder fühlt sich von einem Pfarrer, ihrem Hirten verlassen ... Sodann fühlen sich die anderen Mitarbeiter im engeren Lebensbereich allein gelassen ... Auffällig ist, daß Nichtchristen es nicht verstehen, wenn ein Pfarrer geht, zumal er doch gegenüber anderen Bürgern des Landes manche Privilegien genießt, z. B. Möglichkeiten der Rede, Freiheit von politischen Bindungen, größere Wohnung in vielen Fällen, ökumenische Reisesmöglichkeiten. In diesen drei Bereichen ist die Glaubwürdigkeit im Sinne der Vertrauenswürdigkeit des Pfarrdienstes in der sozialistischen Gesellschaft, in der Kirche überhaupt, betroffen.“

Winters Selbstinterview blieb nicht ohne Gegenrede. Widerspruch übten Pfarrer im Westen, die aus der DDR gekommen waren. Sie kamen im übrigen alle aus Winters Kirche, der berlin-brandenburgischen. Eike Hirt, 1982 ausgereist, warf Winter vor, für „einen Neuanfang keinen Raum zu lassen“, jedenfalls nicht jenen, deren „Weggang gegen die Maßstäbe“ geschehen sei. Er forderte Winter auf, seine Analysen zum Problem des Weggehens von Pfarrern aus der DDR dort zu veröffentlichen, wo sie hingehören, in der DDR.³⁴⁰

Pfarrer Martin Brunnemann, zum Zeitpunkt des Leserbriefs drei Monate im Westen, schrieb³⁴¹:

„Ich habe versucht, vor dem Antrag mit den zuständigen Stellen zu reden, und mußte feststellen, die Kirchenleitung hört nicht auf die objektiven Schwierigkeiten. Sie versucht, diese zu bagatellisieren, wahrscheinlich doch darum, um den Betroffenen auf keinen Fall freizugeben. Berlin-Brandenburg gab jedenfalls in meinem Fall eine Begründung für die Ablehnung meiner Bitte um Belassung der Ordinationsrechte, die uns gekränkt hat. Man bezichtigte uns, unsere objektiven, schriftlich bestätigten Gründe nur vorzuschützen, um ungeschoren hierher kommen zu können.“

Brunnemann war verbittert, er fragte:

„Was würde die Kirche aber wohl sagen, würden Betriebe in der BRD aus demselben Grund keinen Ausgereisten mehr einstellen? Die Kirchen wenden

339 Ebda.

340 Eike Hirt: Widerspruch, in: KiS 2/86. 64.

341 Martin Brunnemann: Widerspruch, in: KiS 2/86. 64 f.

sich mit Recht gegen die Parole 'Türken raus'. Mit welchem Recht praktizieren sie ohne Worte den Gedanken 'ausgereiste Pfarrer ins Sozialamt'?'³⁴²

Bei der westdeutschen Kirchen ist es Brunnemann offenbar nicht viel besser ergangen, schreibt er doch: „Soweit ich das sehen kann, sind die Kirchen der Bundesrepublik so diszipliniert worden, daß mit einem ausgereisten Pfarrer nicht einmal mehr über seine Ausreisegründe geredet wird. Wie treu sollen die Kirchen der BRD eigentlich noch werden? Sollen sie soweit gehen, einen ausgereisten Pfarrer zu exkommunizieren?“³⁴³

Neubert³⁴⁴ nennt 1997 die Aberkennung der Ordinationsrechte das „damit verbundene faktische Berufsverbot für ausgereiste Pfarrer.“

Die Aberkennung der Rechte, begründet mit der theologisch gebotenen Treuepflicht, „stieß in ihrer pauschalen Handhabung auf Widerspruch in der DDR und von Ausgereisten. Sie entwerte, so hieß es, das „Bleiben in der DDR, das angesichts der drohenden Strafe als Zwangsrekrutierung erscheinen mußte.“³⁴⁵

Brunnemann stellt jedenfalls die enge Zusammenarbeit zwischen den Kirchen im Osten und Westen fest. Das muß nicht verwundern, denn die Kirchenleitungen haben stets eine enge Zusammenarbeit gerade in Personalfragen auch über die Mauer hinweg betont. Rheinlands Kirche³⁴⁶ meinte zu Ausreisefällen ohne konkretes Votum: „Die Einsicht in die Personalakte durch das Personaldezernat im Westen führte dann jedoch dazu, eine Übernahme abzulehnen.“ Pettelkau³⁴⁷ stellt fest: „Es war üblich, daß sich die Personalreferenten durch Einsichtnahme in die Personalakten bei den früheren Kirchen selbst ein Bild machten, welche Probleme zu dem Übersiedlungsantrag geführt hatten.“

Der Kontakt riß auch nach dem Bau der Mauer nicht ab, obwohl zu diesem Zeitpunkt so gut wie keine Kontakte möglich waren. Man kam auf den Idee, Vikare aller Westkirchen abwechselnd nach West-Berlin abzuordnen; den Reisepaß hatten sie mitzubringen und mit ihm und einem an der Grenze erhältlichen Tagesvisum der DDR nur für Westdeutsche nach Ost-Berlin zu gehen, wenn Not am Mann war. „Tauben“ wurden sie genannt, hatten die „Konterbande“ (DDR-Funktionärswort für verbotene Literatur) im Kopf. Sie überbrachten auswendig gelernte Botschaften der EKD an die Ostkirchen und lernten neue Botschaften aus dem Osten für die EKD³⁴⁸.

Der Streit, ob Pfarrer bleiben müssen oder ihre Menschenrechte wie jeder andere in Anspruch nehmen und einfach gehen können, ist auch nach dem Ende der DDR nicht zu entscheiden. Vom Standpunkt des einzelnen sind alle Grün-

342 Ebda.

343 Ebda.

344 Neubert: Opposition, 528.

345 Ebda.

346 Brief Ev. Kirche im Rheinland vom 15.1.98.

347 Pettelkau im Brief an die Kirche Nordelbien vom 5.12.97.

348 Vgl. dazu Karl-Heinz Baum: Die Brieftauben gehörten zur Gattung Mensch, in: Frankfurter Rundschau vom 8.10.1992.

de, mit der Pfarrer ihre Ausreise gerechtfertigt haben, nachzuvollziehen. Aber das besondere Vertrauensverhältnis, das Pfarrer mit den Gliedern ihrer Gemeinde eingegangen sind, die besondere Verantwortung, die sie für ihre Gemeinde übernommen haben und unter der sie selbst stehen wollen, hebt solche Gründe wieder auf. Es ist erstaunlich; in den Briefen aus den ost- und westdeutschen Landeskirchen ist auch neun Jahre nach dem Ende der DDR kein Wort des Bedauerns über die einstige einseitige Haltung zu vernehmen. Deshalb muß sie noch nicht richtig gewesen sein, aber falsch war sie deshalb noch lange nicht.

Entscheidend ist das große Interesse der DDR am Weggang der Pfarrer. Das war vor allem der Grund für Schönherr's Brief. Die SED hoffte, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Mögliche Keimzellen des Widerstands loszuwerden und Pfarrer von der Gemeinde zu trennen. Pfarrer hatten ohnehin mehr Rechte als die Mitbürger. Das Menschenrecht, das eigene Land zu verlassen, wurde ihnen bevorzugt gewährt. Dagegen Dämme aufzubauen, ist wohl gerechtfertigt. Auf's Sozialamt mußte wohl keiner.

3. Schluß

3.1. Offene Fragen und Probleme

Bei dieser Arbeit sind offizielle Eingliederungshilfen nicht bis in alle Einzelheiten analysiert worden. Sie konnten vernachlässigt werden, weil die Prüfung, wie Eingliederung verlaufen ist, schon an den Problemfeldern Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und der besonderen Lage der Häftlinge überraschend positive Ergebnisse brachte. Es wäre zudem wenig sinnvoll gewesen, hier lange Erörterungen, etwa über den 1957 geschaffenen Garantiefonds³⁴⁹ oder die 1963 errichtete Otto Benecke Stiftung³⁵⁰, vorzulegen: jene zusätzliche Ausbildungshilfen, wenn andere versagten, der Garantiefonds war für junge Menschen aus der DDR [und Osteuropa] überhaupt gedacht, die Stiftung für Studenten.

Die Betreuer der jungen Zuwanderer loben diese Fonds als wesentliche Stütze ihrer Arbeit, die selbst dann noch griffen, wenn andere Hilfen versagten³⁵¹. Für den Außenstehenden scheinen die Vorschriften etwas sehr bürokratisch zu sein, bedenkt man, daß für den Garantiefonds neben der umfangreichen Bundesregelung noch einmal voneinander abweichende landesrechtliche Regelungen getroffen wurden³⁵². Zudem haben mehrere junge Übersiedler d.V. erklärt,

349 Hans-Peter Mehl: Die Garantien des Garantiefonds, in: IRbSozLJ, Jg. 9, 1957, Heft 4, 64-71.

350 Helga Schmutzler: Eingliederungshilfen für Studierende durch die Otto-Bennecke-Stiftung, in: JGB, 1978, Heft 2, 91-94.

351 Gespräche mit Hans Kock, Rita Schmidt, Rainer Schmandt.

352 Vgl. Allgemeine Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Beihilfen zur Eingliederung junger Zuwanderer (sog. Garantiefonds) in: JGB Jg. 25, 1974, H.2-3 36-46. Vgl. auch Synopse der

sie hätten von diesen Möglichkeiten nie etwas erfahren; denn niemand habe sie je darauf hingewiesen. „Das weiß ich erst seit ein paar Jahren, da war ich mit dem Studium längst fertig“, berichtet einer.

Dr. Mittmann von der Bundesanstalt für Arbeit hat am 15.10.1984 vor der Otto-Benecke-Stiftung Angaben über Hochschulabsolventen gemacht, die im Frühjahr gekommen waren: unter gut 20.000 Zuwanderern 1984 (bis dahin) seien etwa 2000 Hochschulabsolventen gewesen: von ihnen hätten sich 1500 an die Fachvermittlungsdienste gewandt: darunter waren 300 Geistes- und Sozialwissenschaftler, 100 kaufmännische und Verwaltungsstudien; 700 technisch/naturwissenschaftliche Studien, 140 Ärzte und 120 Künstler³⁵³. „Frau Lindenberg – Otto Benecke Stiftung“ berichtete 1981 vor dem „Eingliederungsausschuß des Beirats für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim Bundesminister des Innern“ über „Fragen der Studienaufnahme und des Arbeitsmarktes für Akademiker bei ehemaligen politischen Häftlingen aus der DDR“³⁵⁴.

Lindenberg berichtet, die Möglichkeiten für die Numerus-Clausus-Fächer Medizin, Tiermedizin und Zahnmedizin hätten sich erheblich verschlechtert: hier greife nur noch der Härteantrag – doch Haft reiche als Härtegrund nicht aus. Bei den anderen NC-Fächern, in denen Studienplätze nach Notenschnitt und Wartezeit vergeben werden, genüge meist die Wartezeitregelung: Inhaftierte hätten oft über den zweiten Bildungsweg Abitur machen müssen. Zur Vermittlung von Arbeitsplätzen für Akademiker, die politische Häftlinge waren, sagte Lindenberg³⁵⁵:

„Bei Medizinern bestehen in der Regel keinerlei Schwierigkeiten einer beruflichen Eingliederung. Lediglich die Facharztausbildung wird teilweise nicht voll anerkannt. Bei Lehrern kommt es darauf an, ob die in der DDR studierte Fächerkombination in dem jeweiligen Bundesland möglich ist. Ist diese Kombination nicht möglich, muß ein zweites Fach nachstudiert werden. Bei Juristen erfolgt in der Regel eine Anerkennung, jedoch mit der Empfehlung, sich vor Aufnahme der Referendarausbildung 4 Semester lang mit dem geltenden bundesdeutschen Recht zu befassen. Diplom-Ökonomen aus der DDR werden seit neuestem nicht mehr anerkannt. Bei Naturwissenschaftlern ergeben sich keine Schwierigkeiten mit der Anerkennung, da lediglich die Genehmigung zur Führung des Diploms erfolgt, ohne eine materielle Gleichwertigkeitsprüfung vorzunehmen. Schwierigkeiten ergeben sich hier jedoch auf dem Arbeitsmarkt, da gerade in der Industrie oft Vorbehalte gegen DDR-Zuwanderer bestehen. Auch fehlen oft die englischen Sprachkenntnisse. Aber auch zum Beispiel die Bun-

verschiedenen Regelungen des Garantiefonds in Bund und Ländern in: IRbSozLJ Jg. 11, 1960, am Ende von Heft 2.

353 Ms. des Kurzreferats Mittmanns, von der Bundesanstalt in Nürnberg zur Verfügung gestellt.

354 Ms. des Kurzreferats Lindenberg vom 23.6.'81 von der BA zur Verfügung gestellt.

355 Ebda.

despost stellt Diplom-Ingenieure aus der DDR in den ersten Jahren nach Zuwanderung³⁵⁶ nicht ein.“

Die bereitgestellten Hilfen, die nicht nur Übersiedlern, sondern auch Deutschstämmigen aus Staaten des früheren Ostblocks, auch Aussiedler genannt, zugutekommen, sind in langen Listen zusammengestellt. Die Liste der „Leistungen an Aussiedler und an Übersiedler aus der DDR“ des Bundesministers des Innern [Stand 2.11. '82] enthält allein 36 Posten, die „Übersicht der wesentlichen Leistungen für ehemalige politische Häftlinge aus der DDR“ [Stand 2.1. '84.] 32 Posten, von denen einige auch in der ersten Liste stehen³⁵⁷. Wahrscheinlich sind diese zahlreichen Hilfen nur über besondere Forschungsprojekte zu untersuchen, zumal in der Regel dafür auch repräsentative Befragungen nötig sein werden.

Es ist noch darauf zu verweisen, daß nicht selten Übersiedler solche Hilfen gar nicht in Anspruch nehmen wollten; sie waren froh, daß sie ohne besondere Formalitäten aufgenommen wurden, daß ihnen das – ohne eigene Beitragszahlung – gewährte Arbeitslosengeld das Überleben ermöglichte und Kraft zum neuen Start gab. Der Versuch, anhand des Akademiker-Programms der Bundesregierung zu erforschen, wie sich übergesiedelte Wissenschaftler eingliedert haben, schlug fehl: Zwei ausgewählte Universitäten kannten zwar das Programm, übersandten es auch, nur hat nie jemand dort das Programm in Anspruch genommen.

Eine offene, demokratische Gesellschaft kann auch neuen, schwächeren Gliedern Chancen bieten. In einer solchen Gesellschaft gibt es dann gar Lobbyisten, von denen die Betroffenen nur wenig merken. Die Durchsicht Kleiner und Großer Anfragen und der Sitzungsprotokolle des Landtags Rheinland-Pfalz zeigte, daß sich zahlreiche Abgeordnete aller Fraktionen ständig mit den Problemen der Übersiedler [und Aussiedler] beschäftigt haben. Sie verlangten Berichte über deren Probleme und debattierten darüber: über Dauer des Aufenthalts in Durchgangslagern, über schulische Probleme, über Anerkennung von Abschlüssen, über Mängel in der Ausstattung der Lager, über das Wohnungsangebot, über die Verteilung der Übersiedler auf die Landkreise, über Mängel der Bürokratie beim Prozeß der Eingliederung und vieles mehr³⁵⁸. Ähnliches ist aus dem Bundestag zu berichten³⁵⁹. Dabei ist allgemein zu bedenken, daß Rheinland-Pfalz mit die geringste Aufnahmequote von Übersiedlern und Aussiedlern hatte. Mit anderen Worten: Solche Anfragen und Debat-

356 Offenbar Hinweis auf Agentenfurcht bei Industrie und Bundespost.

357 Die Listen sind im Besitz des Verfassers.

358 Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz Drucksachen 7/747, 7/866, 8/1204, 8/2013, 8/2753, 8/2835, 8/2872, 9/1113, 9/1295, 9/2548, 10/289, 10/628, 10/663, 10/1637, 10/2501, 10/2629, 10/3044, 11/218, 11/2511, 11/2605, 11/3031, 11/3037, 11/3201, 11/3345, 11/3502, 11/3797, 11/3815, 11/3905, 11/4965 und Landtagsprotokolle: 5/2. Sitzung, S. 14 v. 27.6. '63 und 11/67. Sitzung, S. 4657-4693 v. 7.12. '89 mit „Bericht der Landesregierung „Übersiedler und Reisende aus der DDR“ mit Daten zu Übersiedlern: Zahl, Alter, Familiengröße. Aussage: „Die Integration ...gelingt ohne größere Probleme.“

359 Hier nur als Beispiel: Bundestagsdrucksachen 10/1463 vom 21.5. '84 „Hilfen für Übersiedler aus der DDR“ und 10/5657 Eingliederung.

ten sind im Deutschen Bundestag und in allen (westdeutschen) Ländern von 1946 bis 1989 durchzusehen und aufzuarbeiten, ebenso die Protokolle der Kabinettsitzungen der Bundesregierung und der Landesregierungen. Das Schicksal der ostdeutschen Mitbürger hatte auf der politischen Ebene immer einen hohen Aufmerksamkeitsgrad.

So reichte einem Landesminister ein Einzelfall, um die Vergabepaxis des Garantiefonds zu ändern. Ein andermal ging es um einen Abschluß in der DDR. Wo war das in dieser Gesellschaft sonst noch so, daß Einzelfälle reichten? Der Erlaß aus Schleswig-Holstein³⁶⁰ beginnt so: In einem Einzelfall ist mir bekanntgeworden, daß ein alleinstehender junger Zuwanderer seine Berufsausbildung aus wirtschaftlichen Gründen abgebrochen und eine Arbeitsstelle als ungelernter Arbeiter angenommen hat, weil 2 1/2 Monate nach erfolgter Zuwanderung über eine Ausbildungsbeihilfe noch nicht entschieden war.“

„Jugend, Beruf, Gesellschaft“ [JBG], früher „Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend“ [IRbzsozLJ] ist ohnehin eine Fundgrube für Schwierigkeiten, Alltagsprobleme jugendlicher Zuwanderer bei der Eingliederung. Hier noch einige Beispiele: 1983 wurden Spätaussiedler und DDR-Zuwanderer auf Veranstaltungen des Jugendgemeinschaftswerk über Schule, Beruf, Wohnung, Interesse an Politik, Problemen mit Behörden befragt. Auch hier ein überraschend positives Ergebnis³⁶¹:

„75 % versichern, daß sie keine Schwierigkeiten in der Schule hatten, den Lehrstoff nachzuholen. Nur etwa 8 % fühlten sich benachteiligt. 42 % sind mit dem hiesigen Schulsystem zufrieden, 17 % finden es gut und nur 8 % halten es für schlecht. Im Ausbildungsbereich bietet sich ein erschreckendes Bild. Nur 33 % konnten die im Herkunftsland begonnene Ausbildung hier fortsetzen, und weniger als 8 % konnten umschulen. 54 % sind mit ihrer jetzigen Berufstätigkeit zufrieden. Berücksichtigt werden muß, daß nur ein Bruchteil der Berufstätigen im erlernten Fachberuf arbeitet. Sicher ist es immer wieder Aufgabe unserer Mitarbeiter, zur Desillusionierung überzogener Erwartungshaltungen beizutragen. Schwierigkeiten im Umgang mit Behörden bejahten nur 12,5 % der Befragten.“

Bald darauf beschreibt Michael Fähndrich³⁶² die Schulsituation und weist auf Mängel hin: „Jugendliche Aussiedler und DDR-Zuwanderer fassen nach ihrer Ankunft schwer Fuß in deutschen Regelschulen. DDR-Zuwanderer haben vor allem Schwierigkeiten mit den Fremdsprachen, d. h. sie haben keine Vorkenntnisse in Englisch oder Französisch und Russisch wird als erste Fremdsprache nicht angeboten. In der Regel muß Englisch nachgelernt werden.“

360 Runderlaß des Ministers für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein vom 9.11. 1961, in: JGB Nr. 1-2, 1962, S. 54 f. Vgl. auch Kleine Anfrage Landtag Rheinland-Pfalz 11/4487 wg. „Anerkennung des Ausbildungsberufs einer [!] Übersiedlerin“.

361 Hermann Laubach: Wie fühlen sich junge Spätaussiedler und DDR-Zuwanderer in der Bundesrepublik Deutschland? Erfahrungen zur Diskussion gestellt in: JBG, 1983, 271-277.

362 Michael Fähndrich: Situation der Aussiedler – Soziale Integration – Arbeitslosigkeit, in: JGB, 1984, 86-88.

Zur Ausbildungsplatzsituation schreibt Fährdrich: „Für jugendliche Zuwanderer liegt hier ein großes Handicap in den mangelnden Englischsprachkenntnissen. Auch die Anerkennung von Russisch als zweite Fremdsprache, die vereinzelt möglich ist, verhindert schließlich eine Benachteiligung bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen nicht.“³⁶³

Zudem veröffentlicht die Zeitschrift „Jugend, Beruf, Gesellschaft“ einmal im Jahr die „Sozialanalyse der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk zur Situation jugendlicher Flüchtlinge und Aussiedler“, die Auskunft gibt, welche Träger wie viele Jugendliche betreut haben, wie sich die Altersstufen verteilen. Angaben über berufliche Voraussetzungen und Entwicklungen der Zuwanderer, über die Zahl von Schülern und Studenten in Aufbaukursen, über die Familiensituation [Eltern geschieden? Waisenkind?] etc. Welche Gruppenfahrten zu welchen Wochenendseminaren stattfinden? Auch: Wie oft werden mit welchen und wieviel Teilnehmern wo Feste gefeiert?

Rita Schmidt von der Arbeiterwohlfahrt vergleicht beispielsweise 1979 die 17. Sozialanalyse über jugendliche Zuwanderer mit früher erhobenen Daten und kommt zum Schluß: „Die Eingliederung junger Zuwanderer in unsere Gesellschaft ist um einiges schwerer geworden. Diese Erschwernisse im Eingliederungsprozeß wirken sich zunächst und unmittelbar auf die Dauer der Betreuung aus.“³⁶⁴ Schmidt zweifelt Angaben der Bundesanstalt für Arbeit „über ständig sinkende Zahlen der arbeitslosen Jugendlichen“ an und schreibt: „Ganz besonders wird diese Situation auch diesmal wieder an den „versteckten Arbeitslosen“ – Teilnehmer an Vollzeitkursen und Hausfrauen – deutlich. Insbesondere die Situation der Frauen hat sich verschlechtert.“³⁶⁵

Zu beachten sind auch monatlich angefertigte Gildenberichte, die die Trägergruppen (evangelische, katholische und soziale Gruppe) von den Betreuern abforderten. Hans Kock vom CVJM Hamburg schrieb 1993/94 über junge DDR-Zuwanderer³⁶⁶:

„Schließlich erhielt einer meiner Schützlinge, dessen Geld jahrelang auf mein Konto gegangen war, nach vielen Kämpfen endlich wieder ein eigenes Konto bei der Hamburger Sparkasse. Dafür hat ein anderer selber sein Konto bei dieser Hamburger Sparkasse gekündigt. Das Arbeitsamt überweist sein Geld jetzt auf mein Konto. So spart er 18 DM Bankgebühren im Monat, die für „Sonderüberwachung“ seines Kontos verlangt wurden.

Es gibt in Hamburg ganze Häuser, Straßen und Stadtteile, in denen nur Arbeitslose wohnen. Arbeitende leben hier gefährlich. Ein Gildenangehöriger, der in einem solchen Haus wohnt und jeden Morgen früh zur Arbeit muß, hatte es gewagt, die Polizei zu rufen, weil er wegen nächtlichen Lärm [sic!] nicht

363 Ebda.

364 Rita Schmidt: Zunehmende Schwierigkeiten für Zuwanderer und Berater in der Eingliederung, in: JBG, 1979, 80-81.

365 Ebda.

366 Berichte Hans Kock vom 1.11. '93 und 3.1. '94 liegen dem Verfasser vor.

schlafen konnte. Dafür wurde er am nächsten Tag von Hausbewohnern in seiner Wohnung überfallen und krankenhausreif geschlagen.“

Eine Untersuchung wert wären auch die Angebote westdeutscher Bürger an die Zuwanderer. Da sind viele selbstlose Hilfeleistungen darunter, aber auch solche, die nur auf Gewinn aus gewesen sind. Zu prüfen wäre auch, ob das gar für Hilfsorganisationen und ihre Zulieferer gilt: Es ist jedenfalls vorstellbar, daß sich etwa Container-Verleiher goldene Nasen verdient haben, sobald Übersiedlungswellen im Westen ankamen³⁶⁷. Neben seriösen Angeboten hat es immer auch wenige zweideutige gegeben. Beispiele liegen, davon konnte sich der Verfasser überzeugen, zuhauf in den zuständigen Amtsstuben der Ministerien des Bundes, der Länder wie der Landkreise, Städte und Gemeinden³⁶⁸:

- (a) „Ich selber bin 1941 mit meinen Eltern von Litauen nach Ostpreußen umgesiedelt worden. Heute sehe ich mich in der Lage, einer Spätaussiedlerfamilie ein möbliertes Haus zur Verfügung zu stellen gegen eine ortsübliche Nettomiete und Übernahme der Heiz- und Betriebskosten.“
- (b) „Um die Wohnungsnot von Aussiedlern zu verringern, würden wir gerne solche Familien als Mieter aufnehmen. Bitte informieren Sie uns, in welcher Weise Sie finanziell helfen können.“
- (c) „Das Anwesen würde sich anbieten für 1-2 Großfamilien, die handwerklich begabt sind, um die z.T. erforderlichen Renovierungen selbst vorzunehmen.“
- (d) „Da ich freiberuflich tätig bin und oft unterwegs bin, such ich auf diese Art und Weise eine Aussiedlerin (gerne Polin), welche ca. 23-25 Jahre alt ist. So könnte sich diese Person bei mir kostenlos ernähren und auch wohnen und ich könnte mit ihr vielleicht auch ein freundschaftliches Verhältnis beginnen.“

Hier sei auch noch auf eine Studie des Statistischen Bundesamtes aufmerksam gemacht, das am 31. Oktober 1989 die Verweilzeit von Aus- und Übersiedlern in den Wohnheimen und ihren Bedarf an Wohnungen untersucht hat. Dabei hatte „die durchschnittliche Verweilzeit“ in den Unterkünften im Laufe der Zeit, kaum glaublich, „abgenommen“³⁶⁹:

Aus- und Übersiedler, die Anfang 1988 in die Bundesrepublik kamen, mußten demnach im Durchschnitt ca. 4 Monate länger in der Unterkunftseinrichtung verbleiben als Personen, die erst im Frühling 1989 kamen. Betrachtet man die Entwicklung nach Herkunftsländern so wird deutlich, daß sich die Situation für die Übersiedler aus der DDR durchweg günstiger darstellt. Es ist deutlich zu erkennen, daß die Entwicklung in den Bundesländern sich nicht erheblich

367 Vgl. Übersiedler: Wir brauchen Platz in: Spiegel vom 30.10.'89. Die Mangellage wird schamlos ausgenutzt in: Spiegel vom 21.8.'89.

368 Aus Briefen an offizielle Stellen, zur Verfügung gestellt von Mathias Heck, Ministerium des Innern Rheinland-Pfalz.

369 Statistisches Bundesamt: Aus- und Übersiedler, 45, 47, 50, 59.

voneinander unterscheidet. Betrachtet man alle Bewohner unabhängig davon, woher sie kamen, dann fällt der hohe Anteil junger Leute auf. Ein Drittel waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, knapp die Hälfte (44,9 %) war jünger als 25 Jahre und 81,84 % waren jünger als 45 Jahre. Besonders ausgeprägt war diese Altersstruktur bei den Übersiedlern aus der DDR.“

Ein weiteres Feld für Untersuchungen sollten „Berufswechsel“ der Übersiedler, Flüchtlinge und ehemaligen Häftlinge sein. Es wurde oben schon beim Thema Lehrstellen berichtet, daß diese Bevölkerungsgruppe in weniger beliebte Lehr-Berufe ausgewichen ist. Die Jahresberichte der Bundesregierung, besonders die zur Lage der Nation, geben Hinweise darauf, daß zahlreiche Übersiedler auch als Unternehmer, selbständige Landwirte und Handwerksmeister tätig wurden. So heißt es im Jahresbericht der Bundesregierung 1968³⁷⁰:

„An dem von der Bundesregierung eingeleiteten Konjunkturaufschwung haben 1968 auch die Unternehmen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte [sic!] teilgenommen. Die im Jahre 1968 erteilten Kreditzusagen aus dem Investitionskreditprogramm für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte belaufen sich auf rund 56 Mio. DM.“

Aus dem Bericht ergibt sich weiter, daß im September 1967 „Deutsche aus der Sowjetzone“³⁷¹ 4.643 Industrie-Betriebe führten, darunter 433 Großbetriebe mit mehr als 100 Beschäftigten, also jeder 20. Betrieb; bei Großbetrieben jeder 25. Sie beschäftigten fast 200.000 Menschen [3,7 %]. Im Bauhauptgewerbe führten [Stand Juni 1967] „Deutsche aus der Sowjetzone“ 1.406 der 66.198 Betriebe, jeden 50. also, und gaben 25.547 Menschen Arbeit. Außerdem führten „Deutsche aus der Sowjetzone“ [Stand 1963] 18.825 Handwerksbetriebe mit 111.978 Beschäftigten und machten 2,4 Milliarden DM Umsatz. Schließlich beschäftigten – diesmal nur! – „anerkannte Flüchtlinge mit Ausweis C“ nach der Zählung 1960 in 23.963 Handels- und Gastbetrieben 93.596 Menschen und machten 4,1 Milliarden DM Umsatz³⁷².

Dem Verfasser fällt jedenfalls auf, daß nicht wenige von ihnen im Westen Journalisten wurden. Das hängt zum einen damit zusammen, daß gerade dieser Beruf in der DDR als „korrumpiert“, als stasi-verdächtig galt und es nicht selten auch war, ein „Beruf, den ein aufrechter Zeitgenosse in der DDR nicht anstrebt“³⁷³. Zum andern war es wohl auch der im Vergleich zu anderen Berufen ziemlich leichte Zugang – kein Qualifikationsnachweis erforderlich –, der den Berufswechsel erleichterte. Da Journalisten für die veröffentlichte Meinung verantwortlich sind, ist ihre Rolle [und die der aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße stammenden Journalisten³⁷⁴] auch in den Publikationen

370 Bundesministerium für Vertriebene..., Sonderdruck, 16.

371 Dazu zählen auch im Westen geborene Kinder.

372 Bundesministerium für Vertriebene..., Sonderdruck, 29-31.

373 Gespräche mit Ernst-Friedbert Raulf, Dortmund, und Dietrich Zarft, Ebstorf, Kreis Uelzen.

374 DDR akkreditierten westdeutschen Korrespondenten und der Pressereferent der Ständigen Vertretung den Geburtsort Breslau [15 bzw. 20%].

über und zur DDR eine Untersuchung wert, man denke an Fritz Schenk [ZDF-Magazin], Jürgen Engert [Kontrate/SFB] Ernst Elitz [Deutschlandradio] oder Eghart Mörbitz, Karl-Heinz Krumm, Horst Köpke, Gerhard Ziegler [alle Frankfurter Rundschau].

Schließlich ist noch ein offenes Untersuchungsfeld, das hier auch nicht ausführlich behandelt werden kann, die Frage, warum eigentlich so wenige Übersiedler nach der Einheit zurückkehrten. Ein Blick auf zahlreiche Stadtrand-siedlungen Berlins zeigt, daß dort westdeutsche/ West-Berliner Familien hingezogen sind, kaum ehemalige DDR-Bürger. Da waren meist erheblich günstigere Grundstückspreise im Osten ausschlaggebend. Ehemalige DDR-Bürger sind kaum darunter. Jene, die wieder im Osten sind, zeigen sich über sich selbst und ihren Mut eher verwundert. Grund ist meist der Aufbau einer Firma oder eine ganz besonders günstige Arbeitsstelle. Die Wohnungssuche einer ehemaligen DDR-Familie 1996 in Berlin wurde auf den Westteil der Hauptstadt beschränkt, nachdem die Frau den Satz gesagt hatte „Ich bin eine Westfrau“ – sie lebt seit 1980 in Bayern. Der nächste Satz war: „Das haben wir uns nicht verdient, wieder im Osten zu wohnen.“ In einem andern Fall – hier hatte der Mann ein besonders günstiges Angebot – sagte die Frau, er könne doch allein hingehen. Sie werde „meine Kinder“ nicht von Lehrern erziehen lassen, die sie selbst schon erzogen hätten: an diesen Unterricht könne sie sich noch sehr an diese Indoktrination genau erinnern. Als sie diese Haltung mit ostdeutschen Freunden diskutierte, gaben die ihr recht.

Monika Hagen, Chefärztin für Psychiatrie am sächsischen Krankenhaus Altscherbitz (bei Leipzig) äußert Gedanken zum Unwillen zahlreicher ehemaliger DDR-Bürger zur Rückkehr so³⁷⁵:

„Die Übersiedlung in den Westen hat eine immense Anpassungsleistung erfordert. Einer solchen Leistung wollen sich die meisten nicht ein zweites Mal unterziehen. Für eine zweite Gruppe war Weggehen aus der DDR so traumatisch, daß sie nie mehr an damalige Verhältnisse und Erlebnisse erinnert werden wollen. Sie wollen auch nicht ihre alte Wut auf die Verlogenheit des Systems wiederbeleben. Jene, die dennoch zurückgehen, haben in der Regel besondere Familienkontakte, oder ein ganz besonders günstiges Stellen-Angebot lockt, nicht etwa eine kleine berufliche Verbesserung sondern ein richtiger Karrieresprung oder es handelt sich drittens um Eigentumsrückübertragungen und sie wollen ihr Eigentum selbst nutzen. Ein Teil jener Menschen, die zurückgehen, haben zudem Spannungen im zwischenmenschlichen Bereich im Westen; für sie ist die Rückkehr ein 'Rückzug vor den dortigen Problemen'.“

375 Monika Hagen in einer Ausarbeitung für den Verfasser, unveröff.

3.2. Aderlaß gegenüber Bereicherung: Die Bedeutung der Flüchtlinge für beide Staaten und die Nation

Über viereinhalb Millionen Menschen haben seit 1945 die Sowjetzone und spätere DDR verlassen; das ist ein gutes Viertel der am Ende verbliebenen Bevölkerung. Die, die in der DDR ausharrten, haben ihr historisches Verdienst darin, daß sie erst verhinderten, daß diese von der Sowjetunion kontrollierte Gegend Deutschlands anderweitig besiedelt wurde [bei einem größeren Exodus in den Westen wäre die Mitte Europas ja nicht leergeblieben] und daß sie mehr oder weniger dazu beigetragen haben, die SED-Herrschaft davongejagt zu haben.

Was aber ist dann das Verdienst der Übersiedler? Gibt es überhaupt eines? Was hat es für Deutschland, für den Westen, für die DDR, für die Nation bedeutet, daß so viele Menschen von einem Teil des Landes in den anderen gingen?

Nach der gescheiterten 1848-er Revolution haben 800.000 Menschen Deutschland verlassen, vor allem aus Baden, aber auch aus Preußen. Die Historiker sind sich heute, 150 Jahre danach, einig: Der Siegeszug der Reaktion, der das Deutsche Reich danach erfaßte, gelang auch deshalb, weil so viele junge Menschen dem Land den Rücken gekehrt hatten. Auf dem Forum der Historiker-Kommission der SPD in Berlin sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau zu den Menschenverlusten des Reiches seinerzeit³⁷⁶:

„Wir können heute nur ahnen, welcher Aderlaß an Bürgersinn das gewesen ist und was für ein Verlust an politischem Engagement. Deutschland hätte beides in den folgenden Jahrzehnten bitter nötig gehabt. Statt dessen sah die Mehrheit der Deutschen in der gescheiterten Revolution von unten eine Legitimation für Bismarcks Revolution von oben.“

Die historische Erfahrung aus der Zeit nach 1848 war der Greisenriege der SED kein Menetekel, obwohl sie Jahr für Jahr der „Märzgefallenen“ gedachte. Sie glaubte sich als „Sieger der Geschichte“ und ließ die Menschen ziehen. Es schien ja zuerst auch anders herumzugehen als 1848. Intellektuelle Geister aus dem Exil sahen in der DDR das bessere Deutschland; alte Nazis setzten sich nach Westen ab. Daß aber schon 1946 kritische Geister schnell merkten, die Sowjetische Besatzungszone biete ihnen wenig oder keine Chancen zur Entfaltung, kümmerte die Herrschenden offenbar wenig. Jene, die allein den Sowjetweg Stalins nachgehen wollten, glaubten zudem, leichteres Spiel zu haben, ihre Herrschaft zu sichern, wenn Aufmüpfige, Widerständige gingen.

In der Tat rissen die Herrschenden in der DDR manchmal ganz schön kräftige andersblühende Pflanzen aus und beförderten sie auf die andere Seite des Stacheldrahtzauns. Dann mußten andere erst einmal nachwachsen. Die Führung merkte nicht, daß sie statt auf Kreativität auf Mittelmaß setzte. Von Anfang an

376 Johannes Rau auf dem Forum der SPD zur 1848er Revolution am 20.3.'98 in Berlin.

reichte Jugendlichen nicht das Versprechen glänzender Karrieren für den Preis der Anpassung. Der Mauerbau sollte den Exodus der Jugend stoppen. Zum Ende des 20. Jahrhunderts hielten sich die Medien als erste nicht mehr an von alters her überkommene Grenzen, dann die Wirtschaft und am Ende selbst die Politik nicht mehr. Die veralteten SED-Rezepte waren auf Dauer chancenlos.

Keine Frage, die SED hätte mit dem Staat DDR gern brilliert, mit ihrer Jugend vor allem. Nichts macht das mehr deutlich als die Bemühungen, die – wenn auch gedopte – Sportnation Nr. 1 der Welt zu werden. Das Helsinki-Abkommen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit den Körben 1, 2 und 3 – vertrauensbildende Maßnahmen, verbesserte Wirtschaftsbeziehungen und humanitäre Beziehungen – erforderte Öffnung, die die Altherrenriege der DDR mit ihrer Abschottungspolitik auf Dauer nicht aushalten konnte.

Erinnert sei nur an die Botschaftsflüchtlinge im Prager Palais Lobkowitz im Oktober 1989. SED-Generalsekretär Erich Honecker ließ sie schließlich ziehen und zugleich die staunende Welt wissen, den jungen Menschen „brauchen wir keine Träne nachzuweinen“. Doch das Rezept funktionierte nicht mehr wie bisher nach der Devise: Aufmüpfige gehen und die Herrschaft bleibt gesichert.

Honecker hatte nicht gemerkt, wie sich die Welt buchstäblich unter seinen Füßen verändert hatte. Immerhin hat die Ausbürgerungspraxis der DDR dazu beigetragen, daß Demkes Worte im Brief an die Pfarrer der Kirchenprovinz Sachsen soviel Resonanz in der ganzen DDR fanden.

Die Menschen waren einfach überzeugt, daß Demke recht hatte, als er dazu aufforderte, „die Erstarrung in der DDR, in der Ruhe als höchstes Gut betrachtet wird, zu durchbrechen“³⁷⁷. In Halle hatte sich in jenem Sommer 1989, noch bevor Demke seinen Brief schrieb, eine Jugendgruppe das für die DDR so treffende Motto „Unruhe in der Tiefkühltruhe“ gewählt.

Die Ausbürgerungspraxis nach dem Mauerbau hat auf der anderen Seite dazu beigetragen, daß sich die Herrschenden in der DDR nicht mit einem Sozialismus mit menschlichen Antlitz von Alexander Dubcek 1968, nicht 1977 mit einer Charta 77 wie in der CSSR, nicht mit einer Gewerkschaftsbewegung wie „Solidarność“ in Polen zu Beginn der achtziger Jahre auseinandersetzen mußten. Die Herrschenden in Polen und der CSSR konnten sich der Opposition nur dadurch entledigen, daß sie die Anführer ins Gefängnis steckten und sie damit zumindest in ihren Kreisen zu Märtyrern machten. Die DDR-Führung dagegen entledigte sich ihres Widerstandspotentials durch Ausbürgerung.

Der Unterschied in der Wirkung ist leicht erkennbar: Jene, die aus der DDR gingen, hatten den Geruch an sich, die anderen im Stich zu lassen. In Polen und der CSSR aber machten Leute wie Adam Michnik oder Václav Havel einfach doch weiter, dort wo sie vor ihrer Festnahme aufgehört hatten. In der

377 Vgl. Karl-Heinz Baum: Magdeburger Bischof fordert Mut zur unbequemen Wahrheit, in: Frankfurter Rundschau vom 7.9. '89.

DDR mußte das Oppositions-Potential immer von neuem nachwachsen. Der gewollte Aderlaß in der DDR hat zudem zu einer geistigen Verarmung der politischen Klasse geführt, die in Osteuropa ihresgleichen sucht.

Michnik oder Havel gehörten wie selbstverständlich nach dem Ende des real existierenden Sozialismus in ihren Ländern zur Führungsschicht; die Ausgereisten aber keineswegs oder nur in seltenen Fällen.

Der 1983 übergesiedelte Pfarrer Dietmar Linke³⁷⁸ schreibt drei Jahre nach seiner Aussiedlung: „Zu allen Zeiten menschlicher Geschichte gab es Bedürfnis, die Wanderschaft waren. Sie waren getrieben von dem Bedürfnis, die Welt zu entdecken, selbst Erfahrungen zu sammeln. Oder sie suchten nach einer neuen Existenzgrundlage. Innere und äußere Gründe waren die Triebfeder für den Exodus aus dem Familienverband, aus der Heimat.“ Linke hat seiner Meinung nach erlebt, daß „der Spielraum für den einzelnen in der DDR in den letzten Jahren immer enger geworden ist. Die Mechanismen des Staates sind immer perfekter geworden; die Versuche des einzelnen, seine Phantasie einzusetzen, seine Kreativität zu entfalten, sind zerschlagen worden.“³⁷⁹

1989 bewiesen allerdings die Dagebliebenen, daß er mit dieser These falsch gelegen hatte. Linke hat aber recht, wenn er sagt: Es gibt in jeder Gesellschaft unruhige Geister, wache Denker, die sich mit den Gegebenheiten nicht abfinden, die sich an den Verhältnissen reiben. Ich brauche die Hoffnung, daß etwas verändert, bewegt werden kann, daß mein Engagement benötigt wird.“³⁸⁰

Unruhige Geister, wache Denker, konnte die SED ebensowenig wie Andersdenkende überhaupt ertragen. Wer wie der SED-Chefideologe Kurt Hager tatsächlich daran geglaubt hat, die reine Wahrheit zu verkünden, dem mußte jeder abweichende Gedanke wie die Inkarnation des Bösen erscheinen. Er wird sich nicht einmal vorgestellt haben, daß Menschen solche Überlegungen wie Linke überhaupt anstellen.

Womöglich hat sich 1981 der Mitarbeiter der DDR-Botschaft in London solche Gedanken gemacht, als er über die Malerei-Ausstellung der Bundesrepublik Deutschland in Großbritannien zu berichten hatte. Doch ideologische Scheuklappen ließen ihn nicht erkennen, welchen Aderlaß an Geist, an Ideen, an Phantasie die DDR da seit dem Mauerbau Jahr für Jahr zu verkraften hatte. Er schrieb die alten, schon immer falschen Klischees auf, die bei den Vorgesetzten in Ost-Berlin gut ankamen: „Revanchismus“, „Abwerbung“, „Einmischung“ und „Antikommunismus“.

Das Schreiben fand sich in Stasi-Papieren eines Freundes. Dabei geht aus den dort liegenden Akten nicht hervor, wer eigentlich der Empfänger war: üblicherweise müßte es das DDR-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten [MfAA] sein. Das Schreiben enthält jedoch keine Anrede. So ist eher anzu-

378 Linke: Kinder, 65.

379 Ebda.

380 Ebda.

nehmen, daß es an die zuständige Abteilung im SED-Politbüro oder direkt an das MfS ging, daß sich Absender und Empfänger kannten, worauf auch die handschriftlichen Bemerkungen auf dem Paper schließen lassen³⁸¹.

„Botschaft London
Politische Abteilung
Information

London 15.1.81

über die Ausstellung in der Royal Academy of Arts, London, „Ein neuer Geist der Malerei“ (A new spirit in painting)

Dabei war ein Haupt Gesichtspunkt, Bilder von Malern, die Bürger der DDR waren, ihre Kunstausbildung durch den sozialistischen Staat erhielten, unverhältnismäßig zahlreich einzubeziehen. Bei den genannten Malern, die die DDR verließen und gegenwärtig in der BRD, in Westberlin bzw. in anderen kapitalistischen Ländern leben, handelt es sich um:

1. Georg Baselitz (Georg Kern)
2. Gotthard Graupner
3. A.R. Penck (Ralf Winkler, Mike Hammer u. a. Pseudonyme)
4. Sigmar Polke³⁸²
5. Gerhard Richter.

In einem Zuge mit westdeutschen bzw. westberliner Malern wird ihnen ein bedeutender Platz für die „heutige deutsche Malerei“ und deren „internationalen Einfluß“ zugeschrieben. Im Katalog zur Ausstellung heißt es: „Die neue Malerei in Deutschland, hier z. B. vertreten durch Georg Baselitz, Markus Lüpertz, A.R. Penck, K.H. Hödicke, Bernd Koberling, Anselm Kiefer und Rainer Fetting, widerspiegelt eine starke expressive Phantasie, die die Aufmerksamkeit über ihre Grenzen hinaus auf sich zu lenken beginnt.“

Durch Propagierung der genannten Aspekte versucht die BRD, den bekannten revanchistischen Thesen vom „Fortbestehen einer einheitlichen deutschen

381 Brief der Politischen Abteilung der DDR-Botschaft in London nach Ost-Berlin. Aus der Stasi-Akte eines Betroffenen. Dem Verfasser privat zur Verfügung gestellt.

382 Der im Bericht genannte Siegmund Polke gehört nicht dazu. Die Kennziffern 3. und 4. [Penck und Polke] sind handschriftlich dick eingekreist; nach Polke ist mit der Hand „Pohl“ eingefügt. Vermutlich wußte der Empfänger, daß Polke nie in der DDR gelebt hat. Er wurde 1941 in Oels (Schlesien) geboren und siedelte mit den Eltern als 12jähriger 1953 direkt in die Bundesrepublik über und kam nicht wie viele andere Deutsche seiner Generation nach 1945 aus den ehemaligen Ostgebieten in die DDR. Dazu gehören würde aber durchaus Siegmund Pohl, Jahrgang 1925, der 1965 nach zweimaliger Haft von der Bundesrepublik freigekauft wurde. Pohl wurde 1965 verurteilt, weil er während einer genehmigten Reise in die Bundesrepublik mit einem bundesdeutschen Paß nach Italien gefahren war. In den siebziger und vor allem achtziger Jahren gab es solche Strafverfahren nicht mehr. Es war allgemein üblich geworden, daß sich DDR-Besucher im Westen einen bundesdeutschen Paß ausstellen ließen und damit während der Dauer ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik „richtige“ Auslandsreisen unternahmen. Auch wenn die meisten Menschen, zurück in der DDR, darüber Stillschweigen bewahrten, ist kaum anzunehmen, daß diese „massenhafte Ausreise der anderen Art“ beim Ministerium für Staatssicherheit unbemerkt geblieben sein sollte.

Kulturnation trotz staatlicher Trennung“, von der BRD als „Sammelbecken und Hort neuer Kunstbestrebungen in Deutschland“ Nahrung zu verschaffen, sie weiter in die internationalen Kulturbeziehungen hineinzutragen und ihre Einmischungs- und Abwerbepolitik gegenüber der DDR zu legitimieren. In einer Zeit wachsenden Interesses an sozialistischen Kulturleistungen der DDR soll damit offenbar dem antikommunistischen DDR-Bild Auftrieb gegeben und unser auslandsinformatives Wirken noch mehr erschwert werden.“

Maler, Schriftsteller, Musiker, Künstler also, in der DDR „Kulturschaffende“ genannt, waren neben den Pfarrern die andere Gruppe, die nach ihrem Weggang aus der DDR einfach weitermachen konnte. Allerdings mußten sich Künstler anders als Pfarrer auf dem freien Markt bewähren, bekamen keine Anstellung bei irgendeiner Institution, allenfalls mal eine befristete als Stadtschreiber oder Kunst- oder Kulturamtsleiter. Aber das waren Ausnahmen und konnten allenfalls Starhilfen sein.

Uwe Johnson³⁸³, Roger Loewig³⁸⁴, oder Erich Loest³⁸⁵, um nur einige zu nennen, die nach dem Mauerbau in den Westen kamen, haben ihre Erfahrungen aufgeschrieben. Deshalb kann hier darauf verzichtet werden, zumal zwei Dokumentationen und Bibliographien vorliegen: die eine ist der Katalog der Ausstellung „Ausgebürgert. Künstler aus der DDR 1949-1989“³⁸⁶ in Dresden und Hamburg; die andere ist Andrea Jägers Zusammenstellung über übergesiedelte oder geflüchtete Schriftsteller und ihre Äußerungen in Ost und West³⁸⁷.

Die Frage Bleiben oder Gehen aus der DDR hat Millionen Menschen in innere Zwiespälte gestürzt. Die übergroße Mehrheit hat sich diesen Schritt nicht leicht gemacht, weder in den fünfziger noch in den siebziger und achtziger Jahren. Die Frage, ob die persönliche Entscheidung richtig war, löste noch 1991 einen Eklat zum Auftakt der ein halbes Jahr zuvor vereinten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf der Tagung in Bad Wildungen aus³⁸⁸.

„Zu einem Zwischenfall war es am Morgen während eines Gottesdienstes in der Bad Wildunger Stadtkirche gekommen. Als ein Ehepaar seine beantragte und von den Behörden genehmigte Übersiedlung aus der DDR in die Bundesrepublik im Sommer 1989 als den einzig richtigen Weg darstellte, verließen einzelne Synodale ostdeutscher Kirchen demonstrativ das Gotteshaus. Der Präses der Synode, der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Schmude, versicherte später vor Journalisten, daß solche Erklärungen, die eine Reihe Synodaler persönlich berührten, in einem von der Synode verantworteten Gottesdienst „sich nicht wiederholen“ würden. Synodale, die in der DDR geblieben waren und dort weitergekämpft hatten, sahen sich durch die Darstellung dieser Übersied-

383 Uwe Johnson: Berliner Sachen, 1975.

384 Roger Loewig: Licht und Schatten, 1978.

385 Erich Loest: Durch die Erde ein Riß, 1984.

386 Andrea Jäger: Schriftsteller, 1997.

387 Ausgebürgert, 1990.

388 Karl-Heinz Baum: Evangelische Kirche sieht im Schutz der Fremden „Gottes Gebot“, in: Frankfurter Rundschau vom 4. November 1991.

lung in ein ungünstiges, zweifelhaftes Licht gesetzt. „So etwas gehört nicht in einen Gottesdienst; denn einer solchen Rede hätte eine Gegenrede folgen müssen“, sagte Schmude.“

Es ist müßig darüber zu richten, was der bessere Weg gewesen wäre. Sicher ist, daß die deutsche Einheit nicht auf privatem Weg (Schumann) im Westen hätte stattfinden können. Denn dann hätte es sie nicht gegeben. Die Gefahr, daß die Ausgereisten die DDR auf Dauer stabilisierten, war nur deshalb nicht gegeben, weil die Existenz des zweiten deutschen Staats an die Anwesenheit und den Willen zum Eingreifen der 400.000 Sowjettruppen gekoppelt war. Auch die Rechnung im Osten, von westdeutschen Schreibern gelegentlich an die Wand gemalt, die Menschen, vor allem die Jugendlichen, fänden sich mit dem Staat ab, hat nie gestimmt, schon gar nicht, nachdem die DDR das Vertrauenskapital verspielt hatte, das Hunderte Nazi-Verfolgte ihr zunächst als besserem deutschen Staat entgegengebracht hatten.

Die aus dem Osten kamen, haben sich nicht in Netzwerken zusammengetan, sind nicht an einen Ort gezogen, sieht man von Berlin (West) ab. Die geteilte Stadt übte wegen ihrer Nähe zur DDR und weil die Probleme der Teilung immer Berliner Probleme waren, besondere Anziehungskraft auf Menschen aus der DDR aus. Von hier konnte man auch direkt auf die DDR einwirken. Die Menschen im Ostteil Berlins, aber auch in der weiteren Umgebung, sahen nicht nur die „tagesschau“ sondern auch die lokale „Berliner Abendschau“. In Berlin gab es die ersten Telefonverbindungen zum Ortstarif. Dennoch verteilten sich die meisten Übersiedler übers ganze Land, zogen dorthin, wo Verwandte und/oder Freunde wohnten. Weil sie von Deutschland nach Deutschland gingen, waren ihre Probleme mit der Eingliederung nicht allzu schwerwiegend, ja lösbar, auch weil sie selbst ihre Stimme erheben konnten, keinen Dolmetscher brauchten.

Die aus dem Osten kamen, waren für die Einheimischen nicht immer bequem; aber sie waren eine große Bereicherung, ein Gewinn. Ohne sie hätte der Weststaat womöglich ganz anders ausgesehen; sie haben ihn mitgeprägt, vom Studentenführer der 68er Rudi Dutschke bis zum Außenminister Hans-Dietrich Genscher, vom Bundestrainer Helmut Schön bis zum Kabarettisten Didi Hallervorden.

Die aus dem Osten kamen, waren sämtlich – Ausnahmen bestätigen die Regel – aktiv und hochpolitisiert [Häftlingen riet der „Kompass“ gar zur Zurückhaltung!]. Sie wußten immer, daß sich der einzelne um die öffentlichen Dinge kümmern muß. Sonst kümmern sich die darum, die nur auf den eigenen Vorteil zum Schaden der Gemeinschaft aus sind.

Zum andern waren die, die aus dem Osten kamen, die Klammer zwischen dem Ost- und dem Weststaat in Deutschland. Sie gehörten nicht zu denen, die sich wegen der hohen Hürden, die die DDR für das Zusammenkommen errichtet hatte, bequemere Ziele aussuchten. Vielmehr pfl egten sie, zum großen Ärger

der Stasi, „Rückverbindungen“, Beziehungen zwischen Menschen beider deutscher Staaten allen Hindernissen zum Trotz.

Die aus dem Osten kamen, waren in ihrer großen Mehrheit Anhänger eines vereinten Deutschlands. In ihrer empirischen Analyse zur innerdeutschen Migration haben Meck/Belitz-Demritz/Benske herausgefunden, daß Übersiedler im Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 zu mehr als vier Fünfteln sich für die Vereinigung beider Staaten aussprachen: zu 80,8 % vor der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und zu 85,0 % nach dieser ersten freien DDR-Wahl³⁸⁹. Nur rund vier Prozent der befragten Übersiedler waren für eine eigenständige DDR, zwischen 14 und 11 % [vor und nach der Wahl] traten für eine Konföderation ein, eine Zusammenarbeit beider Staaten, die Bundeskanzler Helmut Kohl im Dezember vorgeschlagen hatte und die zur Einheit führen sollte.

Manchmal haben die, die aus dem Osten kamen, im Westen [und da wären ja womöglich noch die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen aus dem Ostgebieten mitzuzählen] den Einheimischen mißtraut. Manchmal hielten sie sie für zu leichtgläubig gegenüber kommunistischen Avancen; andererseits auch für zu strikt. Da sie in der Regel in wenigen Wochen Teil dieser Gesellschaft waren, haben sie sich eingemischt, haben gewarnt wie etwa Jürgen Fuchs³⁹⁰, haben aber auch auf Sackgassen hingewiesen, haben wie Brigitte Klump³⁹¹ in Arbeiten über das „Rote Kloster“ – die Fakultät für Journalistik in Leipzig – Dinge in der DDR beschrieben, für die Westdeutsche kaum ein Gespür geschweige denn Gefühl und schon gar keine Kompetenz hatten, weil sie eben aus eigener Anschauung davon nichts wußten.

Am Ende der Arbeit stellen sich für die Historiker mehr Fragen als Antworten. Haben womöglich die Zugewanderten entscheidenden Anteil daran, daß der antitotalitäre Konsens der (west-)deutschen Gesellschaft nie in Frage geriet? Weil sie ihre eigenen Erfahrungen mit der zweiten Diktatur in Deutschland einbrachten? [Selbst wenn mancher annimmt, die Einheimischen hätten gar nicht auf sie gehört, können sie die Gesamtgesellschaft dennoch wesentlich beeinflußt haben.]

Waren es DDR-Zuwanderer, die den Westdeutschen und sich selbst nach 1961 die Frage stellten, was sie von dieser Seite zum Mauerbau beigetragen hätten? Waren sie es, die fragten, ob der strikte Abgrenzungskurs der fünfziger Jahre nicht erst die Mauer ermöglicht und Abwerbeklischees der DDR-Herrschenden bedient hatte? Sind die Zuwanderer womöglich mitverantwortlich dafür, daß der Roll-Back-Theorie der Amerikaner in den sechziger Jahren die „Ostpolitik“ folgte, weil sie besser als andere wußten, daß eine militärische Lösung der deutschen Frage in Wahrheit keine Lösung sein konnte?

389 Meck/Belitz-Demritz/Benske: Struktur, 19 f.

390 Vgl. als ein Beispiel Jürgen Fuchs: Fauler Frieden, Stern 8.9. '83; Hans-Joachim Schädlich, Jürgen Fuchs: Mehrere Gründe an der Berliner Begegnung nicht teilzunehmen; Günter Kunert: Produkt des Hasses, der bekanntlich blind macht, Frankfurter Rundschau vom 22.4. '83.

391 Brigitte Klump: Kloster.

Die Protagonisten der Ostpolitik kommen fast alle aus Gebieten jenseits der Elbe: Der SPD-Politiker Egon Bahr, Erfinder der Formel „Wandel durch Annäherung“, ist im thüringischen Treffurt geboren. Beraten hat den Kanzler, der für die Ostpolitik den Nobelpreis erhalten hat, ein Leo Bauer, früherer SED-Funktionär, der zu jahrelanger Haft verurteilt und mehrere Jahre in der Sowjetunion verbracht hat. Und der Dresdner Herbert Wehner gehörte auch dazu.

Die FDP-Politiker Hans-Dietrich Genscher und Karl-Hermann Flach kommen aus Halle und Greifswald, Wolfgang Mischnick und Burkhard Hirsch aus Dresden. Diese sieben Protagonisten der Ostpolitik hatten 1969 neben anderen auch entscheidenden Anteil am Zustandekommen der sozialliberalen Koalition, sie gehören nicht nur zweifellos zu den heute gelegentlich gescholtenen Linksliberalen, die der SED-Diktatur auf den Leim gegangen sein sollen, die für die wachsende Akzeptanz der DDR als Staat in der Bundesrepublik verantwortlich sein sollen – sie sind ihre führenden Vertreter. Waren es etwa diese linksliberalen ehemaligen DDR-Bürger, die in der westdeutschen Gesellschaft den Satz prägten: Nur die Anerkennung des status quo ermöglicht seine Veränderung?

Waren es DDR-Zuwanderer, die zum Ausharren an Mauer und Stacheldraht rieten, dazubleiben trotz anscheinend schierer Ausweglosigkeit und unverdrossen dennoch immer neue kleine Löcher in die Mauer zu bohren, bis dann eines fernen Tages die gebohrten Löcher und die Tatsache, daß „Beton von innen bröckelt“³⁹², das längste Bauwerk in Deutschland zusammenbrechen ließ? Verhinderten sie, daß die Deutschen im Westen sich „Wichtigeres“ vornahmen als die deutsche Frage, auch wenn die davon immer weniger wissen wollten und lieber nach Mallorca fuhren? Waren es die viereinhalb Millionen DDR-Zuwanderer, die entscheidenden Anteil daran hatten, daß die Welt 1989/90 keine Angst mehr vor deutscher Einheit hatte?

Und zudem waren diese Ausgereisten auch noch das Scharnier, die Klammer im Verständigungsprozeß zwischen Ost- und Westdeutschen. An ihren kurzen Armen hat mehr Nation gehangen als an allen anderen Deutschen. Was sie in den Verständigungsprozeß auch heute noch einbringen können, wie sehr gerade sie zum Abbau der soviel beschworenen Mauer in den Köpfen beitragen können, soll ein Gespräch am Leipziger Familientisch zeigen, dem der Verf. zu Beginn des Jahres 1998 zuhören konnte. Es war eine Geburtstagsfeier, und Verwandte Ost und West trafen aufeinander. Auf der einen Seite die Leipziger Familie, in der DDR geblieben, mit ihren Westverwandten; eine der Verwandten, 1980 wegen Heirat übergesiedelt, ist aus Köln gekommen, mit Ehemann, einem kleinem Lokalpolitiker, der nicht zum ersten Mal in der Messestadt ist. Man kennt sich:

392 DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer am 18. Juni 1989 im Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ auf die Frage, wie lange die Mauer noch steht. Auch abgedruckt in Schorlemmer: Worte, 1992.

Der Leipziger (L.): „Also, den Euro, den lehnen wir hier ab. Den akzeptieren wir nur, wenn es zu einer Volksabstimmung kommt. Und dann muß es noch im Osten eine Mehrheit geben.“

Der Kölner (K.) gelassen: Eine Volksabstimmung wird es nicht geben. So etwas läßt das Grundgesetz gar nicht zu und das gilt ja nun für beide; und das haben wir euch ja nicht auch noch übergezwungen; das wolltet ihr doch haben. Im übrigen hab ich gelesen, daß 1990 die Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zum Vertrag von Maastricht und damit zur gemeinsamen Währung Euro auch ein Preis gewesen ist, damit alle Staaten der EU der Einheit zustimmen.

L.: Olala, da habt Ihr euch also erpressen lassen. Schöne Verwandte!

K.: Also, als Erpressung würde ich das nicht sehen. Es ist doch völlig klar: Gegen Europa hätten wir die Einheit nicht gemacht.

L. (schnappt nach Luft): Wie, da hättet ihr uns im Osten auch noch verraten?

K.: (provokativ) Ja.

L.: (empört, wendet sich zur ausgereisten Verwandten:) Glaubst du diesen Unsinn etwa auch?

F.: Also ich denke schon, daß es gegen den erklärten Willen der europäischen Nachbarn keine Einheit gegeben hätte. Also, ich kann mir gar nicht vorstellen, daß Deutschland heute eine solche Politik machen könnte, eine Politik, die alle anderen EU-Staaten ablehnen. Inzwischen haben es wohl alle EU-Mitglieder gemerkt, daß eine antieuropäische Politik sich nicht auszahlt. Die Wähler mögen das nicht. Im übrigen, glaubt hier in Leipzig einer, der Dollar wäre so stark wie er ist, wenn es davon 25 verschiedene Spielarten gäbe?

K.: (einlenkend) Also, wir hätten euch natürlich nicht verraten. Aber vielleicht hättet ihr ein bißchen warten müssen, bis wir die europäischen Staaten, die dagegen gewesen waren, überzeugt hätten. Da hat die deutsche Zustimmung zum Euro ein wenig nachgeholfen, daß es keine lauten Gegenstimmen gab. Es ist ja bekannt, daß Maggie Thatcher in Großbritannien zunächst gegen die Einheit war, aber sie hat keine Verbündeten in Europa gefunden. Und Großbritannien hat heute eine ganz andere, erheblich europa- und deutschfreundlichere Regierung. Wollen wir wetten, daß sie bald auch den Euro haben.?

L.: (lehnt die Wette ab.)

Der Verfasser ist überzeugt, daß es Gespräche, in denen ehemalige „DDR-ler“ die entscheidenden Vermittler spielen, seit 1989 millionenfach gibt und auch künftig zum Wohl der Nation und gegen die Mauer in den Köpfen geben wird und daß sie nötig sind.

Literaturverzeichnis

- Ackermann, Volker: Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961. Osnabrück 1995
- Ders.: Integration – Begriff, Leitbilder, Probleme in: Bade, Klaus J.: Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster 1990
- Ders: Flucht und Vertreibung. Das Problem physischer und psychischer Folgen am Beispiel Nordrhein-Westfalen 1945-1955 in: Medizinhistorisches Journal, 29, 1994, 379-395
- Ders: „Homo barackensis“ – Westdeutsche Flüchtlingslager in den 1950-er Jahren. In: Ackermann, Volker/Rusinek, Bernd-A./Wiesemann, Falk (Hg.): Anknüpfungen. Essen 1995
- Ders.: Die nicht ausgebliebene Radikalisierung. Jugendliche DDR-Flüchtlinge nach dem Bau der Berliner Mauer und in der Studentenrevolte 1968 in: Grosser, Thomas/Schraut, Sylvia: Die Flüchtlingsfrage 1995
- Ackermann, Volker/Rusinek Bernd-A./Wiesemann, Falk (Hg.): Anknüpfungen. Gedenschrift für Peter Hüttenberger. Essen 1995
- Agee, Joel: Zwölf Jahre. Eine Jugend in Ostdeutschland. München/Wien 1982
- Ahrends, M.: Mein Leben – Teil 2. Ehemalige DDR-Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1989
- Ammer, Thomas: Stichwort: Flucht aus der DDR, in: DA 22, 1989, 1206-1208
- Arp, Hans-Peter: Integrationsprobleme der Übersiedler aus der DDR. Darstellung aus der Sicht eines Praktikers. DA 22, 1986, 372-375
- Die Aufnahme der Sowjetzonenflüchtlinge in Westdeutschland. Bericht der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund über ihre Erhebung in den Wohnungen einer Großstadt des Ruhrgebietes. Dortmund 1953
- Ausgebürgert. Künstler aus der DDR und aus dem Sowjetischen Sektor Berlins 1949-1989. Hg. von Werner Schmidt. O.O. 1990. Katalog einer Ausstellung in Dresden und Hamburg
- Bade, Klaus J. (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München 2/1990
- Ders.: Homo migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen. Essen 1994
- Ders. (Hg.): Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Münster 1990
- Ders.: „Republikflüchtige“ – Übersiedler – Aussiedler. In: Bade, Klaus J.: Deutsche.... 401-410
- Bader, Werner: Geborgter Glanz. Flüchtlinge im eigenen Land. Organisationen und ihr Selbstverständnis. Berlin, Bonn 1979
- Baehr, Albrecht: Auf dem Wege. Eine Zwischenbilanz des Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems. Troisdorf 1960
- Balzer, Gertrud und Ladendorff, Hans: Die gesellschaftliche Eingliederung der jugendlichen Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone im Lande Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse und Folgerungen einer Untersuchung. Troisdorf 1960
- Baring, Arnulf: Der 17. Juni 1953. Köln, Berlin 3/1966
- Bauer, Franz: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950. Stuttgart 1982
- Baumgartl, B.: Integration von Übersiedlern in der Bundesrepublik Deutschland. Konstanz 1992
- Beer, Mathias (Hg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Sigma- ringen 1994
- Berg, Heinz: Notaufnahmehager. Begegnung mit den Flüchtlingen aus der Sowjetzone. in: Zeitschrift für Geopolitik 27, 1956, 46-50

- Berger, G.: Mir langt's, ich gehe. Freiburg 1988
- Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hg.): Zwischen Hoffnung und Resignation. Herausforderungen der Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft. Berlin 1997
- Berufliche Eingliederung der Übersiedler aus der DDR und Berlin (Ost). Dienstblatt-Runderlaß 75/84 vom 4.5.84. in: Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeit. o.O. o.J. [Nürnberg 1984]
- Berufliche, schulische und erzieherische Förderung der jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge. Troisdorf 1956
- Besier, Gerhard und Wolf Stephan (Hg.): „Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen. Neukirchen-Vluyn. 1991
- Unser Bleiben in der DDR. „Hauptteil“ der überarbeiteten „Handreichung über das Evangelium und das christliche Leben in der DDR“. [Als Broschüre gedruckt von der] Kirchenkanzlei der Ev. Kirche der Union. Berlin. 1960
- Böhme, Irene: Die da drüben. Sieben Kapitel DDR. Berlin 1986
- Bondy, Curt und Eyferth, Klaus: Bindungslose Jugend. Eine sozialpädagogische Studie über Arbeits- und Heimatlosigkeit. München und Düsseldorf 1952
- Brelie-Lewien, Doris von der und Schulze, Rainer: Flucht und Vertreibung. Aufnahme und Selbsthaftwerdung. Neue Fragen und Antworten zu einem alten Themenbereich der deutschen Nachkriegsgeschichte. in: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde, 30, 1987, 94-119
- Brelie-Lewien, Doris von der: Zur Rolle der Vertriebenen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft in: Schulze, Rainer u. a.: Flüchtlinge
- Brenske, Peter: Bauarbeiter aus der DDR. Eine empirische Untersuchung über gruppenspezifische Merkmale bei Flüchtlingen und Übersiedlern der Jahre 1989 und 1990. Diss. Ruhr-Universität Bochum. 1991
- Breuer, Karl-Heinz: Anfänge der Heimstatt im rheinischen Raum. Köln 1969
- Broekhuizen, Jaques van/Osthoff, Leo: Jugend, die nein sagt. o.O. 1957
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk (Hg.): Zur Situation jugendlicher Zuwanderer – Aussiedler und Jugendliche aus der DDR. 1. Beiheft zur Zeitschrift „Jugend Beruf Gesellschaft“. Bonn 1980
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk (Hg.): Jugend zwischen Ost und West. Eingliederungshilfen für jugendliche Flüchtlinge aus Mitteldeutschland. Ein dokumentarischer Bericht. Bonn 1969
- Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk (Hg.): Schüler, Abiturienten und Studienanfänger aus Mitteldeutschland. Ihre schulische und gesellschaftliche Eingliederung. Denkschrift. Köln 2/1955
- Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhaftenhilfe e.V. (Hg.): Struktur und Entwicklung der Nichtseßhaftigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. in: „Gefährdetenhilfe“ Nr. 4, 1982, 4-8
- Der Bundesminister des Innern (Hg.): Betrifft. Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1982
- Der Bundesminister des Innern (Hg.): Wegweiser für Übersiedler aus der DDR. Bonn 10/1989
- Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Sonderdruck aus dem Jahresbericht 1968 der Bundesregierung. o.O.o.J.
- Chaussy, Ulrich: Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie. Darmstadt/Neuwied. 1983
- Clausen, C.P.: Situation der Übersiedler aus der DDR. Öffentliche Anhörung, Dt. Bundestag, 10 WP, 17. Ausschuß, 42. Protokoll. Bonn 1985, S. 47 ff.
- Dernbach, Christoph: Aus- und Übersiedler in der Bundesrepublik. Integrationshilfen in der Kritik. Hamburg 1990

- Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.) Neun Bände. Baden-Baden 1995
- Dettmer, Frauke: Konflikte zwischen Flüchtlingen und Einheimischen nach Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde, 26, 1983, 311-324
- Döring, N./Bortz, J.: Einsamkeit in Ost- und Westdeutschland. in: KZfSS 45, 1993, 507-527
- Drechsler, Ingrun: Nun sagt schon ja. Der Weg der Magdeburger Sozialdemokraten in die Zwangsvereinigung (Sommer 1945 – April 1946). Magdeburg 1995. [Hg.: SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt]
- Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Vertreibung. In: MfS-Handbuch: Anatomie der Staatssicherheit. Berlin 1995
- Erinnerungsstätte Notaufnahmelager – Marienfelde Hg.): Berlin-Marienfelde – Fluchtziel für Millionen Flüchtlinge aus der DDR. Berlin 1997
- Das Evangelium und das christliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik. Handreichung, entgegengenommen durch die Synode der EKU im Februar 1959. Als Manuskript gedruckt. o.O. o.J. [1959]
- Finn, Gerhard und Julius, L. (Hg.): Von Deutschland nach Deutschland. Bonn 1983
- Fleischer, H.: Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin am 6. Juni 1961 nach dem Jahr des Zuzugs in das Bundesgebiet, in: Wirtschaft und Statistik, 1966, 34-37
- Flögel, T.: Alltagserfahrung und Identitätskonflikte von DDR-Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse. Universität Hamburg 1990 (unverö ff. Ms.)
- Die Flüchtlingsjugend aus Mitteldeutschland: Geistig-politische und sozialpädagogische Fragen. – “Probefall“ für die erstrebte Wiedervereinigung, in: Bulletin, Nr. 221, 25.11.1954, S. 2039
- Frantziach, Marion: Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1987
- Freihüter, Ludwig: Die Eingliederung jugendlicher SBZ-Zuwanderer. Ein sozialpädagogisches Problem, in: Der Wegweiser Nr. 13/14, Juli 1976, 149 + 15/16. August 1957, 170-71
- Friedrich, Christian: Zur psychischen Situation von DDR-Zuwanderern. in: DA 21, 1988, 536-533
- Fritze, Lothar: Dem Leben eine Wende geben, dem faden Triott entrinnen. Frankfurter Rundschau
- Füger, Manfred: Von hüben nach drüben. Übersiedler in West-Berlin. Ms. RIAS 17.10.89
- Gaus, Günter: Zur Person. Frankfurt 19..
- Gaus, Günter: Wo Deutschland liegt. München 1983
- Gauß, Karl Adalbert und Lemberg, Eugen (Hg.): Das Erwachen der Hilfsbereitschaft in der westlichen Welt, in: Lemberg, Edding (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Band 1. Kiel 1959
- Gehrmann, M.: „Jeder lebt hier mehr für sich“ -Zur sozialen Integration von DDR-Zuwanderern in der alten Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. in: BJS 2, 1992, 173-192
- „Geht nicht vorüber!“: Drei Vorträge zur Verantwortung der westdeutschen Gesellschaft gegenüber den Flüchtlingen aus der Sowjetzone. Troisdorf 1954
- Geschäftsführung des Katholischen Lagerdienstes Freiburg i. Br. (Hg.): Chronik des Katholischen Lagerdienstes 1963-1982. Karlsruhe 1982
- Gmielka, Thomas: Mythos vom „armen jungen politischen“ Flüchtling. Alarmierende Berichte aus Lagern für Sowjetzonen-Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Frankfurter Rundschau. 13.3.1957

- Gräf, Dieter: Ausreise aus der DDR. Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland. Hinweise – Dokumente – Anhang. Meerbusch 1987
- Gramberg, A.: Eheschließungen mit Vertriebenen nehmen zu. Die Fremdheit zwischen Vertriebenen und Einheimischen schwindet mehr und mehr, in: Der Wegweiser, 7/8-1956, 55-57
- Granicky, Günther: Die Zuwanderung aus der Sowjetischen Besatzungszone als konkurrierendes Problem, in: Lemberg/Edding (Hg.) Die Vertriebenen...Bd. 3, 475-500
- Grebing, Helga: Zum Begriff der Integration. in: Schulze(Hg.): Flüchtlinge 302-304
- Grosse-Hartlage, Walter/Rauch, Karl: Zwanzigjährige haben das Wort. Selbstaussagen junger Menschen. München 1959
- Grosser, Thomas: Das Assimilationskonzept der amerikanischen Flüchtlingspolitik in der US-Zone nach 1945. In Grosser u. a.(Hg.): Flüchtlingsfrage – das Zeitproblem. Mannheim 1993
- Grosser, Thomas/Schraut, Sylvia: Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. 1995
- Grundmann, Siegfried: Außen- und Binnenmigration der DDR. Versuch einer Bilanz. in: DA 22, 1990, 1422-1432
- Grundmann, Siegfried und Schmidt, Ines: Übersiedlung aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz des Jahres 1989. in: Voigt, Dieter und Mertens, Lothar: Minderheiten. Berlin 1992
- Güsten, Susanne: Kulturschock lähmt Ex-DDR. in: Frankfurter Rundschau, 31.12.1990
- Haack, Walter: Lastenausgleich für Flüchtlinge und Aussiedler. Tips zur Eingliederungshilfe für Behörden und Betroffene. Stuttgart 1984
- Haberland, Jürgen: Eingliederung von Aussiedlern und Zuwanderern. Sammlung von Texten, die für die Eingliederung von Aussiedlern aus den osteuropäischen Staaten und von Zuwanderern aus der DDR und aus Berlin (Ost) von Bedeutung sind. Leverkusen 3/1984
- Haberland, Jürgen: Die Eingliederung von Aussiedlern und Übersiedlern. in: ibv Nr. 24 vom 14.6.89. 1195-1204
- Haeblerlin, F.: Zwischen Flucht und Integration. Die Eingliederung junger Flüchtlinge als Problem der Spätsozialisation. Stuttgart 1971
- Harenberg, W.: Vereint und verschieden. Spiegel Spezial, Nr. 1, 1991
- Haerndel, Ulrike: Flüchtlinge und Vertriebene in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungen zu Ihrer Integration. in: Jahrbuch der historischen Forschung. München 1990
- Harmen, Hans: Der Integrationsprozeß der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Spiegel ihrer biologischen Dynamik. in: AWR-Bulletin, 12, 1965, 1-10
- Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg: Angekommen – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945-1995. Weinheim 1996
- Hecht, Fritz: Flüchtlingsjugend und die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. in: Unsere Jugend 5,1953, 390-395
- Hegewald, Wolfgang: Eine kleine Feuermusik. Hildesheim 1994
- Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961. Düsseldorf 1994
- Ihre Heimat sind wir: Die neue deutsche Wanderung von Ost nach West. Bonn 1991
- Hilfswerk der Evangelischen Kirche (Hg.): Eingliederung der Sowjetzonenflüchtlinge. Stuttgart 1954
- Hiller, H.: Sturz in die Freiheit. München 1986
- Hilmer R./Köhler A.: Der DDR läuft die Zukunft davon. Die Übersiedler-Flüchtlingswelle im Sommer 1989. DA 22, 1989, 1383-1393
- Hinst, K.: Das Verhältnis zwischen Westdeutschen und Flüchtlingen. Bern/Stuttgart 1968

- Hofbauer, H.: Die berufliche Integration von Übersiedlern aus der DDR und Berlin (Ost). in: MittAB 18,1985, 340-355
- Holtmann, Everhard: Flüchtlinge in den 50er Jahren; Aspekte ihrer gesellschaftlichen und politischen Integration, in: Schildt, Sywottek (Hg.): Modernisierung..., 349-361
- Holzschuh, A.: „Die bei Mercedes, die verdienen natürlich ein gutes Geld.“ Die Übersiedler in Baden-Württemberg, Tondokument. RIAS 5.8.86
- Informationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk zur sozialen Lage der Jugend. Bonn 2/1965 bis 4/1968 16.-19. Jhr.
- Informations-Rundbrief zur sozialen Lage der Jugend. Herausgegeben von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk“. Bonn.5. bis 14. Jahrgang 1953 bis 1963. [Fortstzng „Jugendaufbauwerk“ und „Jugend, Beruf, Gesellschaft“]
- Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Die Flüchtlingssituation 1958. Eine Studie. Stuttgart 1958
- Jäger, Andrea: Schriftsteller aus der DDR. Ausbürgerungen und Übersiedlungen von 1961 bis 1989. 2 Bände. Band 1: Autorenlexikon. Band 2: Studie. Frankfurt am Main u. a. 1997
- Johnson, Uwe: Berliner Sachen. Frankfurt 1975
- Jolles, H.M.: Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Köln 1965
- Jugendaufbauwerk: Informationen zur sozialen Lage der Jugend. Bonn. Heft 1/1965 16. Jg – Heft 4/1966 – 17 Jg.
- Jugend Beruf Gesellschaft. Berichte und Informationen der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk Bonn. 1969-1990 20.-41. Jahrgang
- Katterbach, R.: Reale und neurotische Ängste bei Flüchtlingen und Umsiedlern aus der DDR. in: Rüger, U.(Hg.) Neurotische und reale Ängste. Der Beitrag der Psychoanalyse zur Erkennung, Therapie und Bewältigung von Angst in der klinischen Versorgung und im psycho-sozialen Feld. Göttingen 1984, 251-258
- Keiffenheim, M.: Von Wessis, (W)Ossis und anderen Deutschen. in: Frankfurter Rundschau 5.9.1992, S. 3
- Kessler, Horst-Günther und Miermeister, Jürgen: Vom „Großen Knast“ ins „Paradies“? DDR-Bürger in der Bundesrepublik. Lebensgeschichten. Reinbek bei Hamburg 1983
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland. 1960. 87. Jahrgang. Gütersloh 1961
- Klee, Ernst: Pennbrüder und Stadstreicher. Nichtseßhaftenreport. Frankfurt/M. 1979
- Kleine-Brockhoff, T/Schröm, O.: Das Kirchengeschäft B. in: Die Zeit 28.8.1992, 11-14
- Kleinert, Uwe: Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1945-61. Arbeitsmarkt Gewerbe – Staat. Düsseldorf 1988
- Kleinschmidt, Hannelore: „Ich möchte keine Reise missen“ – Erfahrungen früherer DDR-Bürger. Ms. für Deutschlandfunk.
- Dies.: „Alles mußten wir selber machen.“ Erfahrungen einer Übersiedler-Familie im ersten West-Berliner Jahr. Tondokument RIAS 18.12.84
- Dies.: Hilfe mit Sachkenntnis und Herz – zwei Berliner Vereine für ehemalige DDR-Bürger. Tondokument. RIAS 2.9.86
- Dies.: Im Alter eine neue Heimat. Wenn DDR-Rentner in den Westen übersiedeln. Ms. für Deutschlandfunk 1.12.80
- Dies.: „Das Glücksgefühl war so kurz.“ Beate R.: DDR-Flucht in den Tod. Ms. Für Deutschlandfunk, Radio Bremen, Sender Freies Berlin. DLF 30.5.91
- Dies.: Wenn Ausgereiste reisen. Stippvisiten im deutschen Vaterland (XI): Ehemalige DDR-Bürger berichten von ihren Erfahrungen. Ms.: Deutschlandfunk. 18.3.86
- Dies.: Wenn die Fremde nicht zur Heimat wird. Über DDR-Bürger, die zurückkehren wollen. Tondokument. RIAS 3.5.88
- Kleint, S.: Verliebt, verlobt, verheiratet. Liebesgeschichten zwischen Ost und West. Berlin 1993
- Klier, Freya: Abrißkalender. Frankfurt/Main 1989

- Dies.: Penetrante Verwandte. Kommentare, Aufsätze und Essays in Zeiten deutscher Einheit. Frankfurt/Main 1996
- Klump, Brigitte: Das rote Kloster. Als Zögling in der Kadenschmiede des Stasi. Frankfurt/Main. 1993
- Koch, H.R.: Die Massen-Migration aus der SBZ und der DDR. in: ZfS 15, 1986, 37-40
- Koch, T.: Deutsch-deutsche Einigung als Kulturproblem. Konfliktpotentiale nationaler Re-Integration. DA 24, 1991, 16-25
- Koller, B.: Integration in die Arbeitswelt im Westen. Zur beruflichen Eingliederung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR. In: MittAB 25, 1992, 168-191
- Koenigswald, H. von: Menschen von drüben. Bergisch Gladbach 1959
- Köpke, Horst/Wiese, Friedrich-Franz: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch. Rostock 1997
- Kubillus, Brigitte/Mink, Eckhard: Ohne Dach und ohne Wurzeln. Untersuchung über die „unbekannte Minderheit“ der alleinstehenden Wohnungslosen. Dokumentation der Klientenstruktur in zwei Nichtseßhafteneinrichtungen in Rheinland-Pfalz. (Herausgeber: Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit). Mainz 1991
- Landsberg, Ludwig: Eingliederung in drei Phasen. in: Der Wegweiser Nr. 7/1964, 141-142
- Lausch, Werner: „In welchem System ich lebe, ist mir wurscht“. Gespräch mit dem Lyriker Sascha Anderson und dem Maler Dietrich Grabas, die beide vor zwei Jahren nach West-Berlin übersiedelten. Tondokument. RIAS 9.8.88
- Lehmann, Albrecht: Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990. München 1991
- Lemberg, Eugen und Edding, Friedrich (Hg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. 3 Bände, Kiel 1959
- Linke, Dietmar: Niemand kann zwei Herren dienen. Hamburg 1988
- Ders.: Die DDR entläßt ihre Kinder. In: KiS 2.86
- Lippelt, Helga: Good Bye Leipzig. Düsseldorf 1985
- Lochen, Hans Hermann und Meyer-Seitz, Christian (Hg.): Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern. Köln 1992
- Loest, Erich: Durch die Erde ein Riß. Frankfurt/M. 1984
- Loewig, Roger: Licht und Schatten. Erfahrungen eines deutschen Künstlers in Ost und West. Sankelmark/Schleswig 1978
- Lüttinger, Paul: Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971. in: ZfS 15, 1986, 20-36
- Ders. Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse. Frankfurt a. M. 1989
- Martens, E.: „daß es uns mal so dreckig gehen könnte.“ In: Die Zeit Nr. 24, 1995, 19
- Mathies, Frank Wolf: daß mein Unmut ein allgemeiner ist. Ein offener Brief des DDR-Schriftstellers Frank Wolf Mathies an den Minister für Staatssicherheit Erich Mielke. Frankfurter Rundschau 16.1.1981
- Matzel, Wilhelm: Wir und der Karneval. in: Der Wegweiser Nr. 2, 1955, 20-21
- Meck, Sabine/Belitz-Demiriz, Hannelore/Blaschke, Peter: Soziodemographische Struktur und Einstellungen von DDR-Übersiedlern. Eine empirische Analyse der innerdeutschen Migration im Zeitraum Oktober 1989 bis März 1990. In: Voigt, Dieter und Martens, Lothar (Hg.): Minderheiten...
- Meichsner, Dieter: Die Studenten von Berlin. Hamburg 1954
- Meinel, M.: Leben und Menschen der Bundesrepublik aus dem Blickwinkel von Zuwanderern aus der DDR. Unverö ff. Diplomarbeit FU Berlin, Inst. für Soz. 1991
- Merkatz, Hans Joachim von: Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene – Flüchtlinge – Aussiedler – drei Jahrzehnte Integration. Düsseldorf 1979

- Messerschmidt, Rolf: Mythos Schmelztiegel. Einige Neuerscheinungen zur „Flüchtlingsforschung“ der letzten Jahre, in: Neue Politische Literatur 37, 1992, 34-55
- Meyers, L.: Aufgliederung der Sowjetzonen-Flüchtlinge, in: Der Wegweiser, Nr. 4/1954, 46-48
- Miska, Peter: „Zuzug“. in: Der Ruf. Eine deutsche Nachkriegszeitung. München 1962
- Mischke, R.: Lebenmüssen im Westen. Der mühsame Neubeginn für DDR-Aussiedler in der Bundesrepublik. In: Frankfurter Rundschau 24.3.1984
- Mitteilungsblatt der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Berlin 1982 ff.
- Mitter, Armin und Wolle, Stefan (Hg.): „Ich liebe Euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989. Berlin 1990
- Mühlen, Heinrich von zur: Flucht aus der Kasernierten Volkspolizei. Eine Untersuchung der Fluchtgründe desertierter Volkspolizisten, in: SBZ-Archiv: 5, 1954, 114-116
- Nahm, Peter Paul: Das Problem der jugendlichen Flüchtlinge. Mangel an einer spontanen allgemeinen Hilfsbereitschaft in der Bundesrepublik. Bulletin Nr. 110, 18.6.1955, 917-18
- Ders.: Doch das Leben ging weiter. Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Eingesessenen nach der Stunde Null. Köln/Berlin 1971
- Neu, V.: Wahlverhalten von Übersiedlern. Magisterarb. Universität Mannheim 1991.
- Neubert Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Berlin 1997
- Oberländer, Theodor: Das Problem des akademischen Nachwuchses aus der sowjetischen Besatzungszone. Bonn 1955
- Oertel, J.: Die DDR-Mafia. Böblingen 1988
- Ostwald, Helmut: Bilanz des Bundesnotaufnahmeverfahrens, in: SBZ-Archiv 11, 1960, 122-123
- Petzold, Lothar: Fahrt durch offene Grenze. 55 Erzähltexte aus Ostdeutschland mit Aquarellen des Autors. Schwerin 1997
- Pfeil, Elisabeth: Probleme der Aufnahme und Unterbringung von Sowjetzonenflüchtlingen in westdeutschen Städten. in: Städtehygiene 12, 1953, 317-321
- Plütk, Kurt: Der schwarz-rot-goldene Faden. Vier Jahrzehnte erlebter Deutschlandpolitik. Bonn 1996
- Piel, Edgar: Spuren der NS-Ideologie in Nachkriegsdeutschland. in: Oberreuter, Heinrich (Hg.): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland. München, Landsberg am Lech 1996
- Polis, Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung. Aussiedler Monitor qualitativ. Biographien von Aussiedler-Familien. Phase II. Zwischenbilanz. Eine Untersuchung im Auftrag des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. München 1990
- Pratsch, K.: Die Integration der DDR-Übersiedler der Ausreisewelle in die bundesrepublikanische Gesellschaft. (Diplomarb.) Wuppertal 1985
- Pratsch, K. und Ronge, Volker: Arbeit finden sie leichter als Freunde. DDR-Übersiedler nach einem Jahr im Westen. DA 18, 1985, 716-725
- Dies.: Ganz normale Bundesbürger? Zur Integration von DDR-Übersiedlern nach fünf Jahren im Westen. DA 22, 1989, 904-912
- Priebe, S./Bauer, M./Rohrbeck, S./Steinhart, I./Wildgrube, C.: Psychiatrische Störungen bei Übersiedlern. 1. Vorgeschichte, Symptomatik und diagnostische Einordnung. In: Psychiatrische Praxis. 17, 1990, 180-183
- Pube, H.: Anderer Stil zu leben. Über Freizeit und Wohnen, Alltag und Autos. In: Spiegel Spezial Nr. 1, 1991, 50-55
- Püschel, Erich: Die Hilfe der deutschen Caritas für Vertriebene und Flüchtlinge nach dem zweiten Weltkrieg (1945-1966). Freiburg i. Br. 1972

- Rehlinger, Ludwig: Freikauf. Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten. Frankfurt/M. 1991
- Reich, Jens: „Was heißt schon „politisch“?“ In: Die Zeit, 9.4.1993, 5
- Reuter, M.: Ihr da drüben. Briefe in die DDR. Eine Chronik des Einlebens. Bergisch-Gladbach 1986
- Rieke, Dieter: Sozialdemokraten als Opfer im Kampf gegen die rote Diktatur. Arbeitsmaterialien zur politischen Bildung. Bonn 1994
- Ronge, Volker: Von drüben nach hüben. DDR-Bürger im Westen. Wuppertal 1985
- Ders.: Die Kinder der Übersiedler aus der DDR. in: DA 19, 1986, 746-749
- Ders.: Die soziale Integration von DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschehen, Nr. 1-2, 1990
- Ders.: Die Einheit ist der Anfang. Soziologische Lehren aus der Übersiedlerwelle für die deutsch-deutsche Integration. Wuppertal 1991
- Ders.: Übersiedler aus der DDR. Ein Minderheitenproblem? in: Voigt, Dieter und Mertens, Lothar (Hg.): Minderheiten. 1992
- Ders.: Übersiedler. Stichwort in: Weidenfeld, Werner und Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Handbuch der deutschen Einheit. Bonn 1993
- Rossmann, R.: Die Erwerbsstruktur vertriebener und geflüchteter Frauen in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1971. Diplomarbeit. Mannheim 1986
- Scheffler, Jürgen (Hg.): Bürger und Bettler. Materialien und Dokumente zur Geschichte der Nichtseßhaftenfürsorge in der Diakonie. Bielefeld 1987
- Schildt, Axel und Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993
- Schimkat, H.: Integrationskarrieren und Anpassungsmodelle von DDR-Übersiedlern. Magisterarbeit Institut für Ethnologie. FU Berlin 1990
- Schlegel, Uta/Förster, Peter (Hg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Opladen 1997
- Schlomeier, A.: Integration und Wohnen. Hamburg (Hammonia-Verlag) GEWOS-Schriften NF 14. 1975
- Scholz, Günther (Hg.): Verfolgt – verhaftet – verurteilt. Demokraten im Widerstand gegen die rote Diktatur. Fakten und Beispiele. Berlin/Bonn O.J. (1990?)
- Schorlemmer, Friedrich: Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland. München 1992
- Schröter, Gerhard: Jugendliche Flüchtlinge aus der Sowjetzone. München 1958
- Schulze, Rainer u. a. (Hg.): Flüchtlinge und Vertriebene in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hildesheim 1987
- Schumann, Karl F.: Probleme der Assimilation von Bürgern und Bürgerinnen der ehemaligen deutschen Teilstaaten, in DA 24, 1991, 1193-1201
- Schumann, Karl F./Dietz, Gerhard-Uhland/Gehrmann, Manfred/Kapras, Heidi/Struck-Möbbeck, Olaf: Private Wege der Wiedervereinigung. Die deutsche Ost-West-Migration vor der Wende. Weinheim 1996
- Schwab, Siegfried: Deutsche unter Deutschen. Aus- und Übersiedler in der Bundesrepublik. Pfaffenweiler 1990
- Der Senator für Arbeit und Sozialwesen (Hg.): Deutsche flüchten zu Deutschen. Der Flüchtlingsstrom aus dem sowjetisch besetzten Gebiet nach Berlin. Berlin o.J.
- Seifert, Uwe: Fenster zur Welt. Jugendjahre im Schatten der Stasi. Böblingen 1990.
- Specht, Thomas: Ost-West-Wanderungsbewegungen und Nichtseßhaftigkeit. In: Gefährdetenhilfe Nr. 2, 1980, 3-6
- Specht Thomas: Ost-West-Wanderungsbewegungen und Nichtseßhaftigkeit. in: Gefährdetenhilfe Nr. 2, 1980, 3-6
- Statistisches Bundesamt: Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen. Wiesbaden 1990

- Statistisches Bundesamt: Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen. Eine Erhebung (gem. § 7 Abs. 1 BStatG) zum Stichtag 31.10.1989 über die Verweilzeit von Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen und über deren Wohnraumbedarf. Wiesbaden 1990
- Steinke, Ernst: Besuch in Bonn – mit Übersiedlern aus der DDR in Stiftung für ehemalige politische Häftlinge. (Hg.): Kompass. Für den ehemaligen politischen Häftling. Sankt Augustin 6/1986
- Storck, Matthias: Wege durch Niemandes Land. Rücksichten eines Freigekauften. Moers. 1996
- Ders.: Verschlußsache. Tagebuch einer unfreiwilligen Begegnung. Broschiert. Moers 1997
- Sywottek, Arnold: Flüchtlingseingliederung in Westdeutschland. Stand und Probleme der Forschung. in: aus politik und zeitgeschichte, 39, 1989, 38-46
- Thedieck, Franz: Wer ist „politischer Flüchtling“? Die rechtliche und psychologische Seite des Problems – Die Anerkennung wirtschaftlicher Fluchtgründe – Gegen Fehldeutungen und falsche Vorstellungen, in: Bulletin, Nr. 83, 2.4.1957, 541-542
- Ders.: Geflüchtete SED-Funktionäre, in FAZ, 16.7.1960
- Treibel, A.: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit. Weinheim/München 1990
- Troitsch, Klaus: Bildungs- und Erwerbsbiographien von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR und ihre Berufsfindungs- und Qualifizierungsprobleme. Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin 1993
- Weiter, Theodor: Entwurzelung und Integration. Rechtliche, soziale und politische Probleme von Flüchtlingen und Emigranten. Wien 1979
- Ders.: 25 Jahre Flüchtlingsforschung. Ein Rückblick auf Flucht, Vertreibung und Massenwanderung. Wien 1975
- „Die Vergangenheit läßt uns nicht los.“: Haftbedingungen polischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen. Erweiterte Berichte der gleichnamigen Fachtagung am 25.4.1997 in Hamburg. Berlin 1998
- Voigt, Dieter und Mertens, Lothar (Hg.): Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR. Berlin 1992
- Voigt, Dieter/Belitz-Demriri, Hannelore/Meck, Sabine: Die innerdeutsche Wanderung und der Vereinigungsprozeß. In: DA 23, 1990, 732-746
- Vollbrecht, Ralf: Ost-west-deutsche Widersprüche. Ostdeutsche Jugendliche nach der Wende im Westen. Opladen 1993
- Volnhals, Clemens: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Berlin 1997
- Wacker, A.: Zur beruflichen Integration ehemaliger DDR-Bürger in einem hannoverschen Industriebetrieb. Zwischenbericht aus einer Längsschnittstudie. In: Heinelt, H. (Hg.): Regionale Arbeitsmarktentwicklung nach der Vereinigung. Situation und mögliche Trends in Teilräumen Niedersachsens und Sachsen-Anhalts. Hannover 1991
- Wacker, A./Welzer, H./Stock, P.: Zur beruflichen und sozialen Integration von DDR-Übersiedlern im Großraum Hannover. Abschlußbericht über die zweite Projektphase, Ms., Psychologisches Institut, Universität Hannover 1991
- Wagner, Wolf: Kulturschock Deutschland. Hamburg 1996
- Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996
- Wanstrat, Renate: Strukturanalyse der politisch nicht anerkannten Flüchtlinge in West-Berlin, im Auftrag des Osteuropa-Instituts der FU Berlin und in Zusammenarbeit mit dem Senator für Sozialwesen, 2 Bände. Berlin 1953
- Wenau, Manuela: Habe ich den Fehler meines Lebens gemacht? In: apz 33, 1983, 41-45

- Wendt, H.: Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40-jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in DA 24, 1991, 386-395
- Wilkens, H.: Die deutsch-deutsche Integration. Berlin 1992
- Winter, Friedrich: Ausreise von Pfarrern in die Bundesrepublik? In: KiS 1/86
- Wir von drüben: 20 Schicksale im geteilten Deutschland. Asendorf. 1989
- Wort der Synode der Evangelischen Kirche der Union vom November 1960 an die Gemeinden ihrer Gliedkirchen in – der Deutschen Demokratischen Republik – im Rheinland, Westfalen und Berlin West-Berlin. In: KJB 1960. 273-277
- Zahn, Hans-Erhard: Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungshaftanstalten des MfS. Berlin 1997
- Zeitzeugen-Bericht. 1950: Aus den Endtagen der Einsteinschule. Gruppenflucht aus Potsdam nach West-Berlin und Aufnahme in Bremen. Eine kleine Episode der deutschen Geschichte. o.O. o.J. (1996)
- Zillikon, Jakob: Die Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling. In: Der Wegweiser, Troisdorf. Nr. 31, 1956
- Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Sachsen-Anhalt. Magdeburg. SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit dem SPD-Landesverband. o.J.

Zusammenfassung

Die Arbeit untersucht, wie sich Flüchtlinge/Übersiedler/Häftlinge aus der DDR, die in den Westen gingen und/oder ausgebürgert wurden, sich einlebten. Dabei wird schon im Einleitungskapitel festgestellt, daß es nicht nur viereinhalb Millionen Menschen und ihre Schicksale waren, die in 40 Jahren deutschen Nachkriegspolitik die Seiten wechselten, sondern daß es sich zu einem erstaunlich großen Teil um Leute handelt, die in der westdeutschen Gesellschaft eine bedeutende Rolle spielen oder gespielt haben, in der Politik, in der Kunst, in der Wirtschaft, in der Justiz, im Sport, in der Kunst – auf allen Gebieten.

Die Motive, die die Menschen veranlaßten, dem zweiten deutschen Staat den Rücken zu kehren, waren in 45 Jahren SBZ/DDR immer gleich: Zusammenleben mit Verwandten im Westen [Familienzusammenführung], Opfer von Gewalt und Repression, eine Biografie, die mit der einzig zugelassenen Ideologie in Konflikt kam, politische und wirtschaftliche Gründe und der Wunsch, das eigene Leben selbst zu gestalten. Fluchten/Übersiedlungen aus politischen Gründen waren dabei erheblicher als Statistiken ausweisen, weil nach dem Mauerbau die Ausreise über „Familienzusammenführung“ leichter zu erreichen war. Der Anteil der Jugendlichen an den Übersiedlern betrug zuweilen 50 %, vor dem Mauerbau.

Jugendlichen wurde besonders in den fünfziger Jahren unterstellt, vor allem aus Abenteuerlust zu kommen; diese Jugend sei verwahrlost und streune im Bundesgebiet umher, hat es geheißt. Wäre das richtig gewesen, hätte sich nach dem Mauerbau die Zusammensetzung der Flüchtlinge entscheidend ändern müssen. Doch auch da sind es wieder Jugendliche, die der DDR ade sagen, obwohl die DDR den Zustrom in den Westen selbst kontrolliert (von Mauerspringern einmal abgesehen). Bis zum Ende der DDR haben sich vor

allein die von der SED erzo­genen Jugendlichen dem SED-Staat verweigert. Das Ende der DDR trieben jugendliche Oppositionelle ebenso wie jugendliche Abwanderer (Botschaft der Bundesrepublik in Prag, Ungarn, CSSR) voran. Die Jugend der DDR wollte zu keiner Zeit den Preis Anpassung für eine Karriere im real-existierenden Sozialismus zahlen, manchen westlichen – zum Teil noch vom NS-Geist angehauchten – Unkenrufen zum Trotz. Jugendliche Ausreis(er)er waren, so sagt es der gegen seinen Willen ausgebürgerte Bürgerrechtler Roland Jahn, die größte Widerstandsbewegung der DDR.

Entscheidend verändert hat sich die Haltung der Westdeutschen gegenüber den Menschen aus der SBZ/DDR. Nach der Aufnahme der Flüchtlinge/Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten sind es die Einheimischen offenkundig leid, noch weiter zusammenzurücken. Die aus dem „nahen“ Osten Kommen­den werden fast verteufelt [„Streuner“ (Bundesregierung)], Kriminelle, „Abschaum“ [die NS-Sprache ist nicht zu übersehen], die sich auf Kosten anderer ein schönes Leben machen wollen. Der britische Residence Officer der Kreisstadt Siegen berichtet gar nach London, die Deutschen planten wieder Konzentrationslager, diesmal für Flüchtlinge aus der Sowjetzone. Die Briten lehnen es ab, Flüchtlinge zurückzuführen. Dagegen schicken Bayern und Amerikaner Zehntausende zurück.

Der Vorbereitungsausschuß für das Grundgesetz, der Herrenchiemseer Konvent, will gar keinen Artikel über Freizügigkeit aufnehmen. Der Parlamentarische Rat will zunächst Freizügigkeit auf Westdeutsche beschränken. Erst Carlo Schmid (SPD) Intervention, nicht unnötig Barrieren zwischen Ost und West aufzubauen, führt zum Grundgesetzartikel 11, der Einschränkungen nur durch Gesetz zuläßt.

Danach wandelt sich die Haltung der Westdeutschen. Auch wirtschaftlicher Aufschwung zu Beginn der fünfziger Jahre trägt zum Wandel bei. Schon bald ist es umgekehrt: Vor und noch mehr nach dem Mauerbau wird von Ostdeutschen erwartet, daß sie im Westen bleiben, sind sie erst mal da. Auch die Hilfsbereitschaft war stets enorm; freilich meist erst, wenn die Westdeutschen darauf aufmerksam gemacht wurden: ein Beispiel ist Bremen und die Schüler der Einsteinschule Potsdam.

Die Eingliederung selbst ist eine Erfolgsstory; selbst wenn es hier und da haperte. Übersiedler haben so ziemlich alle Posten der Gesellschaft übernehmen können, vom Außenminister, Innenminister, Verfassungsschutzpräsidenten bis zum Bundesbanker, Top-Manager, Wissenschaftler, Bundestrainer, Schauspieler oder Satiriker. An Problemfeldern wird Zuwanderung aus der DDR untersucht. In den fünfziger Jahren war der Anteil Ostdeutscher höher als der Westdeutscher, die zur französischen Fremdenlegion gingen. Ebenso ist der Anteil der Ostdeutschen unter Auswanderern und Obdachlosen höher als der der übrigen Bevölkerung. Eine Nahsicht der Obdachlosen belegt, daß die gleichen Ursachen für Obdachlosigkeit vorliegen wie bei Westdeutschen: mangelnde Ausbildung, uneheliche Geburt, Heimaufenthalt als Kind. Bekanntester Obdachloser ist der Brandstifter am Opernhaus in Frankfurt/Main.

Analysen der Bundesanstalt für Arbeit belegen, daß selbst bei großem Übersiedlerandrang sich DDR-Zuwanderer schnell in den Arbeitsprozeß eingliederten. Sie haben sich oft selbst Arbeit gesucht und nicht aufs Arbeitsamt gewartet. Sie waren bereit, niedrigere Tätigkeiten als in der DDR auszuüben, um sich langsam hochzuarbeiten. Sie nahmen auch weniger gefragte Berufe an oder gingen in solche Lehrstellen. DDR-Zuwanderer galten als hochqualifiziert: Arbeitgeber standen in Durchgangslagern des Bundes und der Länder Schlange. Ein Mainzer Beamter, für DDR-Zuwanderer zuständig, sagte: „Sie versickerten einfach“ er verlor sie allmählich aus dem Blickfeld. Schwierig war die Vermittlung von Arbeitsplätzen für Ostdeutsche nach Spionage-Affären wie Günter Guillaume oder Hans-Joachim Tiedge. Zusammengefaßt werden Olaf Struck-Möbbecks sog. Cluster-Analysen dargestellt, die besondere Schwierigkeiten bei der Eingliederung anzeigen.

Mehr Probleme hatten DDR-Zuwanderer mit sozialer Eingliederung. Auch nach mehreren Jahren fühlen sie sich sozial isoliert. Sie haben aber keine Netzwerke aufgebaut, um mit Leuten gleichen Schicksals Kontakt zu haben, wie das oft bei Immigranten üblich ist. Sie sind eben nicht in ein völlig fremdes Land gegangen. Das heute von manchen Menschen aus den neuen Ländern vermißte „heimelige DDR-Gefühl“ ist kein Mangel der Westgesellschaft, sondern vielmehr ein Anzeichen für unfreie Gesellschaften, in denen Menschen engere zusammenrücken [müssen].

Die DDR hat zudem seit 1977 mit dem Versuch, „Rückverbindungen“ zu verhindern, Kontakte zwischen Ausgereisten und Zurückgebliebenen nicht zuzulassen, soziale Integration im Westen erschwert. Wer sich mit alten Freunden, Verwandten treffen kann, findet auch in der neuen Heimat leichter Freunde. Politiker im Westen, die diesen Versuchen wohlwollend gegenüberstanden, haben geholfen, die Eingliederung der Übersiedler zu erschweren. Außerdem wird aufgezeigt, wie wichtig diese von der Stasi bekämpften Verbindungen für den weiteren Zusammenhalt der Nation waren, wie gerade sie vom Aussterben bedrohte Beziehungen zwischen Ost und West-Deutschen ständig erneuerten.

Überraschend gut haben sich ehemalige politische Häftlinge im Westen eingliedert. Der Anteil der Häftlinge, die wieder straffällig wurden, ist verschwindend gering. Häftlinge kamen im Schnitt besser zurecht als andere Zugewanderten. Die Forscher führen das auf die völlig veränderte Bewertung ihres Verhaltens im Westen zurück. Forscher haben dennoch, weil es eine Menge Ausnahmen von der Regel gab, gefordert und fordern noch immer, für Ex-Häftlinge eine besondere Betreuung zu ermöglichen. Immerhin gilt heute in der medizinischen Forschung als gesichertes Wissen, daß Haft psychische Schäden erst hervorrufen oder vorhandene erheblich verstärken kann.

Schließlich beschäftigt sich die Untersuchung mit dem unbekanntem Kapitel der Übersiedlung von Pfarrern. Von 1974 bis 1989 sind über 100 der 4700 Pfarrer in den Westen übergesiedelt. Die Kirchen haben in der Regel diesen Pfarrern die Ordinationsrechte aberkannt; Ausnahme war lediglich Familienzusammenführung, etwa Heirat. Die Westkirchen haben nach einer Absprache

mit den Ostkirchen nur dann Pfarrer angestellt, wenn die Heimatkirche dem zustimmte [„Wiederbeilegung der Rechte“]. Das geschah nach einem Jahr [Ausreise wegen Krankheit] oder nach zwei Jahren [Ausreise aus anderen Gründen]. Die Ordinationsrechte wurden auf Dauer versagt, wenn Pfarrer die Kirchenleitung nicht von ihrer Ausreiseabsicht unterrichtet hatten oder bei einer Besuchsreise im Westen geblieben waren. Über das Schicksal dieser Pfarrer können weder west- noch ostdeutsche Kirchen Angaben machen. Lediglich die Kirchen der Pfalz und Westfalens teilten mit, sie hätten diese Pfarrer im erzieherischen Dienst oder in verwandten Berufen eingesetzt.

Im Schlußkapitel wird noch einmal erörtert, welch Aderlaß für die DDR und welchen Gewinn für die Bundesrepublik die Zuwanderer waren. Am Ende war die politische Klasse der DDR von einer Dürftigkeit, wie sie in keinem anderen osteuropäischen real-sozialistischen Staat anzutreffen war. Da bedeutende Repräsentanten der linksliberalen Szene aus den Reihen der Übersiedler/Flüchtlinge stammen, wie auch die im Anhang aufgestellte Liste ausweist, stellen sich an die weitere Forschung mehrere Fragen:

Ist der antitotalitäre Konsens der westdeutschen Gesellschaft bis 1990 wesentlich von den DDR-Zuwanderern mitgeprägt worden? Haben die Zuwanderer wesentlichen Anteil daran, daß der strikte Ablehnungskurs gegenüber der DDR zugunsten einer flexibleren Politik abgelöst wurde? Welchen Anteil hatten Zuwanderer am Zustandekommen der sozialliberalen Koalition, die mit der „Ostpolitik“ begann [auf SPD- wie auf FDP-Seite haben führende Übersiedler am Zustandekommen mitgewirkt]? Stammt von ihnen die Einsicht, nur die Anerkennung des status quo mache seine Veränderung möglich [die Formel vom „Wandel durch Annäherung stammt ohnehin vom im thüringischen Treffurt, einem Ort im DDR-Sperr- und Grenzgebiet, geborenen Egon Bahr, der schon vor dem Stichtag 1.7.1945 im Westen war]? Waren es Übersiedler, die zum Ausharren an der Mauer rieten und immer neue kleine Löcher in der Mauer wollten? Waren sie es, die dafür sorgten, daß die Welt 1989/1990 keine Angst mehr vor der Einheit der Deutschen hatte?

*Anhang**I. Brief des Vorsitzenden des DDR-Kirchenbundes Albrecht Schönherr an den EKD-Ratsvorsitzenden Helmut Claß*

BUND DER EVANGELISCHEN
KIRCHEN IN DER DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Der Vorsitzende des Bischofskonventes

104 BERLIN, 9.12.1974

Auguststraße 80

Telefon 42 51 86

An den

Rat der Evangelischen Kirche
in Deutschland

z.Hd. des Vorsitzenden,
Herrn Landesbischof D. Claß

Betr.: Übersiedlung von Pfarrern aus der DDR in die BRD

Sehr geehrte, liebe Brüder!

Wir beobachten zur Zeit, daß die Regierung der DDR häufiger als früher Anträgen von Pfarrern zur Übersiedlung in die BRD stattgibt, oft selbst dann, wenn minderjährige und volljährige Kinder in den Antrag einbezogen sind. Wir haben in vielen Fällen für den Wunsch der Amtsbrüder zur Übersiedlung aufrichtiges Verständnis, besonders dann, wenn diese in den fünfziger Jahren von der Bundesrepublik aus in den Dienst in der DDR (unter den damaligen Voraussetzungen „für einige Jahre“) übersiedelt sind, oder wenn es ihnen Schwierigkeiten macht, ihren Kindern die gewünschte Schul- oder Hochschulbildung angedeihen zu lassen. Wir sind uns auch des geistlichen Notstandes bewußt, der dann eintritt, wenn ein Pfarrer unter den hiesigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen nicht mit ganzer, freudiger Zuwendung zu seiner Gemeinde arbeiten kann.

Dennoch wissen wir uns Ihres Verständnisses sicher, wenn wir nicht jedem, der den Wunsch hat, von uns aus die Möglichkeit geben wollen oder können, in die BRD überzusiedeln. Schon die wenigen Fälle, in denen das geschehen konnte, belasten die zurückbleibenden Amtsbrüder und ihre Familien stark, und zwar innerlich und, weil die Nachbarpfarrer meist auf längere Zeit mit der

Vakanz fertig werden müssen, auch äußerlich. Bei den zunehmend kleiner werdenden Gemeinden ist die Besetzung, besonders in vorwiegend ländlichen Bezirken sowieso schon dünn genug. Aber auch unter den Gemeindegliedern entstehen Befremden und Bitterkeit. Die wenigen Bürger der DDR, denen eine Übersiedlung in die BRD gestattet wird, bekommen für ihre Kinder meist keine derartige Erlaubnis. Für sie stellt es sich so dar, daß der Pastor die ihm anvertraute Gemeinde verläßt und daß der, der vor allen Anderen Zeuge des Evangeliums sein müßte, unglaubwürdig wird.

Zu diesen allgemeinen Bedenken kommen spezielle. Es ist äußerst befremdend, wenn für Amtsbrüder, die sich hier aus Gesundheitsgründen pensionieren ließen, in der BRD schon eine Pfarrstelle bereit ist. (Manchmal teilen solche Amtsbrüder bald nach ihrer Übersiedlung den zurückgebliebenen Kollegen dies mit voller Befriedigung mit und fordern zur Nachahmung auf).

Im folgenden wiederholen wir die Bitte, die wir Bischöfe und unsere Kirchenleitungen bereits ausgesprochen haben, und die an die seit langem geübte Praxis anschließt.

- a) Findet die Übersiedlung in die BRD nach vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand aus Krankheitsgründen statt, so ist darum zu bitten, daß die Kirchen in der BRD dem Betreffenden frühestens nach einem Jahr eine feste Anstellung gewähren. Eine Ausnahme wäre z. B. denkbar, wenn die Heilung bestimmter Krankheiten nur unter ganz bestimmten klimatischen Verhältnissen möglich wäre, wie sie bei uns nicht vorhanden sind.
- b) Wenn der Betreffende sich hier hat entlassen lassen und nach seiner Dienstentlassung übergesiedelt ist, sollte wegen der Wiederbeilegung der Rechte aus der Ordination die frühere Kirche, also die aus der DDR, aus der er kommt, in jedem Falle um ihr Einverständnis gefragt werden. Die Wiederbeilegung der Rechte sollte erst nach zwei Jahren erfolgen.
- c) Wenn eine Übersiedlung betrieben oder vollzogen wird, ohne daß eine Genehmigung der zuständigen Kirchenleitung dafür vorliegt, muß an disziplinarische Maßnahmen gedacht werden. Dazu werden die Kirchen in der BRD um Hilfe gebeten.

Wir möchten nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es selbstverständlich auch über die unter a) aufgeführten hinaus Fälle gibt, in denen auch wir bereit sind, die volle Mitverantwortung für eine Übersiedlung in die BRD durch ausdrückliche Freigabe zu übernehmen.

Wir möchten betonen, daß diese Bitten von unseren Kirchenleitungen voll unterstützt werden. Wir bitten herzlich, die leitenden Geistlichen und die Kirchenleitungen der Evangelischen Kirche in Deutschland von unserem Schreiben in Kenntnis zu setzen.

In herzlicher, brüderlicher Verbundenheit grüße ich Sie als

Ihr

(Unterschrift)

D. Albrecht Schönherr

II. Liste von Persönlichkeiten, die sich dem sowjetischen Machtbereich entzogen haben

Die folgende Liste ist ein Abfallprodukt, auch wenn sie fast mehr Arbeit gemacht hat als die Hauptarbeit. Bei der Beschäftigung mit Fragen, wie es Übersiedlern im Westen ergangen ist, fielen immer mal wieder Namen von Persönlichkeiten auf, die in der SBZ/DDR oder in den Westzonen/Bundesrepublik eine mehr oder weniger bedeutende Rolle gespielt haben. Klaus Staeck gab den Hinweis, es gebe darüber auch eine Liste: die Mitarbeiter des Archivs der „Frankfurter Rundschau“ haben sie auch mühsam gefunden; sie wurde 1977 in der FAZ unter dem Titel: „Die Abwanderung des Geistes“ veröffentlicht und enthält vor allem Namen aus der Künstlerszene.

Zunächst hat der Verf. nur weitere Namen der Künstlerszene notiert, bis der Gedanke kam, auch aus allen anderen öffentlichen Bereichen die Namen zu erfassen, soweit das im Rahmen dieser Arbeit möglich ist. Es wurde immer deutlicher, welch eine große Bereicherung Übersiedlung für den Weststaat bedeutet hat und zugleich welch herben, wenn auch selbst verschuldeten, Verlust der Oststaat erlitt. Jetzt enthält die Liste rund 1.400 Namen von mehr oder minder bekannten Persönlichkeiten der Zeitgeschichte, die sich aus unterschiedlichsten Gründen dem sowjetischen Herrschaftsbereich entzogen haben. Aufgenommen wurde, wer eine mehr oder minder bedeutende Position im öffentlichen Leben der Sowjetzone/DDR oder später in den Westzonen/Bundesrepublik erlangt hat/hatte oder auf andere Weise in der Öffentlichkeit bekannt wurde.

Letzten Endes mußte die Auswahl willkürlich bleiben, weil manche Leute selbst in Eigenporträts in Handbüchern die Herkunft aus der Sowjetzone/DDR verschweigen, aus welchen Gründen auch immer. Dank Unterstützung der Mitarbeiter des Archivs der „Frankfurter Rundschau“, die jeden Namen meldeten, der ihnen bei ihren üblichen Recherchen auffiel, und dank zahlreicher DDR-Forscher wie Günter Buch (Berlin), Karl-Wilhelm Fricke (Köln), Klaus-Dieter Müller (Dresden) und Hermann Weber (Mannheim) sowie dem Mathias-Domaschk-Archiv Berlin kam die stattliche Zahl zusammen. Außerdem hat der Verfasser Industrie- und Handelskammern, Wirtschafts- und Sportverbände angeschrieben. Die Antworten haben die Zusammensetzung letzten Endes

noch willkürlicher gemacht; so nannten einige Sportverbände gleich eine ganze Reihe Sportler aus ihren Reihen, während andere nicht einmal antworteten, dritte bedauerten, weil sie darüber nie Erhebungen gemacht haben.

Vollständig kann die Liste ohnehin nicht sein. Am Ende gehörten alle viereinhalb Millionen Menschen hinein, die nach dem Sommer 1945 in den Westen gekommen sind. Stichtag ist der 1. Juli 1945. Das Datum wurde gewählt, weil ein späteres Datum – üblich ist der 1.1.47 – alle Sozialdemokraten ausgeschlossen hätte, die sich der Zwangsvereinigung von SPD UND KPD zur SED verweigerten, widersetzten und geflohen sind. Der 1.1.47 wird üblicherweise deshalb gewählt, weil alle Wanderungen vor diesem Datum als Kriegsfolgewanderungen gelten. In diesem Wissen wurde dennoch bewußt der 1.7.45 gewählt, der Tag, an dem die Sowjetunion ihren Herrschaftsbereich auf das gesamte Gebiet ihrer Besatzungszone, der späteren DDR, ausgedehnt hatte. Nicht enthalten sind also Leute, die vor diesem Stichtag das Gebiet der Sowjetzone verlassen haben wie etwa die thüringischen Glasbläser mit ihrem berühmten Zug im Gefolge der US-Besatzungsmacht in den Westen.

Die Liste ist abhängig von Erhebungen des Verfassers, Zuarbeiten der Fachleute sowie Antwortschreiben von Verbänden. Aufgeführt sind nur Personen, bei denen das Jahr der Geburt und/oder das der Übersiedlung in den Westen bestimmt werden konnte. Haftzeiten wurden, soweit bekannt, ebenfalls vermerkt.

Die Namen aus der FAZ-Liste vom 30.8.1977 sind ebenso aufgenommen wie die im Katalog der Dresdner und Hamburger Ausstellung „Ausgebürgert. Künstler der DDR 1949-1989“ sowie Daten der 1997 von Andrea Jäger genannten Schriftsteller und Angaben aus einschlägigen, gewiß nicht allen, Handbüchern. Es war beim besten Willen nicht möglich, alle in den Veröffentlichungen genannten Namen und Daten zu überprüfen. So ist nicht ausgeschlossen, daß womöglich jemand in die Liste aufgenommen wurde, der eigentlich nicht hineingehört. Auch kann keine Garantie für die genannten Jahreszahlen übernommen werden. Sie sind nach besten Wissen vermerkt.

Sollte jemand einen Fehler bemerken, über sich selbst oder bei bereits Verstorbenen, bittet der Verf. um Entschuldigung und dankt im voraus für entsprechende Hinweise zur Richtigstellung. Es wäre schön, wenn solche Hinweise weitere Daten zum Lebenslauf enthalten, eine halbe Seite. Die Liste ist mit der Veröffentlichung für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages nicht abgeschlossen. Der Verfasser wird weiter daran arbeiten. Jeder weitere Name wird diese Liste verbessern, auch Selbstnennungen sind erwünscht. Soweit ermittelt werden konnte, sind auch Haftzeiten angegeben.

Die Liste unterscheidet nicht zwischen Gut und Böse. Menschen, die offenkundig im Auftrag der Staatssicherheit in den Westen gekommen sind wie der Kanzleramtsspion Günter Guillaume, sind ebenfalls aufgenommen.

Lesehinweis

Links steht der Name. In der Mitte folgen Geburtsjahr und Jahr der Zuwanderung in den Westen. Ein „v“ vor dem Geburtsjahr oder dem Jahr der Zuwanderung zeigt an, daß Geburt oder Zuwanderung womöglich früher erfolgten als angegeben. Ein + nach diesen Zahlen sagt aus, daß es Hinweise gibt, die genannte Person könnte womöglich später als angegeben geboren oder in den Westen gekommen sein [manche Listen geben nur Daten für mehrere Jahre an: etwa von 1953-1956 o.ä.]. Auf der rechten Seite der Liste folgen dann Berufe oder politische Funktionen in Ost oder West, meist abgekürzt. H: steht für Haftzeit.

Die Abkürzungen sind die üblichen: Großbuchstaben geben in der Regel Städte entsprechend den Auto-Kennzeichen an. Weitere Abkürzungen:

Abtltr	Abteilungsleiter [HAbtltr= Haupt...]
Brb	Brandenburg
Bubk	Bundesbank
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
DFD	Demokratischer Frauenbund (DDR-Org, in VK vertreten)
Dt. Verw Han	Deutsche Verwaltung Handel und Versorgung
DWK	Deutsche Wirtschafts-Kommission
EM	Europa-Meister EM+Zahl=Platz bei Europa-Meistersch.
Gen.–	General-
He	Hessen
HV	Hauptvorstand (M-Mitglied)
IHK	Industrie- und Handelskammer
Insp	Inspekteur
Int	Intendant (bei Kirchenv.: Intendent)
Lath	Landestheater
LV	Landesvorsitzender
LV-M	Landesvorstandsmitglied
MdB	Bundestagsabgeordneter
MdEP	Abgeordneter des Europäischen Parlaments

MdL	Mitglied des Landtags
Meckl	Mecklenburg
Min	Minister
NRW	Nordrhein-Westfalen
Nsa	Niedersachsen
OB	Oberbürgermeister
Oly(mp)	Olympiade
OlympS	Olympiasieger (Olymp und Zahl = Platz bei Olympiade)
Pr(äs)	Präsident
Rh-Pf	Rheinland-Pfalz
Rst	im Ruhestand
Sa	Sachsen
sä	sächsisch
Sa-A(nh)	Sachsen-Anhalt
SAL	Saarland
SH	Schleswig-Holstein
Sst	Schriftsteller
StS	Staatssekretär
TH(Th)	Thüringen
V (ors.)	Vorsitzender
VK	Volkskammer
VP	Volkspolizei
ZV	Zentralvorstand

Wolfgang Abendroth	06	48	Rechtswiss, Politologe
Willi Ackermann	51	86	Kaufmann
Wolfgang Agte	26	52	Jurist LV-Mitgl LDPD Sa-A
Martin Ahrends	31	84	Schriftsteller
Heinrich Albert		52	MdVK-CDU

Katharina Albert		74	Malerin
Ina Albowitz	43	45	MdB-FDP
Andreas Altenfelder		80	Musiker, jetzt NL
Thomas Ammer	37	64	Eisenberger Widerstands- kreis
Sascha Anderson	53	86	Sst
Erich Andler	94	63	Oberkons-Rat B-Brbg 63 Ruhest.
Andreä		64	Dir Hydrol Inst HUB
Gerhard Andres	36	55	Maler und Grafiker
Helmut Apmann	38	73	Bildhauer und Architekt
Kerstin Arnold	54	89	Buch-Illustratorin
Gerhard Artmann	51	85	Schriftsteller H:84(6 Mon.)
Jens Asche	59	86	Manager
Siegfried Asche		55+	Museumsdir.
Hans-Georg Aschenbach	51	88	Skisportler (2 x OS) L/FR
Adline Assmann	36	58	Malerin, Graphikerin
Thomas Auerbach		77	Diakon, Bürgerrechtler Je- na
Dorothee Aurich		86	Kunsthänderkerin
Wilhelm Bachem	03	50	Verkehrsmin Th, StS DDR-V-Min
Herrmann Bachmann	22	53	Maler und Graphiker
Thomas Backofen	50	80	Geiger Oslo
Frank Badur	44	v63	Maler
Ludwig Bahner		50	Unternehmer
Ulrich Baehr	38	v58	Maler
Rudolf Bahro	35	79	Philosoph B/HB-B
Franz Ballerstedt	08	48	Präs Rechnungshof Bonn HWE
Jan Bammes	56	89	Bühnenbildner

Petra Bammes	57	89	Bildhauerin
Tina Bara	62	89	Fotografin
Meinrad Bärmich	52	89	Maler
Ulrich Barnickel	55	85	Metallbildhauer
Günter Barsch		59	Ruderer
Friedrich Barthel	48	85	Gebrauchsgraphiker
Fritz Barthelmann	92	47+	MdA-SPD B +61?
Dore Bartky		52	Fotografin
Kurt Bartsch	37	80	Schriftst Grafiker
Jutta Bartus	26	49	Sst 55 wieder in DDR 77
Franz Bartzsch	47	80	Musiker
E. Barwich		64	Atomphysikerin Sst
Heinz Barwich	11	64	Atomphysiker
Georg Baselitz	38	57	Maler
Elfriede Bätz	39	86	Spielzeuggestalterin
Gerhard Bätz	38	86	Glasgestalter und Restaurator
Fritz Bauch	91	49	Fabrikant, LDP-Vorstand
Leo Bauer	12	55	SU-Haft Journal, SED-Funktionär
Wolfgang Bauer	39	57	MdB-CDU
Heinrich Baumann	01	57	Chefred Thüringer Tageblatt
Rudolf Baumann	06	50	Kaufmann, LV-Mitgl LD P Brandenbg
Heinz Baumeister	02	48	MdL Th SPD-SED
Martin Bauss		53	Maler und Grafiker
Gabriele Bechtle		88	Kunsthawerkerin
Jan Bontjes van Beck	99	50	Keramiker und Bildhauer
Hermann Becker	05	55	Bankkfm LDP-FV LT Th (48 Haft)

Jurek Becker	37	77	Sst
Norbert Behnk	49	84	Maler
Klaus Behnke	50	77	Psychoanalytiker, Dipl.- Psychologe
Hans Beitz	17	59	MdA B
Ernst Benda	25	48	Präs BVerfGer B-Inn-Min CDU
Bernd Benedix	43	73	Bildhauer
Karl-Heinz Benndorf	19	86	Maler, Grafiker
Bernhard Benning	02	50	Direkt Bank Dt Länder/ Bundesbk
Ingrid Berg	56	84	Nichte des DDR-Min-Präs Willi Stoph
Hermann von Berg	33	86	SED-Funktionär Autor Wirtschaftshistorik
Jörg Berger	44	79	Fußball-Trainer Eintr. Frankft
Robert Berger	98	47	Ltr Dienstst Görlitz Schles. Kirche
Walter Bergmann	91	50	Mitglied CDU-Vorst Sach- sen
Peter Berndt	37	55	Maler
Hartwig Bernitt	27	55	Vors. Verbd ehHRO St
Eduard Bernoth	92	48	CDU-Mitbgrü B/SBZ Se- nat Arb/SozB
Dieter O. Berschinski	41	75	Maler, Grafiker
Barbara Berthold	51	84	Fotografin HdK-B- Metselar
Benno Besson	22	78	Intend Dt.Theater CH Gendir Comedie Genf
Heinz Bethge	19	61	Modeschöpfer
Friedhelm Beuker		82	Sportwiss
Frank Beyer	32	80	Filmreg

Gert H.E. Beyer	35	n49	Maler und Grafiker
Robert Bialek	15	53	GenInsp VP entführt
Johannes Biebl	45	84	Rockmusiker
Bernd Bieder	60	89	Maler
Karlheinz Biederbick	34	55	Bildhauer
Manfred Bieler	34	68	Sst 65 erst in CSSR
Karl Bielig		49	MdB-SPD 1949-
Horst Bienek	30	55	Sst, Mstrsch B Brecht H:51-55SU
Wolf Biermann	36	76	Sst, Liederm (53 nach DDR)
Christoph Biller		88	Thomas-Kantor Musikwiss DT
Bärbel Biskop		89	Designerin
Christine Blei		87	Malerin, Grafikerin
Andreas Bliemel	50	82+	Maler, Bühnenbildner
Christine Bliemel		82+	Szenografin
Ulli Blobel		86	Jazz-Manager
Ernst Bloch	85	61	Philosoph
Peter Bloch	00	50	MdL CDU stv LV Brbg, stv BzBgmStg
Michael Blumhagen	58	82	Maler, Bildhauer
Hans-Joachim Bober	08	60	Maler, Grafiker
Andreas Boeckh	59	89	Maler, Grafiker AGB
Bernhard Boes	31	54	Maler
Bärbel Bohley	45	88	Malerin, Bürgerrechtlerin (1/2J)
Johannes Bohlmann		51	Rechtsanwalt (Flade)
Erich Böhm	01	62	ADN-Korrespondent in Bonn
Hildegard Böhm	38	89	Buchgestalterin
Rudolf Böhm	41	89	Bildhauer

Irene Böhme		79	Sst
Maritta Böhme		81	Malerin
Klaus Bölling	28	47	StS Spr der Bundesreg Ständ Vertreter
Rainer Bonar	56	81	Maler (eigtl: Rainer Lietz- ke)
Hartmut Bonk	39	82	Bildhauer
Hans Bönninghausen	06	53	Maler
Harro Boos		87	Gebrauchsgrafiker
Reinhard Boos		84	Kunsthandwerker, Desi- gner
Jochen Borchert	39	53	Bundesmin CDU SDL
Jürgen Bordanowicz	44	v66	Maler, Grafiker
Gisela Börk	45	v62	MdL SH
Dieter Borkowski	28	72	Journalist Sst („Arno Hah- nert“ 66-71) H: 60-61 und 71-72
Bernhard Boeske	50	86	Maler
Peter Böttcher	47	83	Designer
Uwe Eckart Böttger	55	85	Journalist
Christian Brachwitz	53	89	Fotograf
Hans-Otto Brambach		88	Kunsthandwerker
Heidi Brambach		85	Szenografin
Andreas Brandt	35	70	Maler, Grafiker
Heinz Brandt	09	58	SED-Funktionär Sst Autor 61-64 entf
Lutz Werner Brandt	38	60	Architekt, Maler
Helmut Brandt	11	64	Sts DDR-Ju-Min; CDU- POL, WissMA BT
Thomas Brasch	45	76	Sst
Gottfried Bräunling	47	87	Maler und Grafiker

Erwin Braun	21	66	Jurist und Wirtschaftswiss H:60-66
Johannes Braun	19	90	Bischof (im Ruhestand 3/90)
Walter Braun	92	63	Generalsupintdent Kur- mark in P
Curt-Artur Brauns	23	52	MdVK-NDPD
Julius Bredenbeck	07	54	Stv L ArbA MD, MdL SH H:48-54
Hans Breker	06	51	Bildhauer (auch van Breek)
Hermann Brill	95	46	Th Stspr, SPD-V TH; MdB, LStkz WI
Wolfgang Brock	29	49	Vors+Richter LSG Berlin
Max Brockhaus	67	50	Verleger
Bernhard Brommer		48	Geschf CDU Provinz Sachsen/MD-EF
Annette Brömsel		89	Kunsthawerkerin
Hans Brosch	43	79	Maler
Dietrich Brüning	52	85	Maler
Martin Broszat		48	Historiker Inst. für Zeit- gesch M
Ulrich von Brück	14	80	Oberldskrat, Stv d Bi- schofs 80Rst
Willi Brundert	12	57	SPD-OB FFm HAbtltr WiMinSa-A H:49-57
Ignaz Bubis	27	49	Unternehmer/Politiker DD/F H:7.48-8.48
Günther Buch	30	49	Historiker
Karl Buch	95	53	AbtlgsLtr Min HanVers TH
Willi Buch		48	Parteivorst SED
Karl Arthur Buchheim	89	50	MdL Brandenburg CDU-L

Roland Bude	26	57	Min-Rat Gesdt, Innerdt Min H:50-57
Peter Josef Budek	40	84	Sst H: 9/83-5/84
Cornelia Bull	61	87	Journalistin
Joachim Burckhardt		v83	Sst
Christel Burger		53+	Kabarettistin
Hugo Buschmann	99	47	Präs Dt Verw HanVers; Vs Eternit-AG
Bernd Büttner	44	v69	Maler
Dietmar Büttner	39	85	Maler, Grafiker
Klaus Büttner		83+	Sportarzt DDR-Ringerstaf- fel
Werner Büttner	54	61	Maler „Samenbank für DDR-Flüchtlinge“DLB
Kurt Bunge	11	56	Maler
Joachim Burckhardt		33	Sst
Ernst Bursche	07	62	Maler, Grafiker
Barbara Cain	54	88	Fotografin, Grafikerin
Detlef Carsten	44	85	Gebrauchsgrafiker
Rudolf Caspar	30	55	Professor f H:49-55
Frank Castorf	53	89	Regisseur, Theaterintendant
Irene Chaker	53	84	Historikerin
Ronald Arthur Chaplain		73	Mediziner
Rolf Christiansen	14	51	Bühnenbildner
Stephan Cibulka		82	Vikar/Pfarrer in der th Friedensbew
Vera M von Claer-Crodel	22	52	Emaillieurin
Eberhard Cohrs	21	77	Komiker
Esther-Maria von Coelln	11	50	Dez Vbildg WE Reg-Rät M HandVers TH

Hans Corbat	26	56	Stv Vors Bautzen-Komitee H:46-56
Rudolf Corth	88	49	LDP-V-Mitgl Brbg
Mathias Creuziger	51	88	Fotograf
Carl Crodel	94	51	Maler
Fritz Dähn	08	48	Maler
Frank Dahrendorf	34	46	Sen HH, Sen B SPD
Gustav Dahrendorf	01	46	SPD-Pol Mitgl Zentralaus; Vors ZV Konsumgenos Vizpr ZweizoWiRat
Ralf Dahrendorf	29	46	Ltr London Sch of Econ Soz Wiss FDP-Pol
Christine Damerau		88	Gebrauchsgraphikerin
Lutz Dammbeck	48	86	Maler, Grafiker
Anna Damrat	45	v65	SPD-MdA Berlin
Jonas Dangschat	35	v68	Maler
Else Dau		53	CDU-POI LV-Mitgl Brbg
Heinz A. Dechant		48	CDU-LV-Mitgl
Andreas Deckhardt	46	89	Maler
Heinrich Degenhardt	19	50	MDL TH Ltr Abwehr BAmt Verfschutz
Michael Dehnert		89	Gebrauchsgrafiker
Wolf Deinert	44	75	Sst H:65-66 und 74-75
Dagmar Demming	51	82	Malerin
Klaus Dennhardt	41	86	Maler, Grafiker
Hans Holger Dettmann		89	Kunsthändler
Anton Dick		88	Bürgerrechtler AG Staats- bürgerschaft
Reinhard Dickel	51	72	Maler
Gunna Diehl	48	80	Bildhauerin
Helmut Diehl	48	80	Maler
Elfriede Dierlamm	03	50	MdL Sa LDP

Stefan Diestelmann		80	Musiker
Rolf Dieß	25	61	Maler
Helmut Dietze	13	48	Vizepräs LZB HH
Paul-Uwe Dietzsch	48	84	Maler
Dagmar Dimitroff	60	78	Malerin H: 77-78
Heinz Dinter	42	74	Maler
Susanne Doberschütz	57	84	Malerin
Martin Domke	11	58+	Glasmaler
Angelika Domröse	41	80	Schausp.
Volker Döring	45	89	Maler
Wilhelm Döring	96	53	MdL Th stv-LV LDP Th
Karl Doerr	98	59	Chefred. Th SPD-SED LV Verb dt Pres
Emil Dovifat		46	Vorstand-CDU Publizistikwiss
Adolf Dresen	35	77	Regisseur
Dieter Dressler	32	86	Maler
Jürgen Drieselmann	55	76	Ltr Antistal Aktion Museum
Karl-Heinz Droste	31	52	Bildhauer
Joachim Dunkel	25	48	Maler
Anna-Maria Durant-Weber	89	??	DFD-Vorsitzende K
Rudi Dutschke	40	61	Stud-Führer B 1968
Horst Durban		61	Fernsehkorresp.
Rudolf Dux	v12	46	SPD-Bezirkssekretär MD MD-Li
Rudolf Eberhard	91	56	SPD-OB MD, MdL Sa-A (H: 5J Urt)
Harald Eberlein		85	Maler
Rainer Tobias Ebert	52	83	Maler
Siegfried Eck	34	52	Glasgestalter

Andreas Eckardt	43	76	Architekt, Maler H: 74-76
Gabriele Eckart	34	84	Sst
Albrecht Ecke		87	Kunsthändler
Hans Egidi	90	48	LV-Mitgl. CDU-Brbg PräsBverwG MinDir LReg Brbg
Reinhard Eiben	51	90	Kanu-OS; Umzug n Westf
Ernst Eichelbaum	93	48	Bürgermeister Leipzig CDU-L
Lutz Eigendorf		79	Fußballer Dynamo B Eintr. BS
Heinr Gr v Einsiedel	21	48	MdB-PDS M
Bernd Eisenfeld	41	75	Vors Verbd ehem. DDR- Bürger
Ulrich Eisenfeld	39	81	Maler
Wilhelm Eisenführ	90	50	LV-LDP Brbg, Übertr zu SED
Ernst Elitz	41	58	Intendant Deutschland- Radio
Klaus Elle	54	88	Maler
Renate Ellmenreich		79	Pfarrerin J
Curt-Christian Elster	02	49	MDL Th, MdVK LV-M Th LDP
Margrit Emmrich	49	80	Fotografin
Kornelia En- der/vh:Gromm	58	90	Sportlerin 3OS(Schw)
Peter Enders	42	61	MdB-SPD Ang Stkzl NRW 4/74
Monika Engelhardt	42	84	Schmuckgestalterin
Jürgen Engert	36	54	Journalist SFB-Moderator „Kontraste“
Horst J. Erdmann	19	50	UFV-Vors
Johannes Erben		65	Germanist

Gernot Erler		47	MdB-SPD
Thomas Erwin	61	81	Sst H:10/80-2/81
Claudia Esch-Kenkel	50	84	Fotografin
Irina Eser	53	87	Schmuckgestalterin
Dieter Eue	47	82	Sst H:66-67
Carl-Heinz Evers	22	49	Senator Volksbildung
Ernst Ewald	21	54	MdL Sachsen-Anhalt
Ulrich Ewald		88	Gebrauchsgrafiker
Dorothee Eyness	40	60	Schmuckgestalterin
Dirk Gerald Fabian	62	85	Grafiker (H: kurzztg)
Wilhelm Falk	09	56	LDP-ZV DDR
Petra Falkenberg	57	83	Bürgerrechtl Friedensge- meinschaft Jena
Max Fank	98	54	PV SED MdL-Mecklbg
Siegmar Faust	44	76	Sst H:11/71-9/72+5/74- 3/76
Thomas Feldmann	44	88	Textilgestalter
Sabine Feldtner-Horwarth		88	Malerin
Conrad Felixmüller	97	67	Maler
Maximilian Fiebi		48	Ltr Zentralfinanzk Dt. Zentrfinzk
Henryk Fiedler		84	Kunsthandwerker
Karin Fiedler		86	Schmuckgestalterin
Lothar Fiedler	53	84	Sst Maler Musiker DD
Lutz Fiedler		84	Designer
Herbert Fiering	12	50	MdL Sa-A LV-Mitgl MdVR
Fritz Figur	04	70	Präses der Syn B-Brbg
Ulf Fink	42	50	CDU-MdB
Gerhard Finn	30	48	Journalist Sst Pspr BuMin Innerdt F

Otto Firchow		62	Abtltr Ägypt Museum
Günter Firit	47	86	Maler, Grafiker
Birgit Fischer		89	Kunsthawdwerkerin
Max Fischer		49	Ltr MinBü Arb+Soz Brbg
Veronika Fischer	51	82	Sängerin
Wilhelm Fischer	85	50	AufsRats-Vs Verb Sächs Konsumgen
Herbert Fischer-Geising	96	61	Maler
Werner Fischl	97	55	Jurist Ltr Rechtsst HAL
Karl Hermann Flach	05	49	Gruppe Arno Esch LDP FDP-Generalsekr.
Hermann Josef Flade		60	Gesamtdt. Institut H: 51-60
Michael Flade		85	Maler, Sst
Hermann Flade	43	63	Pädagoge
Konrad Fleische		62	Mediziner
Thomas Florschütz	57	81	Fotograf
Christel Föllmer	50	87	Textildesignerin
Günter Föllmer	47	87	Textildesigner
Ukrich Forchner	49	88	Grafiker
Sabine Franek-Koch	39	v68	Malerin, Grafikerin
Erich Frank	97	51	Mitbegr LDP, ZV-Mitgl, MdVK
Henning Frank	26	60	Jurist LV-LDP Mecklbg
Thomas Franke	55	87+	Grafiker
Hans Joachim Fraenkel	09	79	Bischof von Görlitz Ru- hest. 79
Antje Freiheit	51	89	Schmuckgestalterin
Wolfgang Freitag		86	Gebrauchsgrafiker
Fridolin Frenzel	30	51	Maler, Zeichner
Sofie Frenzel	33	51	Zeichnerin
Ute Freudenberg		83	Sängerin Gruppe elephant

Hans Freund		53	VVN MdVK Jurist
Achim Freyer	34	72	Bühnenbildner, Maler
Ilona Freyer	44	72	Bühnenbildnerin
Fritz Freytag		53+	Flugzeugkonstrukteur
Karl Wilhelm Fricke	29	49	Historiker Journalist (entf55H:-59)
Lutz Friedel	48	84	Maler und Grafiker
Ferdinand Friedensburg	86	48	Stv OB Berlin, Senator CDU
Götz Friedrich	30	72	Opernreg Freybg/Amsterdam 72/HH
Hartmut Friedrich	35	51	Maler
Heike Friedrich	70	90	Schwimm-OlyS K-M-S/By
Jürgen Friedrich	50	79	Grafiker, Kunsthandwerker
Michael Friedrich		83	Gebrauchsgrafiker
Georg Frietzsche	03	49	Maler
Norbert Fritsch	31	73+	Maler
Gert Fröbe	13	48	Schausp
Friedrich Karl Fromme	30	49	Journalist FAZ
Adolf Henning Frucht		79	Physiker/Chemiker 68:LL Haft
Elke Frühauf	42	74	Malerin
Jürgen Fuchs	50	77	Sst Psychologe H:11/76- 8/77
Rainer Funck		86	Gebrauchsgrafiker
Jürgen Gäbler	49	88	Maler, Keramiker
Georg Gaffron	54	77	Journalist, Geschf 100,6
Heinz Galinski	12	53	Vors Jüd Gemeinde B-W
Harald Gallasch	49	89	Maler, Grafiker
Alphons Gaertner	92	48	Präs TH Landesbank LDP- ZV-Mitg

Otto Garen	84	50	LDP-ZV-Mitg stv. Bgm Berlin-Pankow
Gina Gass	46	84	Malerin (verh: Regina Hückstädt)
Rolf Gassmann	50	54	MdL-SPD BWttbg
Lise Gast/Richter	08	50+	Kinderbuchautorin
Thomas Gatzemeier	54	86	Maler FAZ 30.3.90 Autor
Johannes Gebhardt	30	51	Keramiker, Prof. f Kera- mikm Ki
Eva Maria Geisler	36	??	Malerin
Hans Dietrich Genscher	27	52	Bundesmin des Innern Au- ßenmin FDP-Pol
Rudolf Georgi		55	Unternehmer N H:
Irina Georgio	56	85	Malerin
Joseph Gerats	38	77	Bildhauer
Siegfried Gerhardt	31	60	Maler
Hermann Gerigk	23	52	CDU-POI LV Vors Brbg
Joachim Gessner	32	89	Gebrauchsgrafiker
Horst Gienke	30	90	Bischof GW (Mißtr-V der Syn 1989)
Karl Gierke	00	45	FDGB-BV CDU-MdL Sachsen-Anh
Helmhart Giese	14	81	Pfarrer in Bernburg .
Heinrich Gillesen	96	50	Th Min f Vers 57 Verh als Agent 57
Peter Gläser	49	89	Rockmusiker(-texter a.f.Renft-C)
Wilfried Glatzeder	45	82	Schauspieler
Fritz Gleibe		51	OB in C
Bruno Gleitze	03	48	PD-SED Statistiker HUB
Art Glöckner	28	59	Maler
Hermann Glöckner	89	86	Maler, Grafiker, Bildhauer

Reinhard Glöde	53	85	Bühnenbildner
Erich W. Gniffke	95	48	Sozdem Pol (SED 1946-48) Daun
Werner Goehle	54	85	Gebrauchsgrafiker
Eberhard Goier		49	Zeichner
Annegret Gollin	56	82	Sst H:75(6M) 77(3M) Ende 79 (3M) 2/82-12/82 (Urteil“:20 M)
Johanna Görke	42	84	Malerin(1954 Bln-O) H:82
Erwin Görlach	02	56	Maler
Gerhard Görner		84	Designer
Ludwig Gosewitz	36	56+	Grafiker, Glasgestalter
Detlef Gosselck	40	60	Maler
Jörg Gotschalk		88	Gebrauchsgrafiker
Josef Gotschol		50	LV-CDU Sa-A
Kurt Gottschaldt		02	62 Psychologe
Jürgen Gottschalk	51	85	Grafiker, Drucker H:84-85
Eckeland Götze	48	88	Maler, Siebdrucker
Dietrich Grabas		86	Maler
Kurt M. Grabe		56	SPD-Pol. H:48-56
Johann Baptist Gradl	04	47	CDU-Pol
Dagmar Graf		77	Schausp
Dieter Gräf		84	Rechtsanwalt Autor
Jürgen Grafe	40	86	Maler Bildhauer
Dietrich Grahas	50	86	Maler
Peter Grämer	39	60	Maler
Walter Gramsch	97	54	SPD-SED Bahnbeamte V-Mann Org Gehlen
Gotthard Graubner	30	54	Maler
Helga Grebing	30	48	Historikerin

Manfred Gregor-Dellin	26	58	Sst, R. Wagner-Forscher Kulturpol
Herbert Greif		89	Gebrauchsgrafiker
August Griesebach	81	46	Vors KBund Brbg Kunst- hist
Mathias Grimm	53	89	Maler, Metallgestalter
Hans Hendrik Grimmling	47	86	Maler, Grafiker
Hans Werner Grohn		62	Kunsthist.
Ursula Grohn		62	Kunsthist.
Georg Grosse	00	49	CDU Min für Hand+Vers Th
Helene Brig Grossmann	43	89	Bildhauerin
Franziska Groszer	45	7	Sst
Wilhelm Groth	00	52	Landeskirchentag Anhalt Org
Wilhelm Grothaus		60	Aufstandsführer 17. Juni 53
Herbert Grü		62	Dir Inst f Bergbau FG
Heinrich Grüber	91	58	Propst, EKD-Bevollm für DDR-Reg/Einreisev
Traute Gruner	24	51	Malerin
Reinhard Grütz	38	81	Designer, Metallgestalter H:80-81
Waldemar Grzimek	18	61	Maler, Grafiker, Bildhauer
Günter Guillaume	27	56	Mitarbeiter im Kanzleramt W.Brandt
Werner Gumpel	30	55	Wirtschaftswiss H:50-55
Johanna Gumpert	92	49	CDU MdL Sachsen
Egon Günther	27	79	Filmreg
Hannelore Gutt	50	84	Kostümbildnerin
Ingo Haas	46	77	Zeichner, Grafiker
Steffen Haas	43	71	Ärztl Dir Psychiatr Lkrkhs Eltville

Jürgen Gustav Haase	47	88	Maler, Grafiker
Paul Hach	93	47	OB EF Bankkaufmann LDP
Heinz Hadelich	30	56	Bildhauer, Keramiker
Ingeborg Hagedorn	36	v57	Zeichnerin
Rudolf Hagelstange	12	47	Sst
Isolde Hagemann		79	Botanikerin Ltrin Palmen- garten Ffm
Klaus Hagemann	47	53	MdB-SPD
Eva Maria Hagen		77	Schausp
Heidemarie Hagen	46	80	Fotografin, Filmerin
Nina Hagen	55	76	Sängerin
Annemarie Hahn		61	Musikwiss
Rainer Hahn		84	Möbeldesigner
Dieter Hallervorden	35	51	Kabarettist
Karl Hamann	03	57	LDPD-Pol DDR-Minister f Handel
Monika Hamann	48	85	Bildhauerin
Josef Hämel		58	Rektor Uni J/WB
Brigitte Hanisch		81	Fachschuldoz DDR H:77- 79
Dieter Hanisch		86	Gebrauchsgrafiker
Edda Hanisch	38	81	AkadDGesW-MA DDR H:77-79
Gudrun Hanisch	44	89	Textilgestalterin
Angela Hanke	45	75	Malerin
Claus Hänsel	42	84	Maler
Monika Hanske	52	80	Malerin
Wolfram von Hanstein	99	55	CDU, Verleger
Barbara Hanus		88	Journalistin
Walter Harder	97	58	Ltr Amt des Ev. Hilfs- werks

Wolfgang Harich	23	79	Philosoph zurück in DDR 81
Annemarie Harlem	94	48	CDU-MdL Mecklenburg
Ulrich Hartenstein		88	Kunsthandwerker
Claus Hartmann	45	84	Designer
Georg Hartmann		81	Musiker H:80-81
Gertrud Hartmann	38	88	Keramikerin
Horst Hartmann	39	89	Designer
Linde Hartmann	52	88	Malerin Grafikerin
Manfred Hartmann	50	88	Fotograf Grafiker
Hugo Hartung		46	Sst
Klaus Hartung	43	58	Zeit Journalist SDS
Ulrich Hartung	52	80	Maler Grafiker
Reinhard Harz		85	Kunsthandwerker
Ernst Günther Haß	12	49	Vors CDU C
Gerhard Hasse		63	Mathematiker Stud Wider- stand
Arno Haufe	90	56	Sekretär LV Sa 48: Haft 25J Z
Sigrid Haun	50	83	Malerin Grafikerin
Hansdieter Hauschild	37	85	Dirig DD GenmusikDir W
Florian Havemann		75	Maler Bühnenbildner; Sohn von R.H
Joachim Hawlik		84	Gebrauchsgrafiker
Wolfgang Hegewald	52	83	Schriftsteller
Käthe Heidenberger	97	51	geschf HV CDU-M MdVK
Günter Heidtmann	12	54	Chefred Sonntagsblatt „Der Weg“
Bernhard Heiliger	15	51	Bildhauer Zeichner
Peter Heilmann	22	57	Sekr ZR FDJ WB:Ltr Ev. Akademie
Clemens Heimann	17	46	Vorstand LZB NRW

Willi Hein	94	50	LDP-MdL Brbg
Wolf Heinecke	23	50	Maler und Grafiker
Curt Heinemann-Grüder	20	74	Pfarrer in Granzow/Ang
Holm Heinke		84	Gebrauchsgrafiker
Claudia Heinrich	39	89	Fotografin
Siegfried Heinrichs	41	74	Sst H: 2/64-66
Hans Jürgen Heise	30	50	Sst
Burkard Hellbach		30	Inh. NKD-Firmengruppe Bindlach/BY
Traute Hellberg	13	77	Schausp Sst (BerlZtg)
Willy Heller	00	50	M-Dir LR Brb b CDU- MdL stv LV Brbg
Johannes Helliger		80+	Orthopäde
Herbert Helmrich	34	53	Justizmin M-Vp 1992-94 MdB-CDU 1976-92
Gerhard Helwig	24	53	Architekt, Maler
Gerhard Hempel	03	48	OB WE
Johannes Hempel	29	47	Bischof in Sachsen (53 zu- rück DDR)
Kurt Hempel	94	52	selbst. Ing HAL SPD/SED
Wile Henke	22	49	CDU-Lgschf Brbg
Kurt Henkels	11	59	Tanzorch-Ltr
Werner Hennemann	05	48	stv Min für Wi+V Sa-A
Arno Hennig	97	63	SPD/SED Lltg Sa KuBund
Horst Hennig	26	55	Mediziner (Generalarzt) H: 50-55
Andreas Hentschel	58	86	Fotograf
Sibille Hentschel		85	Kunsthawerkerin
Otto Herbig	89	63	Maler Grafiker
Christian Herbst	79	46	SPD-SED Generaldir. Wasserwirtsch
Peter Hermann		89	Designer

Andreas Hermes	78	47	CDU-Pol Präs Bauernverband (Brep)
Hans Hermsdorf	14	46	Bgm C LV-M SPD-Sa Präs LZB HH
Georg Herold	47	73	Maler Bildhauer H:73
Marina Herold		89	gebrauchsgrafikerin
Roland Herpich	50	77	Superintendent Berlin-Wilmdf
Jürgen Herrmann		84	Maler, Siebdrucker
Peter Herrmann	37	84	Maler dlb
Leo Herwegen	86	58	CDU-POI Min Min f Arb + Soz Sa-Anh
Guntolf Herzberg	40	85	Philosoph
Fritz Hesse	81	50	LDP-Zvorst
Horst Hesse	22	54	Agent (56 Flucht in DDR)
Rolf Heym	30	50	Maler
Isolde Heyme	31	79	Sst
Christine Hielscher	50	89	Keramikerin
Wolfgang Hilbig	41	85	Sst
Elke Hildebrandt	59	88	Designerin
Terence Hill	40	47	Schauspieler
Horst Hiller		70+	Mathematiker
Gero Hilliger	43	74	Karikaturist H: 62-66
Hasso Hinke	26	53	Maler
Wolfgang Hinkeldey		77	Sst J/F H:...-77
Mathias Hintz	59	88	Grafiker
Barbara Hinz		86	Gebrauchsgrafikerin
Albrecht Hinze	37		Journalist
Walter Hirche	41	51	MdB-FDP Parl StS *L
Burkhard Hirsch	30	48	MdB-FDP D *MD
Gabriele Hirsch	49	84	Grafikerin

Ralf Hirsch	60	88	Bürgerrechtler, Büro RegBgm Momper
Gerd Höfer	43 ASL	49	MdB-SPD Schwalmeder
Anne Hoffmann		86	Szenografin
Bernd Hoffmann	47	89	Gebrauchsgrafiker
Dieter Hoffmann		53+	Lyriker
Frank Hoffmann		84	Kunsthändler
Hans Hoffmann-Lederer		51	Maler Prof.
Jutta Hoffmann	41	83	Schausp. B/M+SLZBG/HH
Volkmar Hoffman	19	48	Journalist FR-Büro Bonn
Hans Hofmann	32	53	Ingenieur
Otto Hofmann	07	50	Maler
Rudolf Hofmann		87	Kunsthändler
Rosemarie Hofmann- Baum	52	79	Keramikerin HAL/MZ
Jean-Paul Hogère	37	60	Maler
Iris Hohlbein		86	Kunsthändlerin
Rüdiger Hohlbein	51	86	Formgestalter Gebrauchs- grafiker
Mathias Hohl-Stein	52	84	Maler (61:Urteil zu M in DDR)
Christine Hohmann	50	v68	MdL-HE-Dennhardt
Gerhard Hoehme	20	51	Maler Grafiker
Ute Hoinkis	39	61	Schmuckgestalterin
Mathias Hollefreund		47 ..	Maler
Hannelore Holtz		50	Journalistin, (jetzt: vh. Krollpfeiffer)
Georg Homerla	40	85	Architekt und Grafiker (58 in DDR)
Barbara Honigmann	49	89	Sst Malerin

Hans-Günter Hoppe	22	49	MdB-FDP Justizsenator Bln
Karl Hoppe	34	55+	MdL-CDU RhPf Staatsse- kretär MFinz
Ernst Hornig	94	64	Bischof v Schlesien (Gör- litz)
Georg Hornung	51	89	Siebdrucker, Fotograf, Chemiker
Claus Hößelbarth	53	84	Glasgestalter
Heinrich Hübenthal		47	ORegRat Lreg Sa-Anh CDU
Nico Hübner	59	79	Wehrdienstverweigerer
Peter Huchel	03	71	Lyriker, Chefred
Eberhard Huchstädt	36	84	Maler und Grafiker
Volker Hucklenbroich	28?		FDP-Politiker
Jürgen K. Hultenreich	48	85	Schriftst H: 66 H: 73-76
Regina Hückstädt			s. Gina Gass (Ehefr. von Hückst)
Uta Hünninger	54	88	Malerin Grafikerin
Harry Huster	27	87	Maler
Hans-Joachim Hütten- rauch		61	Fernsehredakteur
Franz Hylla		50	LV-Abtltr CDU Sa-A
Eduard Jens Jacobsen	89	47	Abtlgs-Ltr Dt Verw Han- Vers
Wilhelm Jäger	88	64	Bildhauer
Helmut Jagusch	43	89	Maler und Grafiker
Roland Jahn	53	83	Journalist
Jutta Jaehngen	36	60	Malerin
Helga Jahnke	39	61	Malerin, Grafikerin
Konrad Jahr		87	Journalist
Karl-Heinz Jakobs	29	79	Sst

Herbert Jancke	86	50	Jurist Abtltre FinMin Sa-A
Hans Dieter Jaene	24	46	stv Chefred Spiegel Kennz D
Karin Jarausch	60	89	Textilgestalterin
Michael Jastram	53	89	Bildhauer, Maler
Sonja Jastram	55	89	Ethnologin, Historikerin
Siegfried Jenkner	30	55	Politikwiss. H:50-55
Hartmut Jennerjahn	44	58	Journalist KY/B(W)
Bernd Jentzsch	40	76	Sst Vizeprä s PEN-W s PLON
Jürgen Jentzsch			
Günter Jeschonneck		88	Bürgerrechtler AG Staats- bürgerschaft
Hans Jess	87	48	CDU MPräs Mecklbg Ltr BKrA
Willi Jesse	97	54	Parteivorst SED Haft UdSSR46
Thomas Joachim	54	78	Bildhauer H:71 wg. RFlucht (61 in DDR)
Uwe Johnson	34	59	Sst „Dichter der beiden D.“
Werner Jöhren	00	48	MdL Mecklbg
Peter Jokostra	12	59	Sst
Wolfgang Joop	44	54	Modeschöpfer P/HH
Eberhard Jünger	34	66	Theologe TÜ
Peter Junghanß	44	88	Architekt, Grafiker
Fritz Jungmann	94	50	Parteiv SED/SPD
Eberhard Kaduk	50	80	Bauaufsicht Bundesbauten Berlin H:79/80
Sabine Kahane-Noll	47	84	Malerin Grafikerin
Susanne Kahl	51	84	Gebrauchsgrafikerin
Volker Kaehne	41	59	Ltr Senatskanzlei B
Dietrich Kahnert		84	Gebrauchsgrafiker

Jakob Kaiser	88	48	CDU-Pol Bundesm stv. CDU-V
Mathias Kaiser	55	89	Metallgestalter
Karl-Heinz Kaltenborn	06	50	LV-M MdL CDU Mecklbg
Thomas Kaminsky	45	72	Maler, Grafiker
Rudolf Kämmer	35	57	Maler Grafiker
Ludwiga Kammerer	40	89	Textilgestalterin
Otto Kamps	95	50	LV-LDP-Mgl Sa-A MdL
Dietmar Kansy	38	61	MdB-CDU
Manfred Kanther	39	57	Bundesmin CDU
Alfred Kantorowicz	99	57	Litwiss Germanist
Hellmuth Karasek		52	Literaturkritiker
Detlev Karsten		85	Gebrauchsgrafiker
Lilo Karsten	56	84	Malerin Fotografin
Thomas Karsten	58	82	Fotograf
Ursula Karuseit	39	86	Schausp, Regisseurin
Jürgen Kapiske	43	86	Pfarrer Pressespr. LWB Wien
Herbert A.W. Kasten	13	59	Sst
Hermann Kastner	86	56	LDPD-Vors. und stv DDR- Minpräs
Sabine Kauker		88	Kunsthawerkerin
Stefan Kayser	54	81	Maler (Kü.N: k Passant)
Hans Kazzer	40	82	Bildhauer
August Paul R. Keller	01	53	stv Chefred „ND“ 45 SPD
Hans Kemnitz		62	Fernsehredakteur
Gertrud Kempe	95	50	LV-Mgl LDP MdL Meckl
Walter Kempowski	25	56	Sst
Claudia Kenkel		84	Fotografin
Wolfgang Kenkel	42	84	Gebrauchsgrafiker
Ralf Kerbach	56	82	Maler Grafiker

Ina Kerkhoff	57	85	Designerin
Georg Kern			s. Baselitz
Jürgen Keßler	51	84	Maler Grafiker
Mathias Keßler	58	83	Maler Grafiker H: 82
Lutz Ketscher	42	90	Maler Grafiker
Stefanie Ketzscher	51	86	Fotografin
Wolfgang Kieling		71	Schauspieler
Achim Kilian	26	48	Historiker H: 7.45-8.48
Ilse Kilian	28	49	Webkünstlerin / Spokane USA
Jens Kilian		86	Szenograf
Heiner Kipphardt	22		Sst (49 in DDR!)
Hermann Kirchberger	03	51	Maler
Sarah Kirsch	35	77	Lyrikerin
Ulf Kirsten	56	90	Fußballer
Peter Kittelmann	36	55	MdEP-EVP-CD
Rüdiger Kittelmann	41	55	Leiter Lichttechnik Groß- betrieb
Herbert Kitzel	28	58	Maler
Mareile Kitzel	22	58	Bildhauerin
Anette Klammer	47	79	Modedesignerin
Jürgen Klammer	43	79	Kabarettautor/Dozent für Wiwiss
Dieter Klaß	45	84	Gebrauchsgrafiker
Christa Klatt		87	Gebrauchsgrafikerin
Erich Kleiber	90	60	Chef der Staatsoper
Manfred Klein	25	56	CDU-FDJ ZRat H:47 25J Z
Hannelore Kleinschmidt	43	70	Journalistin Sst
Harald Kleinschmidt	42	70	Ör Journalist in DDR Journalist
Sigrun Klemmer	39	57	MdB-SPD

Egon Klepsch	30	50	Präs des Europ Parlaments
Freya Klier	50	88	Sst H: 1-2/88
Heiner Klinge		79	ADN-Korrespondent Fern- ost
Klaus Klingner	35	v56	Justizmin SH
Hans-Ulrich Klose	35	57	MdL-CDU NRW
Peter Klube	51	79	Keramiker
Gustav Kluge	47	50	Maler
Hans-Dieter Kluge	51	89	Gebrauchsgrafiker
Brigitte Klumpp	35	57	Journalistin, Sst „Das rote Kloster“
Georg Knabe	94	51	Min HanVers Sa CDU- MdVK HVst-Mgl
Wilhelm Knabe	23	59	MdB-Grüne (bis 1990)
Christiane Knacke	61	88	Schwimmerin Weltrekord Delphin
Irmgard Knefel		87	Panzersprengerin Chem- nitz 9.3.
Josef Knefel	42	87	Panzersprenger
Horst Knieling		88	Mediziner
Ulrich Knispel	11	50	Maler Grafiker
Imi Knoebel	40	50	Maler
Hans-Joachim Knobloch	44	84	Fotograf
Reinhard Knöchel	23	53	Vors Stiftg ehem. pol Häftlinge
Wolfgang Knorr		85	Metallgestalter Bildhauer
Ruth Koban	19	58	Zeichnerin
Peter Kober	43	86	Maler Grafiker
Waldemar Koch	80	49	LDPD-FDP-Pol. Prof. BWL TU Berlin
Leo Kofler	07	50	Sozialphilos. (47 in DDR)

Cornelius Kohl	06	71	Superintendent FG 71 Ruhest.
Willy Kohl	90	58	Pfarrer in Nossen/Meißen H: 3 1/2 J
Uwe Kolbe	57	87	Sst B/HH
Lutz Kommallein	53	88	Bildhauer
Rolf König	39	75	Maler
Horst Köpke	26	49	Pressespr. LDP MV Journalist F
Thomas Koppenhagen	61	84	Maler und Grafiker
Horst Korber	27	49	Senator Berlin
Ingo von Körber	90	70	Gesundheitsmin Brandenburg LDP
Klaus Kordon	43	73	Schriftst H:72-73
Theo Körner	32	90	Cheftrainer Rudern (90 Canberra)
Hans Körnig	05	61	Maler und Grafiker
Lisbeth Körnig	14	61	Keramikerin
Christiane Kort	60	80	Journalistin
Erich Koß	99	55	Stadtbaurat MD H:50-55
Hellmut Köster	98	50	CDU-MdL SaA Verlagsltr
Dieter Koswig	48	74	Bildhauer
Peter Kothe	39	87	Bühnenbildner
Wolfgang Koethe	51	v70	Maler
Fred Kowasch		88	Journalist
K Passant			s. Stefan Kayser
Matthias Kramer	93	49	SPD-SED DWK-HVerw Land-+Forstwi
Günter Kraska	50	85	Maler und Grafiker
Hildegard von Krause	89	53	LDP LV-Mgl Sa-A
Klaus-Dieter Krause	48	80	Maler und Grafiker H:78-80

Stephan Krawczyk	55	88	Liedermacher H: 1-2/88
Kurt Krecker	97	50	Zeuge Jehovas
Heinz Kremp	31	50	Potsdam Einst-Schule Geschf IHK F
Werner Kresse		53+	InstDir Rechnungsw Uni L
Hermann Kreutzer	24	56	SPD-Politiker SLF/B H:49-56
Paul Kreutzer		56	SPD-Pol: 1945 Begründer SPD TH H:49-56
Lothar Kreyssig	96	71	Ltr Büro Kirchenkanzlei EKU
Arnulf Kriedner	38	56	MdB-CDU Wkr MNG (B- Nk-BezBgm)
Harald Krieg	24	50	LDP LV-Mgl Sa-A
Rainer Krienke	44	74	Maler und Grafiker H:68- 9+72-73
Rainer Kriester	35	58	Bildhauer
Eckart Krömer	26	50	Hgschfü IHK Ostfr+Pap 67-90 Präs Syn Han
Kurt Kröning	93	52	Fabrikbes. LDP-ZV MdL Meck
Volker Kröning	45	45	MdB-SPD
Renate Krössner	45	85	Schauspielerin (Solo Sun- ny)
Hans Krukenmeyer	03	48	CDU 2. LV-Meck
Manfred Krug	37	77	Schausp
Peter Krüger	48	88	Maler und Grafiker
Karl-Heinz Krumm	30	56	Norddt.Ztg HRO Journalist F H:49-56
Eckard Krummel	44	84	Holzgestalter
Axel Kruse	69	89	Fußballer Hansa HRO Eintr F Hertha BSC
Eberhard Kube	56	88	Pantomime

Paul Kube	99	51	CDU-MdL Brbg
Ulrich Kubiak		85	Maler und Grafiker
Ruth-Maria Kubitschek	31	59	(45 in SBZ, geb. in Böhmen) Schausp
Ludwig Küchel		49	SPD-SED FDGB-Vorst-Mgl
Fridun Kuhle	40	86	Malerin
Wolfgang Kuhle	35	86	Bildhauer
Brigitte Kühlewind		86	Gebrauchsgrafikerin
Joachim Kuhlmann	43	87	Bildhauer Grafiker
Alois Kuhn	40	80	Karikaturist H:79-80
Detlev Kühn	36	52	Ltr Sächs Med-Ast, Ltr Gestdt.Institut
Joachim Kühn	44	66	Musiker
Kathrin Kühn	60	88	Keramikerin
Renate Kühn		88	Gebrauchsgrafikerin
Ulrich Kühn	32	83	Theologe Berufung nach Wien (88 zurück DDR)
Wolfgang Kühn	20	88	Textilfabrikant
Helmut R. Külz	03	48	Justizmin TH
Hans-Jürgen Kummer	46	89	Gebrauchsgrafiker
Christian Kunert	52	77	Musiker, Schriftst H:11/76-8/77
Günter Kunert	29	79	Sst
Steffen Kunert	49	80	Maler
Konrad Kunick	44	47	MdB-SPD
Richard Kunisch		50	FinMin Sa-Anh
Sus.Kunjappo-Jellinek	50	72	Malerin Grafikerin H:71-72
Dieter Kunz	45	89	Gebrauchsgrafiker
Ludwig Kunze	34	60	Metallgestalter

Reiner Kunze	33	77	Sst
Walter Kunze	98	48	Brbg FinMin LDP-ZV-M
Xing Hu Kuo	38	72	Journalist, Schriftsteller H:65-72
Henning Kürschner	44	60	Maler und Grafiker
Manfred Küster	50	88	Maler und Grafiker
Ursula Küster	40	84	Gebrauchsgrafikerin
Volker Küster	41	84	Gebrauchsgrafiker
Gerhard Kütbach	49	81	Grafiker
Ladendorf		53+	Kunsthistoriker
Helmut Lander	24	51	Maler und Grafiker Bildhauer
Alexander Lang	41	87	Schausp Reg (B/HH)
Brigitte Lange	39	51	MdB-SPD MR
Fred Lange	57	89	Designer
Hartmut Lange	37	65	Sst über YU
Wilfried Lange	32	89	Maler und Grafiker
Katja Lange-Müller	51	84	Sst, Tochter SED-PB-Kandidatn H:84
Reinhard Langenau		77	Sst H:...-77
Anna Langhoff	65	77	Sst Tochter Wolfgg Langhoffs
Karl Lanius	27	88	Physiker Cern(DDR-Beauftr?)1950 DDR
Hanna Renate Laurien	28	48	Ku-Min Rh-Pf, Schulsen B, Parl-Präs B
Monika Lawrenz	50	84	Filmemacherin
Johannes Lebek	01	69	Zeichner Holzschneider wg CSSR
Wolfgang Lefèvre	39	57	FU-Asta-Chef, Max-Planck-Inst

Ernst Legal	81	52	Schausp Int Staatsop MdVK
Freimut Legler	51	89	Schriftst (52 mit Fam in DDR)
Gerhard Legler	21	51	Maler
Heike Lehmann	60	82	Architektin
Wolfgang H. Lehmann	35	84	Maler und Azt (Kün- N:“Dottore“)
Helga Leiberg	54	84	Malerin Grafikerin
Lutz Leibner		82	Maler Bildhauer Jena
Werner Leich	27	47	Bischof zum Theol.Studium MR HD
Michael Leisching	54	77	Schriftst H: 75-6 Mon.
Hans Leisegang	90	48	Prof. Uni Jena Philosoph
Gustav Leiszner		50	LGPräs BZ
Ernst Lemmer	98	50	CDU-MdL Brb stv CDU-V SBZ Min GesFr
Udo Lenkisch	51	88	Maler Grafiker
Vera Lengsfeld			siehe Wollenberger
Klaus Lenz		80	Musiker (Klaus Lenz Big- band)
Rudolf Leonhard	10	55	Maler Grafiker (zu.Felixmüller)
Wolfgang Leonhard	21	49	Sst Abtl ZK SED, Lehrer PHS pol.Sst
Peter Leopold		73	Filmemacher L-
Mathias Lerle		57	Psychiater
Sabine Lessig	50	86	Malerin Grafikerin
Andreas Leupold	59	86	Fotograf
Mathias Leupold	59	86	Fotograf n.verw mit A.L.
Walter Leuschel		46	Fabrikdir stv LDP-LV Sa-A
Via Lewandowsky	63	89	Maler Grafiker

Werner Lichtner-Aix	39	65	Maler Grafiker
Irina Liebmann	43	88	Schriftst
Andre Liebscher		88	Gebrauchsgrafiker
Rainer Lietzke			s. Rainer Bonar
Arthur Lieutenant	84	49	Finanzmin. Brbg LDP
Hans Lindemann	28	51	Jurist/Staatsanwalt DDR Journalist DW
Heinrich Linden		47	Fabrikbes. SPD-BezVst-M DD
Gudrun Ingeborg Lindh	36	80	Prot in ARD geg Inter- shopScheck
Andreas Lindner	47	78	Psychologe
Walter Lindner	97	50	CDU-MdL Sa
Hans-Jürgen Linge	49	86	Maler Grafiker
Sabine Linge	53	86	Malerin Grafikerin
Barbara Linke		83	Theologin
Dietmar Linke	44	83	Theologe
Hans-Michael Linke	39	65	Maler Grafiker
Helga Lippelt	43	80	Schriftstellerin
Heinz Lippmann	21	53	FDJ-Funkt nr, Journl, Autor
Karin Lobedann		84	Kunsthandwerkerin
Wilhelm Lorenz	93	47	LDP-LV-M Brandenburg
Christian Löser	48	89	Gebrauchsgrafiker
Franz Löser	24	83	Prof. Philosophie
Erich Loest	26	81	Sst stv VS: 84; VS-V 94- H:11/57-9/64
Christian Löwenstein	43	66	Maler
Fritz Löwenthal	88	47	KPD/SED Präs OLG Brbg
Roger Loewig	30	72	Maler Sst H:8/63-Ende 64
Manfred Lohse	39	57	Maler Grafiker
Peter Lohse	51	86	Gebrauchsgrafiker

Leonhard Lorek		88	Schriftst
Eberhard Lorenz	42	54	MdL-SPD BWttbg
Erich Lübbe	91	50	SPD/SED PV -M SED IGM-ZV-M
Raja Lubinatzki	62	88	Schriftst.
Rainer Luck	46	84	Maler Grafiker H:84
Hermann Lüdemann	80	46	SPD-SED, SED-LV-M Meck
Thomas Ludwig	51	76	Maler Grafiker H: 74-78
Wolfgang Ludwig		56	Maler Prof.
Werner Lufft	98	49	SPD-SED, MdL Brbg, Abttr In-M Brbg
Hans Lukaschek	85	47	Bundesminister für Ver- triebene, VizepräTH
Lusici	42	86	Maler Grafiker (egt:Dietr. Schade)
Renate Maak-Voigt	36	82	Textilgestalterin
Jörg Machel	51	81	Vikar/Pfarrer
Alois Mader		74	Ruderer Sportmediziner K
Karl Magen	90	49	Vizprä OLG G CDU-FV LT TH Bgm BN
Friedrich Magirius	30	50	Pfr/StadtpräS L THStud Bln-W Rü:55
Hans Mahle	11	59	Chefredakteur „Die Wahr- heit“
Jutta de Maizière		86	Gebrauchsgrafikerin
Rolf Mainz		78	Schriftst
Friedhelm Mäker	55	85	Journalist Schriftst
Siegfried Mampel	13	51	Rechtswiss
Angelika Mann		78	Schlagersängerin
Erika Mann	50	v65	MdEP-SPE
Karl Mann		49	SPD/SED, FDBG-BV-M

Thomas Mann	46	v61	MdEP-EVP-CD
Wilfried Manthei	40	89	Gebrauchsgrafiker
Manthey		47	SPD/SED Abtlr Min Volksbldg Meckl
Horst de Marées	96	60	Maler
Ruth Markmann	23	60	Textilgestalterin
Bernd Markowsky	51	77	Fotograf
Gerhard Markwald	25	53	Maler
Monika Maron	41	88	Sst B/HH (51 in DDR)
Susanne Marten-Finis		85	Sprachwiss Queens Uni- versity Belfast
Friedrich Martin	02	53	KPD/SED MdVK, MdL Sa Landwirt
Dirk Martini	70	87	Schüler 88 zur ohne Gen. H: 11/88-5/99
Hermann Marx		56	FDP-POL. im BMI
Klaus Reinhard Marx	46	89	Fotograf
Peter Maser	41	77	Kirchenhistoriker (En- quete-K)
Ruth Mathaes	10	48	CDU LV-Schf Sa
Roland Matthes	50	89	Schwimm-OlympS
Frank-Wolf Matthies	51	81	Sst H:10/80-1/81 93
Klaus Matzel	23	54	Philologie-Prof. H:50-54
Friederike May	56	83	Malerin Bühnenbildnerin
Jürgen May	42	67	Mittelstreckler LRat HU
Hans Mayer	07	63	Litwiss (48 in DDR)
Tilo Medek	40	77	Komponist
Wilfried Meder		84	Gebrauchsgrafiker
Jürgen Mees	26	47	Vizepräs LZB HH
Dieter Meichsner	28	48	Sst
Günther Meichsner		48	AbtlgLtr Dtld-Pol im Bu- Min InndBez 81-86

Albert Meier		50	SPD/SED LV-Sekr Sa
Gert Meier	48	85	Bildhauer
Hans Meier	13	53	LDP-MdVK LDP-ZV-M OB J
Michael Meinecke	48	79?	Sst H:
Johannes Meinel	34	84	Pfarrer Havemann-Betreu- er
Katharina Meinel	64	84	Theaterwissensch.
Walther Meinig	02	52	Maler Grafiker
Annemarie Meisel	50	89	Malerin Grafikerin
Eckardt Meisel	55	89	Maler Grafiker
Norbert Meisner	42	58	Senator Berlin SPD
Fritz Hendrik Melle	60	85	Schriftsteller
Peter Merseburger	29	48	Fernsehjournalist
Heinrich Mertens	06	47	OB J
Jürgen Mesik		88	Gebrauchsgrafiker
Christiane Mewes		49	Grafikerin
Fritz Meyer	39	61	Bildhauer und Steinmetz
Julius Meyer	09	53	Präs Verb Jüd Gemeinde DDR MdVK
Peter Michels	10	47	DGB-Vors NRW
Amon Miller	99	49	Fabrikbes. CDU-MdL Sa- Anh
Winfried Mikolajczyk		89	Gebrauchsgrafiker
Wilfried Mikoleit	41	59	Mediziner
Dietmar Mille	57	86	Objektkünstler
Wolfgang Mischnick	21	48	stv. LDP-Vs Sa, FDP- MdB, Bu-Min
Peter Miska	15	47	Journalist
Edgar Mitzenheim	96	58	Pfarrer Eckolstadt, H:3 J wg 17.6. Rst

Hermann Moehring	00	48	Redakt Volksbl H: 52- U:25 J
Karl-Heinz Moeller	50	81	Maler Grafiker H:80-81
Rudi Molt		77	Physiker
Sabine Molter	44	83	Szenenbildnerin
Steffi Moenich	51	86	Grafikerin
Wilhelm Mönig		49+	SPD/SED DWK-A-Ltr HV Finz Ltr ZFinzA B
Egon Monk	27	53+	Reg BE
Christa Moog	52	84	Schriftstellerin
Leonhard Moog	82	50	LDP stv Min-Pr+FMin TH
Johanna Moosdorf		53+	Sst
Silvia Morawetz	54	88	Sst
Eghard Mörbitz	26	47	Journalist FR
Gisela Moritz	28	59	Gebrauchsgrafikerin
Klaus Moritz	30	59	Maler Grafiker
Astrid Mosch	59	89	Bildhauerin
Siegmar Mosdorf	52	54	MdB-SPD ES
Marlies Mosiek-UrbanL	46	52	MdEP-EVP-CD
Anneliese Most		50+	SED Landesskr DFD Meckl
Christiane Mucha	60	82	Malerin
Friederike Mulert		48	LDP-ZV-M DFD-LV Th
Alfons Müller	01	50	LDP-ZV-M
Andreas J.Müller	50	88	Karikaturist Grafiker
Frank Müller	51	88	Grafiker
Fridtjof Müller	59	84	Bildhauer
Knut Müller	52	86	Designer
Margarete Müller	87	54	MdL M-Vp
Marion Müller		84	Kunsthawerkerin
Michael Müller	48	53	MdB-SPD D

Thomas Müller	55	86	Maler Grafiker
Udo Müller	02	50	OKR Ev Lki Anh
Ursula Müller	47	72	Malerin Grafikerin
Werner Müller	12	48	CDU Landesltg-M Sa
Armin Müller-Stahl	30	79	Schausp
Eva Müthel		54	Sst
Rainer Mundt	44	90	Eisschnellauftrainer nach Österr
Norbert Nachtweih	58	76	Fußballer Eintr F HAL
Brigitte Narasimhan-		80	Glasgestalterin Buntzen
Wolfgang Natonek	19	56	LDPD L StudRatsvors LDP-LV-M Sa H:48-56
Carla Naumann	54	81	Fotografin
Dieter Naumann		86	Gebrauchsgrafiker
Georg Nawroth	11	77	Maler Grafiker
Adolf Negatsch	19	50	CDU-MdL Sa
Dieter Nentwich	29	89	Goldschmiedemeister, Metallgestalter
Jutta Nentwich	25	89	Schmuck- und Metallge- stalterin
Karin Nenz	45	88	Glasgestalterin
Fritz Neubecker	03	47	Pers Ref d.Präs Zverw VERk SBZ, Dir BVG
Christhard Neubert	50	76	Ev. Superintendent Ffo
Hans Neubert	24	60	Maler Grafiker Bildhauer
Martin Neufert	50	84	Maler Grafiker
Gero Neugebauer	41	57	Historiker
Gert Neumann	42	87	Sst
Kurt Neumann	45	46	MdB-SPD/fr-los
Ulrich Neumann		88	Philosoph Bürgerrechtler
Sabine Neumann		86	Kunsthandwerkerin

Thomas Neumann		88	Kunsthändler
Werner Neumeister	26	56	Fotograf und Maler H:55-56
Wolfgang Nieblich	48	75	Maler Grafiker Bildhauer (54 in DDR)
Ernst Niekisch	89	53	Historiker Sst MdVK
Emilia Nikolowa-Beier		89	Bildhauerin
Hellmuth Nische		77	Germanist
Karl-Heinz Nitschke		77	Mediziner Riesa
Dieter Noack	35	89	Gebrauchsgrafiker
Chaim Noll	54	84	Sst Sohn Dieter
Günther Nollau	11	50	Präsident BuAmt für Verfassung
Barbara Nonnenbruch	38	59	Buchbinderin, Objektgestalterin
Helga M. Novak	35	57	Sst
Paul Nowak	92	50	CDU-MdL Sa CDU-HV-M MdVK
Ingrid Öhlschlegel		65	Kabarettistin
Jörg Olberg		88	Gebrauchsgrafiker
Eckart Oltmanns	54	78	Sst, Pädagoge
Karl Oppermann	30	50	Maler Bildhauer Schriftsteller
Helene Ortmann	98	49	LDP-ZV
Tina Österreich	44	75	Sst H:6/74-3/75 eigentl: Dagmar Suckert
Günter Otto	36	82	Bildhauer, Zeichner
Herrmann Oxfort	28	49	FDP-Pol. Senator a.D.
Jürgen Pahl		76	Fußballer Eintr. Frankf
Blinky Palermo	43	52	Maler (eigtl. Peter Schwarze)
Peter Palitzsch	18	61	Reg BE

Joachim Palm	36	61	Maler Grafiker Bildhauer
Wolfgang Pampel		74	Schauspieler
Gottfried Pank		89	Textilgestalter
Gerulf Pannach	48	77	Liedermacher/Musiker H: 11/76-8/77
Ulrich Panndorf	54	83	Maler Grafiker
Thomas Pantke		89	Kunsthändler
Karl Papesch	01	80	Maler Grafiker
Hans Papst		53+	TheaterInt HBS
Wilfried Parge	18	47	CDU-LV-Beis Meckl
Doris Paschiller	53	84	Sst
Eva Paul	51	79	Malerin Grafikerin
Rudolf Paul	93	47	Jurst MPräs Thüringen SED RA Ffm
Thorsten Paul	49	84	Maler Grafiker
Walter Paul	01	51	KPD/SED OB P
Siegfried Paulhardt	26	71	Maler Gestalter
A. R. Penck	39	80	Maler (egl.: Ralf Wink- ler)Grafiker
Georg Petermann		51	Buchhändler
Engelbert Peters	20	50	CDU-MdL Brbg
Gerhard Petri	40	60	Maler
Werner Petzold	40	83	Maler Grafiker
Hans-Chr. Pfeiler	47	84	Maler Grafiker
Franz Xaver Philipp		56	ADN-Korrespondent Wien
Ulrich Pietzsch	37	80	Maler und Schriftsteller
Uta Pippig	65	89	Marathonläuferin
Götz Planer-Friedrich	39	86	Theologe (nach Genf)
Karin Plessing	49	86	Fotografin
Theodor Plivier	92	47	Sst KPD/SED Vors KB SED-MdL TH

Eberhard Plewe	05	61	Jurist CDU-PV-M H:52-61(U:13J)
Heinz Plier	20	59	Maler Grafiker
Ruth Plier	24	56	Designerin
Emmi Plinz	15	47	SPD/SED-MdL Brbg
PLON(Jürgen Jentzsch)	44	80	Maler Grafiker
Klaus Poche	27	79	Sst Regisseur
Karl Podzimek	95	53	SPD/SED AR Verb Sä Konsumgen H:5j
Edda Pohl		65	Schriftst.
Sieghart Pohl	25	65	Maler Grafik Publz. H:61+63-65
Lothar Pöhlitz		83+	Leichtathletiktrainer K
Werner Pöhls	90	53	Min Soz Meckl MdVK
Ruprecht Polenz	46	52	MdB-CDU MS
Nora Pollatschek		86	Bildhauerin -Jeitner
Hans Pollok		46	SPD/SED FDGB-BV-M
Walter Pomikalko	32	60	Maler Grafiker(„Spiegel“) Restaur
Maria Sybilla Pomizil	53	84	Malerin Grafikerin Illu- stratorin
Erich Ponto	84	47	GenInt Sä Lath DD; WürttLath
Joachim Porzig	21	49	LDP-LV-M Brandbg
Marlies Pretzlaff	45	50	MdB-CDU NOH
Heinz Pries	15	69	Chefred FrhtSedr 904 VVO 1985
Paul Priesemann	13	50	LPD-MdL Meck
Erich Prillwitz	33	59	Kanute Nordd Meister
Christine Prinz	44	84	Malerin Grafikerin (N:Hänsel)
Konstantin Pritzel	13	51	45:SPD(48 in SBZ) HALtr Min Geswes

Georg Prusko	24	56	Gewerksch CDU
Frederike Prusky		89	Gebrauchsgrafikerin
Günther Prusky		88	Gebrauchsgrafiker
Wolf Quasdorf	54	84	Theologe
Josef Raaf		49	CDU-LV-M Sa
Bernd Rabehl	38	60	68-er Studentenführer Po- litologe
Utz Rachowski	54	80	Sst H: 10/79-11/80
Fritz J. Raddatz	31	58	Sst
Wolf Raimann	30	85	Designer
Peter Rambauseck	34	60	68-er Studentenführer (SDS)
Josef Rambo	98	50	CDU-LV Sa
Wolfgang Raulenberg		73	Mathematiker
Ernst Friedbert Raulf	57	82	Journalist H: 1980-82
Walter Rasch		42	FDP-POL LVors B
Arno Rattey		56	Journalist Berliner Zeitung
Peter Rebenstorf	31	50	Einst.Sch P Stadtdir EMD
Sigrid Reeckmann	38	57	Textilgestalterin
Thea Reichardt	22	88	Textilgestalterin
Wolf Reichardt		48	Amt für Wiplanung b MPräs Meck
Paul Reichert	02	50	CDU-MdL Meck Groß- händler
Werner Reifarth	19	49	Maler Vors Bund Dt Kunsterzieher
Andreas Reinhardt	37	74	Bühnenbildner Maler Gra- fiker
Conrad Reinhold		53+	Ltr Pfeffermühle Kabarett
Christa Reinig	26	64	Lyrikerin
Wolfgang Reinke	42	86	Maler Grafiker
Günter Reinz	42	88	Gebrauchsgrafiker

Siegfried Reiprich	55	81	Physiker, Mathematiker Sachbuchautor
Axel Reitel	61	82	Sst H: 78 (6 Mon.) und 1/81-8/82
Hermann Renelé		48	Journalist, ALtr HV CDU
Klaus Renft	42	75	Rockmusiker (eigtl:Klaus Jentzsch)
Peter Rensch		87	Maler Grafiker
Barbara von Renthe	01	49	Ärztin CDU DFD MdVR
Günter Rexrodt	41	59	Bundesmin f Wi FDP B
Wilhelm Rexrodt	95	52	LDP-ZV OB Eisleben
Andreas Richter		86	Widerst. – Unternehmer H: ..-86
Annegret Richter	64	89	Designerin
Gerhard Richter	32	61	Maler Grafiker
Jürgen Richter	41	84	Schmuckgestalter
Paul Richter	07	51	Kaufmann LDP-MdVK HWE
Roswitha Richter	39	59	Keramikerin
Lars Riedel	67	90	Diskuswerfer, OlympS
Dieter Rieke	25	57	SPD-V-M MD, Journalist H:49-57
			Stv V des SPD-AK ehem. pol Häftlg
Bernd Ringel	43	85	Gebrauchsgrafiker
Friedrich M. Rintelen	99	70	kath Bischof em.
Hildegard Risch	03	63	Schmuckgestalterin BY Stsprs
Günther Ristow		53+	Abtltr Museum Berlin
Horst Ritzert		84	Gebrauchsgrafiker
Lothar Rochau	52	83	Jugendamtsltr HAL Dia- kon HAL-Neust
Christian Rockenschuss	33	50	Maler

Frank Rödel	34	80	Maler Grafiker H: 77-80
Karl Rödel	07	53	Maler Grafiker Gründ Kunstsch MA
Hermann Rogier	02	49	CDU-Lgschf Sa-Anh
Gerhard Rohn		85	Gebrauchsgrafiker
Cornelia Rohne	45	80	Metallgestalterin
Gerhard Rohner	95	50	Sächs. FinM; Verkfsdir. Maximhütte CDU
Karl Herm Roehricht	28	84	Maler Sst (60 n DDR)
Leoni Roehricht	28	84	Malerin Grafikerin
Harald Röhrig	48	83	Designer Keramiker
Marina Röhrig	54	83	Designerin Schmuckge- stalterin
Andreas Röhter	33	84	Schriftsteller
Michael Rom	57	84	Schriftsteller
Siegfried Rönnefarth	26	52	LDP-ZV-M
Thom di Roes	60	85	Schriftst (rN: Thomas Roesker)
Peter Rösch	53	82	Bürgerrechtler Restaurator
Rüdiger Rosenthal	52	87	Schriftst Journalist HH
Walther Rosenthal		50	Rechtswiss, Präs. Dt. Ten- nisverband
Rudi Peter Rösner		84	Kunsthandwerker
Egon Rössler		79	Pfarrer
Joh Christian Rost		87	Gebrauchsgrafiker
Gudrun Roth		86	Designerin
Rudolf Rothe	97	47	SPD Gegner SED-Grüdg Schlosser
Reinhard Roy	48	83	Glasgestalter H:83
Eve Rub	52	83	Malerin
Frank Rub	52	83	Maler und Grafiker H:83
Fritz Rübbert	15	53	Maler

Walter Rübel	00	53	LDP sp CDU-HV-M MdVK
Angelika Rübesamen	51	89	Schmuckgestalterin
Frank Ruckhäberle	45	75	Maler Grafiker Bühnenb H:73-75
Werner Rüdiger	01	46	MdA-SPD H:49-54
Hilmar Rudloff	99	50	CDU-MdL TH
Siegfried Rudolf		89	Kunsthandwerker
Amica P. Rudolph	61	82	Sst H: A79-11/79 zurück in DDR 85
Hermann Rudolph		57	Journalist
Thomas Rug	53	89	Grafiker und Zeichner
Gisela Rüter		87	Malerin Grafikerin
Jürgen Rühle		55	Journalist (WDR)
Carl Günther Ruland	74	62	CDU-MdVK CDU-HV-M Präs OLG Sa
Peter Runge	29	50	Gschf Bverb mittständ Reiseuntern asr P
Werner Rupprecht		49	KPD/SED FDJ-ZRat- Sekretariat-Ma
Eckehart Ruthenberg	43	89	Designer und Grafiker
Johannes Sachse	01	50	OB L LDP
Ellen Sachtleben	39	55	Malerin Grafikerin Bildh.
Clara Sahlberg		48	CDU-HV-M
Michael Sallmann	53	77	Sst H: 4/77-9/77
Werner Saling	03	48	Genstaatsanw Mecklen- burg Rückk 50, 52 Steuerber Meck erneute Fl.
Mathias Sammer	68	90	Fußballer
Ernemann F. Sander	23	54	Bildhauer Zeichner
Kurt Sandig		51	Wirtwiss MA

Eberhard Sasse	50	84	Maler
Ferdinand Sauerbruch	75	49	Mediziner Bln-Grunewald
Gertraud Schaar	37	83	Textilgestalterin
Ulrich Schacht	51	76	Sst, Journalist H: 3/73-1/76 U:7J
Dietrich Schade			s. Lusici
Hans-Joach. Schädlich	35	77	Sst
Karlheinz Schäfer	41	87	Bildhauer Maler
Rolf Schälicke	45	84	Physiker DD/HH
Werner Schall		61	Fernsehredakteur
Hans-Dieter Scharf	30	56	Prof. KDM DD H:50-53
Emanuel Scharfenberg	32	51	Bildhauer und Maler
Bernd Schaudimus	49	78	Holzbildhauer H:77-78
Günter Schaumburg	43	89	Leichtathlet, Sportmedizi- ner
Udo Scheel		85	Bühnenbildner
Paul Friedr Scheffler	95	48	LDP-ZV-M MdL Meck 47:Haft.Freispr48
Wolfr Adlbt Scheffler	56	88	Maler Grafiker Bildhauer
Hans-Jürgen Scheib	49	85	Maler Grafiker Bildhauer
Ursula Scheib	44	85	Malerin Grafikerin Büh- nenbildn
Linde Scheller-Freuden- berg	53	84	Malerin Grafikerin
Christian Schenk	65	90	Zehnkampf-OlympS- HRO/MZ
Fritz Schenk	30	53+	Fernseh-Moderator
Bernd Scheubert	44	85	Gebrauchsgrafiker
Eugen Schiffer	60	52	Präs Zentralverw d Justiz
Josef Schlaffer	91	49	Präs Zentralverw f dt Um- siedler

Einar Schleef	44	76	Maler Schriftsteller Regisseur
Christine Schlegel	50	86	Malerin Grafikerin
Cornelia Schleime	53	84	Malerin Grafikerin Bildhauerin Sst
Gil Schlesinger	31	80	Maler Grafiker Bildhauer (55 in DDR)
Klaus Schlesinger	37	80	Sst
Erich Schlobach		50	SPD-SED Ltr Präsidial-Kzlei Sa-Anh
Bernd Schlothauer	52		Maler Grafiker
Friedrich Schmeißer	94	56	LEP-ZV-M H:53 zu 5J 56 Entl
Alfred Schmidt	91	56	AufsichtsR-V KonsGen TH H:48-25JZ
Alfred Schmidt	12	58	Begründer der Ev. Akad Berlin-Brbg
Alfred Schmidt	14	55	Metallgestalter
Andreas Schmidt	57	82	Sst H: 81-82
Diether Schmidt	30	84	Kunstwissenschaftler
Inge Schmidt	60	84	Malerin Grafikerin
Peter-Michael Schmidt	51	84	Maler Grafiker
Wolfgang Schmidt	54	88	Diskuswerfer 2. Oly 76 EM 78 EM-3.90 H:78
Gustav Schmidt-Küster	02	47	Buchhldr MD, VerlLtr Hannov Presse
Peter Schmiedel	29	50	Maler
Siegfried Schmutzler	15	80	Studentenpf L im Ruhest W H:57-61 5JZ
Karl Erich Schnauffer	05	51	SPD/SED A-Ltr DWK HVerw Finanz
Georg Schneider		47	Gschf HV CDU
Gernot Schneider	42	84	Wirtschaftswiss

Torsten Schneider		77	Maler Grafiker
Gisela Schnelle		88	Gebrauchsgrafikerin
Frieder Schnock	53	60+	Maler
Doris Schober	50	86	Designerin
Walter Schöler		61+	Abtltr Inst Päd Uni HRO
Siegmar Schollack	30	82	Sst, Kinderbuchautor
Gylfe Sch.-Rittweger		82	Sst (Ehefr vo Siegmar S.)
Wolfgang Schollwer	22	50	Mitglied im Planungsstab Ausw Amt
Joseph Schölmerich	13	54	KPD/SED Dt ZVerw f Geswes 48 Austr
Wolfgang Scholz	58	89	Zeichner Grafiker Maler Filmer
Hans Schomburgk	80	48+	Afrikaforscher, Sst,
Helmut Schön	15	50	Fußballer, Bundestrainer
Hans Georg Schöne		85	Kunsthändler
Eugen Schönebeck	36	55	Maler
Josef Schönauer	94	71	Bischöfl Kommissar MNG 71 em
Rudolf Schottlaender	00	49	Philosoph, Philologe (zu- rück 1960)
Jörg Schötzau	49	82	Industriedesigner, Com- puter-Grafiker
Petra Schötzau	50	82	Designerin
Annemarie Schraps	35	55	MdL-CDU NRW 2. Bgm KR
Fritz Schreiber	05	48	Sekr ZS SED
Walther Schreiber	84	48	CDU-Pol Reg Bgm B-W
Helfried Schreiter	35	86	Schriftst
Ernst Schroeder	28	58	Maler Schüler v Otto Na- gel
Annette Schröter	56	85	Malerin

Erasmus Schröter	56	85	Fotograf
Jochen Schröter	59	87	Designer
Kurt Schröter	09	51	LDP stvLV Th Holzkaufmann
Rupert Schröter		77	Pressesspr. Min Arb+Soz Brbg H: -77
Dieter Schubert		79	Sst, Lyriker
Peter Schubert	29	49	Maler
Werner Schubert-Deister	21	80	Maler Grafiker Bildhauer
Jens Schubring	59	89	Designer
Frank Schult	48	88	Maler und Grafiker
Franklin Schultheiß	28	56	Dir Bundeszentr Pol Bildung H: 49-56
Volkmar Schultz	38	48	MdB-SPD SN/K
Joachim-Fr Schultze	26	51	Bildhauer
Karl Schultes	09	50	Jurist ALtr Gesgeb MinJustiz
Alfred Schultheiß	07	53	LDP-MdVK ZV-M
Albert Schulz	95	49	SPD/SED MdL Meck OB HRO
Arno Schulz		83+	Volleyballtrainer TSV 1860 München
Claus Schulz	34	72	Tänzer Choreograph
Dieter Schulze	58	83	Schriftst H: 1983 (mehrere Monate)
Hans-Joachim Schulze	51	86+	Maler und Grafiker
Christa Schumann		80	Lebensgef Roter Admiral Baumann Ärztn
Volker Schumann		89	Maler DD
Walther Schur		51	Chefred CDU-Landesorg Brbg
Brigitte Schuster		85	Kunsthanderkerin
Rolf Schuster		88	Maler

Ernst Schütte	90	50	Bühnenbildner
Manfred Walter Schütz	33	87	Sst Journalist
Stefan Schütz	44	80	Sst Walt
Gerhard Schütze	97	49	stv LV CDU Brbg MdL HWE
Wolfgang Schwabe	04	69	Dozent am Theol. Seminar L, 69 Ruhest.
Eckardt Schwandt	42	86	Maler und Grafiker
Oliver Schwarz	64	84	Maler und Grafiker
Otto Schwarz	95	49	SPD/SED MdL Brbg
Peter Schwarze (Maler)			s. Blinky Palermo
Rudi Schwedler	23	53	KPD/SED HA-Ltr StSe- kretariat
Vera Schwelgin	43	86	Malerin Grafikerin
Joachim Schwelien		v52	ADN-Chefredakteur
Eberhard Schwenk		89	Szenograf
Bernhard Schwerdfeger		48	SPD/SED FDGB stv. Vors IG Post
Eva Schwimmer	00	50	Grafikerin Zeichnerin
Fritz Hermann Schwob	91	50	Min f Arb+Soz Brbg
Karl-Henning Seemann	34	55	Bildhauer, Prof. f figürl Zeichnen AC
Uwe Seifert	67	86	Sst, Mediziner
Wolfgang Seiffert	26	78	Jurist ÜS DDR 56
Christoph Seitz	10	63	OB SN, dipl Dienst
Gustav Seitz	06	58	Bildhauer Grafiker
Elisabeth Selle	19	86	Kostümbildnerin, Malerin
Willy Semmelrogge	23	53+	TheaterInt EF
Horst Ulrich Semmler	38	81	Schriftst
Karl-Otto Senst		49	LDP-KreisV HGN Arno Esch-Gruppe

Roger David Servais	42	74	Maler Grafiker (61 in DDR wg Heirat)
Waltraud Servais	44	74	Malerin Grafikerin Archi- tektin
Hans-Martin Sewez		88	Fotograf
Joachim Seyppel	19	79	Sst (73 in DDR)
Eva Sickert	20	84	Malerin Grafikerin
Doris Sidor	41	84	Designerin
Henryk Sidor	40	84	Designer
Georg Siebert	96	61	Maler Grafiker
Hellmut Sieglerschmidt	17	47	LDP-MdL Meck LV-M
Gerdt Marian Sievert	20	59	Maler Grafiker Fotograf
Klaus Simon Arno-Esch- Gruppe		49	LDP-Kreissekr HGN/ BetrRt Opel Rüsselsh
Klaus Simon	48	89	Bildhauer Zeichner
Andreas Sinakowski	60	85	Sst
Gerald Sippel	44	89	Maler Grafiker
Tatjana Sitte-Schaar- schmidt	55	82	Textilgestalterin
Helga Solinger	39v	51	MdL-SPD BWttbg
Hans-Georg Soldat	35	58	Journalist
Hermann-Henning Soll	98	50	ALtr Min Landwi Meck
Sibylle Sommer	58	88	Schmuckgestalterin
Kristina Sonnenberg		84	Kunsthawerkerin
Bärbel Sothmann	39	57	CDU-MDB
Dietrich Spangenberg	22	48	StS BMB
Jürgen Sparwasser	48	88	Fußballer 1:0 MD/F
Katharina Sperber		80	Journalistin
Hans Sperschneider		50	Maler
Ragan Sperschneider	28	50	Metallgestalterin

Ilse Spittmann-Rühle		49	Journalistin Deutschland Archiv
Wilhelm Spreche		48	Büroltr Min Inn Meck
Wolfgang Sprengel	01	52	Bev Hilfswerk EKD Ki- prov Sa
Hans Staas		47	Ltr. PräsAmt Laverw Th
Klaus Staeck	38	56	Graphiker Fotograf
Rolf Staeck	43	84	Graphiker
Brigitte Stamm	27	51	Bildhauerin
Otto Stammer		49	Begründer der Soziologie FU Berlin
Annette Stams	50	83	Malerin Grafikerin
Reinhard Stangl	50	80	Maler Grafiker
Katja-Regina Staps	47	84	Malerin Grafikerin
Klaus Staps	47	84	Maler Grafiker
Ernst Stargardt	83	50	CDU Min Justiz Brbg
Magdalene Stark-Winter- sig		50	stv LVe-(CDU)-Ost-Berlin
Jürgen Starnick	37	54	FDP-Pol, Senator a.D. Bln
Wolfgang Staudte	06	55	Film- und Fernsehreg, Schausp
Rainer Stawinski	49	77	Journalist, Ltr Pr-stz Ev Ki B-Brb
Fritz Stehwien	14	58	Maler
Hans Stein	35	57	Maler Grafiker
Manfred Steinbach	33	57	Weitspringer, Sprinter SportwrtDLV M-R BGM
Udo Steinke	42	68	Sst
Volker Stelzmann	40	86	Maler Grafiker Prof. HdK B(W)
Günter Stempel	08	56	LDPD-Gen-Sekr 50 ver- haftet 25JZ
Horst Stempel	04	53	Maler

Holle Stenzel	44	84	Schmuckgestalterin Geringswalde Abgü
Carola Stern	25	51	Publiz. K
Herko Steuer	42	81	Manager Gesch-F Jen-Optik
Hugo Steurer		53+	Pianist
Hildegard Stibenz		89	Kunsthandwerkerin
Otto Stich	30	58	Bühnenbildner
Peter Stichel	29	56	Atomphysiker
Falk Ulrich Stiller	48	72+	Maler
Werner Stiller	47	79	Stasiobln, Agent BND
Gabriele Stirl	55v	75	Malerin Pianistin
Max Jürgen Stock	48	84	Maler Grafiker
Rainer Stoltz	51	86	Bildhauer Keramiker
Otto Stolz		48	FU-Begründer
Wilhelm v Stolzenburg	95	53	LDP StS Min für Aufbau DDR
Mathias Storck	56	80	Pfarrer H: 79/80.
Dagmar Stoev	57	88	Malerin Grafikerin
Horst Strepel	04	53	Maler, Grafiker
Friedrich Wil Strobel	99	50	LDP-Sa LV-Beis.
Ellen Sturm	64	84	Bildhauerin DL/HH
Dagmar Suckert			siehe Tina Österreich
Otto Suhr	94	47	Reg Bürgermeister Bln-W
Wolfgang Sulek	57	85	Maler Zeichner
Darja Süssbier		88	Gebrauchsgrafikerin
Peter Sykora	44	88	Bühnen-, Kostümbildner
Rolf Szymanski	28	50	Bildhauer Vizepres AdK B(W)
Wilhelm Tappe	41	88	Dokumentarist Spiegel
Igor Tatschke		88	Aktionskünstler

Steffen Telschow		88	Hungerstreiker/Sst
Wolfgang Templin	48	88	Journalist, Bürgerrechtler, Philosoph
Klaus Tennstedt	26	71	Kapellmeister
Klaus Tessmann		82	Sst
Sabine Teucher	47	84	Schmuckgestalterin
Wolfgang Teucher	50	87	Maler Grafiker
Katharina Thalbach	54	76	Schausp Reg
Ernst Thape	92	48	Min f Volksbildg Sa-Anh
Hilmar Thate	31	80	Schausp
Ines Thate-Keler	48	86	Fotografin
Christiane Theise	57	88	Schmuckgestalterin, Gold- schmiedin
Germanus Theiss	98	50	Glasfabrikant CDU-MdL Brbg
Gudrun Thiele	44	84	Grafikdesignerin
Andreas Thom	65	90	Fußballer Wechsel zu Bayer Leverkusen
Kurt Thomas		53+	Thomas-Kantor L
Karl Thomas	29	49	Präs LZB Hessen
Artur Thomitzek		80	Mediziner
Friedrich Thürmer	98	53	LDP Leiter Pateiisch Beh- rendorf
Hans Ticha	40	90	Maler, Buchillustrator
Paul Tiedemann	35	88	Handballer, Trainer 88 EGYPT; 92 A
Robert Tillmanns	96	48	Beis HV CDU MdL Sa
Friedrich Timm	95	55	MedizProf H:47-55 wg Exhumg poln. Offiz
Susanne Tischewski	52	88	Malerin Grafikerin
Ulf Tischewski	49	88	Schriftst
Gudrun Tischler	49	55	Metallgestalterin

Enzio Toffolutti		84	Szenograf
Hans Tombrock	95	53	Maler Grafiker
Bärbel Töpfer	40	89	Textilgestalterin
Peter Töpfer	37	89	Gebrauchsgrafiker
Bernhard K. Tragelehn	36	79	Sst
Bernd Träger	39	53	Journalist, Funkhausdi- rektor
Petra Trautwein	51	84	Malerin Grafikerin
Carl Friedrich Treber	97	58	Maler Zeichner
Max Treizschke	52	81	Grafiker
Reinhold Trinius	34	54	MdL-SPD NRW OStR
Heinrich Troeger	01	47	SPD/SED OB J; FiMi HE, Vpräs Dt Bbank
Siegfried Trommsdorff	02	52	CDU-LV Th, MdVK
Otto Trüschel	26	84	Pädagoge H: 82-84
Leonhard Tyczka	05	46	LAmt für WI Th
Günter Uecker	30	53	Maler Grafiker Bildhauer
Conrad Ufer	52	86	Maler
Reinhard Uhle	90	50	Landwirtschafts-Min Sa LDP
Gerhard Ullmann	35	59	Fotograf Maler Architekt Journalist
Günter Ullmann	46	80	Maler H:5/77-1/78; 10/79- 9/80
Detlef Utikal		87	Gebrauchsgrafiker
Max Vassmer	86	49	+62 Slawist KBund HUB FUB
Siegfried Vergin	33	56	SPD-MdB
Guntram Vesper	41	57	Sst
Kurt Vieweg	11	57	SED-POI 27.3.fl 19.10 Rück 12J Z/7
Rene Vinke		87	Gebrauchsgrafiker

Karl-Heinz Viol		87	Gebrauchsgrafiker
Nora Vocke		86	Kunsthandwerkerin
Dieter Voigt		69	Soziologe
Gertrud Voigt	81	48	CDU-MdL Th
Herbert Volwahren	06	53	Bildhauer
Klaus Völker	52	89	Metallgestalter
Horst Vollrath	28	48	Journalist, Pressespr. BMB Bln H:49-57
Otto Voß	93	47	SPD/SED LV-M Meck
Ingo Wachtel	16	48	SPD/SED LV-M TH
Michael Wackwitz	52	86	Grafiker Grafikdrucker
Bernd Wagner	48	85	Schriftst
Katharina Wagner	19	58	Metallgestalterin
Frank-Michael Wahl	56	90	Handballer (HRO/Hameln)
Konrad Wahnschaffe		48	Ltr Sekr CDU-HV
Kurt Wallstab	20	50	Glasgestalter
Mathias Walden	28	48	Journalist (egtl:Frhe von Sass)
Karl Walter		53	Kapellmstr
Pan Walther	21	50	Fotograf
Annette Wandrer	60	87	Kunsthandwerkerin
Gerd Wandrer	52	87	Maler Grafiker
Kurt Waentig	27	51	IHK-Präsident Rheinhes- sen in Mainz
Anton Weber	90	54	Fraktionsgeschäftsf CDU im B Abg-Hs
Carl Maria Weber		62	Regisseur BE
Hermann Weber	28	49	Histor. 47 in SBZ
Rainer Weber	56	89	Zeichner Maler
Gerhard Weck		56	Bgm Werdau/Sa, Frakt- Vors SPD F H:48-56

Richard Wecke		83+	Bundestrainer Rudern
Bettina Wegener	47	83	Liedermacherin 49 in SBZ
Wilhelm Wehner		56	Stud. Widerstand in J. H:48-56
Dieter Weidenbach	45	85	Maler Grafiker
Helga G. Weidenbach	38	80	Malerin
Paul Weis		61+	Prof. f Pharmak Uni HGW EMAU
Günter Weisenborn	02	51	Sst Bgm Luckau
Mathias Weisheit	45	46	MdB-SPD
Gustav Weiß	22	61	Maler Grafiker Verlags- lektor B-W
Ute Weiss-Leder	59	86	Malerin Grafikerin
Erich Welkow		48	LDP-LV Gschf Brbg
Erich Wellhöfer	50	84	Maler Grafiker
Arno Wend	06	55	SPD/SED LV-M Sa H:48 25 J E: 55
Otto Wenzel	29	51	Vors. LV Berlin VB Dt. Kriegsgräbfürs
Falco Werkentin	44	61	Rechtswiss.
Ekhard Werner	49	84	Designer
Gerd Werner		58	Maler Bildhauer
Gerd Hermann Werner	44	79	Kunsthändler
Reinhold Werner	02	54	Vizepräs. LZB Saarland
Klaus Wessel		62	Abttr Ägypt Museum
Heinz Westphal			
Thomas Wetzel	58	81	Fotograf
Karl Wiegener	90	46	Journalist SDL B(W) SPD- Pol.
Margot Wiener-Wend- schuh	27	58	Bildhauerin
Heinrich Wienken	83	57	Kath. Bischof von Meißen

Friedrich-Franz Wiese	29	55	LDPD-HA-Mitgl H: 49-55
Monika Wilimzig			s. Monika Hanske
Erich Will	08	50	LDP gschf ZV-M
Brigitte Willbarth	35	88	Textilgestalterin
Heike Willingham	62	88	Lyrikerin (Heike Drews)
Bernd Wilz	42	52	MdB-CDU Staatssekretär Breg
Karl Winkler	60	81	Sst (auch: Kalle W.) H: 81
Ralf Winkler			siehe Penck
Joseph Winternitz	96	51	Dir des Marx-Engels- Lenin-Inst
Bruno Winzer	05	87	Bundeswehr-Off 1960 DDR
Curt Witschel	98	50	CDU-MdL Th
Siegfried Witte	97	50	CDU-MdL Meck WiMin Meck
Hermann Witteborn	13	47	SPD/SED MdL Meck
Annemarie Wobbe	11	51	LDP-LV-M Th
Franz Wohlgemuth	15	58	KPD/SED Theologe HAL KB-Lltg Meck
Manfred Woitischek	43	60	Grafiker H:11/59-2/60 (16-j)
Erika Wolf	12	50	CDU-HV-M MdB
Hanna Wolf	36	54	MdB-SPD
Otto Wolff		52	A-Ltr Min f Han Vers Sa- Anh H:50-
Christa Wolfgramm		88	Gebrauchsgrafikerin
Adam Wolfram	02	51	Gew TH Prä s Th LT
Kurt Woelke		88	Szenograf
Vera Wollenberger	52	88	Bürgerrechtlerin CDU- MdB/dvr B 90/G-MdB (heute Lengsfeld)

Christine Wolter	39	78	Mailand
Michael Wortha	62	83	85zurück; 87 Opernhaus- brandstifter Ffm
Franziska Wosnitza	62	89	Malerin
Klaus von Woyski	31	60	Maler Grafiker Restaurator
Georg Wrazidlo	17	56	CDU Student
Gertrud Wronka	81	48	CDU-MdL TH
Luise Monika Wünsche	45	88	Architektin Textilgestalte- rin
Renate Wüstenberg	53	84	Theologin Marienkirche Berlin
Anni Zank	06	48	LDP-LV-M TH MdL TH
Dietrich Zarft	57	80	Journalist/Verleger UE
Andreas Zausch	53	88	Designer
Ernsdt Zborowski		48	CDU-HVgschf-M MdVR
Günther Zehm	34	60	Journalist Bloch-Schüler H:57-60
Beate Zeiß	37	79	Glasgestalterin, Keramike- rin
Ulrich Zieger	61	88	Schriftst
Gerhard Ziegler	20	55+	Journalist HAL/F
Jochen Ziem	32	56	Sst
Bruno Zierold-Pritsch	75	50	ZV LDP-M
Wulf Zietlow		85	Dramaturg, Schriftst
Dieter Zimmer	39	56	Journalist ZDF
Heinz Zöger	15	59	Journalist
Heiko Zolchow	55	84	Maler Grafiker Bühnen- bildner
Dieter Zöllner		87	Gebrauchsgrafiker
Sabine Zotter	48	89	Designerin
Michael Zschocher	48	89	Maler Grafiker

Gerald K. Zschorsch	51	74	Schriftst H:68-69 + 72-74 U: 4J
Gerhard Zwerenz	25	57	Schriftst Bloch-Schüler MdB-PDS